

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Architektur und Politik

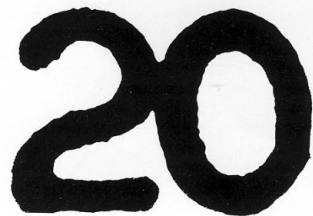
20



Erich Mendelsohn,
Skizze,
1917.

Dipl.-Ing. Dieter Angerbauer
Architekt
o. Univ.-Prof. Dr. Sokratis Dimitriou
Vorstand des Instituts für
Kunstgeschichte, Technische Universität
Graz
Dipl.-Ing. Dr. techn. Wolfdieter
Dreibholz
Mitarbeiter des Modell Steiermark
Erich Edegger
Bürgermeisterstellvertreter der Stadt Graz
OBR Dipl.-Ing. Karl Glawischng
Baubezirksleitung Liezen
Dipl.-Ing. Helmut Hoffmann
Architekt
Dipl.-Ing. Eilfried Huth
Architekt
W. Hofrat Dr. Georg Kodolitsch
Landeskonservator für Steiermark
Prof. Dr. Karl Albrecht Kubinsky
Institut für Soziologie, Universität Graz
Dipl.-Ing. Jörg Mayr
Architekt
OBR Dipl.-Ing. Gerda Missoni
Amt der Steiermärkischen
Landesregierung, Fachabteilung I a
SR Dipl.-Ing. Heinz Rosmann
Leiter des Stadtplanungsamtes der Stadt
Graz
LAbg. W. Hofrat Dipl.-Ing. Hermann
Schaller
Mitarbeiter des Modell Steiermark
o. Univ.-Prof. Arch. Dipl.-Ing. Dr.
techn. Ferdinand Schuster (1920 — 1972)
Vorstand des Instituts für Baukunst und
Entwerfen an der Technischen Universität
Graz von 1964 — 1972
Univ.-Prof. DDr. Wilfried Skreiner
Leiter der Neuen Galerie, Graz
Dr. Gerfried Sperl
Chefredakteur der „Süd-Ost Tagespost“
Dipl.-Ing. Michael Szyszkowitz und
Dipl.-Ing. Karla Kowalski
Architekten
Jorrit Tornquist
Bildender Künstler
SR Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. techn.
Helmut Widtmann

Editorial
Sokratis Dimitriou
Architektur × Politik
Ferdinand Schuster
Architektur und Politik
Wilfried Skreiner
Über Architektur und
Architektenkunst
Michael Szyszkowitz und Karla Kowalski
Unsere Wünsche für die
Architektur
Eilfried Huth
Politik — Wohnbau —
Architektur — Kunst
Karl Albrecht Kubinsky
Soziale Bindingtheit in der
architektonischen Umweltgestaltung
Gerfried Sperl
Herr Bürgermeister, wollen Sie
im Achleitner stehen?
Hermann Schaller und
Wolfdieter Dreibholz
Aus Ideen wächst Wirklichkeit
Erich Edegger
Die Stadt als Lebensraum
zurückgewinnen!
Heinz Rosmann
Politik und Städtebau
Jorrit Tornquist
Farbe in der Stadt
Georg Kodolitsch
Politik und Denkmalpflege
Gerda Missoni
Natur-, Landschafts- und
Ortsbildschutz, Politik, Architektur
Helmut Hoffmann
Raumordnung und
Planungspolitik
Dieter Angerbauer
Stadtteilplanung und Politik
Karl Glawischng
Planungssprechtag an Ort und Stelle
Jörg Mayr
Naturraum als Kirche
Exlibris
Helmut Widtmann
Gespenster



Mai 1984 / 5. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

Heft 8 „Kunst und Politik“
Heft 9 „Familie und Politik“
Heft 10 „Sport und Politik“
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft eine Zukunft?“
Heft 13 „Österreich: Die Zweite Republik im Wandel“
Heft 16 „Neue Arbeit“
Heft 17 „Umwelt“
Heft 18 „Wie nahe ist 1984?“
Heft 19 „Genossenschaften: Grüne Selbsthilfe“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.

Medieninhaber: ÖVP Steiermark.

Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,

Dr. Manfred Prisching

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:

Dipl.-Ing. Dr. Wolfdieter Dreibholz und Dipl.-Ing. Michael

Szyszkowitz

Hersteller:

Fotostatz-Offsdruck Klamper OHG., Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:

Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,

Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRUNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHLICHER,
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKER,
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Gei-
ste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzi-
pien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

Die Abbildungen dieser Nummer
(ausgenommen jene des Beitrages
von Univ.-Prof. Dimitriou) haben
nicht unmittelbar mit den Texten zu
tun, gehören aber zum gestellten
Gesamtthema und sind in diesem
Sinne als Einheit zu betrachten.

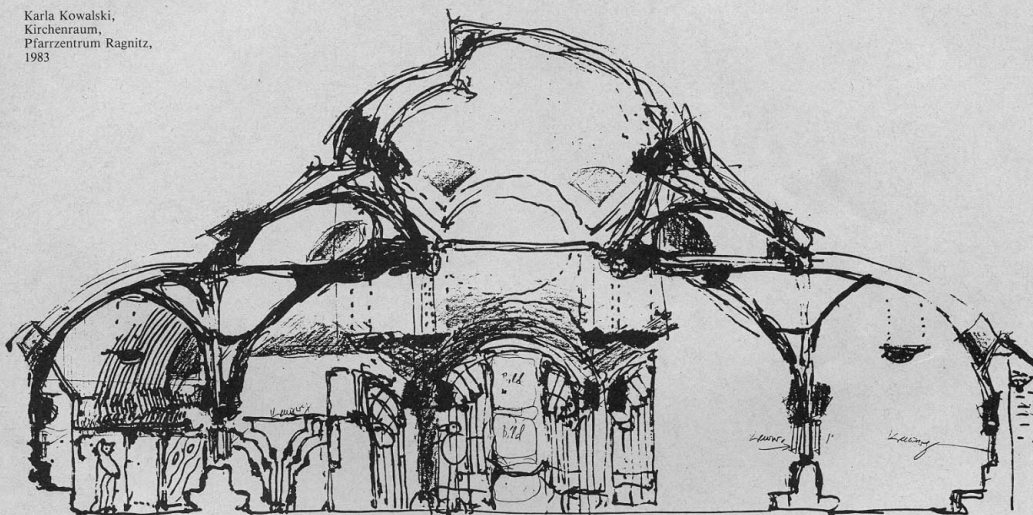
„politicum“
dankt
den
Verfassern
der
reproduzierten
Skizzen
herzlich.

Das Josef-Krainer-Haus beabsich-
tigt, alle Originale der Skizzen zu
erwerben, um diese als ständige
Ausstellung zu präsentieren.

Seiten: 1 Karla KOWALSKI, Architektin BDA, Diplomingenieur
13 Fritz MASCHER, Baukünstler
15 Adolf SCHMÖLZER, Diplomingenieur für Architektur
19 Volker GIENCKE, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker
23 Hermann EISENKÖCK, Diplomingenieur für Architektur
27 Fredl BRAMBERGER, Diplomingenieur für Architektur
31 Klaus KADA, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker
35 Michael SZYSZKOWITZ, Architekt, Diplomingenieur, Zivil-
techniker
39 Florian RIEGLER, Diplomingenieur für Architektur
43 Manfred ZERNIG, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker
47 Günther DOMENIG, Architekt, Diplomingenieur,
O. Universitätsprofessor
51 Marlies BINDER, Diplomingenieur für Architektur
55 Ernst GISELBRECHT, Diplomingenieur für Architektur
59 Jörg MAYR, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker
63 Eilfried HUTH, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker
65 Herbert MISSONI, Architekt, Diplomingenieur, Ziviltechniker


Architektur ist öffentlich
Architektur ist Auseinandersetzung
Architektur ist Veränderung
Architektur ist Gestaltung

Karla Kowalski,
Kirchenraum,
Pfarrzentrum Ragnitz,
1983



Politik ist öffentlich
Politik ist Auseinandersetzung
Politik ist Veränderung
Politik ist Gestaltung

ARCHITEKTUR



POLITIK

Architektur gilt allgemein als jene Kunstgattung, die sich mit der Gestaltung und Begrenzung von Räumen befaßt. Sie kann sich mit anderen Künsten, der Malerei, der Plastik, heute auch den Medien verbinden, um ihre Ausdrucksformen zu bereichern oder zu steigern. Architektonische Gebilde sind nicht freischwebende Ballons, sie erheben sich auf einem bestimmten Areal, in einer bestimmten topographischen Situation, sie sind in den Luftraum eingeschnitten und ragen in ihn hinein. Mit ihren Aus- und Eingängen, mit ihren Fensteröffnungen und Balkonen gestatten sie die Kommunikation mit dem umgebenden Raum, sie beeinflussen durch ihr eigenes Raumklima ihre unmittelbare Umgebung, sie tragen durch ihre Kamine zur Verschmutzung der Atmosphäre bei. Sie stehen in der Öffentlichkeit, allein oder in Verbindung mit ihresgleichen und Straßenräumen, sie befinden sich vor aller Augen, erfreuen den Blick, beleidigen unsere Augen oder stehen einfach im Wege. Störende Bilder lassen sich weghängen, schlechte Filme muß man nicht abspielen, unangenehme Plastiken kann man in Benkenkammern verbannen. Bauten sind meist durch ihren Maßstab, ihr Gewicht und die für sie aufgewendeten Kosten unverrückbar. Auch das Verpacken nützt nicht viel, denn ihr Volumen bleibt erhalten. Maschinen nützen sich ab, werden technisch überholt, kommen bald zum alten Eisen. Die Lebensdauer eines Bauwerkes ist in unseren Breiten meist wesentlich länger als die eines Menschen. Das Sterben der Menschen ist man gewöhnt, die Beseitigung von Bauten erscheint ungehörig und stößt auf Widerstand.

Es ist selbstverständlich, daß die Architektur, die den Menschen behaust, die den städtischen und ländlichen Umräum der menschlichen Gesellschaft schafft, unter allen Künsten die einflußreichste und die eigentlich öffentliche Kunst ist. Sie verbindet Öffentliches mit Privatem. Wer auf sie Einfluß gewinnt, kann über sie Öffentlichkeit und Privatheit beeinflussen. Betrachtet man das Bauen im einzelnen, im Bereiche der Siedlungen, der Dörfer und Städte, land- und weltweit, dann ist die Summe der architektoni-

schen Gebilde, in ständiger räumlicher Veränderung und Umbildung begriffen, je nach dem Entwicklungsstand und den Zielsetzungen der menschlichen Gesellschaften, die sie erzeugen. Die Beständigkeit der Bauten erschwert Veränderungen, die jeweilige Entwicklungsstufe der Gesellschaft kann daher nur zum Teil und unvollkommen baulich ausgedrückt werden. Ein Querschnitt durch alle zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandene Architektur zeigt längst Überlebtes neben noch nicht Erprobtem, als unzulänglich Erkanntes neben kühn Gewagtem. Der Großteil der Bauten in unserer Gegenwart entstand in Zeiten, in denen andere Forderungen erhoben, andere Bauvorschriften galten, andere technische Voraussetzungen gegeben waren. Dennoch existieren sie und wir in ihnen weiter. Wir haben sie uns und uns ihnen angepaßt. Wie die wenigsten bereit und fähig sind, nur die jeweils letzten Kunstströmungen aufzunehmen, so sind es nur ganz wenige, die die Möglichkeit oder auch den Willen haben, für sich eine Architektur zu verlangen, die gegenwärtiges Fühlen und Denken auszudrücken vermag.

Große Neuerungen in der Architektur wurden in der Vergangenheit und werden in der Gegenwart ganz selten gewissermaßen auf freiem Felde verwirklicht. Die meisten geschehen als Eingriffe in Bestehendes und stehen zu diesem dialektisch im Widerspruch. Sie stellen die ältere Bausubstanz in Frage, sie müssen sich gegen altgewohnte Traditionen der gebauten Umwelt auseinandersetzen. Die Neubauten mit ihren kühnen Bagedanken beanspruchen für sich die Zukunft. Zu ihrer Durchsetzung bedarf es aber eines längeren Zeitraumes als ein Menschenleben, wo Jugend die Schwäche des Alters und den Abgang der älteren Generation abwarten kann. Es ist das Merkwürdige in der Architektur wie in geringerem Maß auch in anderen Künsten, daß ihre Zeit länger dauert als das Leben ihrer Schöpfer, daß die Bauten sich allein überlassen bleiben und sich gewissermaßen selbst um ihr Überleben kümmern müssen. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist ihre Konstitution — sie müssen gut gebaut sein, die zweitwichtigste ist ihr Anpassungs-

vermögen — sie müssen auch geänderten Ansprüchen an ihre Funktion genügen.

Unsere ländlichen und städtischen Agglomerationen enthalten Altes, Neues und Neuestes nebeneinander und durchmischt. Selten sind die Gebäude und Gruppen, die sich aus der Masse hervorheben und durch Größe oder Form von ihrer Umgebung abgehoben sind. Bei diesen Bauten und Gebäudegruppen wird gleich gefragt: Wer war der Architekt? Wer war der Bauherr? Weder nach dem einen noch nach dem anderen allein wird gefragt. Nur beide zusammen konnten das eindrucksvolle Neue bewirken. Gute Architektur, bedeutungsvolle Ensembles entstehen erst wenn an einem bestimmten Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt ein kraftvoller, mächtiger, seiner Ziele bewußter Bauherr und ein formal begabter, mit den Problemen seiner Zeit und denen des Bauherrn vertrauter Architekt zusammentreffen. Der Bauherr kann ein Mann der Kirche, der Politik oder der Wirtschaft sein: Aus diesen drei Bereichen kommen die stärksten Anstöße.

Der hohe materielle Einsatz bei einem Bauvorhaben läßt daran zweifeln, ob der Architekt die gleiche Schaffensfreiheit besitzt wie andere Künstler. Es ist bekannt, daß etwa in der Malerei neben den offiziellen oder privaten Aufträgen der einzelne Maler auch immer für sich arbeiten und damit seine künstlerischen Mittel frei vervollkommen konnte. Die Künste leben nicht nur durch äußere Anlässe, sie verfügen über ein starkes Eigenleben, wobei der eine Künstler sich am Werke des anderen orientiert und es fortsetzt. Kunst erneuert sich aus der Auseinandersetzung mit dem Leben, aber auch aus der mit der Kunst. Kunstgeschichte ist auch durch dieses innere Gespräch gekennzeichnet.

In einem geringeren Maße gilt dies für den Bereich der Architektur. Abgesehen von Phantasieprojekten, die oft nicht einmal technisch zu realisieren wären, abgesehen von gezeichneten Entwürfen, wie sie etwa bei Wettbewerben gefordert werden, hat der Architekt doch auch die Möglichkeit, seine Vorstellungen in gebauter Form zu verwirklichen, und zwar im Bereich

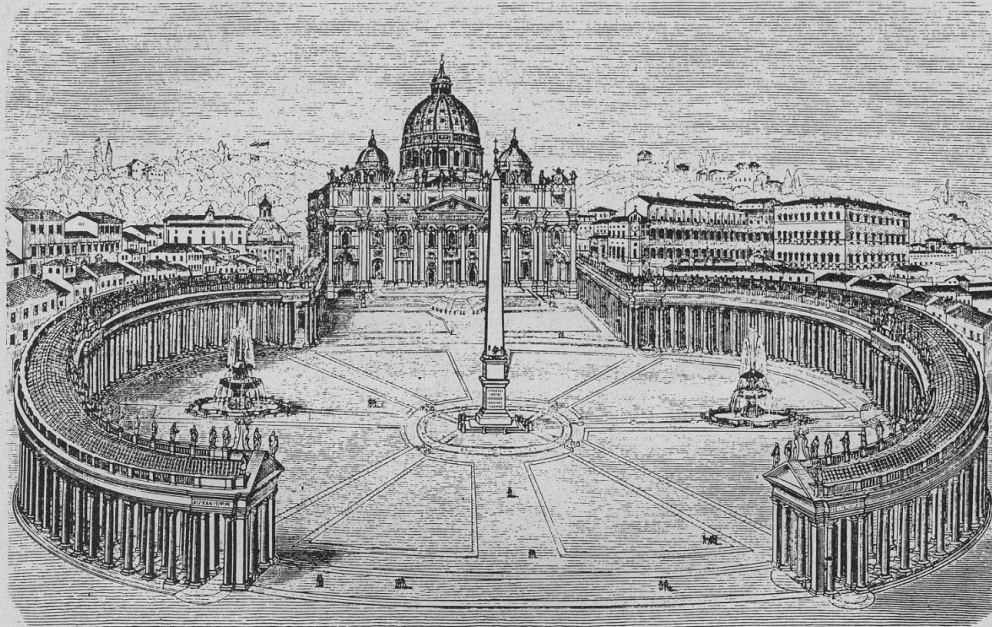
der sogenannten kleinen Form. Die Wirkung von Ausstellungen, von Ausstellungsbauten, von Kapellen, von Eigenheimen und Einfamilienhäusern ist sicher größer als die der sogenannten utopischen Projekte, denn erst, was gebaut ist, überzeugt. Hier lassen sich die Raumvorstellungen des Architekten tatsächlich erleben. Hier können Farben, Materialien, Formen zum ersten Mal, und mit nachhaltigem Effekt, erprobt werden, ohne daß die sonst üblichen hohen Kosten entstehen. Besonders seit der industriellen Revolution und den damit verbunde-

treter der Baukunst. Sie sollen das Gedächtnis an die betreffende Person über ihre Lebenszeit hinaus wachhalten. In Epochen, die in vergänglichen Materialien nur für die Mitwelt bauten, wurden sie allein in unvergänglichen Werkstoffen errichtet, am liebsten aus Stein, der so alt ist wie unsere Erde und erst mit ihr vergehen wird. Auch die Mächtigen dieser Welt und alle, die einem Mächtigen oder gar dem Allmächtigen dienen, suchen ihren Glauben an sich oder an eine Gottheit zu verewigen. Zu den Denk- und Grabmälern treten weitere auf Ewig-

Möglichkeit eines traurigen Endes abzusehen.

Bauen bedeutet Hoffen. Auf den Bauwilligen wartet in grenzenlosem Optimismus der Architekt, um alle seine Wünsche zu befriedigen. Aufträge verblenden, verstellen den Blick auf die Zukunft. Albert Speer hörte nicht die Zeitbombe ticken, als er Bauten für ein Tausendjähriges Reich errichtete.

Von längerer Dauer sind solche Bauten, in denen eine übergeordnete Idee ausgedrückt ist, in deren Mittelpunkt sich der Bauherr einordnet. Auch ein Mao-Tse-Tung konnte den Kaiserpa-



Der
Petersplatz
in
Rom

nen wirtschaftlichen Umwälzungen ist es das Gebiet der Ausstellungsarchitektur, auf dem die meisten neuen Baugeanken vorweggenommen wurden. Bei dieser selten auf Dauer ausgerichteten Architektur konnte der Architekt seinen Standpunkt leichter durchsetzen, denn dem Bauherrn kam es in erster Linie auf Werbewirksamkeit an, und zu dieser konnte kühne neue Architektur beitragen. Auch so vergängliche Gebilde, wie Bühnen- und Filmarchitektur, sind hier zu nennen. An ihnen konnte die Wirkung neuer Formen auf das Publikum ohne hohe Kosten erprobt werden. Sucht der Architekt aber den großen Maßstab, dann bedarf er der Hilfe der Mächtigen. Grabmäler und Denkmäler, meinte Adolf Loos, seien die eigentlichen Ver-

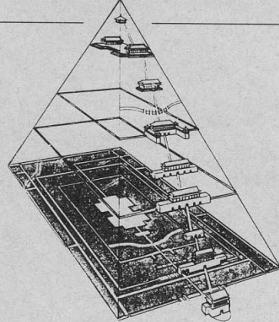
treter der Baukunst. Sie sollen das Gedächtnis an die betreffende Person über ihre Lebenszeit hinaus wachhalten. In Epochen, die in vergänglichen Materialien nur für die Mitwelt bauten, wurden sie allein in unvergänglichen Werkstoffen errichtet, am liebsten aus Stein, der so alt ist wie unsere Erde und erst mit ihr vergehen wird. Auch die Mächtigen dieser Welt und alle, die einem Mächtigen oder gar dem Allmächtigen dienen, suchen ihren Glauben an sich oder an eine Gottheit zu verewigen. Zu den Denk- und Grabmälern treten weitere auf Ewig-

keit abzielende Bauten, Tempel, Kirchen und Paläste. Monumentales Bauen ist in der Menschheitsgeschichte die höchste Form der Selbstdarstellung und der Verehrung. Es war und ist aber schwer, hierbei nicht über das Ziel hinauszuschießen, das Maß zu verlieren. Zahllose Ruinen zeugen von Selbstüberschätzung der Mächtigen und dem Unvermögen ihrer Architekten, die hochfliegenden Ziele zu erreichen. Gestürzte Denkmäler, von Echnaton bis Stalin, verwüstete Gräber, zerstörte Paläste, Kirchen und Städte erinnern an blutige Auseinandersetzungen, an das Aufrichten von Idolen und an ihre Verdammung. Irdische Ewigkeit hat nur einen kurzen Atem, aber jeder Mächtige sieht in sich einen bewundernswerten Anfang, ohne die

last in Peking stehen und gelten lassen, da sich in ihm das Streben nach vollendeter Harmonie versinnbildlichte.

Gegen eine solche Vorstellung war nichts einzuwenden, nur die Träger dieses Gedankens, die Söhne des Himmels, die Kaiser von China, waren meist fehl am Platz gewesen. Die Zwingburg des Kreml aus der Zeit Iwans des Schrecklichen eignet sich eher als Sitz einer Gewaltherrschaft als das differenzierte Gefüge von Sankt Petersburg. Und doch ist der Kreml mehr als der aktuelle Regierungssitz. Seit dem ausgehenden Mittelalter ist er die Mitte Rußlands, und wer wird nicht den sowjetischen Kommunismus als zutiefst russisch bezeichnen.

Wenn von Architektur und Politik und von ihrer Wechselwirkung die Rede ist,



Kaiserpalast
in
Peking

kann sich Politik nicht auf die landläufige Vorstellung beschränken, sie sei allein Aufgabe der Politiker von Berufs wegen. Auch die Kirche, auch die Wirtschaftsmächte betreiben Politik. Auch sie bestehen auf dem Ewigkeitsanspruch ihrer Bauten.

Die Hagia Sofia in Konstantinopel war gebaute Theologie, stereometrisches Abbild der Weisheit Gottes, wie sie der Kaiser Justinian und seine Architekten Anthemios von Tralles und Isidoros von Milet sahen. Die Geschichte der Peterskirche in Rom ist das Gegenbeispiel im katholischen Raum. Aus der altchristlichen Basilika, in deren Apsis rund der Bischof von Rom und Nachfolger Petri thronte, wurde in der Renaissance und in der Barockzeit eine Verkörperung der triumphierenden katholischen Kirche. Ein triumphaler Aufweg, die weite Umarmung durch die Kolonnaden Berninis, die mächtige Fassade, aus der der Stellvertreter Christi hervortritt, das Langhaus Madernas, das sich zum Kuppelbau Michelangelos erhebt, unter der Kuppel der von dem gewaltigen Baldachin gekrönte Hauptaltar und hoch über der Apsisnische in den Wolken schwebend die Kathedra Petri, das Symbol der Vollmacht, die der in der Tiefe ruhende Märtyrer seinem Nachfolger für alle Zeiten erteilt hat. Wie bescheiden der ursprüngliche, real besetzte Bischofsthron, wie vergöttlicht die Sedisvakanz in den Lüften! — In unserer Gegenwart ist es die angestrebte Volksnähe, die eine liturgische Neuordnung in den bestehenden Kirchen erzwingt und in neuen Kirchen eine zentrale Position des Altars begünstigt, an dem Priester und Gemeinde einander gegenüberstehen.

Um Produktion, Absatz und Werbung geht es im Bereich der Wirtschaft. Oft sind alle diese Funktionen in einem Komplex vereinigt, gelegentlich sind sie isoliert gestaltet. Als Großmacht erscheint die Wirtschaft — Industrie und Handel — erst seit der industriellen Revolution. Seither ist sie eine der großen gestaltenden Kräfte der Architektur. Die Industrie schafft sich ihre Produktionsstätten mit Hilfe der Architekten. Mit ihren Werksiedlungen sind die großen Industrien auch auf dem Gebiet des Städtebaues schöpferisch, vom englischen Saltaire des Titus Salt

bis zur Berliner Siemensstadt und den amerikanischen Pullman-Städten. Das gesamte Design einer Firma, vom Produkt über die Werbung bis zu den Bauten für die Produktion und den Betrieb, legt Emil Rathenau, der Schöpfer der AEG, in die Hände des Architekten Peter Behrens. Gropius gestaltet die Schuhleistenfabrik Fagus, Alvar Aalto das Zellulosewerk in Sunila. Die Entwürfe Frank Lloyd Wright's für Johnson Wax sind dauernd werbewirksam. Die Industrie hat die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Industrieherrn und Architekten erkannt und bedient sich ihrer für ihre Politik. In den Vereinigten Staaten führt die Konzentration und Steuerung der Verwaltungsaufgaben zum Typ des Wolkenkratzers, der die Dominante der City wird. Das freie Spiel der Wirtschaftskräfte — es sind nur die Großen, die zur Geltung kommen — ist nirgends so überzeugend ausgedrückt wie in Manhattan, dem größten Architekturlaboratorium des tertiären Sektors.

Trotz der großen Vielfalt ihrer architektonischen Ausformungen sind die Bauten der Wirtschaft nur so lange von Bestand, wie sie Profit abwerfen. Sie haben eine begrenzte Lebensdauer. Die Schönheit des Larkin Building in Buffalo (F. L. Wright), die hohe historische Bedeutung der Linzer Wollzeugmanufaktur (J. M. Prunner) haben diese Bauten nicht vor dem Untergang bewahren können. Erst in jüngster Zeit bemüht man sich um die Erhaltung architektonischer Zeugnisse aus der Arbeitswelt. Sie erhalten den Charakter von Museumsobjekten, ihr Eigenleben erlischt mit der Nutzung, für die sie gedacht waren.

Am Anfang aller monumentalen Architektur steht als Grabmal für die Ewigkeit und zur ewigen Erinnerung an die große Tat der Reichseinigung Ägyptens der Totenpalast in Sakkara. Er ist das Werk des Pharao Djoser und seines Architekten Imhotep, der für seine Tat zum Gott erhoben wurde. Die Stufenpyramide über dem Grab des Herrschers ist der erste gebaute Versuch des Menschen, sich den Göttern zu nähern. Als symbolische Bauform ist diese Anlage nur der Stadt- und Palastanlage von Peking zu ver-

gleichen, die den Kaiser, den Sohn des Himmels und der Erde, in dem sich die Grundkräfte des Daseins harmonisch mischen, in den Mittelpunkt der Palastanlage stellte. Die späteren ägyptischen Pyramiden sind mit Herrschernamen verbunden, nicht mit denen von Architekten, in ihnen vollendet sich die Stufenform zur stereometrischen Grundform. Sie sichern den Toten, bedeutet aber nicht mehr das Reich. Herrscher und Architekt begegnen uns vereint wieder an den großen Wendepunkten der ägyptischen Geschichte, im Totentempel der Hatschepsut, im Luxortempel des Amenophis III. und in der Sonnenstadt des Amenophis IV. — Echnatons. Die Herrscher gestalten sind nicht nur, wie in den Grabanlagen, im Inneren der Bauten zu finden, sie treten plastisch an die Außenfronten und wenden sich an die Öffentlichkeit. Die Kolosse des Ramses II. in Abu Simbel sind der Höhepunkt dieser Verherrlichung der Königsgestalt. Ähnliches zeigen nur die Maya-Städte und die Palasttempel in Kambodscha. In den Palästen und Städten Vorderasiens ist der Herrscherwille allgegenwärtig, die Herrscher gestalt ordnet sich aber der Gottheit unter.

Der Einzelne, Tyrann oder legitimer Herrscher, läßt sich erst im Hellenismus wieder in einem monumentalen Werke verewigen. Der Architekt Pytheos stellt die Statue des Mausolos auf dessen gestuftes Riesengrabmal und verherrlicht ihn als neuen Stadtgründer von Halikarnass. Der Architekt Deinokrates wollte den Berg Athos in die Gestalt Alexander des Großen umwandeln mit einer Stadtanlage auf halber Höhe. Alexander lehnte das Ansinnen als unpraktisch ab und beauftragte den Architekten mit der Planung von Alexandria, der berühmtesten unter seinen Stadtgründungen. Hier stand einige Zeit auch der Grabbau des Herrschers als des Stadtgründers. Die pergamenischen Herrscher weihten zum Andenken an ihren Sieg über die Gallier wohl dem Zeus einen Altar, benützten aber auch die Gelegenheit, ihr Geschlecht im Mythos zu verankern.

Von starkem historischen Bewußtsein war das Bauen im antiken Rom getragen. Triumphe gaben bereits in der Republik den siegreichen Imperatoren

Gelegenheit zur Selbstdarstellung, aber diese Triumphbögen und Triumphsäulen wurden aus vergänglichem Material errichtet. Unter Caesar und Augustus beginnt die dauernde Verherrlichung der Herrscher in ihren Bauten. Triumpharchitekturen tragen ihre Abbilder, ihre Kolosse schmücken öffentliche Bauten und Anlagen. Auch die städtebauliche Großform des Forum wird zur Vergöttlichung der Herrscher-gestalt oder ihres Geschlechtes benutzt, am eindrucksvollsten in der Anlage des Trajansforums, das Apollodoros aus Damaskus schuf. Rom erfindet

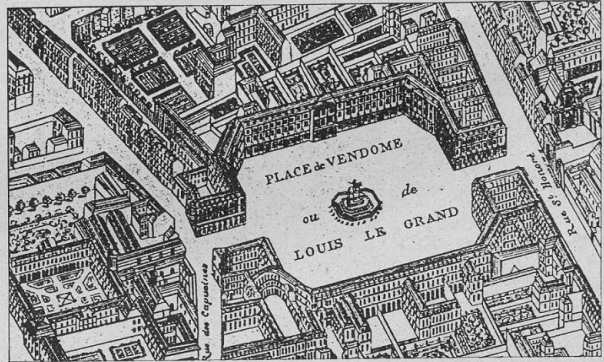
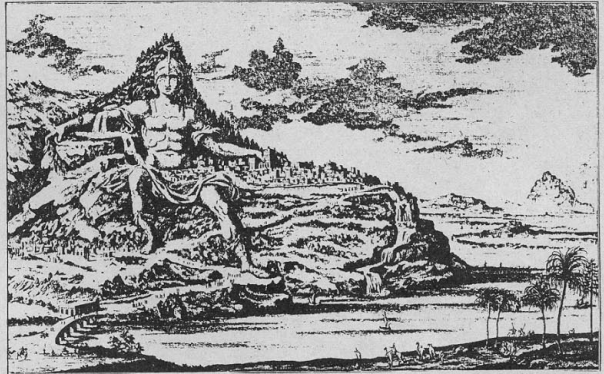
eventuell als Stifter nähert. Die späte Antike, das frühe und das hohe Mittelalter gestalten in symbolischen Formen, in denen sich Weltliches mit Geistlichem mischt. Bei der allesbeherrschenden Stellung der Kirche muß sich Politik in kirchliche Gewänder kleiden. Karl der Große baut nicht sich, sondern Gott zu Ehren die Pfalzkapelle in Aachen, wie er auch die Sachsen nicht sich unterworfen, sondern zu Christus bekehrt hat. Der Abt Suger von St. Denis errichtet den Schöpfungsbau der Gotik, seine Abteikirche, im Dienste seines königlichen

machtstellung der Kirche im Bauwesen ist gebrochen, Stadtgemeinden werden auch zu Bauherren großer Kirchenbauten, wie es in Italien und in Deutschland allerorten geschieht. Stadtpfarrkirchen erhalten gelegentlich die Gestaltung von Kathedralen, so der Wiener Stephansturm mit seinen die Stadt beherrschenden Türmen.

In der Stadt des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit erlebt das Bürgertum seine erste politische Blüte in innerstädtischen Kooperationen und Städtebünden. Die monumentale Architektur erhält einen bürgerli-

Vorschlag des Architekten Deinokrates den Berg Athos in eine Alexanderstatue mit einer Stadt zu verwandeln (Zeichnungen von J. B. Fischer von Erlach)

Place Vendome, Paris, mit Reiterstandbild Ludwigs XIV.



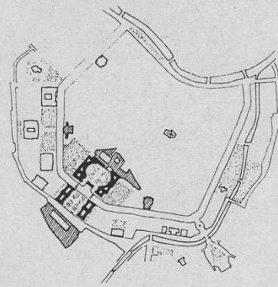
den Typus des Reiterdenkmals, der später in der Renaissance wieder auflebt und in Fürstentümern und Königreichen zum beherrschenden Platzmittelpunkt wird. In den französischen Königsplätzen bildeten die Reiterstandbilder das Zentrum, die umgebende Architektur war ihr Rahmen. In Rom wurde die Architektur immer wieder bewußt in den Dienst der Staatsidee gestellt, vom Friedensaltar des Augustus über den Palastbau des Domitian zu der Lagerstadt Diokletians. Konstantin der Große ließ christliche Kirchen bauen, schmückte aber die Basilika des Maxentius mit seiner Kolossalstatue. Er ist der Mann der Zeitenwende; nach ihm ist der weltbeherrschende Christus, der Pantokrator, Herr des Säkralraumes, dem sich der Herrscher

Hern, des allerchristlichen Königs Ludwig VII., aber zur Ehre Gottes, dem dem Herrscherhaus der Kapetinger zu dynastischem Ruhm verhalf. Engel bekronen die Flanken der Krönungskathedrale von Reims, aber oberhalb der heiligen Portale zieht sich die Reihe der Königsplastiken entlang, der legendären und der wirklichen Vorgänger des regierenden Königs.

Im Mittelalter ist der Palast auch als Bauwerk der Kirche untergeordnet. Erst das im späten Mittelalter aufkommende Bürgertum schafft neue bauliche Akzente. Neben den Kirchturm stellt es den Rathauerturm und die Türme seiner Tuchhallen. Neben den Kirchplatz und den Palasthof tritt der Bürgermarkt mit den Bauten der Patrizier und der Zünfte. Die absolute Vor-

chen Charakter. Das Goldene Dach in Innsbruck, immerhin die Absteige eines Herrschers, ist als edel ausgeführtes Bürgerhaus konzipiert, die Burg Friedrichs III. in Wiener Neustadt hält sich trotz ihrer ruhmredigen Wappenstein in bescheidenem Rahmen. Auch die Palastanlagen der frühen Renaissance in Italien sind wohl weitläufig, zeigen aber stärker das Bemühen um eine edle Ausführung als um Monumentalität.

In der hohen und späten Renaissance und der folgenden Zeit des Barock wird der Einfluß des Bürgertums zugunsten der Fürsten zurückgedrängt. Es beginnt mit den Palästen der französischen Herrscher, dem monumentalen Entwurf Bramantes für den Vatikan und führt zu den gewaltigen Kom-



Die Wiener Ringstraße mit dem von G. Semper geplanten Kaiserforum

plexen des Escorial und des Schlosses von Versailles, wo Stadt und Landschaft auf den Herrschersitz ausgerichtet sind. Den Mittelpunkt der Anlage des Escorial bildet die Kirche, auf deren Altar Philipp II. von seinem bescheidenen Wohngemach aus blicken konnte. Im Kircheninneren sind die Statuen des Herrschers und seines Vaters Karls V. betend dem Altar zugewandt. Die Gräber der Könige befinden sich unterhalb der Kirche. Bei aller Größe der Machtposition dieser spanischen Könige ist der Primat der Kirche auch im Baulichen sichtbar, um dessen Behauptung sie sich ihr Leben lang bemüht haben. Auch das Versailles Ludwigs XIV. verfügt über einen bedeutenden sakralen Raum, der außen deutlich erkennbar ist und in seiner Gestalt an die Sainte Chapelle Ludwigs des Heiligen erinnert, die dem mittelalterlichen Herrscherpalast auf der Seineinsel zugeordnet war. Aber die Fluchtlinien der Stadt- und der Parkachsen zielen auf die Wohn- und Prunkräume des Herrschers. Auch Ludwig XIV. war ein gläubiger Katholik wie der Kardinal Richelieu, sein großer politischer Vorgänger, aber er war nicht bereit, das Staatsinteresse dem kirchlichen unterzuordnen, wie es die spanischen Könige zum Unheil ihrer Ländereien getan hatten. Das absolutistische Herrschertum findet in der Planung von Versailles seinen stärksten Ausdruck. Das damalige Deutsche Reich erhielt eine große Zahl kostspieliger „Versailles“, die Bemühungen des österreichischen Kaisers Josef I., einen ähnlichen Bau durch Johann Bernhard Fischer von Erlach errichten zu lassen, scheiterten an der politischen Schwäche des Habsburgerreiches. Der deutsche Kaiseremantel wurde für die Habsburger zum bloßen Ehrenkleid, die noch mittelalterliche Verwaltungsstruktur der in Besitz der Habsburger befindlichen Länder verteilte alle Bemühungen um eine Konzentration der Macht. Die Reichshauptstadt Wien besaß gewaltige Adelssitze, voran die des Prinzen Eugen, die kaiserlichen Bauten in der Stadt sind ein Konglomerat auch qualitativ unterschiedlicher Trakte, das dem inneren Zustand des Habsburgerbesitzes entsprach.

6 Das neunzehnte Jahrhundert ist durch

das Wiedererstarken des Bürgertums geprägt. Dennoch ist in der ersten Hälfte des Jahrhunderts der Machtgewinn äußerlich nicht zu bemerken, am ehesten noch unter dem Caesarismus Napoleons I. Die Erweiterungen des barocken Karlsruhe, des noch zum Teil mittelalterlichen Münchens und Berlins, der Neubau Athens berücksichtigen die Wünsche des Bildungsbürgertums, indem Museen, Bibliotheken, Theater und Opernhäuser vorgesehen werden, doch geschieht dies alles unter der Schutzherrschaft der Fürstenhäuser, deren Vorrangstellung erst durch die Revolution von 1848 erschüttert wird. Die beiden führenden Mächte Kontinentaleuropas, das kaiserliche Frankreich Napoleons III. und das Kaiserreich Österreich unter Franz Josef I., suchen einen neuen Absolutismus durchzusetzen, eine Zentralisierung der Macht in den Händen des Herrschers, der sich bemüht zeigt, die tiefen Gegensätze zwischen den Bevölkerungsklassen und — in Österreich auch zwischen den Nationalitäten — auszugleichen. Die Modernisierung von Paris durch Napoleon III. und Haussmann, die innere Stadterweiterung Wiens durch die Ringstraßenbebauung sind zugleich Versuche, repräsentative neue Machtzentren zu schaffen, deren öffentliche Bauten den Bedürfnissen einer gewaltig anwachsenden Bevölkerungszahl und einer erweiterten Verwaltung entsprechen, deren private Wohnbauten aber die privilegierten Klassen, den Adel und das Großbürgertum, verbinden sollten. In beiden Fällen waren auch militärische Rücksichten maßgebend, das Bestreben, neue Revolutionen wie jene zu verhindern, durch die die Herrscher selbst auf den Thron gelangt waren. Der Umbau von Paris endete vorläufig mit dem Sturze Napoleons III., die neuen breiten Boulevards halfen den Regierungstruppen, den Aufstand der Pariser Kommune 1871 niederzuschlagen. Das große Vorhaben der Wiener Ringstraße blieb unvollendet. Der Kaiser verlor, durch politische und familiäre Schicksalschläge entmutigt, sein Interesse. Das große Kaiserforum mit einer neuen Palastanlage, von Gottfried Semper erdacht, blieb ein Torso. Die architektonischen Träume Napole-

ons III. und Franz Josefs I. fanden eine hybride Fortsetzung in den Weltstadtplänen Adolf Hitlers und seines Architekten Albert Speers für die Reichshauptstadt Berlin. Das große Achsenkreuz von Paris wurde ebenso übernommen wie die Wiener Form der ringartigen Form der Stadterweiterung. Nicht Absolutismus, sondern Führerprinzip, nicht Untertanen, sondern Volksgenossen sollte es nach der neuen Sprachregelung heißen. Das Neue daran war die Antwort auf die Massengesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts, der Versuch, die Massen durch soldatische Ordnung und Zucht zu domestizieren. Daher die breiten Aufmarschplätze, die Riesenbauten, das Übermaß an Bürokratie, auf der anderen Seite die Konzentration auf den großen Eien, den von der Vorsehung gesandten, der Deutschland erweckt hatte. Triumphbögen und Heldenfriedhöfe sollten die militärischen Leistungen manifestieren, der Führer selbst plante sein Mausoleum in Linz, der oberösterreichischen Stadt, in der er die glücklichste Zeit seiner Jugend verbracht hatte. Architektur war die große Leidenschaft Hitlers, in Speer fand er das ausführende Werkzeug, welches jeden Gedankensplitter, jede Skizze seines Herrn sofort, zumindest im Modell, verwirklichte. Albert Speer war nicht der Partner Hitlers, sondern nur der Organisator und Zeichner seiner Pläne. Verglichen mit den Projekten Hitlers sind die baulichen Realisierungen Mussolinis, Francos und auch die der Sowjetunion eher bescheiden. In Italien kämpften neorömischer Monumentalismus und oberitalienischer Rationalismus um die Vorherrschaft, Francos größter Bau ist seine unterirdische Grabanlage bei Madrid, in der Sowjetunion sind die praktischen Bauaufgaben immer führend gewesen, der Monumentalismus der Stalinzeit beschränkte sich auf das Dekor. Nur das Grabmal Lenins vor der Kremmlauer huldigt einem antiken Gedanken, dem der Verehrung des Staatsgründers über seinen Tod hinaus, auf dem zentralen, dem Roten Platz. Der Denkmälerkult Stalins blieb Episode. Seit es Geschichte als bewußt aufgezeichnetes chronologisches Kontinuum gibt, stand Architektur im Dienste der Mächtigen, sie war nicht ihr Partner.

Ihre Aufgabe war es, geschichtsmächtigen Persönlichkeiten oder den von diesen vertretenen Ideen baulichen Ausdruck zu verleihen. Rang und Wert der Architekten ergaben sich aus ihrer Nähe zu den Zentren der Macht.

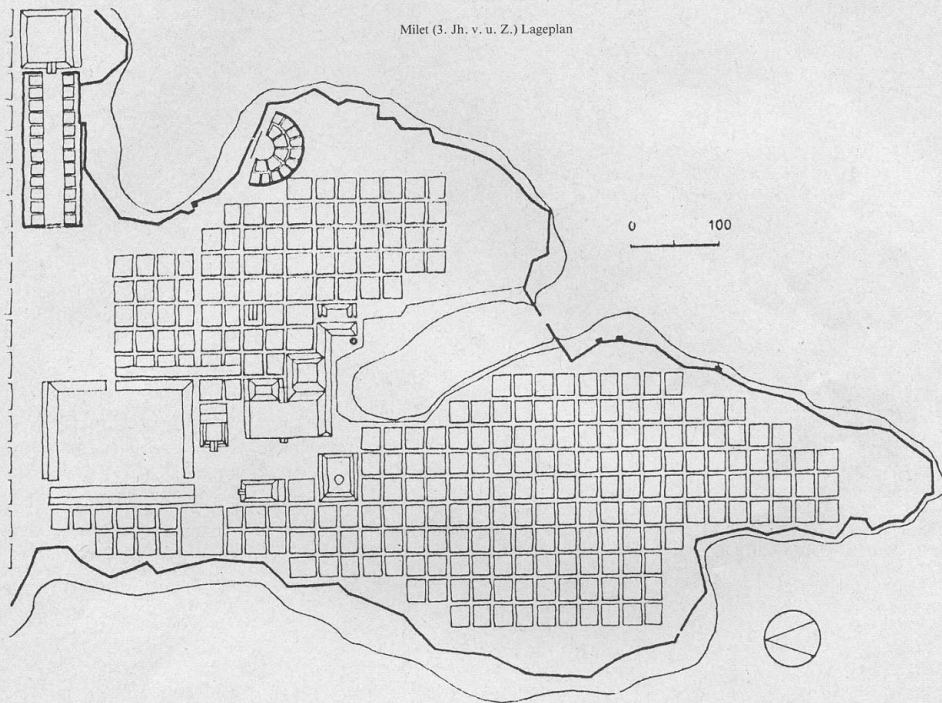
Verglichen mit den vielen Jahrhunderten seit Beginn der Geschichte, in denen zentrale Mächte und Gestalten die Architektur bestimmten, erscheint das Wirken der Architekten in der Demokratie kurz bemessen und wenig nachhaltig. Unter Demokratie wird hier jene Regierungsform verstanden, in der das politische Geschehen durch jeden

Territorialmacht ist die Adelsrepublik Polen mit ihrem Wahlkönigtum zu nennen. Auch Ungarn hat bis 1945 eine elitäre politische Grundlage besessen.

Das Beispiel Venedig zeigt die Auswirkungen einer aristokratischen Verfassung auf das Stadtbild. Die wichtigsten Plätze dienen dem Ausdruck kommunaler Macht, dem Stadtheiligen oder gemeinsamen politischen Institutionen. Die Paläste der Aristokratie liegen gleichwertig am Canale Grande, an kleineren Kanälen oder an den Bezirksplätzen. Das politisch rechtlose,

blieben. Doch in diesen Städten, wie auch in Venedig, geht die Machtaufteilung mit einer Verringerung des Maßstabes einher. Wo viele den Einsatz der Geldmittel bestimmen, wird an Schmuck und Größe nur das Notwendige gewünscht. Die Architektur der Tyrannis ist hingegen in der Antike wie in der Moderne megalomanisch. Auch die Kathedralen des hohen Mittelalters bezeugen weniger die Opferfreude der Bevölkerung als den universalen Machtanspruch der Kirche.

Die reine Demokratie war in der Antike nur von kurzer Lebensdauer, in der



Milet (3. Jh. v. u. Z.) Lageplan

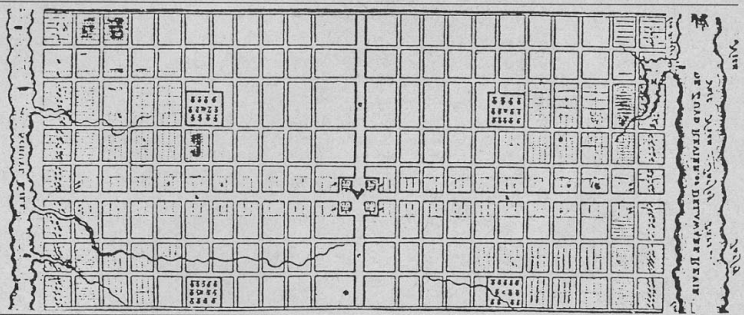
einzelnen Bürger mitbestimmt wird. Das Prinzip der Gleichheit ist vorerst ein Kennzeichen aristokratischer Gesellschaftsformen. Der Adel oder das Patriziat ist in seiner Gesamtheit in Besitz der Macht, die Angehörigen der führenden Schicht können als Funktionäre nur insoweit über Macht verfügen, als ihnen von der Gesamtheit zugestanden wird. Beispiele hierfür sind in der Antike Sparta und Rom sowie die meisten griechischen und phönizischen Städte in ihrer Frühzeit. Im Mittelalter und in der Neuzeit ist Venedig die wohl bekannteste Stadtrepublik mit aristokratischer Verfassung, die Stadtstaaten Italiens und die freien Städte des Deutschen Reiches standen in größerem oder geringerem Umfang unter der Herrschaft einer Oberschicht. Als

aber sozial umsorgte Volk, der „popolo minuto“, lebt gewissermaßen im Hinterhof.

Einen geringeren oder größeren Grad der Demokratisierung verraten die Stadtbilder der mittelalterlichen oder neuzeitlichen Bürgerstädte Europas. Die Trennung der Gewalten manifestiert sich in den gesonderten Kirchen- und Marktplätzen, die Aufteilung der Funktionen in den Sondermärkten und in den Bereichen für die sozialen Einrichtungen. Das Durchmischen der Bauten des Patriziats mit den Zunfthäusern bedeutet die Erweiterung der politischen Grundlage, doch nicht die volle Demokratie, von der Gesellen, Lehrlinge und freie Lohnarbeiter, der Kleinhandel und die bäuerliche Bevölkerung der Peripherie ausgeschlossen

Neuzeit ist sie erst seit knapp zweihundert Jahren das Ziel politischer Bestrebungen. Die Blütezeit des antiken Athen im fünften Jahrhundert vor Christus ist auch die Zeit fast uneingeschränkter demokratischen Lebens. Nur Frauen, Kinder und Sklaven waren von der politischen Machtausübung ausgeschlossen. Athen macht sich die politischen Erfahrungen der griechischen Kolonialstädte zunutze. In Kleinasien wurde nach der Perserherrschaft die Stadt Milet neu gegründet. Sie entstand als reine Bürgerstadt, deren politisch gleichberechtigte Einwohner in gleich großen Wohnblöcken untergebracht waren. Das Straßennetz war rasterförmig. Der Raster, in älteren Kulturen oft Ausdruck einer Bezogenheit auf das kosmische Achsenkreuz, wird in

Philadelphia,
Pennsylvania.
Plan von William Penn,
1682



Milet zum Ausdruck völliger Gleichwertigkeit jeder Position im Stadgefüge. Die übergeordneten städtischen Einrichtungen, die Tempel und Marktplätze, die Bauten für den Sport, die Unterhaltung und die politische Vertretung sind nach topographischen Erwägungen in einzelnen Funktionsbereichen zusammengefaßt. Das Milet dieser Zeit ist gebaute Demokratie. Als Vertreter dieses Städtebaus und der in ihr ausgedrückten politischen Ideologie erscheint der Milesier Hippodamos. Aristoteles nennt ihn den ersten Staatsphilosophen. Er ist der erste Architekt, der als Bürger und als Gestalter das politische und architektonische Geschehen mitbestimmt. Von der Stadt Athen wird er mit der Planung der Hafenstadt Piräus und der unteritalienischen freien Kolonie Thurio beauftragt; beide sind Rasterplanungen. Die Stadt Athen selbst wandelt sich unter dem Einfluß demokratischer Ideen. Eine größere Zahl von politischen Bauten entsteht zwischen Staatsmarkt und Gewerbezentrum, ein Abbild der demokratischen Aufteilung und Kontrolle der politischen Macht. Weitere öffentliche Einrichtungen besetzen die Hügel im Stadtgebiet, den Areopag und die Pnyx. Die Akropolis, einst Sitz zentraler Königsmacht, wird zum zentralen Heiligtum der Demokratie. Die Bürgerschaft selbst ist idealisiert auf dem Fries des Parthenon dargestellt, Männer und Frauen, jung und alt, nahen im Festzug der Stadtgöttin Athena. Am Südhang der Akropolis entstehen das Theater und das Odeon.

Auch in der Neuzeit zeigen Stadtgründungen in Kolonien die ersten Ansätze demokratischen Gestaltens. Politische und religiöse Dissidenten unter William Penn gründen in den heutigen USA die Stadt Philadelphia, den Ort „Brüderlicher Gemeinschaft“. Ein Rasterplan mit gleich großen Parzellen, mit Märkten und öffentlichen Bereichen in topographisch günstiger Lage. Die Weite Amerikas gestattet unter der Kolonialherrschaft auch Freiräume für Utopien. Demokratisierung ist ja ein endloser Prozeß, der immer wieder von vermeintlich utopischem Denken begleitet wird. Vorhandene Traditionen werden negiert, um das Neue ungehindert entstehen zu lassen. So sucht

auch die von der Kolonialherrschaft befreite Gemeinschaft der Vereinigten Staaten ihren Regierungssitz nicht in den Hauptorten der Befreiungsbewegung, in Boston oder Philadelphia, sondern gründet gewissermaßen auf freiem Felde in einem neu geschaffenen Bundesstaat die ideale Hauptstadt, Washington. Wie in der Antike erhält dort der führende Staatsmann Funktion und Position des Staatsgründers: Sein Denkmal steht im Schnittpunkt der Hauptachsen, die zum Weißen Haus, dem Sitz der Exekutive und zum Capitol, dem Sitz der Legislative, führen. Die Bürgerstadt verfügt über einen Straßenraster, weitere wichtige Gebäude sind durch diagonal geführte Straßen miteinander verbunden, das amerikanische Prinzip der Trennung der Gewalten, ein Gedanke der französischen Aufklärung. Die Stadt Washington ist nicht der Ausdruck einer politischen Realität, sondern des angestrebten harmonischen Gleichgewichtes in der Demokratie. Washington ist der immerwährende Stein des Anstoßes, der Prüfstein der amerikanischen Demokratie, das Bild ihrer utopischen Grundidee. Wo immer solche Zielsetzungen auftreten, ist die Stadt Washington das Vorbild: Chandigarh, Brasilia, Dacca. Wenn auch die Staaten, in denen sich diese Städte befinden, gemessen an den USA, sicher nicht gleichermaßen demokratisch sind, bekunden die neuen Gründungen aber doch die Absicht, Demokratie zu verwirklichen.

Auch in der neueren Geschichte der Demokratie hat Architektur eine wichtige Funktion. Die Rolle des Architekten ähnelt der des Hippodamos. Er ist als Fachmann seinem Beruf verpflichtet, als Bürger hat er eine darüber hinausgehende Verantwortung, ist er gehalten, politisch denkend Architektur und Städtebau mitzugestalten. In Europa finden sich erste Ansätze solchen Verhaltens bei den französischen Architekten der Aufklärungszeit, später bei Weinbrenner in Karlsruhe und bei den historistischen Architekten, die in der Architektur eine Ideenkunst sahen, sich aber vorerst in den Dienst der konstitutionellen Monarchie begaben. Bei aller Kompliziertheit des modernen, politischen und kulturellen Lebens

bleibt für sie die Position des Herrschers der ruhende Pol in der Flucht der Erscheinungen. Gottfried Semper hatte 1848 in Dresden Barrikaden gegen das absolute Königtum gebaut; nach 1870 plante er für den nun der Konstitution verpflichteten Franz Josef I. das Kaiserforum in Wien.

Das 19. Jahrhundert erlebt eine Reihe von Versuchen, eine städtebauliche Utopie zu verwirklichen, die einen künftigen demokratischen Idealzustand widerspiegelt. Die Sozialutopisten Owen, Fourier und Cabet suchen, gegenüber den bürgerlichen Vorstellungen, nun den Arbeiterstand in die städtebaulichen Überlegungen einzubeziehen. Ihre Städte sind zugleich Produktionsgemeinschaften auf egalitärer Basis. Der Marxismus kommunistischer Prägung sieht wohl das Wohnungselend der Unterschichten, überläßt aber die Lösung der städtebaulichen Probleme der Zeit nach seinem politischen Sieg. Die utopischen Denker, die nach der Oktoberrevolution 1917 in der Sowjetunion einen kommunistischen Städtebau verwirklichen wollen, werden auf die rein praktischen Aufgaben und repräsentative Lösungen zurückgedrängt. In einem saturierten System müssen Utopisten als Dissidenten gelten.

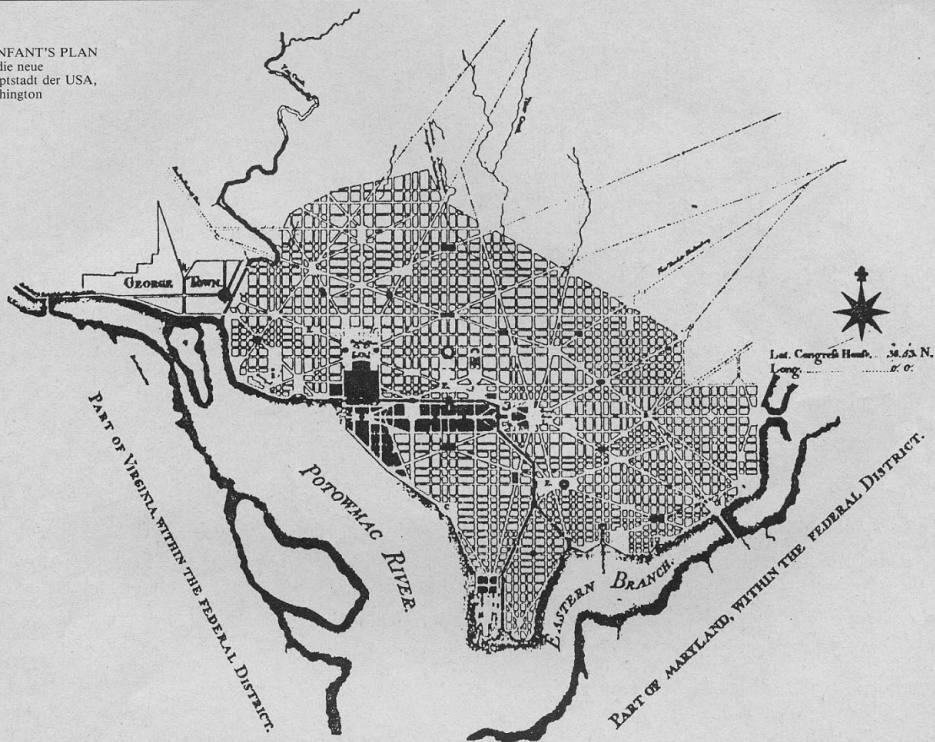
Die Sozialutopisten des vorigen Jahrhunderts waren keine Architekten. Sie entstammten verschiedensten Berufszweigen. Dieser Dilettantismus gestattete ihnen, die Probleme ohne Vorurteile zu behandeln. Es ist ein Kennzeichen der demokratischen Entwicklung, daß Fragen allgemeinen Interesses, und dazu gehören Architektur und Städtebau, auch von Nichtfachleuten behandelt werden. Dem großen antiken Arzt Hippokrates wird die erste Schrift über die Stadtplanung zugeschrieben, in der günstige Windrichtungen und Bodenbeschaffenheit als maßgebliche Komponenten für eine richtige Stadtplanung beschrieben werden. Ärzte sind es auch, die solche ökologische Gesichtspunkte, wie wir heute sagen würden, im neunzehnten Jahrhundert ins Treffen führen. Ein Biologe, der Schotte Patrick Geddes, sieht als erster um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert die Ökologie als System und als Grundlage für künftige Stadtplanungen.

Den wichtigsten Beitrag zu einem demokratischen Städtebau leistete der englische Parlamentsstenograph Ebenezer Howard. Er ersetzte den für England typischen feudalen Grundbesitz durch das Eigentum der Gemeinde an ihrem Grund und Boden. Nach einem Vergleich der positiven und negativen Aspekte des Lebens in Stadt oder Land sucht er die Gegensätze zu harmonisieren. Die Gartenstadt, deren Produktionsstätten gleichermaßen über Stadt und Land verteilt sind, wird das von ihm propagierte und auch in der Praxis angestrebte Ziel. Die wichtigsten Ge-

Die Gartenstadtidee wurde zuerst auf privater Grundlage realisiert. Es bildeten sich aber nur Wohnsiedlungen für den Mittelstand, deren städtebauliche Durchformung spätmittelalterlichen Wohndyllen entlehnt wurde. Arbeitsstätten wurden zuerst nicht eingeplant. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, lange nach dem Tode Howards, wird die Gartenstadtidee in Großbritannien zur politischen Aufgabe. Um die großen Industriestädte werden Trabantenstädte geplant, nach dem „Greater London Plan“ von Sir Abercrombie entsteht ein Ring von Entlastungsstädten um

bildet die erste Voraussetzung für den Städtebau. Der Kampf der Reformen gilt der Vorherrschaft der Straße. Nicht Wasser und Gas, sondern Licht und Luft sollte es daher heißen. Wieder sind es private Vereinigungen und einzelne Privatpersonen, darunter auch Architekten, die eine neue Ordnung des städtischen Raumes und eine neue Gestaltung der Bauten vorantreiben. Der Deutsche Werkbund, eine Vereinigung von Produzenten und Gestaltern, sucht auf der Basis des kapitalistischen Systems nach vorbildlichen Lösungen für Verkehrsbauten, Indu-

L'ENFANT'S PLAN
für die neue
Hauptstadt der USA,
Washington



danken des neunzehnten Jahrhunderts auf dem Gebiete des Städtebaus finden in seiner Stadttutopie zueinander, die Lösung der Bodenfrage, die Beziehung zwischen bebauten Flächen und Grünraum, der Ausgleich zwischen bauerlicher und industrieller Tätigkeit und, als Hauptproblem, die Wohnungsfrage.

Ebenezer Howard hatte eine Kernstadt mit etwa 60.000 Einwohnern, umgeben von Trabantenstädten von je etwa 35.000 Einwohnern, als Entwicklungsplanung vorgeschlagen. An die Stelle der ausufernden Vorstädte und Vororte sollten in sich selbständige und zugleich aufeinander bezogene Stadteinheiten entstehen. Seine Vorschläge galten daher vorerst nur für Mittelstädte, nicht für die Großstadt.

die überfüllte Metropole. Diese neuen Städte verfügen über Arbeitsstätten für Gewerbe und Industrie. In ihnen kommen zwei Entwicklungslinien des englischen Städtebaus zusammen, die beide auf private Initiativen zurückgehen, die Schaffung von Industrievororten und -städten; und die fortlebende Gartenstadtidee.

Auch auf dem europäischen Kontinent dauert es Jahrzehnte, bis utopisches Denken, erste Realisierungen und das Eingreifen der Politik zu weitertragenden Ergebnissen führen. Vorerst steht die Straße im Zentrum der öffentlichen Planung. Die Straße wird zu einem komplizierten System, das oberirdisch getrennte Verkehrsebenen und auch Grünstreifen, unterirdisch Zu- und Ableitungen enthält. Straßenplanung

strieanlagen, Kulturbauten und, nach dem Ersten Weltkrieg, für Wohnungen und Siedlungen. Die Vereinigung erhält staatliche Unterstützung, weil sie sich auch um die Weltgeltung deutscher Produkte bemüht, die werbewirksame „gute Form“ zum Ziel hat. Viele Gedanken des Werkbundes werden von Kommunalpolitikern aufgegriffen. Eine späte Ehrung erfährt der Werkbund durch die Wahl eines seiner frühesten aktiven Mitglieder, Theodor Heuss, zum deutschen Bundespräsidenten.

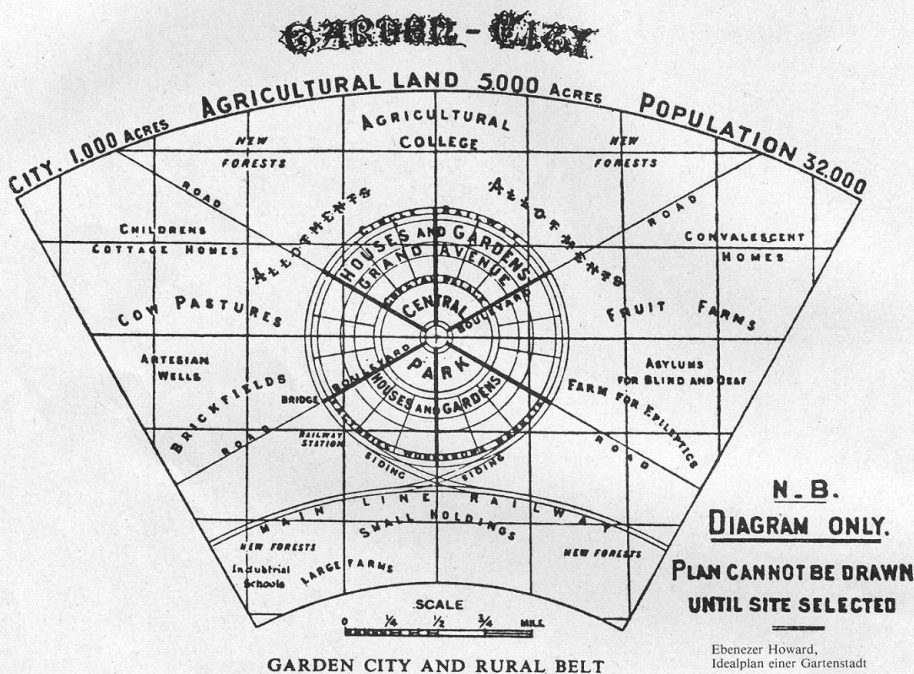
Dem Gegensatz zu der von den Politikern unterstützten akademischen Architektur verdankt eine zweite einflussreiche Vereinigung ihre Entstehung, die CIAM. Auf internationalen Kongressen nehmen die in der CIAM zu-

sammengeschlossenen nationalen Architektengruppen zu Problemen von Architektur und Städtebau Stellung. Sie betreiben Forschung, entwerfen unaufgefordert Pläne und diskutieren über sie. Die Wohnung für das Existenzminimum, die Probleme des Stadtkerns und schließlich die Organisation des städtischen Raumes sind Themen einiger Kongresse. Die Vereinigung löst sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf, als nicht mehr soziale, sondern artistische Fragen in den Vordergrund geschoben werden. Der Stararchitekt tritt an die Stelle der enga-

den Wohnraum, um die Beachtung hygienischer Grundsätze im Städtebau, um die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätten und um eine Differenzierung der Verkehrsflächen werden von der Masse der Wähler getragen und daher auch von den politischen Funktionären vertreten.

Anders als in absolutistischen oder totalitären Herrschaftssystemen geht in der Demokratie eine lange Vorbereitungszeit der politischen Willensbildung voraus. Der politische Mechanismus mit seiner periodischen Auswechslung der politischen Funktionäre bei

Rang des Wiener kommunalen Wohnbaues der Zwischenkriegszeit. Die damals geschaffenen Wohnhausanlagen ordneten sich in die Stadt ein, boten billigen und qualitativ hochstehenden Wohnraum für eine große Zahl von Menschen, verfügten über durchgrünte, ruhige Höfe und eine große Anzahl von Geschäften für die Nahversorgung sowie über soziale Einrichtungen, die bis dahin in den Stadtbezirken nicht in dieser ausgewogenen Verteilung anzutreffen waren. Die Wohntürme von Alt-Erlaa in Wien erheben sich stolz über ihre Umgebung und sind monu-



gierten Gruppe. Inzwischen haben die Ideen der CIAM aber Faschismus und Nationalsozialismus überdauert, in Veröffentlichungen der Nachkriegszeit, wie „Die gegliederte und aufge-lockerte Stadt“, Eingang gefunden und werden, von den Politikern akzeptiert, den Stadtplanungen zugrundegelegt.

Der Deutsche Werkbund und die CIAM waren keineswegs revolutionäre Bewegungen. Sie bemühten sich um eine Reform des Bestehenden unter der Annahme der tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist, zumindest in den meisten westlichen Ländern, der Demokratisierungsprozeß vorerst abgeschlossen. Die Bemühungen um quantitativ und qualitativ ausreichen-

gleichbleibender Verwaltungsstruktur nötigt die Politiker zu nachweisbaren Erfolgen innerhalb zweier Wahltermine und hält sie von längerfristigen Planungen ab. Daher hat es in Mitteleuropa, vor allem im weniger zerstörten Österreich, einen umfangreichen Wohnungsbau, doch keinen zielbewußten Städtebau gegeben. Das Wohnungsproblem wurde inzwischen quantitativ mehr oder minder gut gelöst. Bei Neuwahlen konnte man jeweils auf eine bestimmte Anzahl neuerrichteter Wohnobjekte hinweisen und eine etwas größere Zahl bis zum nächsten Termin versprechen. Qualitative Verbesserungen waren fallweise ebenfalls zu verzeichnen. Trotz dieser positiven Merkmale des sogenannten sozialen Wohnbaus erreicht er aber nicht den

mentale Prestigeobjekte. Mit zahlreichen Folgeeinrichtungen ausgestattet, können sie schon wegen ihrer städtebaulichen Dominanz nicht als Ausgangspunkt einer städtebaulichen Neuordnung dienen. Die Grazer Terrassenhaussiedlung in St. Peter zeigt einen bescheidenen Maßstab, ist aber ein Solitär geblieben, dem, ohne Schuld der Architekten, die Folgeeinrichtungen fehlen.

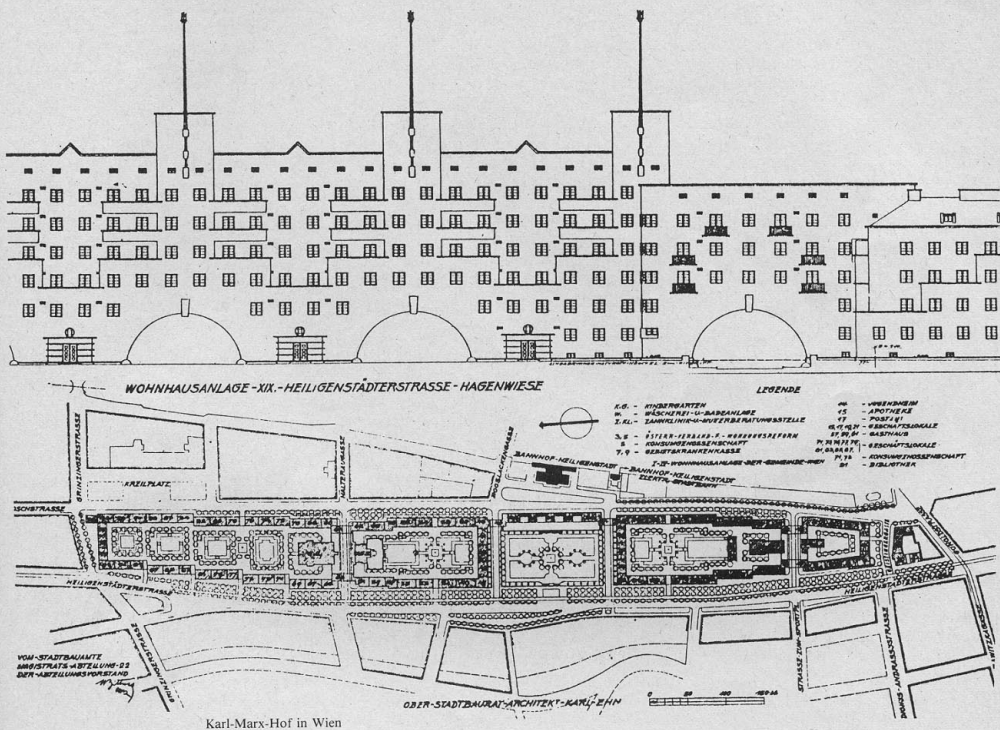
Die heutige Zeit steht in der schwierigen Phase des Überganges von der Funktionalrätsdemokratie, deren repräsentativer Charakter geheime Einflüsse nicht immer sichtbar werden läßt, zur Basisdemokratie, die den einzelnen Bürger zur ständigen Beteiligung am politischen Geschehen aufruft. Die immer komplizierter werdende Verflechtung

des wirtschaftlichen Geschehens, der hohe Anteil der Technik im Bereiche von Architektur und Städtebau haben in der Phase der Funktionsrädemokratie die Beteiligung der sogenannten Fachleute am Planen und am Bauen als ausreichende Rechtfertigung des eigenen politischen Handelns erscheinen lassen. Es widerspricht aber dem gegenwärtigen Demokratieverständnis, bloße Autorität, auch die von Fachleuten, als ausschließliche Grundlage politischen Handelns anzusehen. Solange Funktionäre und Fachleute allein entscheiden, sind die politischen Systeme

reife Jugendliche behandelt und belächelt. Das hat seinen Grund, denn die es ehrlich meinen mit der Basisdemokratie — es sind nicht wenige — haben im allgemeinen keinen Einblick in den komplexen Mechanismus unserer Gesellschaft. So kommt es zu Einschränkungen der politischen Aktivität, zur bloßen Verweigerung, zum Neinsagen auf jeden Fall, sogar zum Rückzug auf das kleine, sorgsam gepflegte Ökotopt. Diese Haltung löst die Probleme nicht, macht aber auf sie aufmerksam.

Politik und Architektur haben sich in der Vergangenheit, wenn es um die

Zentren sein. Der Naherholung werden umfangreiche Sport- und Spielstätten in den Grünräumen der Bezirke dienen, anstelle des jetzt geforderten passiven Umweltschutzes durch Ausschaltung der Störenfriede wird der aktive Umweltschutz treten, in dessen Dienst die Technik stehen wird. Stadt und Land werden immer weniger Gegensätze darstellen, da in beiden Bereichen gleiche technische Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen werden. Wie sich diese und andere Entwicklungen im einzelnen auswirken werden, läßt sich nicht voraussehen.



in Ost und West nicht soweit voneinander entfernt, wie man glauben lassen möchte.

Es ist den politischen Funktionären bisher gelungen, von der Basis her kommende Bewegungen zu kanalisieren oder auch zu institutionalisieren. Das Bemühen um die Rettung und die Revitalisierung der Altstadt mündete in eine politisch machtlose, überwiegend mit Beamten besetzte Altkadmission, der lokal sich regende Wunsch der Bürger nach Veränderungen erhielt in einem Amt für Bürgerinitiativen einen domestizierenden Rahmen. Ein Amt für Friedensbewegungen und Raketenverhinderung wird sicher auch noch geschaffen werden. Basisdemokraten, Alternativer werden von erfahrenen Funktionären wie un-

Darstellung von Macht ging, erfolgreich zusammengetan. Die Demokratie kann nicht mit Knalleffekten arbeiten. Ihre Entscheidungen bedürfen einer langen Vorbereitung, langwieriger geistiger Auseinandersetzungen, bis eine Realisierung auf politischer Ebene möglich ist. In der näheren und weiteren Zukunft sind große Veränderungen zu erwarten, die sich auf die architektonische Gestaltung des Lebensraumes auswirken werden. Die Verringerung der Arbeitszeit im Gefolge der Umstrukturierung der Produktion wird zu einer Zunahme von Gemeinschaftsbauten und Freizeiteinrichtungen führen. Die Seelsorgezentren der Kirche mit ihrem vielfältigen Angebot für verschiedene Altersgruppen können Vorbilder für die Bildung örtlicher

Sicher wird der einzelne Bürger, allein oder in einer Gruppe, in einem stärkeren Maße zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Vielleicht führt das auch zu einer stärkeren Differenzierung und Individualisierung von Architektur und Städtebau. Der Weg dahin wird wohl nur über eine Verbreiterung der demokratischen Basis beschritten werden können, durch eine noch größere, aber auch einsichtsvolle Beteiligung des einzelnen Bürgers an den Entscheidungen. Eine Politik der kleinen Schritte wird ihr Gegenstück in einer bescheidenen Architektur finden ●

ARCHITEKTUR UND POLITIK

Antrittsvorlesung, 1965

Vor etwa 10 Jahren, im September 1954, hat die Zentralvereinigung im Gebäude der Wiener Sezession Arbeiten der österreichischen Architekten ausgestellt, die in der Zeitspanne von 1945 bis 1954 geschaffen worden waren. Nach den Worten von Siegfried Theiß sollte die Ausstellung zeigen, daß die Architektenschaft einer der wichtigsten Kulturträger unseres Vaterlandes und die Gestaltung unserer Umwelt das sichtbarste Zeichen für die kulturelle Haltung einer Nation sei. Mein verehrter Lehrer und Vorgänger Friedrich Zotter hat damals einen kurzen, prägnant formulierten Leitartikel für den Ausstellungskatalog beige-steuert. Unter dem Titel „Der Architekt und die Gesellschaft“ bekannte er sich zu einer gewandelten und gereiften Auffassung vom Neuen Bauen, das nicht mehr einer Überschätzung technischer Erfordernisse und Errungenschaften, nicht mehr dem ausschließlichen Diktat der Funktion und der Autorität des Verstandes verpflichtet sei, sondern sich hineingestellt sehe zwischen die beiden Pole Geist und Gefühl und ausgesetzt dem ungelösten Widerspruch von Tatsache und Rätselhaftem. „Wir sind uns besonders in den letzten Jahren“, so Zotter wörtlich, „des organischen Charakters der menschlichen Gesellschaft in zunehmendem Maße bewußt geworden, haben die unlösbare Bindung an unser gemeinsames Schicksal klar erkannt und erleben nun, wie sich die vollzogene Änderung unseres Bewußtseins an den neuesten Werken der baukünstlerischen Entwicklung immer eindringlicher abzuzeichnen beginnt.“ „Mit Recht könnte man erwarten“, so folgte er, „daß Stellung und Funktion des Architekten innerhalb der Gemeinschaft von der in steter Entwicklung befindlichen Gesellschaft klarer und bestimmter denn je umrissen und hervorgehoben werden.“ Wir wissen, daß die Gesellschaft seither nicht sehr klar und nicht sehr bestimmt umrissen hat. Der Wettbewerb Feldkirch hat gezeigt, auf wie schwachen Beinen das Planungsrecht der Architekten steht. Noch weniger hat sie hervorgehoben. Das Hervorheben — oder sagen wir es

weniger polemisch — das Differenzieren war, wenigstens bisher, überhaupt kein besonderes Anliegen unserer Gesellschaft. Eher schon das Nivellieren. Das hat natürlich seine Gründe. Auf die guten möchte ich später eingehen. Jetzt, am Beginn meiner Ausführungen, geht es mir vor allem darum, zur Auffassung Stellung zu nehmen, die mein Vorgänger von seinem Lehramt gehabt hat. Zu diesem Zweck habe ich auch aus dem erwähnten Artikel zitiert und auch zu diesem Zweck habe ich das Thema „Architektur und Politik“ gewählt. Der Inhaber des Lehrstuhles für Baukunst an unserer Hochschule hat neben der Erziehung im Entwerfen die Aufgabe, dem Studenten der Architektur das Wesen der Baukunst deutlich zu machen. Zotter hat diese Aufgabe in unvergleichlicher Weise gelöst. Ganz bewußt betrieb er die Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe vom Standpunkt des heute und hier schaffenden Architekten, durchdrungen von der Überzeugung, daß ein lebendiges Erfassen historischer Prozesse eigentlich nur auf diese Weise möglich ist und, im Hinblick auf den Zweck dieser Auseinandersetzung nur auf diese Weise sinnvoll sein kann. Schon nach der ersten Vorlesung stand jeder von uns, der ihn gehört hat, im Banne eines wirklich bedeutenden Lehrers. Zotter war kein Schulmeister. Er hatte den Mut zum Fragmentarischen. Er wußte, daß es gar nicht möglich ist, einen lückenlosen Abriß der Bausgeschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart zu geben, ohne verantwortungslos zu simplifizieren und damit in einen lächerlichen und gefährlichen Dilettantismus zu verfallen. Er tat das Gegenteil, und damit war er ein sehr moderner Lehrer. Er ließ die Geschichte ihre dunkle Unerschöpflichkeit und damit ihren Zauber und beschränkte sich darauf da und dort aufzuhellen, blitzlichthaft, oder mit behutsam angelegter Lampe, um an sorgfältig ausgewählten Beispielen weniger Wissensmaterial zu vermitteln, als ein Gespür für die Zusammenhänge, für Ursache und Wirkung zu erwecken und seine Hörer dorthin zu führen, wo es gelingt, den Ursprung der formenden

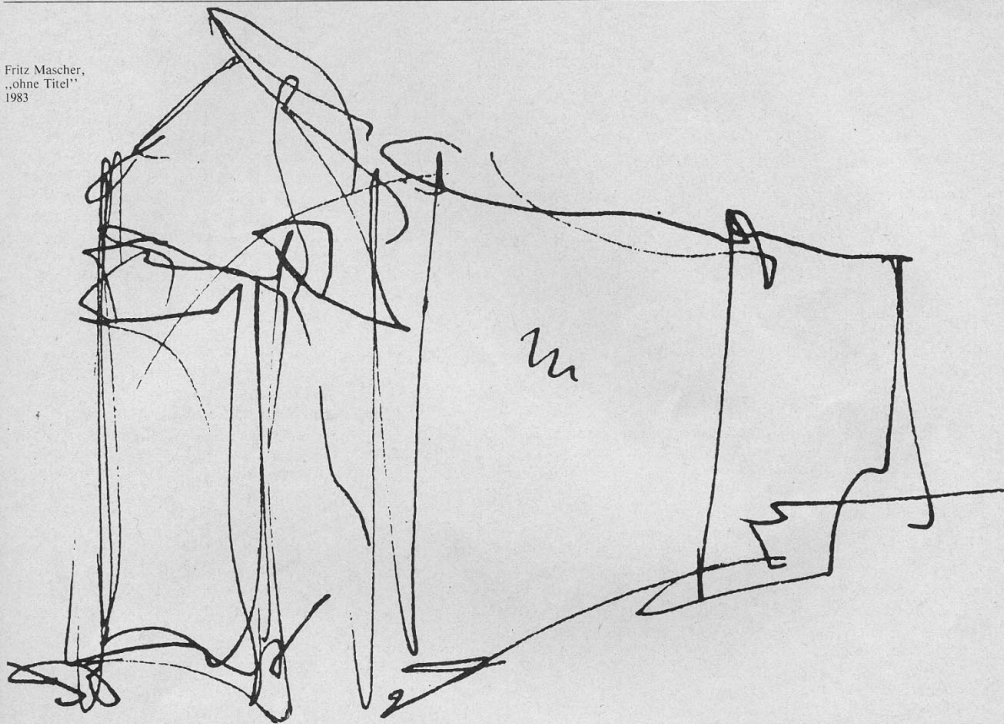
Kräfte zu erfühlen. Das sind entscheidende Erlebnisse für den Jünger jeder Kunst; Zotter hat sie uns geschenkt. Seine Methode der Betrachtung, entwickelt an historischen Beispielen, konnte der, der sie erfaßt und sich angeeignet hatte, als echten, unverlierbaren Zuwachs an Einsicht, Fähigkeit und Fertigkeit buchen. Er konnte sie anwenden schon während des Studiums und mitnehmen auf seinen beruflichen Lebensweg als ein scharfes und brauchbares Instrument zur Ortung und zur Erkundung. Es ist klar, daß ein Mann, der es für richtig hielt, Geschichte so zu lehren, unter Geschichte nicht nur das Geschehene, sondern auch das Geschehene verstehen mußte. Warum hätte auch er, der die entscheidenden Impulse für Auswahl und Gliederung des Stoffes aus der Problematik der Gegenwart empfing, die Betrachtung dort beenden sollen, wo sie besonders fruchtbar zu werden verspricht? Wer Architekturgeschichte so betreibt, daß er die Fähigkeit weckt, bewirkende Ursachen zu erkennen, wer dabei eine Skala der Werte aufrichtet und das Gefühl für Qualität trainiert, der tut dies nicht, um auf die Anwendung der erarbeiteten Methode dort zu verzichten, wo sie ihre Feuerprobe bestehen muß, wenn es gilt, die scheinbar zusammenhanglosen Elemente eines in Gang befindlichen Prozesses zu werten, Bezüge herzustellen, lebendige Kräfte von absterbenden zu scheiden, vielleicht sogar in unübersichtlich gewordener Lage Halt und Richtung zu geben. Für Zotter war die geschichtliche Betrachtung nie Selbstzweck. Immer war der Bezug zur Problematik der Gegenwart spürbar. Immer wieder verknüpfte er Geschehenes mit Geschehendem, und nicht selten hielt er es für notwendig, die Methode seines Denkens und Fühlens kritisch auf die Gegenwart anzuwenden. Sein Gewissen trieb ihn dazu, Stellung zu nehmen, sein Temperament veranlaßte ihn, sich zu engagieren. Dieses Engagement meines Lehrers hat auf mich den allerstärksten Eindruck gemacht. Es hat mir gezeigt, daß es nicht genügt, sich nur in isolierten Zirkeln für eine lebendige Architektur zu begeistern, sondern daß es nicht tut, das, was man denkt, noch offen auszusprechen, den

Kontakt mit der Gesellschaft zu suchen, statt immer nur zu klagen über den Mangel an Kontakt, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu kämpfen, daß von der Gesellschaft die Bedingungen geschaffen und garantiert werden, unter welchen sich der schöpferische baukünstlerische Geist wirksam entfalten und diskutabile Architektur realisiert werden kann. Dies scheint mir das Erbe meines Lehrers und Vorgängers zu sein, und von dieser Haltung sehe ich die Tradition meiner Lehrkanzel bestimmt, zu der ich mich hiemit ausdrücklich bekenne.

Handeln, formiert die Gesellschaft, läßt sie selbst als Gesellschaft sich empfinden. Der Träger dieses Handelns ist der Politiker. Um handeln zu können, handhabt er politische Macht, auch in der Demokratie. Schließlich repräsentiert er die politischen Kräfte und kann daraus das Recht ableiten, maßgeblich die Struktur der Gesellschaft zu beeinflussen. Aber nicht die politischen Kräfte allein wirken in der Gesellschaft. Fragen wir, um Art und Zusammenwirken dieser Kräfte nur anzudeuten, in sehr oberflächlicher Weise nach dem eigentlichen Zweck

nach der Definition des Begriffes Politik sehr verschämt und in Klammer die ganz aus der Mode gekommene Bezeichnung Staatskunst. Schade, daß es nicht dabei geblieben ist, daß wir alle unter Politik nicht nur die Summe der auf den Staat bezogenen Handlungen verstehen, sondern die Kunst, das Leben und Wirken der Bürger eines Gemeinwesens klug und kraftvoll zu lenken. Hubert Hoffmann hat in einer geistvollen Arbeit über die Idee der Stadtplanung den politischen Aspekt der planerischen Tätigkeit ebenso deutlich gezeigt, wie er das wesentlich

Fritz Mascher,
„ohne Titel“
1983



Sie wissen nun, was mich bewogen hat, in meiner ersten Vorlesung die Beziehungen zwischen Architektur und Politik zu behandeln. Ich hätte meine Ausführungen beinahe ebenso gut mit „Architektur und Gesellschaft“ überschreiben können, aber die Formulierung „Architektur und Politik“ ist mir lieber. Sie zwingt mich dazu, konkreter zu werden und erlaubt es nicht, im Unverbindlichen zu bleiben. Gesellschaft ergibt sich zunächst ja bloß aus der Tatsache, daß der Mensch überall nur im Zusammenleben und Zusammenwirken mit anderen Menschen anzutreffen ist. Gesellschaft so, wie wir gemeinhin das Wort gebrauchen, entsteht erst dann, wenn Bewegungen und Ordnungskräfte auftreten, die zu bewußten Gruppierungen führen. Erst die Politik, das auf den Staat bezogene

gesellschaftlichen Tuns. Wir können ja nicht gelten lassen, daß sich dieses Tun im bloßen Verbrauch der Lebenszeit erschöpft. Ein kaum bezweifelbarer Sinn alles Lebens dürfte in der Entfaltung liegen, und dies mag für das einzelne Individuum wie für die Gemeinschaft gelten. Aus dieser Entfaltung, die gespeist wird aus den Quellen unserer Gaben, gelenkt von unserem Denken, kontrolliert durch unser Gewissen und geheimnisvoll durchwirkt von den seltsam autonomen Werken der Kunst, entsteht die Leistung der Gesellschaft: die Kultur. Lebendige Kultur ist ein ständig im Wandel begriffener Integrationsprozeß, der alle geeigneten Produktionen der Gesellschaft zu einem daraus entstehenden Muster verknüpft und werbet. Wo steht und wie wirkt der Politiker? Fast alle Lexika bringen

Schöpferische echter Politik anerkennt. Er zitiert Thomas von Aquin: „Das Eigentliche der Klugheit ist die Bezogenheit der Mittel und Wege auf die ganz konkreten Wirklichkeiten. Der Kluge als Befehlender, Beschließender, sich Entscheidender richtet sich auf das noch nicht Verwirklichte, auf das erst zu Verwirklichende. Die erste Voraussetzung für die Vollen- dung der Klugheit ist darum die Voraussicht, das Vermögen, mit sicherer Witterung abzuschätzen, ob ein bestimmtes Tun wirklich Weg sein wird zur Verwirklichung dieses Zieles.“ Der kluge Politiker wird sich nicht beschränken auf eine bloße Anwendung des Verstandes. Gerade in unserer Zeit, die noch immer gekennzeichnet ist durch eine Überbetonung des analy- sierenden Denkens, die den immer um-

fangreicher werdenden Stoff, der vom Politiker wie vom Planer bewältigt werden muß, immer weiter aufspaltet und zerfasert, brauchen beide die Fähigkeit zur Zusammenschau, zum Blick in die Tiefe der Erscheinungen. Die Zukunft läßt sich nur zum Teil voraussehen, nur bedingt aus Vergangem ableiten. Darum müssen wir wieder lernen, auf Intuition zu setzen und auf Imagination. „Imagination bedieth forth the forms of things unknown“, sagt Shakespeare am Schluß des „Sommernachtstraumes“. Imagination schafft Dinge, die vorher unbekannt waren. Jede Zeit braucht diese konstruktive Imagination, die ja eine weitaus höhere Funktion erfüllt als der bloß wunderliche Einfall, weil sie eine ferne Beziehung zu jener Kraft in sich trägt, die dem nur zu erahnenden Schöpfungsplan zugrunde liegt. Aber vielleicht hat keine Zeit Imagination so bitter nötig gehabt wie die unsere, das sogenannte technische Zeitalter, in dem ein von vielen Bindungen frei gewordenes Denken und eine auf vollen Touren laufende Industrie beinahe täglich eine verwirrende Fülle neuer Situationen schaffen, in der aber gleichzeitig jeder Verwirklichung der Imagination, auch der einfachsten, von der plumpen Schwerfälligkeit eines aufgeblähten bürokratischen und technokratischen Apparats beinahe unüberwindliche Hindernisse entgegengestellt werden. Ich habe die Betrachtung bis hieher geführt, weil ich einen Standpunkt gewinnen wollte, von dem aus eine Untersuchung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen baukünstlerischem Schaffen und Gesellschaft möglich erscheint. Sie werden schon aus meinem Ansatz erkannt haben, daß ich mein Thema nicht auf den populären Gegensatz von Politiker und Fachmann hin behandeln möchte. Das Gegenteil ist der Fall. Es kommt mir darauf an, bevor ich nun die Dinge mehr aus der Perspektive des Architekten zu betrachten beginne, die gesellschaftlich elementare Funktion des Politikers ausdrücklich zu bejahen und durch die Betonung des schöpferischen Aspektes der politischen Tätigkeit auf eine Verbindung hinzuweisen, die zwischen den beiden Bereichen besteht, die in Zeiten großer baukünstlerischer Leistungen immer eine Selbstverständlichkeit war

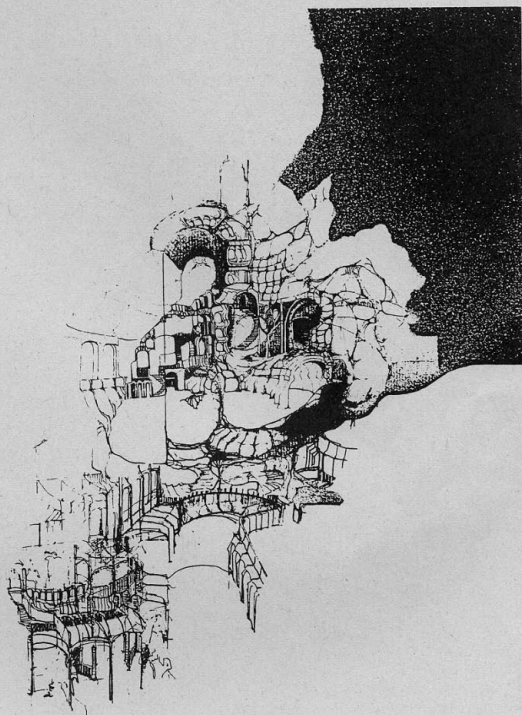
und die es nun wieder zu aktivieren gilt. Lassen Sie mich den nächsten Abschnitt meiner Ausführungen mit der einfachen Feststellung beginnen, daß es bei uns im Lande um die Beziehungen zwischen Architektur und Politik nicht gut steht. Die Politiker sind mit uns unzufrieden, wir sind mit den Politikern unzufrieden, die Bevölkerung ist im Hinblick auf unsere gemeinsamen Hervorbringungen mit uns beiden unzufrieden. Die internationale Kritik nimmt von uns kaum Notiz, und das mit Recht, denn unsere Leistungen sind von wenigen Ausnahmen abgesehen, recht bescheiden. Wenn es richtig ist, daß das, was in einem Lande gebaut wird, ein genauer und unbarmherziger Gradmesser der kulturellen Vitalität eines Volkes ist, und ich persönlich zweifle nicht daran, daß dieser Zusammenhang besteht, dann schneidet Österreich als die vor allem von uns selbst hochgepriesene Kulturnation bei objektivem Vergleich mit anderen Nationen schlecht ab. Fragen wir nach den Gründen. Geht eine historisch-kritische Betrachtung von einer vorliegenden Leistung aus und versuchen wir normalerweise im Zuge der Untersuchungen die Kräfte aufzuspüren, welche die Formen geprägt haben: so müssen wir in unserem Falle mit der Feststellung eines Mangels an bemerkenswerten Leistungen oder wenigstens eines Mangels an Leistungsdichte beginnen und ausgehend von diesem unerfreulichen Tatbestand zu ergründen versuchen, warum er sich ergeben hat. Beginnen wir mit der großen Ausrede, die man wenigstens eine zeitlang für die ganze zivilisierte Welt gelten lassen konnte: mit der industriellen Revolution. Sie hat die alten Träger der Kultur beseitigt, sie hat uns den „Verlust der Mitte“ gebracht, die wir seither nicht mehr finden können, sie hat die Einheit von Wohn- und Arbeitsstätte zerstört, damit die trostlose Formlosigkeit unserer großen Städte herbeigeführt und großen Teilen unserer alten Kulturlandschaft bis heute das Aussehen einer ewig unaufgeräumten riesigen Werkstätte verliehen, sie hat die Landflucht bewirkt und in der Folge davon die katastrophale Verwüstung und Vergeudung unseres Lebensraumes durch die sogenannten wilden

Siedlungen, sie hat neue Materialien gebracht, neue Methoden der Konstruktion, ein Dach kann nun mit hundert verschiedenen Materialien in hundert verschiedenen Neigungen gedeckt werden, sie hat mit den herrschenden Klassen auch den herrschenden Geschmack beseitigt, dem Pluralismus der Gesellschaft entspricht nun ein Pluralismus der Geschmacksunsicherheit, sie hat die Einheit des Lebensstils, sie hat die Einheit der Formen zerstört. Zugegeben, diese gewaltige Wandlung hat viel zerstört. Aber haben wir seither nicht auch Großartiges erreicht? Zum Beispiel echte Fortschritte der Wissenschaft und der Technik in gegenseitiger Befruchtung, die Befreiung der Arbeiterschaft aus unwürdigen Verhältnissen und die Entstehung neuer Haltungen der Arbeitgeber, die zunehmende soziale Sicherheit, die Durchbildung rechtsstaatlichen Denkens, den Abbau der Kolonialherrschaft, den beginnenden Abbau nationaler Grenzen und die Eröffnung neuer, bisher unerschlossener Räume? Es war doch auch eine große Befreiung nach vorne und nach oben. Lehmbruck hat wahrscheinlich recht, wenn er meint, daß diese Befreiung zuerst einmal zur Formlosigkeit führen mußte, und ich glaube sogar, daß der Preis nicht zu hoch war, den wir dafür bezahlt haben. Ich bin sogar bereit, im Element des schon erwähnten Stadtrand-Schimmelpilzes, in der häßlichen und lächerlichen Villa des kleinen Mannes, das Symbol seiner Befreiung zu respektieren, weil ich vom sogenannten kleinen Mann eigentlich sehr viel halte. Aber sie ist und bleibt auch ein Ausdruck unserer gesellschaftlichen Schwäche, die darin besteht, daß wir bisher nicht in der Lage waren, den Strom von freigesetzter Energie, der in dieses wirre Formenchaos sich verliert, in ein Bett zu lenken, in dem er fruchtbar wird. Daß wir einer gewaltigen gesellschaftlichen Wandlung, der Befreiung der Massen, noch immer keinen anderen baulichen Ausdruck verleihen konnten als diesen. Daß der Wille zur Form noch nicht zu seinem Recht kommt, der doch ein konstituierendes Element jeder Kultur war, ist und bleiben muß. Der Kampf für die Form aber ist unsere Sache. Es erhebt sich daher die Frage: Wollen wir nicht

kämpfen, reicht unsere Kraft nicht aus, oder läßt man uns einfach nicht mittun, weil wir nicht zu den wesentlichen kulturtragenden Kräften gezählt werden?

Noch als Student hörte ich den Anspruch eines großen Architekten, ich glaube, er stammt von Frank Lloyd Wright, der gesagt hat, die Architektur der Demokratie unterscheide sich von der Baukunst aller anderen Zeiten vorher grundsätzlich dadurch, daß sie nicht mehr den Mächten diene, die den Menschen beherrschen wollen, sondern dem Menschen selbst. Für mich

Grenzen gestaltet sein. Die Gestaltung wird sich aus der Funktion entwickeln und vielleicht diese Funktion zum Ausdruck bringen. Aber das, was an diesem Bauwerk dann schließlich Baukunst ist, „dient“ nicht nur. Es ist „das reine und genaue Spiel der Formen im Licht“, wie Le Corbusier sagt, ein wesentlicher und notwendiger Beitrag zur Kultur, den nicht nur der Architekt, sondern auch der Auftraggeber leistet, der dieses Spiel innerhalb der gegebenen Grenzen zuläßt, ja vielleicht sogar wünscht. Es liegt eine große Würde in der dienenden Rolle der



Adolf Schmölzer,
„Einkaufszentrum“
1982

und viele meiner Freunde waren diese Worte begeistert, und ich glaube, daß einige von uns sich redlich bemüht haben, diesem Aufruf nachzukommen und die Verpflichtung anzunehmen, die er enthält. Ich möchte aber jetzt versuchen, von meinem seither erreichten Standort aus zu diesem Wort Stellung zu nehmen. Zuerst zur dienenden Rolle der Architektur: Sofern bei einem Bauwerk künstlerische Qualität erreicht werden konnte, dient das, was an ihm Kunst ist, unmittelbar weder dem Menschen noch den Mächten, die ihn beherrschen können. Architektur soll und wird die Bindung an das Leben nie verlieren. Ein gut gestalteter Industriebau, ich wähle absichtlich einen Extremfall kann natürlich nur innerhalb der vom Zweck gezogenen

Architektur, und ich selbst nehme diese Rolle in meiner eigenen Arbeit sehr ernst, aber wir kommen nicht weiter im Nachdenken über den Zweck der Baukunst, wir können die wahre Bedeutung der Form nicht erkennen, wenn wir nicht wissen und fühlen, daß sich Architektur als Raum- und Formschöpfung aus dem gebundenen Bereich in eine „Sphäre der Zwecklosigkeit“ erheben kann und daß sie gerade von dort her ihre stärksten Wirkungen entfaltet. Soviel zum Dienen. Nun zu den Mächten, die den Menschen beherrschen wollen: solche gibt es auch in der Demokratie, und diesen Mächten dienen heute nicht weniger Architekten in nicht weniger bereitwilliger Weise als in den Jahrhunderten vor uns. Aber die Machtträger werden un-

greifbar. Dafür gibt es Verhaltensweisen und Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die zu Mächten anderer Art geworden sind. Eine solche Erscheinung zum Beispiel, die sehr ernstgenommen werden muß, weil sie das kulturelle Leben ernsthaft gefährdet, ja zum Teil sogar erstickt, ist eine aus der Angst vor jedem Wagnis geborene Ängstlichkeit und geistige Enge. Niemand kann behaupten, daß unser Wiederaufbau sehr phantasievoll in Szene gesetzt worden sei. Es gibt verschiedene berechnete Entschuldigungen für diese Phantasiearmut. Nicht entschuldbar ist sie dann, wenn es eben bloß bequemer war, die angeblich bewährte Schablone anzuwenden. Immer wieder sehen wir eine gewisse Art von subventionierter Kunst auftauchen, Arbeiten, die sehr geringen oder gar keinen künstlerischen Wert haben. Über Qualitätsfragen können wir Künstler uns untereinander oft nicht einigen. Wir werden daher auch dem Auftraggeber den gutgemeinten Mißgriff zubilligen. Unentschuldigbar bleiben aber Auftragserteilung und Ankauf, wenn mit voller Absicht dem vertrauten Klischee der Vorzug gegeben wurde, nur deswegen, weil kein Widerspruch zu befürchten und diese Art der Erfüllung kultureller Verpflichtung daher die bequemste war. Eine weite, nicht weniger lähmende Erscheinung ist die Anonymität des Auftraggebers. „Kein Künstler“, so hat Pözl einmal das Verhältnis zwischen Künstler und Auftraggeber beschrieben, kann wirklich Lebensfähiges schaffen ohne Resonanz von seiten des Bauherrn“. Das Ringen beider Kräfte um die Gestalt des Werkes ist nach seinen Worten ein „honoriger, geistiger Kampf“. Wo sind neben der großen Anzahl von anonym bleibenden Ausschüssen, Vorständen, Gemeinde- und sonstigen Räten die Persönlichkeiten, die als Vertreter dieser Körperschaften einen echten Partner für diesen honorigen geistigen Kampf darstellen? Ich bin so glücklich, in meinem Wirkungskreis einige solche Persönlichkeiten kennengelernt zu haben, leider sind es nur wenige. Wie viele aber könnten Gesprächspartner abgeben und tun es nicht. Die dritte Erscheinung schließlich, die ebenfalls eine lähmende Macht werden kann und der schon

manches zum Opfer gefallen ist, was längst zum Bestand gezählt werden und anregend wirken könnte, ist die Selbstgefälligkeit, die sich bei uns in erschreckender Weise breitgemacht hat. Eine Selbstgefälligkeit, die wir in unseren Kreisen ebensowenig dulden dürfen, wie wir sie bei Politikern und anderen führenden Kräften des Landes für furchtbar halten. Wenn, um nur ein aktuelles Beispiel zu nennen, auf einem so wichtigen Gebiet wie dem des Schulbaues die sogenannten Ideenwettbewerbe so ausgeschrieben werden, daß sie eigentlich nur noch eine bessere Art von Denksportaufgaben sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn zu diesen Wettbewerben selten „überzeugende“ Projekte eingereicht werden. Nur schön in den ausgefahrenen Geleisen bleiben! Wir wissen schon, was die Schule braucht und was sich bewähren wird. Nur keine Experimente! Das ist der seit Jahren unveränderte Tenor der sogenannten Richtlinien zur Erlangung von Ideen für den Bau eines Gymnasiums in Österreich. Dabei wäre gerade das Auffinden neuer Strukturen, neuer räumlicher Konzeption die entscheidende Aufgabe des Architekten und der entscheidende Beitrag, den er der Gesellschaft liefern kann. Louis Sullivan sagt in seinen „Kindergartenchats“, der Architekt habe „to interpret and to initiate“, das Wichtigste in seinem Beruf sei, die Lebensform zu interpretieren und ihr einen entsprechenden Ausdruck zu geben, darüber hinaus aber die Initiative zu ergreifen und in seinen Bauten Programme aufzustellen, zu denen die Phantasie der Behörden unserer Zeit selten fähig ist.

Lassen Sie mich dazu übergehen, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, aber vielleicht in umgekehrter Reihenfolge. Sie lauten dann: 1. Hält man unseren Beitrag nicht für wesentlich und schließt uns daher aus?

2. Reicht unsere Kraft nicht aus oder 3. wollen wir nicht kämpfen?

Zur ersten Frage möchte ich sagen, daß die industrielle Gesellschaft, der wir alle angehören, noch kein bewußtes Verhältnis zu ihrer eigenen, von ihren besonderen Kräften profilierten Kultur gefunden hat. Daß gerade die Kräfte, die sie maßgeblich herbeigeführt haben, erst dabei sind, ein sol-

ches Verhältnis zu gewinnen und große Anstrengungen, die unternommen werden, häufig schon im Ansatz stecken bleiben. Kultur wird immer noch als musealer Besitz betrachtet, als etwas, das sich Gott sei Dank von selbst ergibt, weil es immer wieder Maler, Musiker und Dichter gibt, die brauchbare Werke hinterlassen. Es lebt sich so ganz gut, man verkauft Mozartkugeln und zerstreut sich nach den Mühen des Alltags, der der wirklich ernste Teil des Lebens ist. Dabei wird die Arbeitszeit immer kürzer, die kollektiv geleistete Arbeit, zuzusagen die Fron, schrumpft zusammen und ermöglicht endlich wieder individuell gewählte, freiwillig geleistete Arbeit, wie sie der menschlichen Natur gemäß ist. Ich meine damit die Einheit von Persönlichkeit und Werk, wie sie das Kind, der Bauer, der Handwerker verkörpern.

Aber was ergibt sich daraus zunächst. Das sogenannte Freizeitproblem. Hilflös steht er da, der von den Ketten der Arbeit befreite Mensch. Damit ihm nicht langweilig wird, damit er nicht auf schlechte Gedanken kommt, muß er „kultiviert“ werden. Das ist das Freizeitproblem aus passiver Sicht gesehen. Warum sagen wir nicht: Wir wollen eine neue Kultur! Damit wir sie schaffen, damit wir kultiviert leben können, brauchen wir Zeit, Muße, Mittel. Auf, laßt uns dazu die Maschinen ausbeuten, unsere neuen Sklaven! Wir können sie ohne moralische Skrupel für uns arbeiten lassen! Wir hören solche Forderungen nicht, weil unsere Gesellschaft diese Wendung nicht vollzieht. Weil ihre Mitglieder zwar bereits in der Lage sind, zu Tausenden die ehrwürdigsten Kulturstätten aufzusuchen, aber aus der dort zu Tage tretenden Tatsache, daß schon die ältesten Spuren der Menschheitsgeschichte mit den Zeugnissen einer scheinbar zwecklosen Tätigkeit verbunden sind, nämlich den Hervorbringungen der Kunst, noch nicht die Konsequenzen gezogen haben. Erst wenn wieder ins allgemeine Bewußtsein dringen wird, daß ein dem Menschen eingewurzelter Urtrieb und Wille zu Form seit jeher zu den wesentlichen Kräften gehört, die in der Gesellschaft wirken müssen, und Kunst nicht ein zur Not entbehrlicher Luxus, sondern das einzig vollständig Gelun-

gene und Haltbare ist, das dem Menschen in seiner Bedingtheit möglich ist, die höchste Bestätigung seiner Kraft, dem Schicksal wenigstens die gültige Form entgegenzustellen, erst dann wird sich die Lage zum Besseren wenden. Ohne mir Illusionen zu machen, glaube ich daran, daß es dann immer weniger notwendig sein wird, darüber nachzudenken, wie man den Menschen die Zeit vertreiben soll. Wenn die Ziele gesteckt sind, werden sie aus eigenem Antrieb die Zeit mit individueller Arbeit füllen, und sie werden auch bereit sein, Opfer zu bringen. Als Balthasar Neumann das Käppele in Würzburg errichtete, beteiligte sich daran die ganze Stadt. Ein Bürger verpfändete sein eigenes Haus, um die Fertigstellung der Anlage zu ermöglichen. Der Lohn war eine der liebenswürdigsten Raumschöpfungen der Barockzeit, ein vollendeter Ausdruck der Kräfte, die das Werk hervorgebracht hatten: Liebe zu Gott, Liebe zur Welt und ihrer Schönheit, Liebe zum heimatischen Raum. Darüber hinaus aber geprägte Form, die nun, schon weit entfernt vom Anlaß, der ihre Entstehung ausgelöst hatte, noch immer auf die Gesellschaft einwirkt und zum innersten, sichersten Besitz des Bürgers gehört. Für diejenigen von Ihnen, die das Käppele nicht kennen, darf ich eine kurze Beschreibung versuchen: Auf einer Anhöhe, die zum Main hin steil abfällt, steht eine kleine Wallfahrtskirche mit zwei Türmen. Von der Plattform, auf der die Kirche steht, blickt man auf die Stadt mit ihren Kuppeln und Dächern, auf die Residenz, auf die Gebäude der Universität, auf die Brücken, auf das umliegende Land mit seinen Feldern und Weinbergen, auf die am selben Ufer schräg gegenüberliegende Marienburg. Von der Stadt aus erreicht man das Käppele, so heißt die Kirche, über eine aufsteigende Folge von Plattformen, die miteinander durch zweiarmige Treppen verbunden sind. Die Treppenarme umfassen Kapellen, deren Kuppeln sich in der Verkürzung hinter- und übereinander schichten und schließlich von der Silhouette der Kirche aufgefangen werden. Die Achse der Anlage ist von der Kirche aus auf das Herz der Stadt gerichtet, wie die von Michelangelos Kapitol in Rom; ein barocker Raumbezug. Aber der Aufstieg, der durch die kunstvolle Füh-

rung der Treppen um diese Achse herum pendelt und immer wieder zu Drehungen und Wendungen Anlaß gibt, erschließt den ganzen Raum so, wie der Weg um das Impluvium das Innere des römischen Hauses aufschloß. Die Plattformen sind von Platanen überschattet, die über jedem dieser kleinen Plätze einen wundervollen Raum aufwölben, aber die Wände freilassen, so, daß zwischen den blanken Stämmen mit zunehmendem Höherstreiten das vertraute Bild der Stadt hereinzuwirken beginnt und nicht nur das Erfassen des von Menschenhand gestalteten Raumes selbst, sondern darüber hinaus die Besitzergreifung des Gesamt-raumes der Stadt auf eine ganz bestimmte Weise vollzogen werden kann. Das ist ein Ergebnis von sozialer und räumlicher Imagination, hier hat eine Gesellschaft sich selbst eine Bühne und einen Rahmen geschaffen, hier wird aber auch spürbar, wie Kunst über die Zeiten hinweg den Menschen und die Gesellschaft formt. Man braucht nur an einem Sonntagnachmittag die Treppen einmal hinauf- und einmal hinunterzusteigen, um menschliche Verhaltensweisen zu erleben, die nur zum Teil noch etwas mit der ursprünglichen Funktion der Anlage zu tun haben. Viele von ihnen sind erst von der geschaffenen Form hervorgerufen worden. Seit es das Käppele gibt, kann sich der Würzburger in einer neuen Weise als Bürger seiner Stadt empfinden, wenn er eingefügt in diese Form und sich in ihr bewegend von seinem Raum Besitz ergreift. So hätte man die Funktion der Form erleben können in den Thermen Roms, so kann man sie erfassen auf der Piazza San Marco in Venedig, aber ich habe mit Absicht ein Beispiel im kleinen Maßstab gewählt, das eine bürgerliche Gesellschaft mit bescheidenem Aufwand, sagen wir, auf heutige österreichische Verhältnisse übertragen, mit 15 Millionen Schilling geschaffen hat. Es gibt natürlich auch moderne Beispiele, etwa die Lijnban in Rotterdam oder Scharouns Berliner Philharmonie. In Österreich sind davon nicht viele zu finden. Restimee: Wir sind nicht gerade aufgeschlossen, einigen von uns mag es gelungen sein, Vorstöße zu unternehmen und Terrain zu gewinnen, aber zu einem echten Gespräch, zu einem fruchtbaren Arbeits-

verhältnis zwischen den Repräsentanten der Gesellschaft und uns ist es noch nicht gekommen, wir bewegen uns noch immer am Rande des Geschehens. Der Ertrag ist den Verhältnissen entsprechend mager. Zur zweiten Frage, ob denn unsere Kraft wohl ausreiche, möchte ich sagen, daß wir allen Grund haben, uns kräftig anzustrengen. Beginnen müssen wir bei der Ausbildung des Nachwuchses auf unseren Hochschulen. Es ist höchste Zeit, den Studienplan der Architekturschulen den geänderten Verhältnissen anzupassen. Ich habe schon bei der Beschäftigung mit der Gestalt des Politikers die Fähigkeit zur Einfühlung und zur Zusammenschau gefordert, deren dieser so dringend bedarf. Dieselben Fähigkeiten braucht der Architekt in ganz besonderem Maße. In unserer Zeit, die täglich eine Flut von neuen Materialien auf den Markt wirft, in der die Methoden der Konstruktion sich ständig ändern, in der die immer weiter um sich greifende Spezialisierung zur Formlosigkeit, wenn nicht gar zur Formfeindlichkeit führt, muß dem künftigen Architekten schon in den Hörsälen und Seminaren klargemacht werden, daß es nicht genügt, sich als Spezialist für Form unter anderen Spezialisten zu behaupten, sondern daß der Architekt seiner eigentlichen Berufung nur dann gerecht werden kann, wenn es ihm gelingt, die von den Spezialisten gelieferten Elemente zu einem geschlossenen Ganzen zusammenzufügen. Das bedeutet keine Abwertung des Spezialistentums. Es ist einfach die spezifische Aufgabe des Architekten, die ausschließt, daß er selbst ein Spezialist ist. Damit dieses Ziel erreicht werde, müssen wir abgehen davon, ein unnötiges Übermaß an enzyklopädischem Wissen zu vermitteln, und Methoden der Erziehung entwickeln, die auf das Erfassen von Zusammenhängen, die Schärfung der eigenen Urteilskraft und die selbständige Vertiefung der vom Lehrer vermittelten Einblicke gerichtet sind. Sehr wichtig wird es sein, mehr und eindringlicher als bisher den Studenten auf die Stellung des Architekten in der Gesellschaft vorzubereiten, gerade deswegen, weil diese Stellung von der gegenwärtigen Gesellschaft noch nicht garantiert erscheint. Da der Architekt heute die Aufgabe hat, der

technischen Zivilisation ein Höchstmaß an Form abzurufen, halte ich es nicht für falsch, daß er auch an Technischen Hochschulen ausgebildet wird. Wer befürchtet, daß an Technischen Hochschulen die „künstlerische“ Ausbildung zu kurz kommt, muß bedenken, daß es keinen Sinn hat, vor der Realität die Augen zu verschließen. Wir werden uns die erforderliche Autorität nur dann verschaffen, wenn wir die Welt der Technik kennen und mit den Spezialisten in der Sprache des Technikers reden können. Die entwerferische Ausbildung darf dabei aus vielen Gründen, die ich angedeutet habe, keinesfalls zu kurz kommen. Sie muß meiner Meinung nach sogar intensiviert werden. Aber ich halte es für richtig, daß sie sich angesichts der an einer Technischen Hochschule besonders eindrucksvoll erfassbaren Problematik der Technik vollzieht. Die hohen Anforderungen, die der Beruf stellt, verpflichten uns auch, über Ausleseverfahren nachzudenken. Schöpferische Begabung kann geweckt werden, aber sie läßt sich schließlich nicht erlernen. Daraus müssen wir, nicht zuletzt im wohlverstandenen Interesse der Studenten selbst, die richtigen Konsequenzen ziehen.

Zur letzten Frage, ob wir vielleicht nicht kämpfen wollen, muß ich sagen: Wir wollen schon, aber wir haben keine Ausdauer. Die allgemeine soziale Lethargie hat auch vor dem Architektenstand nicht haltgemacht. Ab und zu raffen wir uns auf und bringen die Architektur wieder einmal ins Gespräch. Ein Manifest wird verfaßt, Revolutionstimmung verbreitet sich, ein paar Politiker, Beamte, Kollegen werden angerempelt, und dann wird es wieder ruhig. Was wir aber brauchen, sind Kämpfer mit Konzept und langem Atem. Bakema ist ein solcher, oder Rainer. Zunächst müssen wir in ein anderes Verhältnis zur Gesellschaft und zu ihren Repräsentanten kommen. Ist die soziale Lethargie des Mannes auf der Straße schon tief bedauerlich, so dürfen wir in unserem Kreis die pessimistische Ansicht, daß „die da oben ja doch machen, was sie wollen“, keinesfalls weiter um sich greifen lassen. Wir müssen aus der Passivität heraustreten und aktiv werden. Wir anerkennen und betonen die gesellschaftliche Führungsfunktion des Politikers, aber am

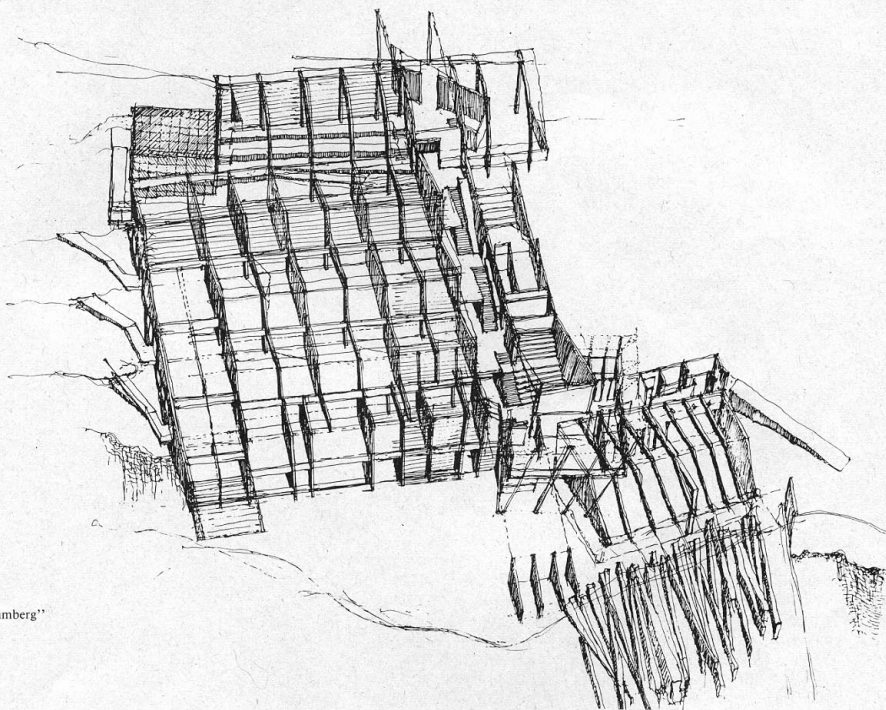
Zustandekommen kultureller Leistungen sind auch wir führend beteiligt. Dieser Anspruch muß immer wieder angemeldet werden. Ich komme zum Schluß: Meine Betrachtung hat vernachlässigt, daß es natürlich auch architektonisches Schaffen außerhalb des Spannungsfeldes gibt, auf dem Politiker und Architekten sich zu bewegen haben. Aber im Hinblick darauf, wie die Dinge bei uns liegen, müssen wir damit rechnen, daß uns der Politiker, der an seine Weisungen gebundene Beamte als bedeutendste Repräsentanten der gesellschaftlichen Kräfte, die zur Entfaltung unseres Schaffens den Auftrag geben können, gegenüber treten. Architektur kann sich auf Dauer nicht entfalten und entwickeln, wenn sie nicht verwirklicht wird. Darum müssen wir nicht nur ins Gespräch kommen, wir müssen im Gespräch bleiben und müssen es tapfer und fruchtbar führen. Das, was als fertiges Werk schließlich vor uns steht, ist nicht das Werk des Architekten allein. Es ist ein gemeinsam erdachtes, gemeinsam verwirklichtes, gemeinsam verantwortendes Werk. Für die Formqualität allerdings ist der Architekt allein verantwortlich. Damit er diese Verantwortung auf sich nehmen kann, muß man ihm Freiheit gewähren, wo dies nur irgend möglich ist. Das setzt Vertrauen voraus. Damit es gegeben wird, müssen wir durch Leistung und Haltung vertrauenswürdig erscheinen. Der Provinzialismus ist ein betrübliches Merkmal österreichischer Architekturproduktion geworden. Er hat seine Wurzeln in einer allgemeinen Ängstlichkeit und Enge, in einer allgemeinen Lethargie, in einer ungesunden Isolierung des Einzelnen, die zur Gleichgültigkeit, zum Mißtrauen, ja zum Zynismus führt, und in der spießbürgerlichen Selbstgefälligkeit, die sich im ganzen Lande breitgemacht hat auf fast allen Gebieten des Lebens, nicht zuletzt auch im politischen Bereich. Wir brauchen neue Verhaltensweisen. Diese werden nicht nur von der Politik herbeigeführt, sie werden auch bewirkt von neuen Raumkonzeptionen, von der aus schöpferischer Kraft geprägten Form. Freie Entfaltung der Persönlichkeit in einer freien Gesellschaft verkündigen unsere demokratischen Politiker als oberstes Ziel ihrer

Parteiprogramme. Einverstanden! Stellen wir Konkretisierungen solcher Ideen glaubhaft vor den Wähler hin, bauen wir z. B. Verwaltungsgebäude, Rathäuser, Ministerien, in welchen sich der Bürger wirklich als freies Mitglied einer freien Gesellschaft fühlen kann. Dazu muß man eben doch den Mut zum Experiment haben und das Vertrauen auf die Kraft der Imagination. Dasselbe gilt vom Wohnungsbau. In erster Linie geht es nicht um den Bau von Wohnungen, sondern um das Leben, das sich in den Wohnungen entfalten soll. Dieses Leben wird natürlich von der Politik maßgeblich bestimmt, aber wohl ebensosehr von der räumlichen Struktur der Wohnung selbst und ihrer Einfügung in den größeren räumlichen Organismus der Ansiedlung oder der Stadt. Den Politikern muß klarwerden, daß sie uns ebenso brauchen, wie wir auf sie angewiesen sind. Es hat keinen Sinn, dem Drängen junger schöpferischer Kräfte scheinbar nachzugeben, einen Wettbewerb zu veranstalten, damit das Kind einen Namen hat, und sie dann mit der Entscheidung einer bürokratisch beherrschten Jury abzuspeisen. Das sind Hineinleger, das ist eine Vergeudung kreativer Kräfte. Wir brauchen ein Arbeitsklima, das von gegenseitigem Vertrauen getragen wird. Stellen wir uns gemeinsam fachkundiger Kritik, die wir nicht fürchten, sondern herausfordern sollten, sie sorgt für eine saubere Atmosphäre und für Spannung. Spannung ist gut. Architektur ist immer nur aus Spannung entstanden.

Ich schließe mit einem Wort Eduardo Torrojas, des großen spanischen Konstrukteurs und bitte Sie nun, das, was er im Hinblick auf sein eigenes Fach sagt, sinngemäß auf unser heutiges Thema anzuwenden: „Dies soll jedoch nicht bedeuten, daß in gewissen Fällen nicht ein besonderes Tragwerk entworfen und gebaut werden sollte, bei dem teilweise die Wirtschaftlichkeit der Verpflichtung eines jeden geopfert wird, sein Sandkorn zum allmählich anwachsenden Bestande an Wissen beizutragen, ohne dabei jemanden zu täuschen, und am wenigsten denjenigen, der das Geld für die Verwirklichung dieses Bauwerkes hergibt. Man muß immer mit vollem Bewußtsein handeln, nach reiflicher Überlegung

und erst, nachdem man voll überzeugt ist, daß es wirklich der Mühe wert ist, die Ausführung wie vorgesehen zu gestalten. In diesen Fällen ist das oben Angedeutete vollkommen gerechtfertigt. Besonders die großen Unternehmungen und hauptsächlich die staatlichen müssen sich mehr verpflichtet fühlen, auf lange Sicht hin und mit ausgedehnterem Blickfeld zu arbeiten, als innerhalb der eng gezogenen Grenzen eines einzelnen Bauwerkes, nämlich mit der ganzen nationalen Technik als Horizont, die gerade diese Beschützung und Förderung benötigt, um sich

wie die unsere, noch immer gekennzeichnet ist durch eine tiefe Kluft zwischen künstlerischem Schaffen und Publikum. Diese Kluft ist eines der großen Ärgernisse unserer Zeit. Wir dürfen uns mit ihr nicht abfinden. Darum müssen wir immer wieder versuchen Brücken zu schlagen, und zwar von beiden Seiten her ●



Volker Giencke,
„Hauptschule Kumburg“
1982

gebührend entfalten zu können... Schließlich muß der Entwurfer wie jeder andere Künstler von der ihm umgebenden menschlichen Gesellschaft verstanden werden; wenigstens von der Berufswelt, mit der er den engsten Kontakt hat; jedoch wenn möglich auch von weiteren Kreisen der gesamten Gesellschaft; von jenen, die man einfach Publikum nennt und die nicht nur das anonyme Publikum darstellen, sondern auch den Grundeigentümer, den Bankier, die Kritiker, die Direktoren der öffentlichen Behörden einschließen. Niemals nämlich hat sich Kunst inmitten eines Volkes entwickelt, das nicht genügend kultiviert war, um diese Kunst schätzen zu können”.

Torrojas stolzes Wort mag einer Gesellschaft anmaßend erscheinen, die,

ÜBER ARCHITEKTUR UND ARCHITEKTENKUNST

Einige kritische Bemerkungen zur „Grazer Schule“ und ihren Folgen

Als ein Bewohner dieses Landes und als einer der mit Kunst zu tun hat und zwar mit bildender Kunst, in durchaus eingeeengter Weise sich nicht geniert sich zu einer elitären Kunst zu bekennen und andererseits im Interesse einer geistigen Klarheit und einer kritischen Distanz Architektur nicht für bildende Kunst hält (die sie seit der Renaissance und deren Kategorisierung der Künste auch nie war, weil sie einem Auftraggeber und einer Funktion unterliegt — und das läßt ihren zeitweiligen Charakter als bildende Kunst deutlicher greifbar erscheinen, weil sie nur phasenweise diesen Charakter der funktionslosen und daher bildenden Kunst annimmt) — als ein solcher Bewohner der Steiermark seien mir angesichts des Bauens in diesem Land die nachstehenden Bemerkungen erlaubt, obwohl die Architekten in der Steiermark oder vielleicht besser gesagt, eine bestimmte Generation der Architekten samt ihren Interessenvertretungen, sich nicht nur voll „durchsetzt“, sondern auch in ihrem Bereich Macht und Maßstäbe an sich gerissen hat, sich gegenseitig alle verfügbaren Preise verleiht, sich mit allen zu Gebote stehenden Ehrungen überhäuft und also der Meinung ist, sei sie die größte. Diese Umstände machen mich stutzig, lassen sich mit der Wirklichkeit nicht vereinbaren, sind Ausfluß einer Architektenideologie — dies alles soll kritisch betrachtet werden.

Die Steiermark und ihre Bauten

Wenn man heute durch die Steiermark fährt (und dies ist viel leichter geworden, weil nicht nur die Autobahnen, sondern auch die Bundes- und Landesstraßen in einer Weise begradigt oder geradlinig in oder über die Landschaft gebaut wurden, daß wir Kilometer für Kilometer stolz empfinden dürfen, daß diese Verkehrswege das wichtigste Gliederungs- und Schmückungssystem der Landschaft sind, dem sich alles unterzuordnen hat), flutet an unserem Auge eine große Anzahl von Neubauten vorbei. Stolz könnte unser Herz erfüllen, weil wir in einer so gesegneten

Zeit leben, in der so viele sich eigene Häuser bauen können: Voran die Genossenschaften und Banken, die ihre Bauten an unumgänglichen optischen Punkten situieren und in ihrem Wettbewerb zur Werbung selbst benutzen, über jenen breiten dumpfen und oft amorphen Bereich der Wohn- und Siedlungsbauten der verschiedenen Genossenschaften bis zu den Einfamilienhäusern, denen der Häuslbauer, und nicht weniger erschreckend den vielen neuen Bauernhäusern, die unmittelbar neben dem schönen alten stehen. Dem Sehenden zeigt sich ein Bild der Geschmacklosigkeit, der Trivialität längst verbrauchter Klischees, die mit einer bodenständigen Tradition verwechselt werden, eine Verfremdung oder Versalzburgerung unseres Heimatlandes durch Kammern, Genossenschaften, Baumeister und Bausparkassen. Das Gesicht unseres Landes hat sich in schmerzlicher Weise verändert. Bauten sind beständig. Sie vergehen nicht von selbst. Um sie wegzubekommen, mußte man sie sprengen, aber kann man mehr als die Hälfte der steirischen Häuser wegsprengen? Dafür ist es längst zu spät.

Dabei habe ich nichts gegen die Einfamilienhäuser, die Häuslbauer und schon gar nichts gegen die Bauern, nichts gegen Genossenschaften und Wohnanlagen... aber alles gegen die geisttötende Typisierung, Folklorisierung und Uniformierung des Bauens, das zum anschaulichen Zeichen unserer Musikantenstadl-Kultur geworden ist und das wir in Hinkunft vielleicht getrost als Karl Moik-Bauweise ansprechen dürfen.

Das jetzt Gesagte richtet sich, wie ich gerne zugebe, kaum gegen die heimischen Architekten: ihr Anteil am Bauen in der Steiermark ist ohnehin seit langem sehr gering. Es ist vielmehr ein anonymes Bauen, dem wir gegenüber stehen, wo ein Baumeister in seinem Wirkungsbereich die aus technischen Zeitschriften und den Medien einmal entwickelten Bauformen ein Leben lang reproduziert; wo die Bauernkammer durch Jahrzehnte modifizierte

Salzburgerhaus-Pläne an die bauwilligen Bauern verteilte; wo Bausparkassen gutgemeinte Aktionen setzten und Baupläne propagierten, deren Ergebnisse ebenso banal, modisch und vordergründig sind, wie es deren fehlende geistige Formung ist — und meist nicht einmal das Versprechen der Billigkeit der Baukosten einhalten konnten. Für mich war es immer ein Phänomen, daß der soziale Wohnungsbau in den Händen der Wohnbaugenossenschaften weithin ein Bauen ohne Architektur war und zu guten Teilen heute noch ist, daß diese Bauten aus einer ungebrochenen Tradition der 30er und 40er Jahre fortgeführt wurden und lediglich auf den Zeichenbreitern von Bautechnikern entstanden: was hier geschaffen wurde, ist eine andere Art von Wohnungselend. Schlichtweg eine Verwechslung erscheint mir die Bautätigkeit der Banken und Genossenschaftsbanken, die letztlich der Baukultur den Rücken gekehrt haben und ihre Neubauten als Werbeträger sehen. Man sollte wirklich daran gehen, die einzelnen Bereiche in Buchform zu publizieren um in ein öffentliches Bewußtsein zu bringen in welchem Umfang hier eine falsch verstandene und falsch angewandte Uniformierung des Bauens, eine rein technisch-funktionale Gesinnung sich mit Vorstellungen von Solidität, Komfort und Geschmack verbindet, die in einem außerkünstlerischen Bereich an der unteren Grenze des Schöner-Wohnens angesiedelt ist und damit in Wahrheit jeden kulturellen Kontakt zur Tradition aus Geschäftsgründen negiert. Aber noch darüber hinaus, gerade die Geschäftswelt versucht ja ein die Wirklichkeit überlagerndes Scheinbild zu erzeugen: die Kassenhalle der Bank wird zum Wohnzimmer, zum Spielsaal für die Kleinen mit Schlafzimmerspanntepichen ..., die Wahrheit wird durch den schönen Schein verstellt.

Aber dies alles geht, wie gesagt, nicht gegen die steirischen Architekten, außer gegen die wenigen, die sich in den Dienst dieser angedeuteten Interessen stellen. Man wird sich fragen, aus einer quantitativen Argumentation, warum ich kritische Bemerkun-

gen gegen eine gar nicht so bedeutende Minderheit vorbringe, die ohnehin selten, viel zu selten „zum Zug“ kommt. Und zwar gerade in einem Zeitraum, in dem die Architekten sich endlich durchgesetzt zu haben scheinen, wie gesagt, eine bestimmte Generation der Architekten den Zugang zur Macht, zu den Ehren, Aufträgen und Preisen gefunden hat. Es ist nicht Willkür, die mich dazu treibt, es ist nicht die Lust der Negation, die mich führt, sondern es sind die prinzipiellen Einstellungen, es ist die Ideologie einer Generation, die dabei ist, die Gesellschaft bevormunden zu wollen, weil ihr in der Jugend ein Begriff der Architektur, eine Ideologie des Architekten eingepflanzt wurde, die ihre Schranken längst überschritten hat. Es erscheint dringend geboten und an der Zeit, diese Schranken anzudeuten und einem Zustand der Selbstbeweihräucherung und des sich Beweihräuchern-Lassens etwas entgegen zu halten.

Die „Grazzer Schule“ und die Ideologie

Keihen wir zurück zu einer Zeit, als an der Architektur-Fakultät der Grazer Technik Persönlichkeiten wie Karl Augustin Bieber, Hubert Hoffmann, Karl Raimund Lorenz, Ferdinand Schuster, anfangs noch Fritz Zotter tätig waren. Es war die große Zeit der Architektur in Graz. Die Fakultät strahlte nach außen intensive geistige Impulse aus und jene Generation, über die ich hier schreibe, studierte damals. Diese heroische Zeit sicherte der „Grazzer Schule“ nicht nur einen gesamtösterreichischen, sondern einen internationalen Ruf. (Ist er nicht schon lange vergangen? Und haben die Neuberufungen zu einer wesentlichen Wiederbelebung geführt?) Die Geschichte dieser Fakultät müßte geschrieben werden, die ihrer Verdienste, ihres Glanzes und ihres Niedergangs. Was uns hier interessieren sollte, ist die Architektenideologie dieser Zeit. Jene Architekten fühlten sich nicht allein als Baukünstler. Deutlich war ihnen das notwendige gesellschaftliche Engagement bewußt, sie gaben es ihren Schülern mit auf den Weg. Der Architekt war ihrer Meinung nach nicht nur für das Bauen zuständig, er sollte nicht nur Bauplaner, sondern ebensosehr Städteplaner, Theologe, Philosoph, Mediziner, Psychologe und Soziologe sein, da er dazu berufen ist, den Umräum des Menschen zu gestalten, dessen Leben damit zu ordnen, ihm seine Entfaltungsmöglichkeiten vorzugeben. Darüber hinaus mußte er auch Künstler sein, natürlich auch bildender Künstler, in jener Zeit, in der die Kategorisierungen, die seit der Renaissance gültig waren, durch interdisziplinäre „Grenzüberschreitungen“ aufgehoben erschienen. Die Architektur als oberste Ordnungsmacht, der Architekt als Lebensplaner war das

Ideal, und Schritt für Schritt erwarben sich die Architekten durch ihr Kammerstatut, durch die Ausarbeitung von Wettbewerbsbedingungen eine, wenn auch nicht immer angewandte, so doch staatlich sanktionierte Sonderstellung. Eingedenk der Vorbemerkungen über den tatsächlichen Vollzug des Bauens kann man diese Vorstellungen auf eine knappe Formel bringen: Was Architektur ist, bestimmen die Architekten. Deshalb müssen in den Juries die Architekten in der Überzahl sein, deshalb werden in den Wettbewerbsbedingungen und Satzungen die Auslober und Ausbieter dazu verpflichtet schon vorweg anzuerkennen, daß das, was Architektur sei, von den Architekten bestimmt wird, und daß die übrigen Jurymitglieder im Grunde nur auf die Beurteilung der sinnvollen Anwendung der sakrosankten Architektur zurückgedrängt werden. Dies ist in Österreich kein Einzelfall. Auch die Ärzte, wie wir im vergangenen Jahr gesehen haben, sind der Meinung, daß nur sie über alle medizinischen Fragen Bescheid wissen können, einschließlich der Spitalsorganisation und aller Honorarfragen. Man könnte viele Bereiche hier anschließen, in denen die Fachleute, die Spezialisten, die staatlich Autorisierten sich in der Lage glauben, nur sie selbst könnten in ihrem Fach und über ihr Fach entscheiden. Diese Leute sollten einmal jenen erfrischenden und befreienden Band des international bedeutenden österreichischen Philosophen Paul K. Feyerabend lesen, seine „Erkenntnis für freie Menschen“. Darin ist auch für die Bewohner der Steiermark — und auch für unsere Politiker — sehr aufmunternd und einleuchtend dargelegt, daß die Durchführung der Blinddarmsoperation ebenso in die Hand des Spezialisten, nämlich des Chirurgen, zu legen ist, wie die Auswertung der Röntgenaufnahmen in jene des Röntgenologen. In einer Demokratie entscheiden jedoch über die Fragen der Spitalsorganisation nicht die Ärzte, sondern die Gesellschaft entscheidet — und das sind deren gewählte Vertreter. Der Mandatar muß weder eine Wurzelresektion durchführen können noch eine Bauchoperation um in der Lage zu sein, nach einer geistigen Auseinandersetzung Prioritäten zu setzen, Schwerpunkte zu bestimmen, Organisations- und Arbeitsmodelle festzulegen. Übertragen wir dies auf die Architekten. So wenig die Medizin für die Mediziner, so wenig ist die Architektur für die Architekten da und so wichtig die Mediziner und die Architekten zur Entwicklung von Behandlungs- und Gestaltungsmethoden und die fachliche Ausübung ihres Berufes sind, so sehr gibt ihnen die Gesellschaft den Rahmen, entscheidet diese in Gestalt ihrer politischen Vertreter, wie die Bedürfnisse und Wünsche der Gesellschaft am

zweckdienlichsten im Rahmen des Möglichen erfüllt werden können. Jene Architektur für die Architekten ist ebenso abzulehnen wie die Selbstbewertung der Architektur durch die Architekten unannehmbar ist: Der Mensch und nicht die Architektur ist das primäre. Der maximale Anspruch der Architekten der „Grazzer Schule“ — und nur diese Schule kann hier unser Thema sein — gegenüber der Gesellschaft und ihre selbstverleihe Kompetenzvielfalt erscheinen mir der Befragung würdig: An einigen Beispielen aus verschiedenen Bereichen soll dies verdeutlicht werden.

Stadtplanung

Wer erinnert sich in Graz nicht daran, mit welchem Einsatz die Architekten für die Errichtung des Elisabethhochhauses eingetreten sind, gerade an dieser Stelle, um dem Stadtviertel einen „Akzent“ zu geben — einen architektonischen. Der technisch gut konzipierte Bau ist städtebaulich ganz falsch situiert (und funktioniert auch innen nicht, wie wir wissen). Hat nicht derselbe Architekt, der als Gutachter für den Bau des Elisabethhochhauses eintrat, in einem zweiten Gutachten die Errichtung eines Hochhauses für die Musikhochschule im Garten des Palais Meran mit dem Argument begründet, daß die schädliche Wirkung des Elisabethhochhauses für das Viertel nur durch ein zweites Hochhaus abgefangen werden könnte?

Vor Weihnachten 1983 fand in den Räumen der Alten Technik eine Bürgerversammlung statt. Thema: Neubau eines Institutsgebäudes im Parkbereich der Alten Technik. Von der Seite des entwerfenden Architekten, seiner Kollegen der Technischen Universität und der mobilisierten Architekturstudenten kam es für den Außenstehenden zu einer ebenso überraschenden wie uneinsichtigen Argumentation. In diesem dicht verbauten Gebiet soll ein Institutsgebäude errichtet werden, knapp an den Hofseiten der Wohnhäuser in der Mandellstraße und nur zwei Stockwerke niedriger als der, durch die Bezeichnung „Zahn“ abqualifizierte Bibliotheksbau. Dieser Neubau, eine inneruniversitäre Wunschvorstellung, soll die Fakultäten Baingenieurwesen und Architektur räumlich vereint lassen. Aber anstatt Möglichkeiten zu suchen, den großen Verwaltungsapparat woanders unterzubringen, verblühte man sich in die wenig einleuchtende Raumgemeinschaftsidee und ließ alle städtebaulichen Grundsätze außer acht, die deutlich besagen, daß eine weitere Massierung in dieser stark bebauten Gegend, vor allem auch wegen der Luftverschmutzung durch die Abgabe der Verkehrskonzentration, der Tiefgarage, untragbar ist. In einer für mich erschreckenden Weise wurden die Stimmen für den Institutsbau mit don-

nerndem Applaus honoriert und alle Gegenstimmen — und darunter auch jene von eigenen Kollegen — ohne Argumentation als feindlich, unerwünscht, als Gegner des Fortschritts und was noch befremdender war, als außenseiterisch, architektonisch sachunkundig, laienhaft etc. abgetan. Man schreckte ebensowenig vor moralischen Abqualifikationen zurück wie vor einer der Nichtakademiker durch den Akademiker. „Gruppenegoismus vor Stadtplanung?“ — das ist hier die Frage.

Einzelne Bauaufgaben

Als Patient erlebte ich im Vorjahr die Funktionsfähigkeit des Neubaus der Chirurgischen Klinik des Landeskrankenhauses. Am Höhepunkt des Wohlfahrtsstaatsdenkens erbaut, glaubte man das Pavillonssystem des Landeskrankenhauses aufgeben zu müssen und in Hochhausanlagen nunmehr die Probleme bewältigen zu können. Diese Zeiten sind vorbei. Aber vom Anspruch der Architekten her beurteilt, weist dieses Stück steirischer Architektur entscheidende, ja peinliche Fehler auf. Es gibt in Österreich kein Unternehmen, das in der Lage ist, die Fassaden dieses Hauses mit seinen zahlreichen Fensterrischen zu reinigen. Die Tauben haben dies längst bemerkt. Sie bevölkern die Gesimse, die Außenkämpfer und Sohlbänke der Fenster, die voller Taubenkot sind — und niemand kann diesen entfernen. Die Patientenzimmer sind sowohl von der Raumaustattung wie von der akustischen Abschirmung gegen die Nachbarräume und den Gang von geringer Qualität, die Lärmdämmung nach außen ist völlig unzureichend. Ich rede nicht von der gärtnerischen Gestaltung dieses Komplexes, denn die Entwicklung der Gartenarchitektur oder das, was Gartenarchitekten in den überwiegenden Fällen darunter verstehen, wäre ein eigenes abendfüllendes Thema, das einem nicht gerade optimistisch macht.

Niemand wird das Verdienst der Revitalisierung des Schlosses Gleinstätten in Frage stellen, aber sehr wohl kann man fragen, wie dies geschehen, und ob das Gesetzte so ideal ist. Für mich ist dieser Bau ein Paradebeispiel der Profilierungsneurose eines Architekten. Daß die ehemaligen Wirtschaftsgebäude durch das Herabziehen des Daches und die Fensterformen ein fränkisches Aussehen annahmen, stört, liegt aber in der persönlichen Abkunft des bauführenden Architekten. Daß aber der Architekt so außerordentlichen Wert darauf legte, daß im Inneren seine Einfügungen keine Verbindung mit dem Altbestand eingehen, sondern mit diesem kontrastieren, ist etwas, das man weder verstehen noch akzeptieren kann. Den alten, dekorativ gearbeiteten Türlaibungen in Weiß

werden glatte Türen aus südamerikanischem Holz zugefügt. Hohe und breite Handläufe drängen sich in das zartgliedrige Stiegenhaus. Der Innenhof wurde überdacht (eine immer zweifelhafte Maßnahme) und zu einem Pausenhof gemacht (aber es regnet trotzdem herein), der Boden mit Travertin belegt (weil er billig war), dieser dann teilweise mit Spannteppich überklebt... In wenig sinnvoller Weise wurden die Empore der Kapelle und deren Öffnung zum Kapellenraum verändert, die Kapelle zum Pausenhof wurde aufgeschnitten und im ganzen knallt unübersehbar alt und neu aufeinander.

Der Blechmanierismus und Materialbarock, der sich im Zubau zum Schloß Großlobming, in Privathäusern am Rosenhain, Aufbahrungshallen und bald auch in der Kirche Graz-Ragnitz niederschlägt, beweist mit aller Deutlichkeit, daß es Architekten unserer Zeit aus dieser Ideologie der „Grazer Schule“ vor allem um Selbstverwirklichung zu gehen scheint. Wie wir überhaupt in der gegenwärtigen Architektur der Steiermark vielfach mit einem Manierismus konfrontiert werden — und fast immer prägt ihn die „persönliche Handschrift“ des Entwerfenden, versteht sich der Architekt als zeichnender Dominator, verwendet er selbstherrlich die Bauformen. Der Anspruch dieser Architektur tritt uns in dem angesprochenen Manierismus mit besonderer Deutlichkeit und zugleich verdeckt durch einen dynamischen Material-„Schleier“ entgegen. Die Segmentierung, Diagonalisierung, die Auskröpfung und Biegung der Bauteile verdeckt die darunter verborgenen Raster. Das Spiel mit der Diagonale und den gegenständlichen Linien verunklärt und verhüllt das Konzept, indem die Funktion in einem außerordentlichen Maße mit Dekoration und Bewegungsfetischierung verbunden ist. Auch die innere Wahrheit ist nicht ersichtlich in jener Vielteiligkeit von Material, Farbe und aufgesplitterten Raumformen, wo pseudobarocke Bewegungsspiele sich selbst darstellen: wofür ist hier noch Raum gegeben neben einer Selbstdarstellung des Architekten? Ist es nicht eine zu Ende konzipierte Gegenwart aus Architektenphantasie, die den Lebensraum der Benutzer einengt, ja einschnürt?

Schon die Rundräume von Hauskonzepten in der Steiermark mit jener Verschleierung der Kompartimente, die zur Negation des einzelnen Raumes und stattdessen zu einer unbehausten Dynamisierung dieser ineinander verschachtelten und sich daher aufhebenden Räume führt, erscheinen im hohen Maße fragwürdig. Wenn dann eine Kirchenarchitektur, wie im Pfarrzentrum Graz-Süd, sich als eine Mischung von Kino und Ausflugsdampfer erweist, und, von der „falschen“ Seite begehbar, in einer visuellen Indifferenz nur

durch die Verwendung überdimensionierter und daher dekorativer V-Träger eine Richtung (und vielleicht auch dadurch Gestalt) erhalten soll, dann fragt man sich, ob das experimentierende Ungenügen nicht auf eine zu große Bereitschaft von Seiten der Bauherren, dem Architekten auf einem Weg ins Unbekannte zu folgen, gestoesen ist. Gerade im Kirchenbau ist so vieles in Bewegung gekommen, so vieles Alte zu stark bewegt worden, zu vieles Neue ideologisch, selbstgefällig und zugleich unverbindlich geblieben, daß man mit großem Respekt feststellen muß, daß nur die Glaubensstärke der Benutzer diesen Räumen Sinn, Inhalt und Gestalt geben kann.

Diese Dynamisierung hat auch schon ihre Geschichte: In jenem zugegebenermaßen interessanten Versuch, wo ein Architekt in Spritztechnik eine selbsttragende Moluskelform errichtete, die wie ein großer Darm im Hof eines Grazer Klosters liegt, eine organische Bewegungsform ganz nach den Objektkunstbegriffen der 60er Jahre. Dieses Bauwerk, für manche ein Idol moderner Architektur, zeigt ein anderes Inneres: vom Boden bis zur Beleuchtung und über das Mobiliar bis zu den Treppenaufgängen erfolgt keine Verbindung zur selbsttragenden Wand, entsteht keine Einheit. Verloren, unbehaust, ohne Standpunkt, ohne Ort fühlt man sich in dieser Bewegungsform, die ein Darm ist — und in einem Darm hält man sich normalerweise nicht auf, sondern alles wird schnell oder langsam durch ihn geführt. Man atmet befreit auf, wenn man wieder draußen ist (wie sich die Kollegen des Architekten hinter vorgehaltener Hand lachend zuflüstern). So erweist sich Architektur, die so gern als die der Avantgarde in unserem Land bezeichnet wird, doch in vielen Fällen nur als Mittel zur Selbstdarstellung der Architektur. Vielfach haben auch mögliche Bauherren die Erfahrung machen müssen, daß die Architekten unserer Zeit keine Wohnhäuser für einzelne Familien errichten können, da ihre Vorschläge immer zu Monumenten der Architektur und damit für die Architekten wurden. So haben manche aufgeschlossene Bauherren schließlich Althäuser gekauft, weil ihnen z. B. eben das Rundmonument des Architekten mit Rundfenstern und Rundtüren zu lebensfeindlich war. (Wie soll auch ein kleinerer, sensibler Herr Tag und Nacht ohne Selbstgefährdung die Rundtüren seiner Wohnung benützen können?)

Siedlungsbauten

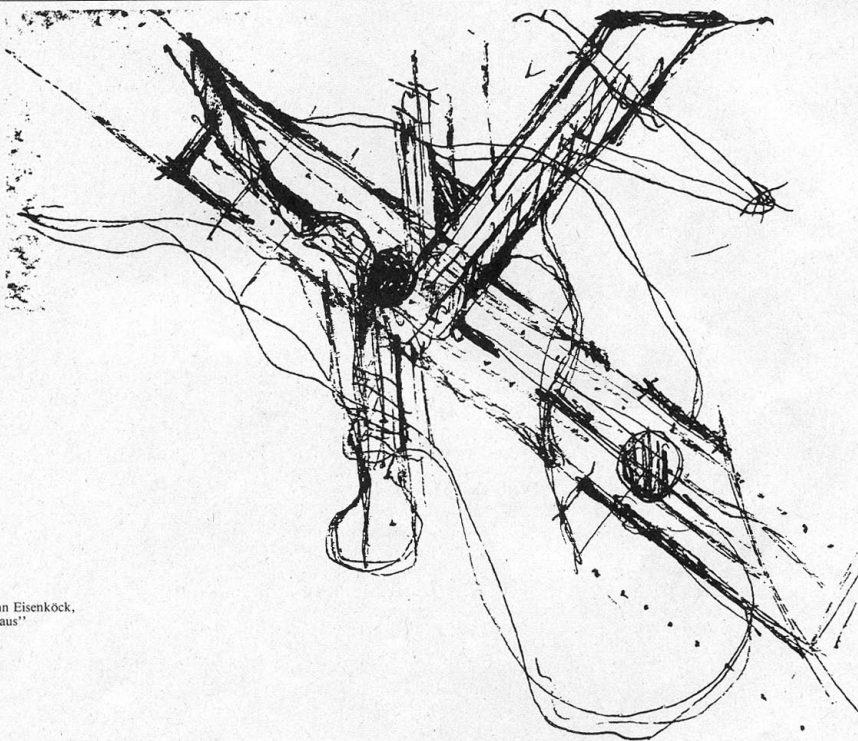
Architekturideologie schlägt sich auch in Reihenhausbauten nieder. Basisdemokratie, partnerschaftliches Bauen, Demokratisierung der Baukunst, Beteiligungsplanung, Mitbestimmung, das sind die großen Schlagworte, deren

demokratische Verwendung höchst zweifelhaft ist, deren Ergebnis uns ästhetisch erschüttert. Die Eschensiedlung in Deutschlandsberg, das Wohnmodell Gerlitzgründe Graz, sprechen eine deutliche Sprache. Nicht, daß gegen alle diese Beteiligungsbegriffe etwas einzuwenden wäre, aber in diesen Fällen hat sich die Architektur als Baukunst selbst aufgegeben und der Architekt samt seinem Büro hat weitgehendst versagt. Partnerschaft kann nicht heißen, daß mit einem fragwürdigen Begriff von Freiheit und Mitbestimmung, den Menschen der Weg in

verkitschten Geschmacklosigkeit und völligen Unsensibilität der Hausbemalung. Der Architekt sollte sich nicht hinter seinem „Bauhern“-Partner verstecken, angesichts dieses Ergebnisses, denn allzu deutlich ist, daß das Spielmaterial vorgegeben wurde: sowohl die Farben von der Qualität her als auch die formalen Gestaltungsmethoden, die „Ideen“ der Teilungen und Bänderungen... Hier wurden auf einem unteren Niveau Partnerschaft und Beteiligung zu Ungunsten aller mißbraucht.

sen Design der Plastikbestuhlung, den umgestalten Plastikemporen, die die Proportionen des Raumes zerstören. Die Öffnung der Musikempore ist eine schmerzliche Wunde, und daß die Orgel anstelle des Altares steht, kann nur als eine die Traditionen des christlichen Kirchenraumes arg beeinträchtigende Fehlentscheidung eingestuft werden.

Was Architekten in der Sparkasse Radkersburg an Selbstverwirklichung leisten, indem sie weniger erhalten, mehr verändern und in einem zu deutlichen Maße gegensätzlich ergänzen,



Hermann Eisenköck,
„Ein Haus“
1982

die Irre eröffnet wird; Partnerschaft kann nicht bedeuten, daß der Einzelne (in diesem Fall fälschlich „Bauherr“ genannt, weil ihm eine Entscheidungsrolle aufgebürdet wurde, auf die er nicht vorbereitet ist), sich selbst und den anderen die Umwelt verbaut, aus eigener Unkenntnis ebenso wie aus mangelnder Beratung und Unterstützung. Umgestaltet blocken Garagen das Haus vom anderen ab, die kleine Grünfläche wird zum Chaos. Mögen auch die Baukosten relativ gering sein, es ist nicht zu übersehen, daß hier der Architekt aus einer intellektuellen Höhe auf seine einzelnen „Bauherren“ herunterblickt und ihnen die Gartenzwergkultur zukommen läßt, die sie offenbar seiner Meinung nach verdienen. Ganz ins Auge geht dies in der

Architektur und Innenräume

Bevor wir uns einigen Beispielen zuwenden, muß ein anderer Umstand ins Gedächtnis gerufen werden: das rasche Altern der Architektur, damit verbunden auch das der Architektenideen. Ein bereitetes Beispiel dafür ist die Kapelle der Schulschwestern in Graz, eine Raumkonzeption, die sich so überraschend schnell aus dem Gegenwärtigen ins Historisch-Vergangene wandelte. Auch der Speisesaal dort wirkt schon etwas wie ein Oldtimer, und die Adaption der Kirche legt durch das Altern dieses Eingriffes in peinlicher Weise die Fragwürdigkeit dieser Maßnahmen offen. Die doch feingliedrige architektonische Gestaltung des Kirchenraumes verträgt sich nicht mit dem geistlo-

sen Design der Plastikbestuhlung, den umgestalten Plastikemporen, die die Proportionen des Raumes zerstören. Die Öffnung der Musikempore ist eine schmerzliche Wunde, und daß die Orgel anstelle des Altares steht, kann nur als eine die Traditionen des christlichen Kirchenraumes arg beeinträchtigende Fehlentscheidung eingestuft werden. Was Architekten in der Sparkasse Radkersburg an Selbstverwirklichung leisten, indem sie weniger erhalten, mehr verändern und in einem zu deutlichen Maße gegensätzlich ergänzen,

Hauptplatz, in der alles was groß sein sollte (die Bücherregale) klein und was klein sein sollte, maßlos groß (die Treppen) ist; die prägend aufwendige Durchgestaltung der Wände von Pfarrsälen wie zum Beispiel in Graz-Andritz, an deren Wänden nichts mehr geschehen kann, weil alles bereits „fertig“ ist und die aufgebrauchten Ausstellungsbilder nur mehr stören (obwohl dort noch Wände vorhanden sind, um die uns die Architektur sonst zunehmend bringt), mögen als Beispiele genügen.

Farbenblinde Architekten

Man fragt sich ganz allgemein, wenn man etwas Sinn für Farbe besitzt und deren Gesetzmäßigkeiten einigermaßen überblickt, ob unsere Architekten nicht farbenblind sind. Entweder verwenden sie gar keine Farben oder, wie in der Peichl-Torte in Graz-St. Peter, solche, daß einem der Atem stockt: Was soll dieses unsensible Laubfroschgrün, noch dazu neben dem genau komplementären 08/15-Rot? Es muß etwas in der Architekturausbildung nicht stimmen in bezug auf die Farbe, daß sie von Architekten entweder gar nicht, so gefühllos oder nur modisch-oberflächlich und schaufensterdekorativ eingesetzt wird. Es stimmt etwas nicht mit der Farbe am Bau, weil sie den Architekten vorbehalten ist, im Grunde automatisch zu ihrem Auftrag gehört und Teil ihres, in Prozenten von der Bausumme errechneten Honorars ist. Dabei ist längst international bekannt, daß Farbkonzepte nichts Dekoratives, sondern etwas Psychologisch-Ästhetisches sein sollen, aber unsere Architekten verhindern dies öfter, weil sie glauben, alles selbst zu können (und weil sie einen Verdienstentgang fürchten). Aus diesen Gründen konnte ein Farbkonzept des anerkannten Farbexperten Jorrit Tornquist für das Spital in Rottenmann nicht durchgeführt werden. Dabei wäre es gerade an einem Krankenhaus so wichtig gewesen, endlich von der völlig überholten und falschen Vorstellung abzukommen, daß alle Räume, wenn schon nicht weiß, so doch ganz hell ausgemalt werden müssen. Man hätte die Möglichkeit gehabt zu erproben und zu beweisen, daß Farbe für das Befinden des Menschen und daher für die Gesundung, Heilung oder Schmerzlinderung von großer Bedeutung ist. Aber man sehe sich einmal um, wie Architekten die Farbe handhaben, die nur mehr von den Kollektionen der Fußbodenbeläge, der Fliesen, Tapeten und Plastikwandfarben ausgehen und der Farbe nur eine, wenn auch allzu üppige dekorative Bedeutung beimessen, wenn sie nicht, wie in vielen Fällen, der Farbe überhaupt ausweichen.

Die Architekten und die bildende Kunst

Unsere Architekten brauchen keine bildende Kunst. Sie glauben selbst bildende Künstler zu sein, machen also bildende Kunst selbst und nehmen dem bildenden Künstler das ihm zustehende Brot. Manchmal brauchen sie bildende Künstler, aber nur dann, wenn diese ihre eigenen Fehler kaschieren sollen, oder wenn es die Bauaufgabe oder die Vorschriften nicht anders gestatten. Der Architekt vereint in sich alle Wissensgebiete, alle Fähigkeiten, er ist, wie bereits gesagt, ebenso Theologe wie Philosoph, Soziologe, Mediziner, Psychologe, Sozialarbeiter... und natürlich auch bildender Künstler. Ingeheim sind die Architekten auch die besten Politiker, aber das sagen sie nicht laut, da sie sonst fürchten, keine Aufträge zu bekommen. Sie sind jedoch überzeugt von ihren politischen Fähigkeiten, sonst wäre es nicht eine alte Tradition, über die Politiker zu schimpfen, sie anzufeuern, anzuprangern, von Verantwortung zu reden. (Ich habe für meinen Teil noch nie einen Architekten gesehen, der sich angesichts der oft leichtfertigen, als Gewohnheitsrecht angesehenen, aber im Grunde unmoralischen und unverschämten Baukostenüberziehung einer Verantwortung gestellt hätte.) Aber wir wollten hier darüber sprechen, daß die Architekten das Brot der Künstler essen oder zumindestens zu ihren Steaks dazuessen und, wie ich behaupte, recht wenig Sinn für bildende Kunst haben. Beginnen wir beim letzteren. Es muß wohl an der Ausbildung der Architekten liegen, daß sie selbst ihre Entwurfsfingerfertigkeiten im Skizzieren von Häusern, Bäumen, Menschen und Landschaften so gerne und leicht hin mit Kunst verwechseln. In der Tat ist nach 1945 die Architektur im Sinne der allgemeinen Grenzaufhebung erneut zur bildenden Kunst geworden, aber sie wurde es, weil die Architekten, nämlich jene Architekten, die nicht bauten, nicht bauen wollten oder nicht bauen konnten, Architekturphantasien, utopische Architekturmonumente oder Objekte gestalten, Architektur als Plastik sehen und dann eben zu bildenden Künstlern wurden, wenn sie nach den Kriterien der bildenden Kunst nicht deren Formen nachvollzogen oder nachahmten, sondern sich, selten genug, als schöpferische bildende Künstler erwiesen. Es ist das Merkwürdige, daß die Architekten so überwiegend keine bildenden Künstler sind, auch wenn manche von ihnen es sich einbilden. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die bildkünstlerische Ausgestaltung durch den Architekten im Kassenraum der Zentralsparkasse in Wien nicht nur formal, sondern auch inhaltlich ein peinlicher Irrtum ist, ebenso wie der Vogel in der Zentralsparkasse in Graz eine „Selbst-

darstellung“ in der Art der den 60er Jahren nachempfundenen Objekt-kunst ist, — ein anachronistisches Mißverständnis.

Es ist ebenso eine Verwechslung, wenn Architekten für ihre Kirchen selbst die Glasfenster entwerfen, die von einer erschütternden Kunstferne zeugen (oder nicht bessere von ihren Frauen ausführen lassen). Nicht nur die Kreuze, Mensen, Ambonen und Leuchter von Architekten in unseren Kirchen sind meist nur ein geometrisierendes Design, auch Kreuz und Fisch im Martin-Luther-Heim in Graz haben keinen künstlerischen Wert. Und auch in einer Mürrzuschlager Schule leistete sich ein Architekt eine farbige Wandgestaltung, die nur das untere Niveau einer Werbegrafik aufweist. Hierher gehören auch die „plastischen“ Akzente am Bau des ORF-Landesstudios Steiermark, d. h., das Spiel mit Raketformen bei Rauchfängen, die billige Enterprise-Phantasie des Stiegenhauses mit der gefühllosen Gemeindebaustiege, das manierierte Spiel mit Schiffbaudetails. Hierher gehören ebenso das überlaute Vorzeigen und Herumschleichen mit längst zu Zeichen geschrumpften Symbolen oder die der Vergangenheit entliehenen Fensterformen, wie sie nicht nur in der Kapelle des Grazer Hirtenklosters und in der Kirche Graz-Süd oder im Blechmanierismus verwendet werden. Wenn ein Architekt einen Betonpfeiler aufführen läßt, dann ist für ihn (aber nur für ihn) das auch schon eine Säule, und wenn darauf ein überdimensionaler Klotz gesetzt wird, dann ist das für den Architekten das Kapitell, aber leider bleibt meist der Pfeiler der Pfeiler, der Klotz der Klotz, trotz aller manieristischer Einbindung, trotz allen ideologischen „Überbaus“.

Weit über ein Jahrzehnt erlebe ich in Fachausschüssen das Mißverständnis der bildenden Kunst durch Architekten, vom Architekturhistoriker bis zum Baumtumsarchitekten. Deutlich wird der Anspruch, alles besser zu wissen, bestimmen zu können, was Kunst sei und deutlich treten die Kunstfeindschaft und das Mißverständnis gegenüber der bildenden Kunst zutage.

Als ein Mißverständnis bildkünstlerischer Konzeptionen im konkreten Fall möchte ich die Mensa der Kirche in Graz-Süd ansprechen. Dieses schräge Styling mag vielleicht von ebenso subjektiven wie privaten Mythologien und Symbolinhalten erfüllt sein, aber diese „Inhalte“ sind nicht anschaulich gemacht, bedürfen einer verbalisierten Erklärung um ihre Abstraktheit zu interpretieren und das bewertet dieses Architekturstyling. Ich möchte hier nicht auf die op-art-Mensa samt Vortragskreuz von Kroisbach eingehen, an sich interessante Objekte, die, rasch alternd, unseren heutigen Augen kaum mehr eingängig sind. Aber dieser Ar-

chitektur hat andererseits bewiesen, daß er ein sehr guter bildender Künstler ist, daß er in Skulpturen eine gelungene Synthese zu ziehen vermag. In der Salvatorkirche ist letztlich das Gliederungssystem der Schiffswände zu einem Altar verdichtet und daher eher ein Strukturmodell der Kirche selbst als eine plastische, bildhauerische Lösung, eine für sich gestaltete und Geltung beanspruchende Mensa.

Der Drang der Architekten alles selbst zu machen, ist kaum in Grenzen zu halten. In jeder Kapelle wollen sie gleich Tabernakel, Mensa und Vortragskreuz auch noch einbringen. Gerade diese Kreuzgestaltungen der Architekten erscheinen mir in vielen Fällen als sehr unglücklich, zeigen den prinzipiellen Unterschied zur bildenden Kunst auf: Die plastische Form, die Visualisierung von Symbolen, geschieht auch in ihren abstrahiertesten Äußerungen in einer Auseinandersetzung mit der uns umgebenden Welt, der Natur, also letztlich in organischen Formen. Die Reißbrettgewohnheit der Architekten geht von der Geometrie aus, von geometrischen Grundkörpern, von einer im Gegensatz zu unserer Umwelt stehenden, man möchte fast sagen, totalen Abstraktheit. Diese geometrischen Formen sind nicht gestalthaft anschaulich in unsere Formwelt eingebettet, sondern Schöpfungen des messenden, unanschaulichen Geistes. An anderer Stelle (Katalog der Ausstellung *Ars Sacra Austriae* Wien 1983) habe ich darauf hingewiesen, daß Kreuze aus der Hand von Architekten in dieser Unanschaulichkeit auch eine fragwürdige Symbolik enthalten können. Die beiden Katholikentagskreuze in Graz und Wien sind trotz ihrer Größe konstruktive Verspannungen in Form eines Rasters, der sich dem Kreuz nähert und dieses zugleich wieder auflöst. Sie sind abstrakte Zeichen im vorgenannten Sinn, die mehr verhüllen und verschleiern als die einfache plastische Antwort zu geben — Geometrie und Gestaltung sind eben nicht dasselbe.

Was sich so an den Architekturen herauskröpft und vorwölbt, was oft so aufdringlich plastisch ausgeschnitten oder eingesetzt wird, ebenso wie jene Fensterformen, in denen ein geometrisches Kreuz gestaltlos abstrakt verwendet wird, das ist nicht plastische Gestaltung im Sinne der bildenden Kunst. Die einen behaupten, daß die Architekten, weil sie das Baukonzept entwerfen, gleichzeitig die anderen Künste mitbestimmen müssen, und sie glauben wirklich, daß die Architektur die Führerin der Künste sei. Aber schon die mittelalterlichen Bauhütten waren da weniger autoritär, dafür partnerschaftlicher und auch in der Folge gestaltete sich die Zusammenarbeit bedeutend offener. Es ist ein junges Erbe des Internationalen Stils (dessen Architekten

darin nicht besser waren, als die Architekten des Historismus, die auch glaubten, alles bis zum letzten Türknäuf selbst zeichnen zu müssen), der in der Aufbruchsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg, in der Gründung des Bauhauses, eine Dominanz der Architektur wieder einmal proklamierte. Es ist die mangelnde Zurückhaltung aus der fehlenden kritischen Selbstbefragung, die zu einer solchen Ansicht führt, die dem bildenden Künstler nur dienende Funktionen am Bau zuerkennen will, ihn im Grunde als Lückenbüsser oder unabwendbares Übel betrachtet und selbst nicht dienen will. Partnerschaft wird immer wieder groß verkündet; wenn es um auch nur winzige Selbstbeschränkung, die Eröffnung von kleinen Freiräumen oder um ein Mitspracherecht des bildenden Künstlers geht, dann ist davon sehr rasch keine Rede mehr. Ich habe manche bittere Stunde erlebt, in der Architekten oder deren Vertreter unverblümt ausdrückten, daß sie den Bau künstlerisch konzipieren, daß die bildenden Künstler von der Material- bis zur Farbwahl und auch formal sich ihren Vorstellungen anzupassen hätten — auch dann, wenn nicht nur das Farb- und Materialkonzept wie das der Architektur in sich sehr fragwürdig war. Oft sind es die fortschrittlichsten Architekten, die in dieser Hinsicht der bildenden Kunst gegenüber die ablehnendsten sind.

Es gibt, das muß selbstkritisch festgestellt werden, nicht allzuvielen bildenden Künstler, die in der Lage sind, partnerschaftlich ein faires Angebot des Architekten anzunehmen. Es gibt deshalb wenige, weil sie fast ausschließlich erst am Ende des Planungsstadiums zugezogen werden (obwohl das Land Steiermark immer für eine möglichst frühzeitige Einbindung eingetreten ist), es gibt wenige Künstler, die Erfahrung haben, weil sie zu selten Aufgaben übertragen bekommen und sich deshalb keine besondere Praxis erwerben können. Und es gibt wenige Künstler, die für solche Aufträge geeignet sind, weil die Zusammenarbeit mit der Architektur nur eine der vielen Bereiche bildkünstlerischer Gestaltung ist. Aber allzu oft werden die bildenden Künstler vor vollendete Tatsachen und kaum lösbare Probleme gestellt, wenn die Fassaden durchgerastert und vom Material her vorgegeben, wenn die Innenräume farbig und strukturell bis auf das frei gelassene Wandstück ausgeführt sind.

Die Architekten im Über-schwang

Nach langen Jahren eines Durchsetzungskampfes, eines Ringens um Aufträge ebenso wie um Anerkennung der eigenen Ansicht, ist eine Generation von Architekten heute beherrschend geworden, die sich selbst so gerne als

die Avantgarde bezeichnet. Und wenn auch ihre Häupter grau geworden sind, versuchen sie den Flair des Jünglingshaft-Avantgardistischen weiterzupflegen. Bei der Festlegung des Kammerstatuts, der Wettbewerbsbedingungen bis zum Verleihungsstatut des Sterischen Architekturpreises sind sie entweder in der Überzahl oder unter sich. So sollte sich niemand wundern, daß man besorgt in die Zukunft blickt, oft mit Bedauern in die Vergangenheit, wenn man zusieht, wie eine Generation auf Kosten aller anderen sich nicht nur etabliert hat, was ihr gutes Recht ist, nicht nur in den Medien gepflegt und gehätschelt wird, was das Verdienst eigener Tüchtigkeit zu sein scheint, und die Selbstbeweihräucherung, das ständige sich gegenseitig Auf-die-Schulter-klopfen und sich untereinander Die-Preise-verleihen, einem bewußt macht, daß ein kritischer Punkt erreicht ist: Nicht nur gegenüber den bildenden Künstlern, gegenüber den Benützern und der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch gegenüber den jüngeren Architekten und jenen vielen anderen, die eine „anonyme“ Architektur geschaffen haben. Unter den letzteren verstehe ich jene Vielen, die, ohne den Anspruch auf Avantgardismus, ohne Preisungen und Belobigungen von Seite der Medien und aus Wien, sehr menschengerechte, ruhige, klare, benutzbare Bauten geschaffen haben, deren Bedeutung für das Leben wir nicht unterbewerten sollten.

Wir brauchen die Architektur, wir brauchen die Architekten, aber wir brauchen Architekten, die sich ihrer Aufgaben und ihrer Grenzen bewußt sind, weil sie nur dann ihren Dienst an der Gesellschaft und ihren Dienst an der Architektur erfüllen können. Wir brauchen eine lebendige Architektur, mit dem Wechsel der Generationen. In der bildenden Kunst ist der notwendige Generationswechsel mit dem Beginn der 80er Jahre vollzogen worden, haben sich Problemstellungen wie Problemlösungen verändert. Wieder einmal hinkt die Architektur nach. Es wäre Zeit, daß auch in der Architektur diese Umorientierung nachvollzogen wird, sich der Blick differenziert. Dann wird vielleicht klar werden, daß Schwerpunkte und Gewichtungen, Prädikate und Preise unter neuen Gesichtspunkten, in neuen Kreisen anzulegen und zu vergeben wären ●

UNSERE WÜNSCHE FÜR DIE ARCHITEKTUR

Zur Triebfeder:

Die Vorgänge unseres geistig-emotionalen Speicherns sind in ihrer Wesenhaftigkeit und Vielfalt undurchschaubar. Wir speichern rasch und ohne Anstrengung immer nur Dinge, die uns tangieren, die uns, wenn auch widersprüchlich, bewegen: wir sind einmal gerührt, dann verletzt, einmal überrascht über unsere Hilflosigkeit, oder wir können uns freuen. Wir nehmen auf, ohne uns im Augenblick der sinnlichen Aufnahme klar oder gar bewußt zu sein, welchen Gebrauch wir davon machen wollen und werden, wie wir den Eindruck beurteilen, mit Kritik oder Bevorzugung.

Und gerade dieser Punkt, wo man bewegt ist, ist jener, wo wir am schnellsten, am sprunghaftesten lernen. Wo wir gleichsam auf der Diretissima begreifen. Diesen Punkt muß jeder für sich finden. Man lokalisiert ihn ein Leben lang neu durch die persönliche Entwicklung. Und der Wunsch nach seiner Definition und Weitergabe dürfte die Triebfeder für jedes schöpferische Machen sein. Denn dort, wo der Einzelne das tut, was ihn in unmittelbarem Maße berührt, gerade dort ist jeder am stärksten. Dort hat man die größte Kraft, dort ist das Wollen am ungefährdetsten. Und das Resultat, die spezifische Interpretation, ist dann ehrlich, ohne Spekulation, besitzt eine Art moralischer Dimension. Auf unser Metier, die Architektur bezogen, heißt dies: die Vorstellung einer Atmosphäre, die Suggestion einer bestimmten Stimmung, die Vermittlung eines gewünschten Zusammenhanges: dies sind unsere „Wünsche für die Architektur“.

Zur Aufgabe:

Architekturen, die sich als Umhüllende von Funktionen definieren, die nur Repräsentanten kristallin gewordener Sachverhalte sind, und die vorgeben, dem Menschen dienen zu wollen, unter der Argumentation, daß der Mensch als Benützer eben dieser Umräume schon dafür Sorge tragen wird, daß sie ihrer Zweckbestimmung genügen, solche Architekturen haben den Umfang ihrer Aufgabenstellung nicht erfüllt. Architekten dürfen sich nicht der

schöpferischen Verantwortung entziehen, indem sie hoffen, daß unartikulierte Gehäuse, indifferente Räume und Konzessionen an einen gängigen Geschmack ihrem Werk zu einer Allgemeingültigkeit verhelfen. Die unglückselige Zielvorstellung der Polyfunktionalität, diese raffinierte Formulierung aller architektonischen Alibiaktionen, die Mehrzweckarchitektur, ist eine große Versuchung: Die Ungesichtigkeit der unter dieser Devise entstandenen Räume und Raumadditionen vom Wohnbau bis zum Kirchenbau ist das zwangsläufige Resultat. Und darauf werden wie zum Hohn künstlerische Applikationen geheftet, im gesetzlich geregelten Prozentsatz der Baukosten. Diese Werke sind untereinander austauschbar und sie bleiben, weil sie ohne Beziehung zum Bauwerk sind und nur sein können, diesem fremd.

Der ureigentliche Sinn für die Architektur besteht, weit über die rein utilitären Bedürfnisse des Menschen hinausgehend, darin, ihn zu stimulieren. Also Stimulanz durch das Erlebnis der dritten Dimension, durch das Phänomen des Raumes. Architektur sollte Katalysator sein für geistige und emotionale Wirkungen in uns. Wir wollen von ihr wieder „berührt“ sein, wie von Musik, Poesie und Malerei. Eine Aufgabe, die im Extremfall sogar ausschließlich in der räumlichen Formulierung liegen kann, also im Raum für sich, als Grenzwert einer künstlerischen Ambition oder Verpflichtung. Dieses Herstellen von Stimmungen mittels architektonischer Mittel, das Erzeugen von psychischen Wirkungen, die Provokation eines Gedankenduktus, das Aufzeigen eines geistigen Zusammenhanges, das alles passiert nun durch die „Kunstgriffe“, die unseren Beruf ausmachen. Von deren Art und Qualität hängt es ab, wieweit sie nun wirklich als Katalysatoren für das menschliche Leben brauchbar sind oder nicht.

Zum Umgang mit der Geschichte:

Die Form, in unserem Falle die dreidimensionale Form, ist in ihrer Gültigkeit einer ständigen Veränderung un-

terworfen. Nicht im Sinne ihrer prinzipiellen Wirkung oder Allgemeingültigkeit, sondern im Hinblick auf ihren Aktualitätsbezug in den Situationen des geschichtlichen Ablaufes. Das Gängige, die ästhetisch bequeme Kost, macht uns unempfindlich. Wir sehen das Gleichbleibende nach einer gewissen Zeit nicht mehr, es wird nicht mehr registriert, nicht mehr aufgenommen. Oder anders ausgedrückt: wir verwenden hierfür keine Energie mehr, wir sind nicht mehr berührt.

Um uns aber die Empfindsamkeit zu erhalten, das „Offensein gegenüber dem Bewegtsein“ durch das Phänomen des Raumes, müssen wir die Form an sich immer und immer wieder neu überdenken. Sie muß neu formuliert werden, bei jeder Aufgabe, die mit künstlerischer Ambition in Angriff genommen wird. Es müssen verbrauchte Formulierungen durch neue ersetzt werden. Und je stärker die Bindungen an gewisse bestehende Formen sind, und je beherrschender formale Strukturen sein mögen, desto stärker muß die darauf reagierende künstlerische Antwort sein. Dies deshalb, weil sie ja die Emotionen binden muß, im Sinne von einbinden, und dadurch erst neue Gefühls-Instanzen zu schaffen in der Lage ist.

Darum sehen wir in Normen, in Ismen und Moden, die naheliegende Gefahr, daß sich sowohl Schöpfer als auch Konsument eines Werkes nicht mehr prinzipiell mit der Aufgabe auseinandersetzen, und glauben, sich nicht mehr von Grund auf damit beschäftigen zu müssen. Denn eine einmal aufgestellte Regel verlangt und will Gleichbleibendes und nicht Veränderung. So wie jede Entwicklungsstufe der Gesellschaft, jeder historische Abschnitt, die arteigenen ästhetischen Normen und Ziele besitzt, hat ebenso jedes wirkliche Kunstwerk in sich den Keim der Reaktion darauf: diese eben gültige Norm zu verbessern, zu verändern, zu sprengen oder gar, wenn auch nur bruchstückhaft und partiell, zu zerstören. Dies geschieht, um eine neue Form aufzubauen, die wiederum Resultierendes und Folgerungen nach sich ziehen kann und wird. Aber dies geschieht auch in dem Bewußtsein, daß die neu entstandene Form ihrerseits

wieder einer Konfrontation und Korrektur ausgesetzt sein wird ist durch das nachfolgende, das nächste Werk. All das scheint eine Notwendigkeit für jede Art von künstlerischer Entwicklung zu sein und Bedingung dafür, daß Kunst und Architektur als andauernde Phänomene am Leben bleiben.

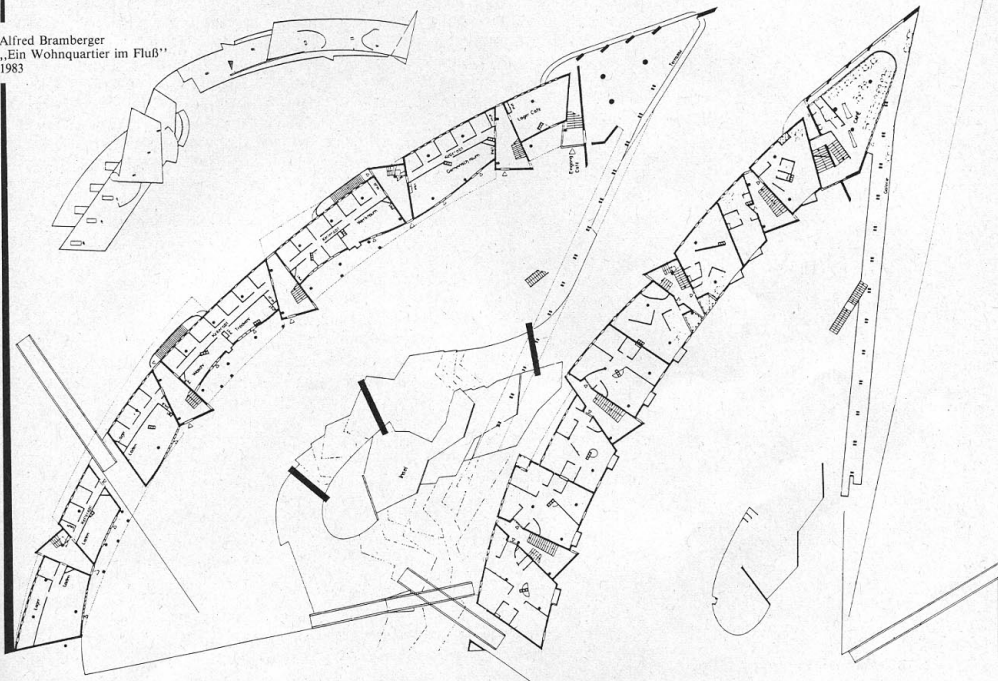
Als Voraussetzung für eine folgerichtige Neuinterpretation drängt sich unweigerlich die intensive Auseinandersetzung auf mit dem, was schon da ist. Das zu Verändere muß in seiner Wesenhaftigkeit erkannt, um nicht zu sagen respektiert, worden sein. Denn aus

Zur Zukunft:

Unter dem Aspekt der Situation, in der sich die Welt zur Zeit befindet, leitet sich für die Zukunft der Architektur eine positive Tendenz ab. Die von uns allen verschuldete Krise der Erde läßt uns für uns alle und unser Leben auf ihr fürchten. Es gibt eine Art kollektiver Angst, viele sind ratlos. Aber daraus resultierend gibt es ein geändertes, ein tieferes Bewußtsein für das Leben. Es bekommt, und wir bemühen uns sogar darum, einen ganzheitlicheren Sinn. Lange Zeit vernachlässigte Berei-

ten der architektonischen Äußerungen sind Zeugnisse für die jeweils angewendete Kraft ●

Alfred Bramberger
„Ein Wohnquartier im Fluß“
1983



ihm wird die Weiterentwicklung geboren. Oft fällt bei einem eben erst entstandenen Werk nur auf, wodurch es sich von der Vergangenheit unterscheidet, und verborgen bleibt, was es mit ihr verbindet. Und erst später, vielleicht erst im historischen Aspekt, wird, was als Störung und Abgrenzung empfunden worden war, als deutlicher Zusammenhang und sensible Verbindung sichtbar und erkannt. Denken wir dabei an das Kontinuum einiger historischer Baustile mit ihrer aus unserer nachträglichen Betrachtungsweise so selbstverständlich erscheinenden Abfolge, trotz all der Polaritäten im Augenblick ihrer Entstehung.

che erhalten neue Deutungen und Bedeutung. Das Limit des Wohlstandes ausgedrückt in Geldzahlen, der Glaube an die total technisierte Gesellschaft als Fortschritt, die Spekulation auf die Allmacht des einseitigen Intellektes, dies alles hat seinen Glanz abgelegt. Nun hat sich die Fortschrittsgläubigkeit auf eine andere Ebene verlagert, auf eine eher existenzielle Ebene, auf eine, man könnte sagen, Art Überlebensebene. Jedoch mit einer intensiveren Verinnerlichung auf uns Menschen in dieser unserer Welt. Wir wissen um den Stellenwert der schöpferischen Aussage, und das ist für alle künstlerischen Richtungen und die Architektur gut so. Und wer will, wird Resultate dieser Um- und Einstellung in den gegenwärtigen Architekturtendenzen erkennen, und die verschiedenen Facet-

POLITIK - WOHNBAU - ARCHITEKTUR - KUNST

Jedes Objekt, das Gebautes signalisiert, ist in jeder Phase der Entstehung und des Zugrundegehens vielschichtig durch verschiedene Faktoren „mitbestimmt“. Das Gewicht und damit die Bedeutung der mitbestimmenden Faktoren, die zu einem Bauprojekt zusammenfließen, deren Gebrauch erlauben, sinnlich wahrnehmbar machen, wird zur ästhetischen Aussage. Erkenntnisse aus der sinnlichen Wahrnehmung zu ziehen, setzt aktive Beschäftigung mit Denken und Fühlen voraus, baut auf Erfahrungen, braucht die Erinnerung und das Wissen. Nun — das Wissen wurde durch die Flut der anfallenden Menge aufgeteilt und spezialisiert — oft für Macht und Profit oder Profit für Macht.

Der sinnvolle Gebrauch der Wissenschaft hängt von der Kapazität der Spezialisten, des „Fachmannes“ ab. Die Kapazität eines Fachmannes ist aber oft nur die Summierung und der Transport von „Medienklischees“. Da werden Erkenntnisse und Erfahrungen ausgemagert, man gibt sich „objektiv“-wissenschaftlich und negiert dabei signifikante mitbestimmende Faktoren.

Zu den Verdrängungen gehören die sozial-menschlichen Bezüge und die Moral (ich meine hier nicht die spießbürgerliche, diese ist auch ein Medienklischee), die Ethik im Zusammenhang mit der menschlichen Existenz und dem Überleben in einer demolierten Umwelt — heute.

Bei der Diskussion über die Ästhetik von Bauwerken haben sich immer wieder „Fachleute“ in den Vordergrund gedrängt, die in ihrer ungebrochenen feudalistischen Mentalität und ihrem hohlen Elitegehabe die mitbestimmenden Faktoren auf das nebulos „Künstlerische“ reduziert haben. Da Bauwerke, somit Architektur, anlaßweise und dies fälschlich auch zur „bildenden Kunst“ gezählt werden, ergibt sich für diese Fachleute in Sachen Kunst die seltsam schizophrene Situation, daß sie auf der einen Seite schnell noch — den „Trends“ entsprechen, wobei die ganz fixen (kommerz- und kunstmarkt-orientierten) bereits den Abgesang anstimmten und sich der nächsten Modeströmung zuwenden, um auf der ande-

ren Seite die derzeit „dauernden Werte“ in der Architektur suchen und sie durch elitäres Geschwätz zu postulieren trachten, was andere vorgekauft haben in der Gesinnung der Jencks und Kriers. Dieser Part der reduzierten Mitbestimmung verbleibt im großen und ganzen im Dunstkreis der Kunstinsider und jener, die sich dazu zählen. Wesentlich für mich ist aber der Kumpen der Vorgenannten, die Politik. Hier werden beim Bauen, also in der Architektur, noch rigoroser mitbestimmende Faktoren ausgesperrt. Es zählen nur Macht und Geld, diese hypertrophieren zentralistisch, schließen Mitbestimmung aus, das heißt aber Entmündigung und Abhängigkeit der betroffenen Benützer. Engen wir dieses auf den „Wohnbau“ ein, so ist der Ausschluß des Bürgers, des Bewohners evident. Zentralisierte Macht über Baugeldmittel und deren Investitionen heißt Aussperren der Betroffenen und Entzug der Mitbestimmung und Kontrolle. Sinnliche Wahrnehmung, Voraussetzung, um Erkenntnisse für das Ästhetische zu gewinnen, ist nicht kontrollierbar, wird daher minimiert, und so wird das Ästhetische der Profitmaximierung unterworfen — „Architektur“ ist unerwünscht. Feudalarchitekturvorstellungen und die Macht-Architektur, von der wir jetzt gesprochen haben, sind grundsätzlich unmoralisch. Beiden ist der Anspruch auf Hierarchie gemeinsam, dies führt zur Aussperrung der meisten mitbestimmenden, notwendigen Faktoren und ist in unserer Zeit, wo wir uns um die Demokratie bemühen, unerträglich geworden.

Mitbestimmung im Wohnbau ist zuerst einmal ein politischer Akt, ein sozialdemokratischer Versuch, um die festen, bestehenden Strukturen aufzubrechen. Der Architekt ist aus dem Herrschaftsbereich ausgebrochen und wurde wieder Partner des Bürgers. Die sinnlich wahrnehmbare Erscheinung solcher Prozesse muß — radikal angesetzt — diesen Vorgang als ästhetische Aussage widergeben. So ist diese Erscheinung zuerst einmal in bestimmten Elementen chaotisch, unkultiviert, klischehaft. War doch der mitbestimmende Faktor „Bürger“ bis dato in Gestaltungsfragen entmündigt, vorbe-

stimmt und klischeebeladen. Unser Erziehungs- und Bildungswesen ist auf diesen Zustand abgestimmt, nicht zuletzt, um die bestehenden Machtverhältnisse zu sichern. Der Einbruch in die bestehenden Strukturen wird, wenn wir Geduld haben und hartnäckig sind, vielleicht den Erfolg haben, daß sich der Wohnbau als baukultureller Akt in einem demokratischen System erweist ●

SOZIALE BEDINGTHEITEN IN DER ARCHITEKTONISCHEN UMWELTGESTALTUNG

Die Interpretation der materiellen Gestaltung unserer Umwelt als Teil der Kulturlandschaft kann auf verschiedene Schwerpunkte ausgerichtet werden. Hier soll unter teilweiser Ausklammerung eines künstlerisch-ästhetischen, individualistischen, naturwissenschaftlich-technologischen und ökonomischen Blickwinkels, eine sozialwissenschaftliche Darstellung erfolgen.

Eine völlige Scheidung des Kulturbegriffs im weiteren Sinne in einen geistigen und in einem materiellen Zweig ist undurchführbar und würde gerade im Sinne der hier angestrebten Argumentation eine Beweisführung verhindern. Trotzdem sind gerade die durch den Menschen verursachten Veränderungen der realen Umwelt bzw. jener „Realia“, mit denen sich der vergesellschaftete Mensch umgibt, meist deutlicher zu erkennen als die geistige Kultur (z. B. Religion, Philosophie, Politik), die dahinter steht. Auch deswegen scheint häufig der Blick für das sozial konstruktive Element in unserer Umweltgestaltung behindert zu sein. So kann auch die Tendenz beobachtet werden, daß wir leichter (= schneller) bereit sind, die materielle Kultur als die geistige zu übernehmen (cultural lag). Im Sinne einer soziologischen Milieutheorie prägen wir durch die jeweilige Gesellschaftskonstruktion einen großen Teil der Umwelt — sicherlich jedoch nicht im Sinne eines Soziologismus die gesamte Umwelt. Die beinahe unendlich große Zahl möglicher Entwürfe und möglicher Problemstellungen und damit auch die große Zahl ungewollter Gestaltungselemente, wird aus der Perspektive der akzeptierten Rahmenbedingungen stark begrenzt. Auch vordergründig gesellschaftsgelöste Argumentationsebenen können zumindest teilweise in diese wieder eingebunden werden. Entscheidungen der Umweltgestaltung i. w. S. liegen viel weniger häufig in der technischen Machbarkeit, in der ökonomischen Finanzierbarkeit oder in der Freiheit individueller Gestaltung, als dies von den Betroffenen angenommen wird. Viel wichtiger ist meist der Wille zur Realisierung, die Bewertung im Sinne von Prioritätensetzung, die Beurteilung nach sozial subjektiven Kriterien und das Vorhan-

densein jener sozialen Voraussetzungen der Organisation, die eine Realisierung überhaupt erst ermöglichen.

Die sogenannten technischen Notwendigkeiten werden von den Anforderungen bestimmt, die so gut wie immer außerhalb der naturwissenschaftlichen Zusammenhänge stehen. Beispielsweise erst wenn zwischen den Entscheidern ein Consensus vorhanden ist, daß es dafür steht jenes Tal zu überbrücken, diese zukünftige Brücke mit einer bestimmten Leistungskapazität auszustatten (Autobahn oder Fußgängersteig), bestimmten technischen Lösungsansätzen den Vorzug zu geben, bestimmte Normen als verbindlich anzuerkennen usw., dann sind jene Determinanten gesetzt, die technischem Geist und Kraft Einsatzmöglichkeit geben. Es steht uns dann in der Folge frei, jenes Bauwerk laufend instandzusetzen oder es verfallen zu lassen, es durch neuere Konstruktionen zu ersetzen oder als technische Pionierleistung zu bewahren. Schließlich ist es uns — den sozial organisierten Menschen — auch schon oft gelungen, einen solchen Bau nicht anzufangen, nicht fertigzustellen, ihn — jene gedachte Brücke — in einer Interpretation des Selbstschutzes zu zerstören oder andere dachten, es sei notwendig, unsere Brücke zu ruinieren.

Die Möglichkeit und Bereitschaft zur Finanzierung ist meist nicht nur von sozio-ökonomischen Konstruktionen abzuleiten, sondern auch von der Bereitschaft, gerade diese und keine andere Investition vorzunehmen. Heute ist etwa „fast alles“ technisch realisierbar, wäre „fast alles“ finanzierbar, es bleibt nur die Frage nach der Sinnfähigkeit jener Lösung offen und ob jene Mittel nicht anderswo geeigneter eingesetzt werden könnten.

Die architektonisch gestalteten Rahmenbedingungen fordern genauso eine Anpassung der Handlungsmuster, wie dies natürlich auch umgekehrt der Fall ist. Diese Wechselbeziehung verliert überall dort ihre Ausgewogenheit, wo entweder Benutzer oder Gestalter dominiert. So kann auch gestaltete Umwelt ein Instrument der Herrschaft sein, wie z. B. ein Vorwurf kritischer Hausfrauen gegen die überwiegend männlichen Konstrukteure ihrer Ar-

beitswelt lautet. Dieses Beispiel läßt sich in die verschiedensten Bereiche transformieren. So entwerfen in der Regel Rechtshänder die Gebrauchsgegenstände der Linkshänder oder Gesunde die Lebenswelt von Kranken. Die Welt des „Normentwurfes“ behindert alle, die nicht der Norm annähernd entsprechen (zu klein, zu groß, zu jung, zu alt, behindert...). Auch der Vorwurf, daß Architekten als Vertreter einer „Schule“ häufig für die gewünschte positive Beurteilung durch ihre Kollegen entwerfen, gehört hierher. Auch der erfolgreiche „Anpassungsplaner“, der offensichtliche Bedürfnisse nachvollzieht oder der Architekt, der als „Hausarchitekt“ z. B. einer Gemeinde oder einer Firma den Weg einer anderen Form von Anpassung geht, aber auch der künstlerisch-verspielte Architekt, der in der Theorie erfolgreich und trotzdem unrealisiert mit seinen Projekten zu Wettbewerben und Tagungen eilt, zeigt eine Form der Anpassung — hier eben jener an die innovative Theorie der Unrealisierbarkeit (z. B. Luftstädte, Unterwasserstädte).

Der Architekt und besonders der Städteplaner manifestiert in seinen Entwürfen ein Weltbild, das berufstypische Ordnungselemente und Gestaltungsformen enthält und von der Machbarkeit der Umwelt ausgehen muß. Im Spannungsfeld zwischen dem technisch-naturwissenschaftlichen und dem ästhetisch-künstlerischen Teil seiner Tätigkeit muß sich der Architekt der Realität der Herrschaft und der ökonomischen Kalkulation unterwerfen, so er auf die Realisierung seiner Entwürfe Wert legt. Unter dieser Belastung gerät die soziale Dimension seiner Arbeit als gesellschaftlicher Former und selbst Geformter leicht ins Hintertreffen. Routine und Grundinformationen der Architekturpsychologie geben neben dem starken Einfluß von Erwartungen und Normen jene Erfahrungen bis Gebrauchsanweisungen, die Wirkungen beabsichtigt erzielen lassen bzw. helfen, sie zu verhindern. Etwa über die Wirkungen von Farben, Temperaturen, Beleuchtungseffekten und Dimensionierungen sind Erfahrungsberichte vorhanden. Folgetypische Wirkungen bis zu den geradezu klassischen Ängsten (wie Orientierungsverlust, Barriereangst und Tunnelangst) sind bekannt und getestet, auch wenn dieses Wissen leider häufig nicht berücksichtigt wird.

Die Bewertung der Verantwortung der i. w. S. Umwelt gestaltenden Architekten geht weit auseinander — von totaler Entlastung, die ebenso unbegründet ist, wie bis zu einer völligen Verantwortlichmachung für Dimensionen, die weit außerhalb des Gestaltungsvermögens der Architekten stehen. Wir wissen, daß z. B. eine schlecht geplante Straßenkreuzung töten kann oder daß

eine fehlgestaltete Wohnwelt „krank macht“. Sieht man allerdings von der Gefahr technischer Mängel und der Dimension der „Baubiologie“ ab, so bleibt nur eine — allerdings folgeschwere — Mitschuld übrig. Kommunikation beispielsweise kann durch die gestaltete Umwelt etwa stark behindert oder auch besonders gefördert werden — mehr nicht. Den Architekten allein für alle — positive und negative — Kommunikationsentwicklungen verantwortlich zu machen, hieße ihn weit zu überschätzen. Auch etwa der Kriminalität kann durch die gestaltete Umwelt Vorschub geleistet werden oder ein Schutz davor gegeben werden. Trotzdem sind die kausalen Zusammenhänge viel komplizierter, um nur etwa das Vorhandensein oder das Fehlen von Mauern dafür verantwortlich machen zu können. Aber auch eine nur Mitverantwortung für die Entwicklung sozialer Lebensumstände gibt mehr Verantwortung den Gestaltern (Architekten, Bauherren, Politikern, Beamten, Baumeistern, Planern, Puschern ...) als ihnen häufig bewußt ist. Da überdies Gestalter und Benutzer (Betroffene) meist nicht identisch sind, erhöht sich diese Verantwortung noch wesentlich.

Nicht nur wir versuchen mit mehr oder weniger Erfolg und unter Einsatz recht unterschiedlicher Mittel unsere Wohnung bzw. Wohnumwelt unseren Wünschen und Notwendigkeiten anzugleichen, sondern die Wohnung prägt auch den Benutzer. Wem das übertriebener formuliert erscheint, der möge bedenken, daß beispielsweise Platzangebot und Ausstattung der Wohnung sehr deutlich Erlebniswelt, Lernbereich und Erziehungsstil von Kindern beeinflusst. So fördert schlechte Lärmdämmung im Mehrfamilienhaus autoritäre Erziehung und ob in der elterlichen Wohnung dem Heranwachsenden eine Bibliothek, ein Bastelraum oder ein Fußballautomat zur Verfügung steht, bleibt sicherlich nicht ohne Einfluß. Diese „räumliche Sozialisation“ wird auch in Form der Wohnumgebung wirksam. Das Fehlen möglichst differenzierter sozialen Anschauungsmaterials behindert Lernprozesse und Anpassungsfähigkeit. Dies betrifft besonders Kinder aus sozial stark segregierten Vierteln, insbesondere der Unterschicht und vom Stadtrand. So ergibt sich auch aus der Umwelt — die in der Regel eine gestaltete ist — eine Aufstiegsbarriere, u. a. aber auch wegen der Standorte der Bildungseinrichtungen und wegen der Kommunikationsprozesse, die auf die eigene Schicht konzentriert sind.

Auch für alte und kranke Menschen bildet die Wohnung ein überaus wichtiges Bezugsfeld. Oft wird die Wohnung aus Gesundheitsgründen durch Jahre kaum oder gar nicht verlassen und beeinflusst mit ihrer — meist ver-

trauten — Ausstattung stark den Lebensstil der Betroffenen. In der eigenen Wohnung „sieht“ etwa ein Schlechtsichtiger oder Blinder, soweit dies überhaupt möglich ist.

Die Funktion gesellschaftlicher Organisation bzw. die Institutionen, die sie erfüllen, benötigen bestimmte auf ihre Tätigkeit ausgerichtete Bauwerke. Herrschaft, Religion und Wirtschaft verlangen jeweils auf bestimmte Inhalte ausgerichtete räumlich-reale Ausstattungen. Der Wunsch nach Repräsentation läßt Gebäude weit über ihre eigentliche Notwendigkeit der Funktionserfüllung hinaus ausgestalten. Die Signalwirkung, bei der vom Objekt auf den Auftraggeber, Benutzer oder den Geist, der hier manifestiert wird, schließen läßt, hat die Geschichte der Architektur wesentlich mitbestimmt. Je nach Zeit, Region und Herrschaftstypus entwickelte sich so eine materialisierte Symbolik in spezieller Ausprägung. Baumoden finden Anklang und verlieren wiederum an Bedeutung. Sie werden häufig mit hoher Emotionalität angenommen oder abgelehnt. Politische oder/und kulturelle Überlegenheit läßt ihre Interpretation der Möglichkeit materieller Gestaltung exportieren. So wurde das erfolgreiche Paris des 2. Kaiserreiches für viele Städte jener Zeit ein Vorbild urbaner Gestaltung. Der Kolonialismus verbreitete die Lösungsmodelle der Mutterländer einst weltweit. Auswanderer brachten häufig ihre Form der Umweltgestaltung in die neue Heimat. So sind heute häufiger in Lateinamerika ältere Formen spanischer Siedlungsgestaltung zu sehen, als im ehemaligen Mutterland. Andererseits nimmt die „Amerikanisierung“ im Sinne einer Nachahmung der Bauwelt der USA gegenwärtig besonders stark in den südamerikanischen Großstädten zu. Im Sinne einer etwas mühsamen Loslösung von diesen Klischees ist vereinzelt der Versuch zu beobachten, eigene neue Gestaltungsformen zu entwickeln oder wieder auf ältere nun variierte Modelle zurückzugreifen (Mexiko, Brasilien). Wie erstaunlich gut Kulturen auch ihr Inventar übertragen, zeigen die heute allerdings nur mehr in Resten vorhandenen indischen Stadtteile in Ostafrika oder altportugiesischer Häuser in Macao am Rande Chinas. Die etwas eigenartige Interpretation des sozialistischen Realismus in seiner architektonischen Ausprägung wurde im Osten Europas zum Symbol des stalinistischen Einflusses. Der Nationalsozialismus etwa benutzte auch die Baugestaltung als Instrument seiner Herrschaft.

Der Mythos der Größe ließ von der Antike bis zur Gegenwart persönliche und soziale Bedeutung an der Größe messen, wie groß (-artig) die gestaltete Umwelt sich ausnimmt. Gemeinschaftsgebäude haben quer durch die Geschichte eine bedeutende Rolle ge-

spielt und sind dementsprechend über ihre reale Funktion hinaus gestaltet. Umso deutlicher Herrschaft ausgeprägt ist, desto einprägsamer wird diese auch baulich demonstriert. Hauptstädte und Residenzen werden zur bevorzugten Schaubühne architektonisch gestalteter Öffentlichkeit.

Die Illusion der Sicherheit ließ quer durch die Geschichte der Menschheit einen gigantischen Aufwand in Bauwerke investieren, die soziale Systeme als Ganzes oder kleine Subeinheiten absichern und schützen sollten.

Religiöse Verehrung und rituelle Tätigkeit haben in allen Hochkulturen zu reger Bautätigkeit geführt, obwohl es sich doch hier primär um einen geistigen Prozeß handelt. Jener Aktivität einen besonderen architektonisch gestalteten Rahmen zu geben, war Wunsch der Gläubigen. Einerseits wurde dabei bewußt traditionsorientiert auf Formen Rücksicht genommen, die sich wenig verändern. Andererseits kann man eine Angleichung an bauliche Modetrends feststellen, die teilweise sogar vom Sacralbau ausgegangen sind. So entstanden für Religion, Zeit und Region typische Gebäude mit einem in der Regel hohen Aufwand an künstlerischer Gestaltung. Kultstätten gehören zu den wesentlichsten Unterscheidungsmerkmalen zwischen den sogenannten Kulturkreisen. Der hohe Stellenwert religiöser Aktivität machte solche Bauten zu den aufwendigsten und größten. Ein Austausch von Bauten zwischen zwei Religionen ist zwar schwer vorstellbar, war jedoch immer wieder festzustellen. Solche Übernahmen signalisieren jedoch Konflikte und einen Kulturzusammenstoß oder zumindest einen ausgeprägten sozialen und politischen Wandel (Reformation, Gegenreformation, Kolonisation, Vertreibung, Unterwerfung u. ä.).

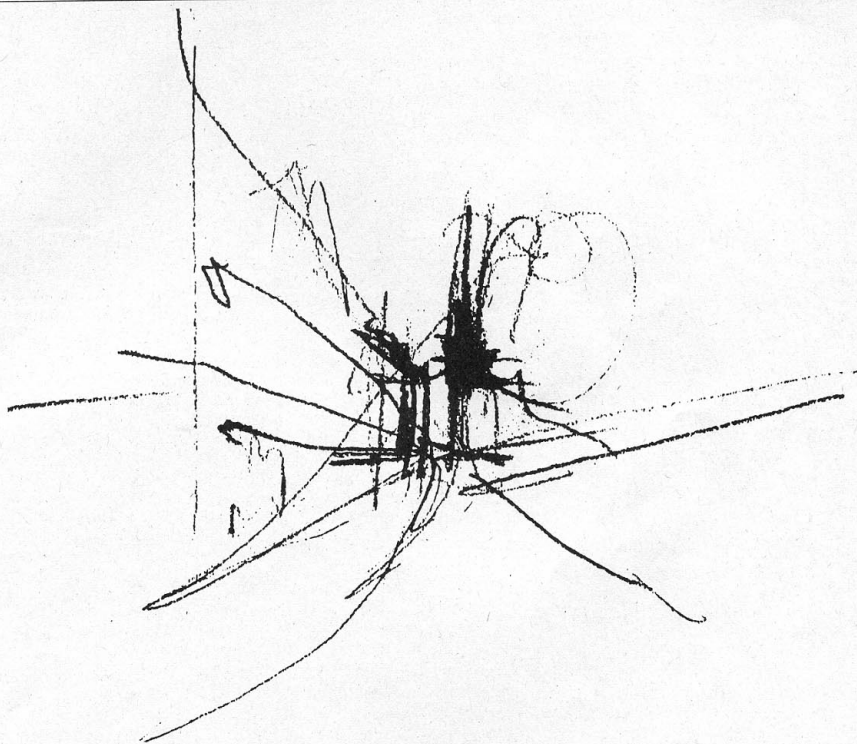
Der Gestaltungswille und die Bautätigkeit im Umfeld des Fremdenverkehrs beispielsweise zeigen typische Mechanismen im Zusammenhang zwischen sozialen Konstruktionen und ihrer materiellen Realisierung. Fremdenverkehr im heutigen Sinn ist u. a. ein Ergebnis der städtischen Belastung, der Volksbildungs-idee, der geregelten Arbeits- und Urlaubszeit, der Chancen des technisierten Verkehrs, der Liberalität der politischen Verwaltung, der disponablen Mittel und der Freizeitideologie. Daraus ergibt sich, daß der Massentourismus eine relativ junge Erscheinung ist, die sich parallel zu sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungen veränderte, zugenommen hat, gefördert und manchmal auch behindert wurde. Nicht alle Zielgruppen sprechen gleich auf die Lockungen des Tourismus an, der Prozeß ist vielmehr ein sozial selektiver. Auch ist der Fremdenverkehr modischen Entwicklungen im Sinne von Trends ausgeliefert (Motiv, Zielgebiet, Erwartung).

Wir verbinden nun mit unseren touristischen Wünschen Vorstellungen über das Aussehen „fremdenverkehrsgeechter“ Landschaft und Bauangebot. Dabei sind unsere Erwartungen sicherlich nicht einheitlich und das Angebot deckt sich auch nicht immer mit der Nachfrage. Ein gewisser Grundkonsens scheint jedoch meist zu bestehen, der weit über das Zufällige hinausgeht. Anders läßt sich die Einheitlichkeit der Fremdenverkehrseinrichtungen und -siedlungen nicht erklären. Neben etwa traditionellen und klimatischen Unterschieden — erstere sind übrigens ja

pflege, wie sehr die oben skizzierte Fremdenverkehrsidee als sozio-ökonomisches Konstrukt einen baulichen Niederschlag bringt. Der Wunsch nach Unsterblichkeit, die sich wenigstens in der Unauslöschbarkeit der Erinnerung u. a. manifestiert in den Baudenkmälern darstellt, ließ große Kunstwerke und absurde Konstruktionen entstehen. Die Idee, Geist in konkreten Formen darstellbar machen zu können, beflügelte Auftraggeber und Baumeister. An der Seite der Geschichte der Baukunst steht die Geschichte des Mäzenatentums. Aber

siehe aus dem Nachkriegseuropa. Während in Polen die zerstörte Hauptstadt im Bereich der Altstadt rekonstruiert wurde, baute man in der Bundesrepublik Deutschland häufig anstelle von zerstörten Altbauten neue Objekte. So gehören auch die Idee des demonstrativen Bewahrens, genauso wie die des absichtlichen Zerstörens, zu den sozialen Interpretationen unserer Umweltgestaltung.

Es ist erstaunenswert, wie deutlich die baulichen Reste längst vergangener Kulturen uns überliefert wurden. Und wenn es nur Reste des Grundrisses



Klaus Kada,
„Glacis-Stadtpark“
1983

auch das Ergebnis sozialer Institutionen und werden häufig hier bewußt betont — scheint auch die Spezialisierung jeder touristischen Einrichtung einen gewissen Stil vorzuschreiben, der über technische Notwendigkeiten hinausgeht. Auch hier spielt „Erkennbarkeit“ und damit die Signalwirkung eine Rolle. Im Spannungsfeld zwischen Vor- und Nachteilen zerstört übrigens der Tourismus wieder einen Teil jener Idylle, deren Konservierer er sein sollte.

In Österreich zeigen die große Zahl an Fremdenverkehrssiedlungen, besonders an Seen und in der Höhenlage, sowie der Einfluß des Tourismus auf die Landschafts- und Siedlungsgestaltung bis hin zum über diesen Weg motivierten Denkmalschutz und zur Ortsbild-

auch solche Erinnerungen wieder auflösen zu können, hat immer wieder das Motiv für Zerstörungen gegeben. Im allgemeinen ist die „Regenerationsfähigkeit“ von Gebäuden — besonders wenn sie im öffentlichen Besitz sind — gut. So entstehen z. B. im Fall von Katastrophen häufig schnell Neubauten. Jüngere Bauformen enthalten oft noch irgendwelche Reste ihrer Vorgänger. Interessant sind in diesem Zusammenhang jene Entscheidungen, die entweder Altes bewahren lassen und — so notwendig — wiederherstellen oder aber sich entweder aktiv der alten Bausubstanz entledigt oder nachdem Altes zerstört oder verfallen ist, nicht mehr den Wunsch zur Wiederherstellung durchsetzt. Wie differenziert hier die Strategien liegen können, zeigen Bei-

sind, findige Köpfe versuchen alte Bauwelten zu rekonstruieren. Gerade für die ältere Geschichte ist häufig eine Interpretation der Handlungsabläufe und der Kulturgeschichte nur aus Bau-resten möglich. Es ist ein amüsantes bis beunruhigendes Spiel, wenn wir jene Regeln auf die Gegenwart zu übertragen versuchen. Wie würde man unsere Kultur und Zeit darstellen, hätte man in ferner Zukunft nur z.B. Grundrißreste, Grabsteine und vielleicht einige Tafeln von Straßen-namen ●

HERR BÜRGERMEISTER, WOLLEN SIE IM ACHLEITNER STEHEN?

Einige nicht neue Anmerkungen zur Lage

Wenn ich etwas zu reden hätte und noch dazu allein etwas entscheiden könnte, was würde ich da alles bauen?

- Zum Beispiel ein großes modernes Museum mit Mehrzwecksaal für etwa 2500 Leute auf dem Areal zwischen Karmeliterplatz und Stadtpark.
- Zum Beispiel eine Modellredaktion für eine Tageszeitung.
- Zum Beispiel ein Innenstadtzentrum an Stelle des heutigen Jakominiplatzes.
- Zum Beispiel ein Künstlerrefugium irgendwo im Weinland.

Und weil das ein einzelner nicht kann, würde die in jedem Fall einen großen Architektur-Wettbewerb mit entsprechender Vorausplanung, mit wirtschaftlicher Rechnung und Folgekosten-Aufstellung bedeuten.

Ich würde da nicht dem persönlichen Geschmack folgen können, weil man sich an den Jury-Entscheid halten müßte. Aber es steht fest: Man muß nicht Bischof oder Landeshauptmann sein, um von der Architektur zu träumen.

Wenn mich nicht die schlechten DG-Noten davon abgehalten hätten, wäre ich wohl Architekt geworden und hätte dann vielleicht vergessen, ein WC einzubauen, oder ich hätte einen Stuhl entworfen, der umgefallen wäre.

Wozu es immerhin gereicht hat? Zu einem Dachboden-Ausbau mit zwei Architekten, die nach stundenlangen Diskussionen und zig Entwürfen jenes Gebilde entwarfen, das für beide Seiten, die Architekten und die Bauherren, ein Herzog-Beispiel geworden ist.

Ich habe über diesen „Prozeß“ ein sehr persönliches Verhältnis zur Architektur entwickelt. Und ich bin überzeugt, daß sie deshalb eine so wichtige gesellschaftspolitische Rolle spielt, weil nicht nur Kleider die Leute machen, sondern weil der geplante und der gebaute Umräum der Menschen enorm formt.

Daher gibt es zwei Möglichkeiten:

- Man entwirft nach genormten, nach vermuteten, nach statistisch eruierten „Bedürfnissen“ und weist dann die Menschen ein. Die Familien. Die Beamten. Die Wissenschaftler. Das nennt

sich „sozialer Wohnungsbau“ oder „modernes Büro“.

- Oder man setzt sich mit den künftigen Bewohnern zusammen und erarbeitet die architektonische Haut. Das heißt Mitbestimmung oder Mitbeteiligung. Ich ziehe diese Variante vor. Sie ist vor allem deshalb die seltenere, weil sie mühsam und nervenaufreibend ist. Sie ist aber im Vormarsch, wie die vielen Gemeinschaftsinitiativen zeigen, wie die Wettbewerbe des Modell Steiermark demonstrieren, wie es in der Aktion APFL vorgezeigt wird. Wenn man nämlich die Achleitner-Auflistung der letzten 20 Jahre betrachtet und wenn man damit die Geschehnisse der jüngsten Zeit vergleicht, dann wird vor Augen geführt, daß sich mehr Qualität als früher durchsetzt.

Die Architektur-Saat der 60er Jahre ist aufgegangen. Die Steiermark hat wieder viele gute Architekten, die da und dort jene weitverbreitete Mentalität durchbrechen konnten, die da lautete: Plane nie mit einem Architekten, denn das kostet zuviel.

Weniger häufig geworden sind sogar die Fälle, da ein Bürgermeister jenseits aller ortsbildnerischen Interessen in gewachsene Strukturen ein Amts- oder Bankgebäude hineingenehmigt, das die ästhetische Entwicklung jahrzehntelang behindert.

Nicht nur die Aufklärung hilft. Letztlich muß man eine Konkurrenz-Situation für das architektonisch Vorbildliche entwickeln, die dem Kommunalpolitiker sagt:

Ich möchte auch einmal im Achleitner stehen.

Bis dahin ist noch ein weiter Weg, weil es für neue Qualitäten, die bei ihrem Auftauchen meist quer zum jeweils herrschenden Geschmack liegen, enorme Hindernisse gibt.

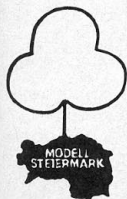
Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte Altstadt-Erhaltung. Der Tummelplatz ist ziemlich ruiniert, das Elisabeth-Hochhaus wird etwas Fremdes in diesem Ensemble bleiben, die Sparkasse (noch dazu gegenüber den Grazer Stadtwerken) hätte nicht passieren dürfen. Die Thalia fällt — als eines der wenigen Beispiele der 50er Jahre — bei mir schon in den Toleranz-Bereich.

Trotz dieser Kritikpunkte darf es aber in der Innenstadt keinen Stop für die jeweilige Moderne geben. Denn sonst hätte man auch das Mausoleum nicht neben die Domkirche bauen dürfen. Das war wahrscheinlich in Ordnung — nicht in Ordnung aber dieses Rathaus neben dem Landhaus. Will heißen: Gerade das Beste der jeweiligen Zeit ist gut genug, um neben den Perlen aus früheren Jahrhunderten zu bestehen. Um dafür aber Bewußtsein und Öffentlichkeit zu bilden, bedarf es ständiger flankierender Anstrengungen. Im weiten Feld der Kultur — kontroversiell und initiativ, weil wir sonst insgesamt als Gartenzwerge daherspazieren ●

Friedrich Achleitner
Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert.
Band I: Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, 473 Seiten, Residenz-Verlag Salzburg, 1980.
Band II: Kärnten, Steiermark, Burgenland, 512 Seiten, Residenz-Verlag Salzburg, 1983.
Band III: Wien, Niederösterreich, erscheint im Herbst 1985.

Siehe dazu auch Ex libris Seite 60

AUS IDEEEN WÄCHST WIRKLICHKEIT



Neue Wege im Steirischen Wohnbau

Der heutige Wohnungsbau, im besonderen der durch die öffentliche Hand geförderte Wohnungsbau, wird durch Gesetzmäßigkeiten bestimmt, die — wenn überhaupt — sich nur noch zu einem geringen Teil aus den Bedürfnissen, Vorstellungen und Hoffnungen der Wohnungssuchenden und -werber ableiten. Organisatorische, rechtliche, finanzielle und (einstufig) ökonomische Belange haben sich in den Vordergrund geschoben und beherrschen die Tätigkeit der mit dem geförderten Wohnungsbau Beschäftigten, denen keinesfalls beste Absichten abgesprochen werden dürfen.

Die Ergebnisse dieser Fehlentwicklung werden in zunehmendem Maße augenscheinlich. Planerische und technische Unzulänglichkeiten, sachlich und organisatorisch fragwürdige Transaktionen und finanzielle Unklarheiten sind einige der Erscheinungen im geförderten Wohnungsbau, die sich aus der Tatsache ergeben, daß es zu einer grundsätzlichen Interessensverschiebung gekommen ist.

In Kenntnis dieser historisch nachvollziehbaren Interessensverlagerung im geförderten Wohnungsbau hat der im Rahmen des Modells Steiermark tätige Arbeitskreis „Bauen und Wohnen“ eine Reihe von Forderungen mit teilweise detaillierten Lösungsansätzen erarbeitet, wie z. B.

Sicherung des Bodens für den Wohnungsbau

Als nahezu unlösbares Problem in der Raumordnung stellt sich zunehmend die **Bodenfrage**. Alle Bemühungen um eine geordnete Bebauung werden in Frage gestellt, wenn Grund und Boden für die Bebauung nicht verfügbar sind. Das Problem ist vielschichtig und bedarf daher sicherlich Maßnahmen verschiedenster Natur. Im wesentlichen werden sie sich auf drei Bereiche einengen lassen:

a) Bodenrechtliche Maßnahmen

- b) Änderung steuerrechtlicher Bestimmungen
- c) Förderung der Bodenmobilität durch aktive Bodenpolitik der Gemeinden

Finanzierung des geförderten Wohnungsbaues

Die Kosten, die mit der Anschaffung und der Erhaltung einer Wohnung verbunden sind, stehen in einem zunehmend ungünstigen Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit vieler Wohnungssuchender und bedeuten für diese oftmals eine fast unerträgliche Belastung. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der geförderten Wohnungen zu den zur Verfügung stehenden Budgetmitteln verschlechtert sich in zunehmendem Maße zu Ungunsten der Wohnungsanzahl, d. h. mit dem jährlichen Förderungsrahmen können immer weniger Wohnungen errichtet werden.

Auf der Basis des Entwurfes des Wohnbauförderungsgesetzes 1984, das kurz vor seiner Beschlußfassung steht, haben wir eine mögliche Vorgangsweise entwickelt, die im Rahmen einer Enquete am 26. Jänner 1984 im Josef-Krainer-Haus zur Diskussion gestellt wurde. In unseren Vorschlägen geht es im wesentlichen um einen gezielteren Einsatz der Förderungsmittel, eine individuellere Anpassung der Förderung an die Leistungskraft der Familie und den Lebens- und Generationsrhythmus und damit auch mehr Gerechtigkeit, bei möglicher Ausschaltung jeder Art von Spekulation. Als zentrales Steuerungs- und Regulierungsinstrument sehen wir dabei die Wohnbeihilfe.

Demnach schlagen wir vor:

1. Verkürzung der Laufzeit des Direktdarlehens auf 25 Jahre (Rückzahlung in einer Generation, dadurch höhere Rückflüsse).
2. Stärkere Verzinsung des Förderungsdarlehens und zwar von 0,5% auf 3%. Die Verzinsung liegt damit noch immer beträchtlich unter der Inflationsrate.
3. Erhöhung des Ausmaßes der Förderung von derzeit 60 auf nunmehr 70%

der Gesamtbaukosten, um ein Ansteigen der Belastung in erträglichen Grenzen zu halten.

4. Altdarlehen könnten unter Ausschaltung von Härtefällen allmählich an die künftigen Förderungsbedingungen angeglichen werden, wie es der Entwurf zum Wohnbauförderungsgesetz 1984 vorsieht. Konkret hieße dies, die Verzinsung von bisher 0,5 und 1% etappenweise auf 3% anzuheben.

5. In allen Fällen hat die Wohnbeihilfe die zentrale Aufgabe, die Belastungen durch Darlehensrückzahlungen für den einzelnen auf ein angemessenes Ausmaß entsprechend seiner Familiengröße und seinem Einkommen zu reduzieren.

6. Das Land sollte in Hinkunft auch von der vorgesehenen Möglichkeit, bei Verkauf von Eigentumswohnungen eine zumindest teilweise vorzeitige Rückzahlung des Förderungsdarlehens zu verlangen, Gebrauch machen. Gerade damit könnte der Spekulation die Basis entzogen werden.

Wie die inzwischen angestellten Berechnungen ergaben, könnten ohne wesentliche zusätzliche Belastungen, vor allem der unteren und mittleren Einkommensschichten, über diesen Weg beträchtliche Förderungsmittel flüssig gemacht und der Verbauung zugeführt werden. Eine Erhöhung des Zinssatzes der derzeit aushaftenden Förderungsdarlehen von rund S 17 Milliarden auf 3% erbrächten dem Land unter Berücksichtigung zusätzlicher Wohnbeihilfenleistungen etwa S 350 Millionen jährlich, ein Betrag, der der Wohnbauförderung zusätzlich zur Verfügung stünde und ohne Zweifel auch einen sehr starken Impuls für die Bauwirtschaft im Lande darstellen würde. Darüber sollte diskutiert werden.

Beteiligung im geförderten Wohnungsbau

Während im verdichteten Flachbau — eine Modell-Steiermark-Initiative aus der Mitte der siebziger Jahre — vor allem bei jenen Bauvorhaben, die durch Interessentengruppen initiiert werden und wurden, die „Beteiligung“ der zukünftigen Benützer bereits in einem

größeren Umfang gewährleistet ist, lassen sich im Geschoßwohnungsbau dafür kaum Ansätze feststellen.

Nur bei einigen wenigen (Demonstrativ-) Bauvorhaben wurde vom **Prinzip „Beteiligung“** in der Form Gebrauch gemacht, daß von einem Wechselgespräch Benützer — Planer mit umfassenden Ergebnissen gesprochen werden kann. In den meisten Fällen setzt „Beteiligung“ — außer der finanziellen — zu einem Zeitpunkt ein, wo nahezu nur noch kosmetische Veränderungen (etwa Fliesenauswahl, bestenfalls das Weglassen oder Verschneiden einer Zwischenwand) möglich sind.

„Beteiligung“ wird vom Modell Steiermark jedoch in einem umfassenden Sinn verstanden und auch für notwendig erachtet. „Beteiligung“ sollte in einem **möglichst frühen Stadium**, nach Möglichkeit sogar schon bei der Standortsuche, Grundstücksauswahl einsetzen und dann nicht mehr aufhören; d. h. bis zur Verwaltung gegeben sein. Sicherlich haben der Umfang, die Form und Intensität der „Beteiligung“ der jeweiligen Ablaufphase zu entsprechen, d. h. „Beteiligung“ wird sich nicht in einem gleichförmigen, gleichbleibenden Ausmaß durch ein Wohnbauvorhaben ziehen, sondern sollte in differenzierten Spielarten wirksam sein, z. B. in die Planungsphase müßte der zukünftige Benützer direkt eingebunden sein, während der Bauausführung wiederum kann die Beteiligung des einzelnen über einen Bauausschuß zum Tragen kommen.

Wir wissen, daß wir damit bei den Wohnbauträgern durchaus nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Im Gegenteil, Beteiligung der künftigen Bewohner, soweit sie über die Auswahl der Fliesen oder Böden hinausgeht, wird vielfach als lästig, mühsam, verzögernd, nicht möglich empfunden.

Wie sonst sollten wir aber mehr Identifikation, mehr Interesse wecken, wenn wir dem künftigen Bewohner nicht die Möglichkeit anbieten, sein künftiges Zuhause, die Bedingungen des Wohnens, den unmittelbaren Umräum mitzugestalten, seine Ideen und Vorstellungen einzubringen? Das ist sicher ein mühsamer Prozeß um den Preis von mehr Zufriedenheit der künftigen Bewohner.

Eine solche Beteiligung hat natürlich Konsequenzen. Sie verlangt eine **Änderung der Wohnbauträger** in Richtung Serviceeinrichtungen; sie verlangt weiters eine Reduzierung der einzelnen Wohnbauprojekte auf 30 bis maximal 40 Wohneinheiten — eine Forderung, die sich aus den bisherigen Erfahrungen mit der „Beteiligung im Wohnbau“ ableitet und die vom Modell Steiermark bereits bei verschiedenen Anlässen hervorgehoben wurde.

Höhere Qualität im Wohnungsbau

Die Qualität des Wohnens wird von der Qualität der Wohnung (Planung, Bauausführung, Ausstattung, Nebeneinrichtung, Nahversorgung und dgl.); aber auch von der Qualität des Umräum und der Lage bestimmt. Auf Initiative des Modell Steiermark wurde der konsequente Ausbau der Förderungsrichtlinien hinsichtlich einer generellen Qualitätsverbesserung und Anhebung des Mindeststandards (Schall- und Wärmeschutz, Ausstattung und dgl.) betrieben, aber auch die Einbeziehung der Umwelt in die Beurteilung der Förderungspolitik — mit der ein beträchtlicher Fortschritt in Richtung Wohnqualität erreicht wurde — ist auf eine frühere Forderung des Modell Steiermark zurückzuführen.

Ein starker **Nachholbedarf** besteht aber nach wie vor hinsichtlich planerischer und architektonisch-baukünstlerischer Qualität. Es ist sicherlich leichter, technische Richtwerte, wie sie im Bereich des Schall- und Wärmeschutzes aufgestellt wurden, in die Förderungsrichtlinien einfließen zu lassen, als dies mit den komplexen Erkenntnissen und Ergebnissen aus den Gebieten Soziologie, Architektur, Städtebau u. ä. möglich ist.

Diese erhöhten Schwierigkeiten der Umsetzung können jedoch nicht als Begründung herangezogen werden, diesen Bereich — der beim Eigenheimbau wie auch Geschoßwohnungsbau gleichermaßen bedeutungsvoll ist — nicht zu behandeln. Wir schlagen vor, im Ablauf eines Förderungsvorhabens eine **Phase** einzufügen, die der Prüfung funktioneller architektonischer Kriterien einschließlich städtebaulicher Überlegungen (Bebauungsplanung, Gestaltungskonzepte) gewidmet ist.

Kontrolle im geförderten Wohnungsbau

Um die mißbräuchliche Verwendung der Wohnbauförderung auszuschließen, sind alle Möglichkeiten der Kontrolle, beginnend bei der Wohnungsvergabe über die Bauausführung und -abrechnung bis hin zur Nutzung der Wohnungen, die einen Mißbrauch mit geförderten Wohnungen und damit öffentlichen Förderungsmitteln verhindern, streng auszuschöpfen.

Der beste Garant für ein hohes Maß an rechtlicher, technischer und finanzieller Kontrolle — das haben die Erfahrungen mit jenen Wohnbauvorhaben, die vom Modell Steiermark betreut werden, gezeigt — ist die umfassende Beteiligung der zukünftigen Bewohner. Das Modell Steiermark vertritt daher die Auffassung, daß die Möglichkeiten der Beteiligung der zukünftigen Bewohner im Zuge eines Wohnbauvor-

habens weiter ausgebaut werden müssen.

Unser Leitbild — eine Utopie?

Die oben angeführten Punkte erheben keineswegs den Anspruch auf eine umfassende, vollständige Darstellung aller Probleme oder gar aller Lösungsmöglichkeiten. Das wäre schon allein deshalb nicht möglich, weil dieser Bereich ungeheuer vielschichtig und kompliziert ist. Es bedarf immer neuer Anstrengungen und Initiativen, eines ständigen Nachdenkens und Weiterarbeitens auf dem für das Modell Steiermark traditionell so wichtigen Gebiet des Wohnbaues. Es bedarf eines Weiterdenkens und Weiterarbeitens für ein zukünftiges Ziel, das wir einmal u. a. so charakterisiert haben: „Nicht mehr anonyme Wohnbauträger bestimmen, wo und wie gebaut werden soll, sondern die Menschen, die sich zusammenfinden und zu Wohngemeinschaften zusammenschließen. Die Beteiligung hat einen ungeahnten Umfang erreicht, das Bauen ist in seiner Durchführung zwar etwas komplizierter geworden, das Engagement der Menschen aber wesentlich größer.“

Der Wohnungswerber bestimmt, seine Rolle als Bittgänger gehört der Vergangenheit an. Die besten Architekten engagieren sich im Wohnungsbau (und haben auch die Möglichkeit der Realisierung ihrer Ideen). Ignoranten und Wucherer haben keine Chance. Wohnbauwettbewerbe, an denen sich die besten Köpfe beteiligen, bestimmen das Planungsgeschehen, Schubladenpläne und ihre Vervielfältigung sind verformt.“

Und weiters haben wir geschrieben: „Die Politiker haben sich von der Richtigkeit des Weges überzeugen lassen, die positiven Auswirkungen einer gestalteten überschaubaren Wohnungswelt sind deutlich erkennbar.“

Niemand wird so vermessen sein und behaupten, daß die Verwirklichung unseres Leitbildes knapp bevorsteht oder in der nächsten Zukunft generell erreicht werden kann. Was aber festgestellt werden kann, ist, daß wesentliche Punkte dieses Leitbildes im Rahmen der vom Modell Steiermark initiierten und betreuten Wohnbauvorhaben realisiert werden konnten und somit der Nachweis ihrer Anwendbarkeit und Gültigkeit im pragmatischen Ablauf gelungen ist.

Diese Aussage stützt sich mittlerweile auf derzeit 18 Projekte mit ca. 300 Wohnungen, die das Modell Steiermark in verschiedenen Stadien der Entwicklung betreut.

Fünf Projekte mit 87 Wohneinheiten (31 Eigenheime in drei geschlossenen Siedlungen und 57 Wohneinheiten im Geschoßwohnungsbau) sind im Bau bzw. wie in Markt Hartmannsdorf mit

Ausnahme der Außenanlagen bereits fertiggestellt und bewohnt — oder kurz vor ihrer Fertigstellung (z. B. Graz — Alte Poststraße oder Graz — Mariatrost I).

Bei weiteren sechs Projekten mit 115 Wohneinheiten — alle durchwegs im Geschoßwohnungsbau — werden die Bauarbeiten entweder in der zweiten Hälfte des heurigen Jahres oder im Frühling 1985 aufgenommen. Bei zwei dieser Vorhaben (Passail und Wildon) handelt es sich um Sanierung von bestehenden Objekten. In Vorbereitung befinden sich sieben Projekte mit ca.

sätze in verschiedensten Bereichen (Energie, Baustoffe, Ver- und Entsorgung u.v.m.) auseinanderzusetzen.

Durch den bisherigen Verlauf der vom Modell Steiermark initiierten und betreuten Wohnbauvorhaben fühlen wir uns in unserer Auffassung bestätigt, daß

- durch eine umfassende und möglichst frühzeitige Beteiligung der zukünftigen Bewohner eine wesentliche Qualitätssteigerung von der Planung bis zur Ausführung erreichbar ist — neben der entscheidenden Begleiterscheinung einer umfassenden Kon-

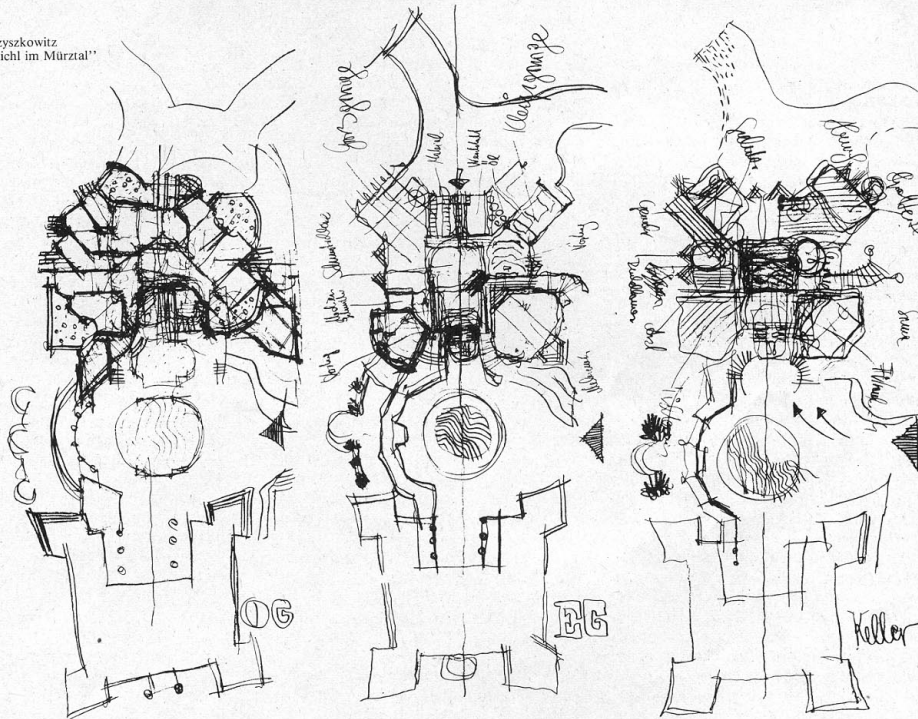
der von uns initiierten und betreuten Wohnbauvorhaben Berücksichtigung; zum Vorteil der zukünftigen Bewohner, der Qualität der Planung und des Projektes, womit bewiesen werden konnte, daß es sich bei unseren Forderungen

- erstens nicht um inhaltlose Postulate handelt und

- zweitens, daß diese Forderungen durchsetzbar sind, wenn auch anfänglich — das sei nicht verschwiegen — mannigfaltige Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Die partielle und punktuelle Verwirkli-

Michael Szyszkowitz
„Schloß Pichl im Mürtal“
1981



100 Wohneinheiten, von denen drei mit ca. 52 Wohneinheiten soweit konkretisiert sind, daß ihre Realisierung gesichert ist. Von den in Vorbereitung befindlichen Projekten sind vielleicht zwei hervorzuheben, und zwar ein Vorhaben in der Obersteiermark, in Zeltweg mit ca. 25 Wohneinheiten, und ein Projekt im Raume Graz, Graz-Umgebung.

Im Rahmen des Vorhabens in Zeltweg, einem Geschoßwohnungsbau, wird ein steiermarkweiter Architekturwettbewerb mit dem thematischen Schwerpunkt „Holz im Wohnungsbau“ unter der Patronanz des Modell Steiermark abgewickelt werden. Im Rahmen des zweiten Projektes, einer Eigenheim-siedlung, besteht die Absicht, sich mit der Thematik alternativer Lösungsan-

trolle;

- anspruchsvolle Planung und Gestaltung nicht teuer sein müssen, als die schematische Realität der überwiegen- den Anzahl der Wohnbauten;

- grundlegende Änderungen in Ablauf und Organisation des geförderten Wohnungsbaues notwendig sind, wenn bessere Ergebnisse erzielt und die positiven Erfahrungen aus den von uns betreuten Wohnbauvorhaben für die große Anzahl der jährlich zu errichtenden Wohnungen wirksam werden sollen.

Verwirklichte Teilutopien

Haben wir es mit „verwirklichten“ Teilutopien zu tun? Zurück auf den Boden der Realität. Einige Merkmale unseres Leitbildes fanden im Rahmen

chung unseres Leitbildes beinhaltet für das Modell Steiermark nicht nur die Verpflichtung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Wohnbauförderungsrichtlinien entsprechend den positiven Erfahrungen zu ändern, sondern auch den Auftrag, weitere Aktivitäten zu starten, mit dem Ziel, einige andere Merkmale unserer Vision zu realisieren. Einer Vision, die in Kenntnis ihrer vorläufigen Unerreichbarkeit als Ziel akzeptiert wird und somit die Richtung der Arbeit bestimmt. ●

DIE STADT ALS LEBENSRAUM ZURÜCKGEWINNEN!

Städte werden von Menschen gebaut, sie entwickeln sich nach keinem Naturgesetz, Straßen und Plätze, Kirchen, Fabriken und Wohnhäuser, mit einem Wort die gesamte künstliche Umwelt, ist nichts anderes als zu Stein gewordene Politik. Die Städte sind Abbild von Geist und Macht der jeweiligen Zeit. Zum Himmel strebende gotische Dome, prächtige Renaissancepaläste, behäbige barocke Bürgerhäuser oder gründerzeitliche Mietskasernen sind stumme Zeugen ihrer geschichtlichen Epoche.

Auch unsere jüngste Vergangenheit hat ihre Zeichen gesetzt: Wohnhochhäuser inmitten geschlossen bebauter Stadtviertel, Tankstellen in ehemaligen Parkanlagen, breite Autostraßen anstelle von Allen usw., usf. Diese Erscheinungen aber profitsüchtigen Architekten oder blindwütigen Verkehrsingenieuren in die Schuhe schieben zu wollen, heisse Ursache und Wirkung zu verwechseln. Was wir heute als Stadtzerstörung empfinden, wurde damals von der Mehrheit der Mitbürger gewollt und von ihren politischen Vertretern angeordnet, zumindest aber geduldet.

Es war der unerschütterliche Glaube an den technischen Fortschritt und die Gesetzmäßigkeit eines permanenten wirtschaftlichen Wachstums, der alle Verantwortlichen leitete. Die Vermehrung des materiellen Wohlstandes hatte absolute Priorität und war Ziel allen politischen Handelns; diesem hatte sich auch die Stadtplanung unterzuordnen.

Bei Konkurrenz mehrerer Nutzungsarten um das gleiche Grundstück setzte sich stets jene durch, die den höchsten Ertrag versprach, weil dafür auch der höchste Preis gezahlt werden konnte. Eine landwirtschaftliche Betriebsfläche bringt eben weniger Geld als ein Bauplatz, ein Versicherungspalast ist profitabler als ein Gasthaus, ein Park wird ökonomisch erst interessant, wenn er „verparkt“ werden kann usw. Dieser Mechanismus war sicherlich effizient, solange es darum ging, die materielle Not zu überwinden und die durch die Kriegereignisse darniederliegende Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die sich daraus aber entwickelnde Eigengesetzlichkeit kehrte

sich bald gegen die Menschen und begann sie aus der Stadt zu vertreiben. Ein Teufelskreis wurde in Bewegung gesetzt. Die ursprünglich stadtbildenden zentripetalen Kräfte wurden von zentrifugalen abgelöst. Ein Prozeß der Aufsplitterung der städtischen Funktionen und der sozialen Schichten wurde in Gang gesetzt und beschleunigte sich mit Zunahme der Motorisierung rasant. Die Stadt fiel im wahrsten Sinne des Wortes auseinander, nicht nur baulich, sondern auch geistig.

Immer mehr Bürger flüchteten vor der zunehmenden Lärm- und Abgasbelastung ins Umland, behielten aber ihren angestammten Arbeitsplatz. Um der dadurch ausgelösten zusätzlichen Autolawine Platz zu machen, mußten Alleen abgeholzt, Straßen verbreitert, Gehsteige beschritten und sauerstoffspendende Grünflächen sowie stille Innenhöfe in Parkplätze umfunktionierte werden.

Wieder sank die Lebensqualität in der Stadt, Wohnungen wurden aufgelassen, blieben leer oder wurden von Büros okkupiert. Neue Siedlungen mußten am Stadtrand aus dem Boden gestampft werden: Die Spirale drehte sich weiter.

Heute stehen wir vor Phänomenen, die vorerst gar nicht so leicht erklärbar sind:

- noch nie zuvor gab es in Graz so viele Wohnungen — und trotzdem suchen Tausende ein Zuhause;

- noch nie zuvor standen so viele Kommunikationszentren, Begegnungsräume u. dgl. zur Verfügung — und trotzdem fühlen sich so viele Menschen einsam;

- noch nie zuvor wurde so viel von Umweltschutz geredet und auch getan — und trotzdem nehmen Lärmbelastung, Luftverschmutzung und Wasserverunreinigung in bedrohlichem Maße zu.

Die alten Rezepte scheinen zu versagen; immer mehr Mitbürger erkennen, daß Wohnungen sich nicht wie Kühlschränke oder Geschirrspüler produzieren lassen, daß auch die breitesten Gürtelstraßen die Verkehrsprobleme nicht lösen und die besten Lärmschutzfenster keinen erquickenden Schlaf garantieren. Wir müssen ausgefahrene Geleise verlassen und neue Prioritäten

setzen!

- Wir brauchen keine Schlafghettos am Stadtrand — dafür bessere Voraussetzungen, vorhandenen Wohnraum zu aktivieren;

- wir brauchen nicht mehr und breitere Straßen, um den Verkehr zu bewältigen — dafür aber mehr Vernunft beim Gebrauch des eigenen Autos;

- wir brauchen keine zusätzlichen Spitalsbetten — dafür aber zusätzliche Anstrengungen, die Krankmacher zu beseitigen.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Insgesamt wird es darum gehen, die Stadt wieder als einen gewachsenen und lebendigen Organismus zu begreifen und zu verstehen, daß man nicht beliebig in einzelne Teilbereiche eingreifen kann, ohne zuvor die Auswirkungen auf das Ganze genau überlegt zu haben. Ein verantwortungsbewußter Arzt wird seinem an Magengeschwüren leidenden Patienten auch zuerst zu einer Änderung schlechter Lebensgewohnheiten raten, bevor er starke Medikamente einsetzt oder gar zum Messer greift.

Wir müssen versuchen, die (zur Zeit leider zerstörte) Einheit der Stadt wieder zu finden, Integration und Identität zu fördern. Damit meine ich aber nicht ein von Experten erdachtes und von Politikern verordnetes Gesamtkonzept, sondern vielmehr das Ergebnis einer Bewußtseinsbildung auf breiter Basis. Stadtplanung ist kein technokratischer Akt; Stadtplanung ist ein demokratischer Vorgang, an dem sich möglichst viele beteiligen sollten. Nur so wird es gelingen, die Stadt vor dem Durchgriff destruktiver Einzel- und Gruppeninteressen zu bewahren und als Lebensraum zurückzugewinnen für uns und auch für die uns nachfolgenden Generationen ●

Heinz Rosmann

STÄDTEBAU UND POLITIK

Versuch einer persönlichen Interpretation

Die Stadt ist dem Menschen, der täglich in ihr lebt, als Ganzes „nicht mehr bewußt, wie es auch die Technik nicht mehr ist, mit der er täglich umgeht.“¹⁾

Der Begriff Stadt läßt sich vielschichtig definieren, er hat sich jedoch historisch gesehen nicht wesentlich geändert, er wurde nur genauer und umfassender formuliert.

Eine Stadt soll Gestalt haben, ein komplexes System sein (immer wieder werden Vergleiche mit Organismen hergestellt), eine Struktur und Ordnung besitzen sowie den Bewohnern Identität und ein Gefühl von Heimat geben.

Diesen Begriffen ist eine Wesenseigenschaft inhärent, nämlich, daß die Elemente oder Teile vom Ganzen her bestimmt sind, daß sie sich gegenseitig tragen und bestimmen, daß die Wesenseigenschaft nicht durch die Summierung der Eigenschaften ihrer Teile zu fassen ist und daß die Teile im Verhältnis zum Ganzen eine ihnen angemessene Stellung einnehmen — sie sind miteinander vernetzt.

Städtebau muß demnach als die konstruktive Tätigkeit einer Gesellschaft zur Schaffung eines Organismus Stadt verstanden werden, der den Bewohnern menschliche Heimat gibt.

In der antiken Stadt gab es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Politik — der Wissenschaft von Gemeinschaft und Staat (Stadt) im ursprünglich griechischen Sinn — und der tatsächlich gebauten Stadt — die Stadt ist gebautes Symbol der Gesellschaftsordnung.

Besonders deutlich wird diese Übereinstimmung von Gesellschaftsordnung und Stadt an den Beispielen der toskanischen Stadtstaaten des Mittelalters. Es wird deshalb näher darauf eingegangen.

Weder ein Idealplan noch ein unbewußtes Wachstumsgesetz waren für die Gestaltwerdung der Städte eine Voraussetzung, sondern das Bestreben, eine ungestalt erscheinende Ansammlung von Häusern zu gliedern, in einem Chaos Ordnung zu schaffen. „Alles geistig Notwendige fordert im Mittelalter nach sinnlichem Ausdruck. Die Mannigfaltigkeit mittelalterlichen Le-

bens verhindert die Gleichartigkeit der Details, nicht aber die Einheit des Ganzen. Für eine einheitliche Baugesetzgebung aber, die das Bild des Ganzen als sinnvoll zuletzt entwickelt, gibt es unübersehbar viele Beispiele. Die Stadt in ihrem Mauerring galt als Bauwerk an dessen Vollendung man zielstrebig arbeitete, wie an der Vollendung des Domes, und das als abgeschlossen galt, sobald der von der Mauer umschlossene Raum „voll“ war.“²⁾

Jede Umgestaltung, Erweiterung, jeder Neubau, auch bestehende Baugruppen wurden in den Zusammenhang eingegliedert, abhängig vom sich stets wandelbaren Idealbild einer guten, schönen und festen Stadt. Dabei behielt man immer, in weit größerem Maß als heute, bei jeder einzelnen Entscheidung das Ganze im Auge. „Über die Einhaltung der Straßenzellen, die Verwendung von gleichartigen Baumaterialien und die gleichförmige Bildung der Erdgeschoße wachten unter der Führung von Notaren verschiedene städtische Kommissionen mit unbezweifelnder Aufmerksamkeit.“³⁾

Durch Ausarbeitung von Stadtstatuten wurde das Leben der Bürger im engen Bereich der Mauern erträglich gestaltet und die Rechte des Einzelnen gegen die Gemeinschaft abgegrenzt — das Streben nach einem hohen Ideal führte zu einer komplizierten Legislative und einem noch komplizierteren exekutiven System, das die Gerechtigkeit gewährleisten sollte. Der dafür notwendige Verwaltungsaufwand mutet nach heutigen Vorstellungen gigantisch an, so beschaffte Siena, eine Stadt mit ca. 20.000 Einwohnern, 900 Personen für Verwaltungsaufgaben.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der mittelalterlichen Stadt ist die Abgrenzung und deren Beziehung zum Umland. Die Würde einer toskanischen Stadt war bedingt durch innere Freiheit und staatliche Unabhängigkeit, dies unterschied sie wesentlich von den unbefestigten Dörfern und Märkten. Die Stadtmauer bildete die Zäsur und vermittelte Sicherheit gegen äußere Feinde, trennte in Bürger die innerhalb der Mauer wohnten und höhere Rechte be-

saßen und solche außerhalb der Mauer. Mit der Zerstörung der Mauer gingen die Vorrechte verloren. Gesteigert durch die optische Wirkung der Mauer hebt sich die Stadt kontrapunktisch vom Umland ab und wird im Zusammenwirken mit den weithin sichtbaren Türmen zum Sinnbild und Zeichen der Stadt.

Ähnlich wie bei den toskanischen Städten entstanden im übrigen europäischen Raum Städte mit sehr hoher Gestaltqualität unter spezifischer Berücksichtigung der gesellschaftlichen und topografischen Gegebenheiten. Eine Vielzahl dieser noch, oder zumindest in Teilen erhaltenen Städte faszinieren ungebrochen durch ihre Geschlossenheit, der Vielfalt der Erscheinungsformen, der Ordnung und der großen Qualität der öffentlichen Räume. Diese Städte werden immer wieder beispielhaft angeführt um den Begriff „Stadt“ zu veranschaulichen, sie spielen im Städtetourismus eine entscheidende Rolle und sind noch immer Identifikationsmittelpunkt der Bürger. Polemisch könnte man an dieser Stelle die Frage stellen, worin liegen die städtebaulichen Leistungen und Qualitäten unseres Jahrhunderts?

Liegen sie bei den zahlreichen Versuchen von Stadterweiterungen, Satellitensiedlungen, den gigantischen Verdichtungen durch Hochhausbauten, der hemmungslosen Ausbeutung des Landes durch Zersiedelung oder der Schaffung des Altschutzgebietes als offenbar letztes Mittel, die noch vorhandene Substanz zu erhalten? Bevor auf die gegenwärtige Situation eingegangen wird, sollen einige Ursachen, die die Zerstörung der Stadt herbeiführten, und noch heute wirken, behandelt werden.

— Die starke Anziehungskraft der Städte, vor allem ab der Mitte des vorigen Jahrhunderts, in Zusammenhang mit der Umstellung der Produktionsverfahren und dem Einsatz neuer Technik, zog radikale Veränderungen im bis dahin langsam gewachsenen Stadto rganismus nach sich. Die Städte gerieten vielfach durch zu rasches Wachstum außer Kontrolle, z. B.: großflächige und monotone Stadterweiterungen, unhygienische Verdichtungen, Ausweitungen von Industrie-

betrieben mit nachteiligen Folgen auf Wohngebiete, Eisenbahnanlagen zerschnitten Beziehungen und trennten die Stadt. Diese Entwicklung verlief in den mittelgroßen Städten noch relativ glimpflich, da die zum Tragen gekommene Vorstellung den städtebaulichen Maßstab nicht total sprengte, z. B.: Blockbebauung in den Gründerzeitvierteln.

— Neue Bautechniken ermöglichten gegenüber den traditionell verwendeten Materialien wesentlich größere Gebäudehöhen und damit auch sehr viel höhere Grundstücksausnutzungen.

Begünstigt wurde dies noch durch die „Theorie“ städtebauliche Schwerpunkte durch vertikale Dominanten zu setzen. Das Stadtbild wurde meist nicht berücksichtigt.

— Eine der massivsten Einwirkungen auf die Stadt hatte und hat noch immer der Straßenverkehr, im besonderen der Individualverkehr. Die zahlreichen Versuche, die gewachsenen städtischen Strukturen dem sich rasch entwickelnden Individualverkehr anzupassen, müssen als gescheitert angesehen werden. Der Ausbau von Straßen zur Verflüssigung des Verkehrs zieht immer weiteren Verkehr an! Außer den damit notwendigen substanziellen Eingriffen in die räumliche Struktur (Straßenraum, Grünflächen und Natur, Gebäude) werden Beziehungen zwischen Stadtteilen getrennt oder erschwert und die Zonen entlang der Hauptstraßen, aber auch bereits bei vielen Sammelstraßen, aufgrund der ansteigenden Emissionen immer weniger bewohnbar, sodaß in weiterer Folge eine Abwanderung der Wohnbevölkerung stattfindet.

Der Straßenraum in unseren Städten, der Jahrhunderte als Kommunikationsraum von Menschen für die in der Stadt lebenden Menschen geschaffen und verwendet wurde, der auch der Repräsentation diene, wurde innerhalb von nur 3 Jahrzehnten zum nicht mehr lebbar und gefährlichen „Unraum“. Nur in den Innenstädten ist eine andere Entwicklung, die Schaffung von Fußgängerzonen zu konstatieren. Verkehr, im ursprünglichen Sprachsinne als Kommunikationselement in der Gesellschaft zu verstehen, wurde zur destruktiven Kraft in der Stadt, einige Auswirkungen sind noch zu behandeln:

— Die hohe Mobilität der Bevölkerung, die erst durch den PKW überhaupt möglich wurde, erlaubte es den Bürgern, sich den Wunsch nach einem Einfamilienwohnhaus oder Wochenendhaus außerhalb der Stadt zu erfüllen. Im Zeitraum von nicht mehr als 2 Jahrzehnten wurde durch diese ungezügeltere Entwicklung eine Zersiedelung betrieben, die die Städte umgestaltete ausufern ließ und wertvolle landwirtschaftliche Produktionsflächen in sub-urbane und monotone Agglomerati-

onen verwandelte und den Bewohnern kaum das Gefühl einer Identität vermitteln konnte.

— Durch das immer weitere Auseinanderstreben zwischen Arbeits- und Wohnort entsteht immer mehr Individualverkehr in den Stadtzentren und auch die Notwendigkeit die Kraftfahrzeuge an zwei Orten unterzubringen. Daraus erwachsen weitere Probleme, die nur mit einem sehr hohen Aufwand bewältigbar sind oder zusätzliche Eingriffe in die dafür nicht konzipierte Substanz (öffentliche Räume, Grünflächen, Gebäude, Innenhöfe, etc.) auslösen.

— Während der Individualverkehr hohe Zuwachsraten verzeichnete, verringerte sich die Zahl der Fahrgäste bei den öffentlichen Verkehrsmitteln. Viele Probleme des öffentlichen Verkehrs werden durch Behinderungen, ausgelöst durch den Individualverkehr, verursacht und ziehen weitere Attraktivitätseinbußen nach sich.

Erst Ende der 60er Jahre wurden die Auswirkungen dieser ungesteuerten Entwicklung allmählich bewußt, z. B.:

— durch den täglichen Verkehrskollaps zu den Spitzenzeiten,

— das unlösbare Parkierungsproblem, — die zunehmende Unwirtlichkeit der Städte und die damit eng verbundene Stadtfucht,

— den Verlust des Stadtbildes und der Identität,

— die fehlende soziale und technische Infrastruktur in den Stadtrandgebieten,

— die Zunahme an Zivilisationsabfall, — die Reaktion der Natur auf jahrzehntelange Einwirkungen von Schadstoffen, etc.

Dieser Prozeß der Zerstörung unserer Städte — es wird zum Beispiel behauptet, daß durch den Verkehr schon mehr städtische Substanz zerstört wurde, als durch den 2. Weltkrieg — konnte erst durch die Protestbewegung der intellektuellen Ende der 60er Jahre und durch das Umdenken engagierter Bürger und Politiker eingedämmt werden. Kernpunkte der Kritik waren die Selbstständigkeit der politischen Entscheidungen ohne den Willen der Bürger entsprechend zu berücksichtigen und die „Hörigkeit“ der Politiker gegenüber den planenden Fachleuten, deren Lösungen zu eindimensional konzipiert und in ihren Auswirkungen zu wenig überlegt waren. Vielfach wurde bewiesen, daß engagierte Bürger ihre Stadt bzw. ihren Stadtteil besser und umfassender kannten und sich damit mehr identifizierten, als dies die Fachleute und Politiker annahmen, und daß sie nicht mehr bereit waren, weitere Eingriffe in ihr Wohnumfeld durch die Öffentlichkeit oder private Investoren einfach hinzunehmen. In der Diskussion setzte sich häufig die wesentlich komplexere Meinung der Bürger als „Experten des Alltages“ gegenüber

der oft sehr eindimensionalen Denkweise der Fachleute durch. Mit fortschreitender Bereitschaft der Entscheidungsträger, die Bürger in die Entscheidungsfindung einzubinden, änderte sich auch ihr Verhalten. Stand am Anfang eher der Wunsch nach ausreichender Information im Vordergrund, so wurde in der Folge die aktive Mitarbeit angeboten — der „Protestbürger“ wurde zum „Aktivbürger“. Eine besondere Berücksichtigung fand diese Tatsache im Stiermärkischen Raumordnungsgesetz 1974, das verbindlich die Einbeziehung der Gemeindeglieder in das Verfahren zur Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorsieht. Beispielhaft können die Arbeiten der Stadt Graz am Stadtentwicklungskonzept, dem Flächenwidmungsplan und vielen anderen Konzepten und Projekten angeführt werden. Es wird versucht, einen weitgehenden Konsens zwischen planender Verwaltung, Politikern und Bürgern herzustellen, sodaß die endgültigen Planungen und politischen Entscheidungen einen hohen Zufriedenheitsgrad der Bürger erbringen.

Warum diese Gegenüberstellung der mittelalterlichen Stadt mit einigen Aspekten der städtebaulichen Entwicklung unseres Jahrhunderts?

Um aufzuzeigen, daß die Homogenität und Gestaltqualität der mittelalterlichen Stadt Ausfluß des intensiven Willens der Bürger war, sich und ihre Gesellschaftsordnung in der Stadt, aber auch im Dom, sinnlich wahrnehmbar darzustellen. Und daß das hohe Maß an Konsensbereitschaft aus dem Bewußtsein, daß der Einzelne nur dann eine Chance auf eine positive persönliche Entfaltung hatte, wenn er an der Gestaltung der Gesellschaft und auch an der Stadt aktiv teilnahm, entsprungen sein dürfte. Den drohenden äußeren Gefahren konnte nur durch eine geschlossene Gesellschaftsordnung begegnet werden; die zentripetalen Kräfte dominierten.

Um weiteres klarzulegen, daß die Entwicklung oder eigentlich schon Destruktion der Stadt, die vor allem nach dem 2. Weltkrieg ungebrochen bis in die 70er Jahre anhält, auf ein mangelndes gesellschaftspolitisches Bewußtsein zurückgeht, das dem mittelalterlichen Konträr gegenübersteht:

Es herrschen Eigen- und Gruppeninteressen auf den verschiedensten Ebenen der Gesellschaft (politische Parteien, Interessensvertretungen, Gewerkschaften, Wissenschaftler und Fachleute, Lobbys etc.), die miteinander schwer in Einklang zu bringen sind; die zentrifugalen Kräfte dominieren.

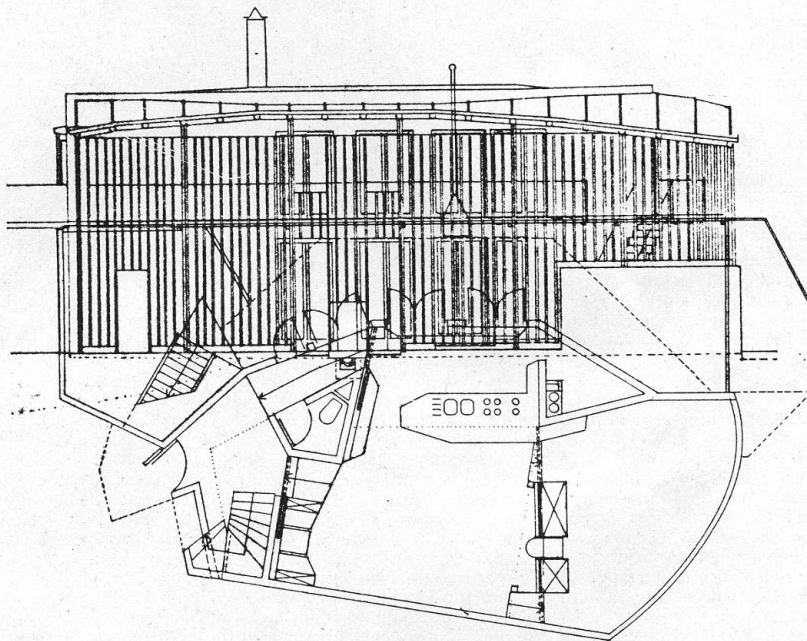
Es wurde ein derart hoher Lebensstandard durch den Einsatz von Technik und die Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen erreicht, der die Bürger instinktiv werden ließ — es wird

nicht mehr darüber reflektiert, welche Auswirkungen das tägliche Tun auf den Einzelnen, auf die Gesellschaft, auf die gebaute Umwelt (Stadt) oder auf die Natur hat. Wer überlegt sich zum Beispiel heute, daß unsere vom Individualverkehr manipulierte Stadt vielleicht in naher Zukunft auch ohne PKW's funktionieren sollte, daß diese nachhaltige Beeinflussung nicht viel länger als 50 Jahre andauert und eine Jahrhunderte alte Kulturarbeit ernsthaft gefährdet?

Eine direkte äußere Bedrohung, die ein Reagieren der Gesellschaft auslösen

sich von den heute diskutierten dadurch unterscheiden, daß sie unseren Lebensraum als ein offenes, komplexes und überlebensfähiges System verstehen, das auf den Grundlagen der Gesetzmäßigkeiten der Biosphäre unter besonderer Berücksichtigung der Biologie des Menschen aufbaut.

Städtebau darf keine ausschließlich akademische Disziplin sein, die von nur wenigen Fachleuten ausgeübt und der Gesellschaft aufgezwungen werden kann oder soll. Städtebau spiegelt vielmehr das Verhalten der Gesellschaft wider, wirkt aber auch auf diese zu-



Florian Riegler
„Haus für Anna“
1983

würde, scheint es heute nicht mehr zu geben. Die vorhandene innere Bedrohung, die aus dem Verhalten der Gesellschaft resultiert, wird nur von wenigen erkannt und bestenfalls verdrängt. Die Arroganz vieler Fachleute, aber auch der Entscheidungsträger, die noch immer behaupten, daß alles machbar und technisch lösbar sei, verschleierte lediglich die Tatsache, daß sie jeweils nur kleine Ausschnitte aus dem Gesamtzusammenhang überblicken, daß sie bestenfalls Teillösungen anbieten können, die sich zu keinem Gesamtbild zusammenfügen lassen, das zukunftsorientiert wäre.

Zukunftsorientierte Politik zu machen heißt aber, die bestehenden Probleme erkennen, sie den Bürgern bewußt zu machen und Lösungen anzubieten, die

rück als Stimulans oder als Unterdrückung.

Planung und Gestaltung einer Stadt soll daher immer in Zusammenhang und Rückkoppelung mit der lebenden Umwelt, den betroffenen und aktiven Bürgern und der Natur betrieben werden. Positive Ansätze dazu sind in der immer stärker geforderten und praktisierten direkten Demokratie, der Bürgerbeteiligung, zu sehen.

Städtebau muß wieder ein gesellschaftliches und kulturelles Anliegen werden ●

1) Pahl, Jürgen: Die Stadt im Aufbruch der perspektivischen Welt, Ullstein, 1963.

2) Braunfels, Wolfgang: Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toskana, Gebr. Mann, 1953.

3) Braunfels, Wolfgang: Abendländische Stadtbaukunst, DUMONT, 1976.

FARBE IN DER STADT

Manchesmal, wenn Nebel in der Ebene liegt, geschieht mir Wunderbares:

— Ich steige in der hügeligen Brianza, die Landschaft südlich des Comer Sees, vom Sonnenglanz und Schillern meiner Vögel Abschied nehmend, in die altertümliche Lokalbahn nach Mailand und bald die Ebene erreichend, tauche ich in einen Tunnel aus Nebel. Im Nebel noch wechsle ich auf die Metropolitana Milanese um und steige am Domplatz wieder zur Sonne empor. Der gleiche Sonnenglanz, das Schillern der Vögel haben hier die Frauen übernommen, die Hügel haben sich in Architektur verwandelt. Gewachsenes steht gegen Gebautes, Künstliches gegen Natürliches. Zwei Räume die erfreuen und sich als Gegensätze steigern.

Nicht immer aber verdeckt Nebel den Übergang und aus dem Erleben von Utopie wird Realität, aus dem ewigen Paradies verganglicher Wirklichkeit. Dort, wo die Hügellandschaft in die Ebene übergeht, werden aus den Hügel Abfallhalden, zwischen ihnen hin und wieder grüne Oasen von Schrebergärten, die sich allmählich in Sümpfe wandeln. Die ersten Wohnsilos erscheinen — hin und wieder noch ein gelbblättriger Baum —, durchsetzt mit Industrieanlagen und dem Lehm Boden einstiger Äcker, der inzwischen eingewachsenen Agrardörfer, die sich zu reinen Industriezonen entwickelten. Von nun an quält sich ein kontinuierliches Straßennetz durch die alte Peripherie aus Wohnblocks, denen dann Villen mit verstaubten Gärten folgen, über die Peripherie der Jahrhundertwende, langsam bis zum Zentrum durch. Dieser breite Gürtel macht ca. 90% der verbauten Fläche einer heutigen italienischen Stadt aus.

Ich frage mich, was das Fluidum einer Stadt ausmacht, hat heute ein Quartier, eine Zone noch etwas mit dem Altstadt kern gemein? In einer Zeit kultureller Unsicherheit, in der Stadtzentren immer mehr zu Museen oder Theater für Touristen werden — Visitenkarten einer ruhmreichen Vergangenheit, die Probleme der Gegenwart überspielend, die sich außerhalb dieser von Denkmalen und Stadtvätern fest im Griff gehaltenen Gegend manifestieren.

Die Peripherie, die Außenbezirke, sind heute die Kampfplätze, wo die Spannungen sozialer, ethnischer, ideologischer Natur, ausgetragen werden. Diese Spannungen erzwingen Kreativität, die in den Außenbezirken, solange nicht auch hier Denkmalämter ihre Hand darauflegen, ihren Ausdruck finden kann. Werte werden geformt, vernichtet, umgeformt — als Zone des „work in progress“ läuft sie kaum Gefahr zu erstarren.

Sind die Plätze der Peripherie die Kampffelder aktueller Spannung, so werden die Ideologien jeweils in den Bürgersalons, den Plätzen des Zentrums, verkündet, um an Starre dort selbst zu sterben. Die Peripherie aber bleibt in Spannung.

Die Spuren von pulsierendem Leben sind jene Zeichen, Reize, die uns eine Identifikation ermöglichen, sich uns, wo wir leben und arbeiten, zu Hause fühlen zu lassen. Fehlen diese Elemente wie in den „nouvelles villes“ oder „Satelitenstädte“, so werden diese reine Schlafstätten, die das Gefühl von Ausgeschlossenheit erwecken und somit Brutstätten des Verbrechens werden.

Das Fluidum einer Stadt teilt uns im Erleben mit, wie sie selbst gelebt wird. Das aber erleben zu können heißt sich eingliedern zu können, geistig und seelisch; sich in und an ihr orientieren zu können.

Um einen Raum aber erfassen zu können, müssen seine Elemente den Funktionen entsprechend artikuliert sein. Jedes Element muß als solches lesbar sein, und umso wichtiger eine Einrichtung ist, desto schneller muß sie erkannt und zugeordnet werden können. Die Stadt müßte eine Maschine sein, die die Bedürfnisse der Bürger befriedigt, sie leicht ihren Pflichten nachgehen lassen kann. Aber Achtung: Bedürfnisse sind auch Dinge, die erst jeweils im Werden sind, Dinge, die nicht gerne eingestanden werden, Notwendigkeiten, die noch nicht bewußt sind, hier muß genügend Freiraum bleiben. Kurz rückblickend auf die Entwicklung der Orientierungsfunktion der Farbe, will ich versuchen, die Farbsignale, die es in der Stadt gibt, einander zuzuordnen. Einige der Farbnormierungen, wie jene für Erste Hilfe, Taxi,

Telefon etc. . . . wären wohl international festzulegen, da es ja einen Stadtfremden schwerer fällt, diese Einrichtungen aufzufinden. In Österreich einreisend, ist es mir immer erst möglich ein Taxi zu finden, nachdem mir bewußt wird, daß hier die Taxis nicht gelb sind. Gerade in Momenten extremer Notwendigkeit hält man aber vor dem Umdenken nach Gewohntem Ausschau.

Da wir farbsehende Wesen sind (und dies gerade, um uns leichter zurechtzufinden), warum sollte dieses primäre Orientierungsmittel nicht voll eingesetzt werden — Farben können auch so gewählt werden, daß selbst farbluntliche Personen sie unterscheiden können.

In einer Welt ohne Farbe wäre es schwierig sich zurechtzufinden, allzu viele Dinge, Situationen erkennen wir mittels Farbe, ordnen sie ihr zu und reagieren über Farbe auf sie.

Die Sinne entwickelten sich nach der Notwendigkeit, die Umwelt besser und detaillierter erfassen zu können. Die als Elemente erkannten Einheiten mußten unterschieden und zugeordnet werden, um die Umwelt besser in den Griff zu bekommen.

Es wurde notwendig, immer mehr Signale zu empfangen und sie richtig zu verarbeiten.

In diesem ständigen Abtasten der Umwelt nach Signalen differenzierten und sensibilisierten sich die Sinne immer mehr. Farbsehen war eine der folgerichtigen Antworten unseres Organismus auf die Strahlung, die auf ihn einwirkte, ihn unbewußt beeinflusste. Mit dem Farbsehen wurden diese Reizmomente dem Bewußtsein zugänglich, wenn auch die Farbreizverarbeitung vorwiegend unbewußt blieb.

Dieses im Lauf der Zeit immer genauere Rückbeziehen von Erlebnis auf Farbe, wie von Farbe auf Erlebnis, führte zur Ausbildung allgemeingültiger Farbsysteme, die als Spielregeln das Zusammenspiel verschiedenster Lebensformen regeln. Ein Teil dieser Spielregeln ist bereits erbliches Potential, der Rest aber muß jeweils aufs Neue erlernt werden.

Dieses Spiel des Signale-Sendens-Empfangens-Verarbeitens- und Rücksendens, ließ uns unsere jeweilige Umwelt begreifen und zur Heimat werden. Als

Folge davon begannen auch wir, Orte, Dinge, Situationen, Zuordnungen zu markieren und zu kennzeichnen sowie Selbstgeschaffenes dem Bestehenden ein- und zuzuordnen.

Je mehr die von uns erwartete Reaktion, Empfindung, mit der automatisch aus Farbsignal gebundenen übereinstimmt, desto direkter und fehlerfreier ist unsere Reaktion auf das von uns gesetzte Signal. Ist aber die Übereinstimmung gering, so muß über Fehler — negative Erfahrungen — das Signal erlernt werden. Die notwendige erste Fehlinterpretation muß aber das Überleben des Lernenden garantieren, denn ohne diese Garantie fällt der Lernprozeß ins Leere. Wir, wie auch Tiere, erlernen Gelb-Schwarz als Achtungssignal vor Gefahr; einmal müssen wir von einer Wespe gestochen werden, Schmerz empfinden haben, aber mit dem Leben davonkommen. Sonst wäre weder uns noch den Wespen genutzt.

Eine „gutgetarnte“ Ampel aber kann tödlich sein, ein individueller Lernprozeß findet nicht statt, ein gesellschaftlicher nur dann, wenn der Verlust des Individuums für die Gesellschaft schmerzhaft ist. Ist dem so, wird das Signal verändert werden, gelb gefärbt und nicht in Bäumen versteckt. Dies aber findet erst statt, wenn die Zahl der verlorenen Individuen das Funktionieren der Gesellschaft in Frage stellt — oder aber ein Individuum sich verantwortlich fühlt.

Da aber ein gesellschaftlicher Lernprozeß einem Sozialstaat teuer kommt, wäre es besser, gleich Signale zu schaffen, die unseren Mechanismen der Reaktion auf Farbe entsprechen.

Reaktion auf Farbe ist unmittelbar, Reaktion auf Form mittelbar, das heißt, sie muß erst bewußt erlernt werden und somit läuft auch die Reaktion auf sie über das Bewußtsein. Form eignet sich deshalb für kulturelle Signale — sprechen wir doch auch von Kulturformen, Verhaltensformen, etc. Stellen wir uns vor, der Verkehr wäre mittels geometrischer Formen geregelt, Ampeln haben Dreiecke, Kreise und Quadrate, so erkennen wir sofort den Unterschied von Form und Farbe als verhaltensauslösendes Element.

Die Farbfunktionen als Signale könnte man in drei Gruppen einteilen:

- A. Objektkennzeichen
 - B. Verhaltenshinweise
 - C. Orientierungszeichen, Orientierungshinweise.
- Diese drei Gruppen sind anderen Gruppen zu überlagern:
1. Signale unmittelbarer Wichtigkeit
 2. Signale von Wichtigkeit
 3. Signale visiver Ordnung
 4. Zeichen der Identifikation
 5. Orientierung
 6. Geheimzeichen
 7. Persönliche Identifikation (siehe Tabelle).

Ich will eine kurze Ableitung und Aufstellung der Signale im urbanen Bereich versuchen.

Natürlich ist Farbe nur ein Teil der „software“ einer Stadt, und zwar der der Orientierung dienende Teil. Eine Stadt benutzen zu können, reicht, wie ihr ästhetischer Aspekt, aber noch nicht aus, um Leben in sie zu bringen. Mailand und Rom versuchen dies mit Volksbelustigungen, Turin mit Ästhetik und Funktion. Handelsstadt — politische Stadt — industrielle Stadt.

1979 wurde ich von der Stadt Turin beauftragt, als Farbberater zusammen mit Prof. Brino einen Farbwiedergabeplan zu erstellen. Dieser Plan sollte sich auf die von den Arch. Zanetta, Tagliasacchi, Jelminetti und Tropea in ihren Diplomarbeiten 1978 ermittelten Farbpläne der Stadt, die ab 1880 erstellt wurden, beziehen. Der erste Teil wurde unter französischer Herrschaft, der zweite während der Restauration der Savoyen erarbeitet. Die Architekten konnten (außer Tropea) für eine Zusammenarbeit gewonnen werden.

Es ging darum, diese alten Farbpläne wiederzubeleben und der Stadt, die im dazwischenliegenden Jahrhundert eine vergilbte Patina angenommen hatte, ihre fröhliche Erscheinung wiederzugeben.

Bald aber gab es Spannungen mit dem Denkmalamt, das meiner Meinung nach zurecht behauptete, man könne nicht Gebäuden oder Plätzen, deren Ursprung viel älter ist, einen erst später erstellten Farbplan überziehen. Spannungen gab es auch innerhalb der Equipe selbst. Brino begann die Diplomarbeiten seiner Studenten als seine eigene auszugeben, eine in Italien fast übliche Erscheinung, und sich selbst als Färbler zu betätigen. Gebäude die zu färbeln waren, verheimlichte, was leicht war, da ich nur ein- bis zweimal die Woche nach Turin fuhr. Das Resultat, für das letztlich ich gutstehen mußte, war so katastrophal, daß ich nach einem Jahr, in dem 600 Bauten gefärbt wurden, meine Tätigkeit zurücklegte.

Farbe sollte meiner Meinung nach, außer ihrer Erscheinung, auch andere Funktionen haben, wie das „Leichtermachen“ von Aufstockungen, um die ursprüngliche Proportion der Gebäude wieder herzustellen, um durch Zubauten nicht die Einheit zu stören — eine Technik, die ja bei jeder Restauration heute angewandt wird. Ferner um enge Straßen heller zu machen. Aber die Zeit für ein kreatives Arbeiten war noch nicht reif.

Ich begann mich anderen Arbeiten für die Stadt Turin zuzuwenden, bei denen Kreativität möglich war. So begann ich Farbpläne für die sozialen Wohnbauten, die rund um Turin gebaut wurden zu erstellen. Leider fehlte jedes urbanistische Konzept und diese Bauten standen wahllos auf verwahrlosten

Äckern, jeder einzelne eingezäunt, bar jeder Zuordnung. Für eine urbanistische Planung war, da kein Interesse, auch kein Geld vorhanden, ging es doch darum, mit möglichst vielen Wohnungen möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen. Ich versuchte je nach Gegend verschiedene perzeptuelle, und farbige Schemata zu finden, um wenigstens irgendeine Zuordnung zu schaffen.

Bei privaten Aufträgen von Wohnbaugenossenschaften und der Industrie, gelang mir endlich eine durchgreifende Gestaltung, die die Landschaft und die Gärten miteinbezog. Diese Beispiele waren in der Stadt nicht übersehbar und die Stadt Turin bat mich 1982 meine Tätigkeit als Farbberater wieder aufzunehmen. Ich nahm das Angebot, nachdem meine Forderungen, das Zentrum auszuklammern und die Architekten Tagliasacchi, Zanetta und Jelminetti als Mitarbeiter zu bekommen, akzeptiert worden waren, an.

Das Ziel war nicht mehr, einen statischen Farbplan zu entwickeln, sondern neue Färbelungsmodelle zu entwickeln, die sich in einer Modellistik niederschlagen sollte. Ein Farbplan hätte jede weitere Entwicklungsmöglichkeit unterbunden und ich fand ein „work in progress“ als die einzige wirkliche Lösung. Die Anstreicher und Dekorateur waren begeistert und Fortbildungskurse, die Material wie perzeptuelle Phänomene zum Inhalt haben sollte, sollten ihnen ein neues Selbstverständnis ihrer kreativen Professionalität geben. Absicht war, diese Farbberatung allmählich, nachdem die Instrumente geschaffen waren, in die Stadtverwaltung zu integrieren. Damit dies möglich werden könnte, entwickelte ich ein Schema für alle Bauten. Im Jahre 82/83 wurden 600 Bauten gefärbt und registriert. Die Gebäude streuten sich durch alle Stilrichtungen, bis zu den 60er Jahren.

1981/82 erstellte ich eine Farbnormung des öffentlichen Verkehrsbetriebes der Stadt. 1983 veröffentlichte die Stadt Turin gemeinsam mit dem Mailänder Verlag Hoepli mein Buch „Luce-Colore“, das auf die Turiner Arbeiten Bezug nimmt.

In diesen Jahren stellte sich heraus, daß ohne Kreativität keine befriedigenden Resultate erzielbar waren. Ich las dem Gemeinderat Heinrich Heines „Harzreise“ (1824) vor, die mit der Beschreibung der Stadt Göttingen beginnt: *Die Stadt Göttingen, berühmt durch ihre Würste und Universität, gehört dem Könige von Hannover und enthält 999 Feuerstellen, diverse Kirchen, eine Entbindungsanstalt, eine Sternwarte, einen Karzer, eine Bibliothek und einen Ratskeller, wo das Bier sehr gut ist. Der vorbeifließende Bach heißt »die Leine« und dient des Sommers zum Baden; das Wasser ist sehr kalt und an einigen Orten so breit*

	A Objektkennzeichen	B Verhaltensweise	C Orientierungs- Zeichen Hinweise
1. Signale unmittelbarer Wichtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> — erste Hilfe, Spital, Rotes Kreuz, Ambulanz, Rettung, Apotheken — Feuerlöscher, Feuerwehr, Feuertreppen, Hydranten — Taxistand, Taxi, Taxirufnummer — Notausgänge — öffentliche Bedürfnisanstalten — Telefon — Polizeiposten, Unif. 	<ul style="list-style-type: none"> — Achtung Gefahr: Strom — Dinge in Bewegung — Gift — Radioaktiv — Baustelle — Ampeln — Verkehrsschilder 	<ul style="list-style-type: none"> — Spital, erste Hilfe, Rettung — Telefon mit den Signalen der wichtigsten Nummern — Taxi — WC
2. Signale von Wichtigkeit.	<ul style="list-style-type: none"> — Bahnhöfe, Zollabfertigung, Kartenschalter — Haltestellen, Kartenschalter — Ein- und Ausgänge — Briefkästen, Postämter — Müllkästen 	<ul style="list-style-type: none"> — Verkehrsschilder — Leitsysteme für Fußgänger — Leitsysteme für die Verwendung öffentlicher Einrichtungen, öffentlicher Bauten 	<ul style="list-style-type: none"> — Fahrpläne allgemein — Transportsystem — Transportzeiten — Zuordnung der Transportsysteme
3. Signale visueller Ordnung.	<ul style="list-style-type: none"> — Zuordnung der sich im urbanen Gebiet sich befindenden Einzelelemente öffentlicher Betriebe: Telefon, Post, Gas, Verkehrswesen, öffentliche Ämter, Militär — Zeitungskioske — Parkeinrichtung — Berufskleidung 	<ul style="list-style-type: none"> — Öffnungszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> — Zuordnung von Kategorien: Supermärkte, Mechaniker, Tankstellen, Gastgewerbe
4. Zeichen der Identifikation	<ul style="list-style-type: none"> — Schulen — Kindergärten — Sporthallen — Kirchen, verschiedener Glauben — Parteisitze — Vereinslokale — kleinere Wohneinheiten — Clubs — kulturelles Geschehen 		<ul style="list-style-type: none"> — Werbung — Fahnen — Ankündigungen
5. Orientierung.	<ul style="list-style-type: none"> — Straßenschilder, vom Auto aus lesbar — Mäile von Stadtteilen — Straßenverläufe — Monumente 	<ul style="list-style-type: none"> — Einbahnen — Verkehrsmittel die zu allgemeinen Zielen führen — Entfernungsangaben 	<ul style="list-style-type: none"> — Stadtausfahrten: Autobahnen, Flughafen — Monumenthinweise — Straßen und Plätzehinweise
6. Geheimzeichen.	<ul style="list-style-type: none"> — Militäreinrichtungen — Geheimbünde 	<ul style="list-style-type: none"> — Hinweistafeln — Warntafeln 	
7. Persönliche Identifikation.	<ul style="list-style-type: none"> — Hauselemente an den Wohnbereich gebunden — Auto — Gärten wie Villen in Gärten — Kleidung 		

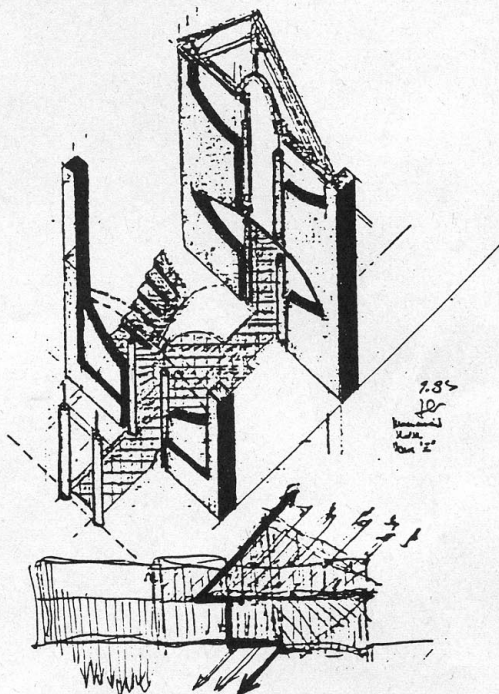
daß Lüder wirklich einen großen Anlauf nehmen mußte, als er hinübersprang. Die Stadt selbst ist schön und gefällt einem am besten, wenn man sie mit dem Rücken ansieht. Sie muß schon sehr lange stehen; denn ich erinnere mich, als ich vor fünf Jahren dort immatrikuliert und bald darauf konsiliert wurde, hatte sie schon dasselbe graue, altkluge Ansehen und war schon vollständig eingerichtet mit Schnurren, Pudeln, Dissertationen, Thédansants, Wäscherinnen, Kompendien, Taubenbraten, Guelfenorden, Promotionskutschen, Pfeifenköpfen,

gen verließ, und der Gelehrte lag gewiß noch im Bette und träumte wie gewöhnlich; er wandte in einem schönen Garten, auf dessen Beeten lauter weiße, mit Zitaten beschriebene Papieren wachen, die im Sonnenlichte lieblich glänzen, und von denen er hier und da mehrere pflückt und mühsam in ein neues Beet verpflanzt, während die Nachtigallen mit ihren süßesten Tönen sein altes Herz erfreuen.

Vor dem Weender Tore begegneten mir zwei eingeborne kleine Schulknaben, wovon der eine zum andern sagte: »Mit dem Theodor will ich gar nicht

und Zanini mit den öffentlichen Bedürfnisanstalten und den Zeitungskiosken zu beschäftigen.

So entstand in Turin das, was in Italien als „arredo urbano“ Furore zu machen begann. Tagungen fanden statt, Lehrkanzeln wurden eingerichtet. Höhepunkt war wohl der internationale „arredo-urbano-street-furniture“-Kongreß in Stresa 1983 am Lago Maggiore. Es war auch dieser Kongreß, der dem Urheber dieser Welle den Kopf kosten sollte. Vizebürgermeister Enzo Biffi Gentili (PSI) wurde mit diesen Aktionen, die anfänglich auf Wider-



Manfred Zernig
„nicht bebautes Haus Z“
1984

Hofräten, Justizräten, Relegationsräten, Profaxen und anderen Faxen. Einige behaupten sogar, die Stadt sei zur Zeit der Völkerwanderung erbaut worden, jeder deutsche Stamm habe damals ein ungebundenes Exemplar seiner Mitglieder darin zurückgelassen, und davon stammten alle die Wandalen, Friesen, Schwaben, Teutonen, Sachsen, Thüringer usw., die noch heutzutage in Göttingen, hordenweis und geschieden durch Farben der Mützen und der Pfeifenquäste, über die Weenderstraße einherziehen, auf den blutigen Walstätten der Rasenmühle, des Ritschenkruges und Bovdens sich ewig untereinander herumschlagen, in Sitten und Gebräuchen noch immer wie zur Zeit der Völkerwanderung dahinleben.

Es war noch sehr früh, als ich Göttingen

mehr umgehen, er ist ein Lumpenkerl, denn gestern wußte er nicht mal, wie der Genitiv von Mensa heißt. « So unbedeutend diese Worte klingen, so muß ich sie doch wiedererzählen, ja, ich möchte sie als Stadt-Motto gleich auf das Tor schreiben lassen; denn die Jungen piepsen, wie die Alten pfeifen, und jene Worte bezeichnen ganz den engen, trocknen Notizenstolz der hochgelehrten Georgia Augusta.

Auf der Chaussee wehte frische Morgenluft, und die Vögel sangen gar freudig, und auch mir wurde allmählich wieder frisch und freudig zumute.

Das Turiner akademischer Ambiente wurde immer mehr mit statistischer Datensammlung beschäftigt, kreative Kräfte holte man aus Mailand herbei. Castiglioni und Cvaglia begannen, sich mit der Straßenbeleuchtung, Sotsass

stand stießen, zu populär. Es gelang ihm, Vertreter anderer Parteien und der Industrie für seine Projekte zu begeistern, und so entstanden überparteiliche Freundschaften, deren Potenz den Parteiapparaten suspekt wurde. Eine Bombe wurde gesucht, gefunden und zum platzen gebracht, um diese „superlobby“ zu stürzen.

Fast ein Jahr ist nun vergangen, Mißtrauen ist in die Stadt eingezogen und sie vergilbt aufs Neue.

Moral von der Geschichte: „software“, wie alles Geistige, kostet wenig, hat die lebendige Schönheit von Seifenblasen, aber mit ihnen auch die Verletzlichkeit gemeinsam.

Der auf die Pyramide fallende Schatten des darüberziehenden Ibisses ist nicht von Dauer ●

POLITIK UND DENKMALPFLEGE

Als ich gefragt wurde, einige Zeilen über das Thema Politik und Denkmalpflege zu schreiben, dachte ich: weitgehend uninteressant; was hat denn ein Denkmalpfleger, meist ein Fachmann der Architektur oder der Kunstgeschichte, mit Politik zu tun? Wir sind doch bis dato unpolitisch und machen keine Schwarze, Rote oder Blaue Denkmalpflege.

Als ich dann zur Information in Meyer's Conversationslexikon 1902 den Begriff Politik von der Real- bis zur Ideal- und Kulturpolitik näher kennenlernte, wurde mir nach und nach klar, daß im Grunde Denkmalschutz und Denkmalpflege engstens mit Politik verbunden sind.

Nahezu persönlich möchte ich hier einen Zwischensatz einflechten, der auch politisch ist. Auf meine primitive Frage an einen der ranghöchsten Politiker Österreichs, wer eigentlich wirklich über uns und die Politik entscheidet, die Regierung, die Partei oder gar der Wähler, gab er mir die verblüffende und für mich schockierende Antwort, daß es im Grunde die Beamten seien. Die nachfolgende Erklärung war, jeder Politiker muß sich auf Fachgutachten stützen. Dies war vor ist für mich als politisch Unkundigem die Frage offen, wer regiert uns wirklich, der Beamte, die Partei, die Wähler oder gar der große Bruder des Jahres 1984.

In Österreich gehen die Bestrebungen zur Erhaltung der Archivalien und Kunstdenkmale durch den Gesetzgeber auf die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück, als die Hofkammer mehrere Edikte zu deren Schutz erließ.

Dies geschah sicher nicht allein aus historischen Gründen, sondern vor allem, um die Vergangenheit und deren Rechte durch Urkunden bestätigen zu können.

1818 wurde ein Hofkanzleidekret erlassen, das die Ausfuhr von Kunstgegenständen, ausgenommen Werke lebender Künstler, verbot. Dies war ein Dekret, das ähnlich unserem heute gültigen Ausfuhrverbotsgesetz von 1923 gegen den Kunstraub und den Ausverkauf nach kriegerischen Ereignissen zum Schutz des Kulturgutes erlassen wurde.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts kam auf Grund des neuen historischen Be-

wußtseins, ähnlich wie in ganz Europa, der Denkmalerhaltungsgedanke zum Durchbruch. Thronfolger Franz Ferdinand war der Protektor der 1850 geschaffenen K. K. Central Commission zur Erforschung und Erhaltung von Baudenkmälern. Diese Institution mit ihren wissenschaftlichen Publikationen und den damals installierten Landeskonservatoren ist der Vorgänger des heutigen Bundesdenkmalamtes.

Im Mai 1923 brachte der Abgeordnete Dr. Angerer den Antrag für das heute noch gültige, 1978 novellierte Denkmalschutzgesetz mit der Begründung ein, „daß jene Klassen, die historisches Erbe erhalten, dem finanziellen Ruin entgegen gehen, während die traditionslose Geldsucht ihr Haupt erhebt.“

Das im September 1923 vom Parlament beschlossene Gesetz ist von wesentlicher politischer Bedeutung. Dies dokumentiert sich allein schon dadurch, daß es ein Bundesgesetz ist und zugleich das Bundesdenkmalamt zur Behörde erhob. Entscheidend bei der Durchführung dieses Gesetzes ist das „öffentliche Interesse“ (also Politik in Reinkultur), das etwa bei der Unterschutzstellung eines Denkmals in Privatbesitz eindeutig und ausführlich nachgewiesen werden muß.

Es ist die Aufgabe der Fachleute des Bundesdenkmalamtes mit all seinen Landeskonservatoraten, das kulturelle Gut Österreichs von künstlerischer oder historischer Bedeutung in seinem Bestand zu schützen und zu pflegen. Der Rahmen reicht hier etwa in Steiermark von der Riegersburg über die Wallfahrtskirche Maria Straßengel zu den Grabungen in Flavia Solva bis zur Weitererhaltung der Badwandgalerie als technisches Denkmal.

Die 1964 von internationalen Fachleuten erstellte Carta von Venedig weist ausdrücklich darauf hin, daß auch bescheidene kulturelle Denkmale und anonyme Architektur Aufmerksamkeit verdienen, da diese Werke wesentlichen Anteil an dem Charakter der Städte, Dörfer und Siedlungen, also den Kulturlandschaften der Erde, haben.

Die Verluste des 2. Weltkrieges, die stets fortschreitende Zerstörung unserer historischen Städte, Märkte und

Dörfer im Rahmen des Wirtschaftswunders, oft durch die Großinstitutionen des Handels, der Genossenschaften und spekulierender Privatleute veranlaßt, stellten die Bürgermeister, die ja Bauinstanz I. Instanz sind, vor große Probleme.

Der Bürgermeister muß ja die Entscheidung über die Weitererhaltung oder Demolierung eines Bauwerkes treffen. Er will ja seine Bürger, die ihn wählen, mit all den für den Ort wichtigen, diesmal wieder politischen Erwägungen vertreten. Der Gemeinderat ist ja zweite Instanz und bestätigt, meist nach längeren oder kürzeren Debatten, bei denen kaum ein Bürger zuhört, das Urteil des Bürgermeisters.

Auf Grund der rapid fortschreitenden Zerstörung von Bauten, die aufgrund ihrer geringen Bedeutung nicht unter Denkmalschutz gestellt werden konnten, die aber doch im Ensemble des Ortes wesentlichen Wert hatten, wurden in ganz Österreich seitens der Länder zahlreiche Altstadt- und Ortsbilderhaltungsgesetze geschaffen. Am Beginn das Salzburger Altstadterhaltungsgesetz 1967, dem später auch noch Wien und Krems folgten.

Ebenso wurden aufgrund einer Aktion „Rettet die Grazer Altstadt“, für die über 100.000 Stimmen gesammelt wurden, seitens des Landes 1974 das Grazer Altstadterhaltungsgesetz und später 1978 das Steirische Ortsbildschutzgesetz geschaffen. Dieses Ortsbildschutzgesetz ist ein sehr erfolgreiches Gesetz, bei dem mit über 20 unter Schutz stehenden Orten und Märkten die Steiermark führend in Österreich ist.

Politisch sind zweifelsohne auch all die Überlegungen unserer Kirchen bei der Erhaltung des Kunstgutes und der religionsgeschichtlichen Denkmale.

Naturngemäß gehen die Entscheidungen vor allem der katholischen Kirche dahin, das ganze Finanzvolumen in die Pfarrkirchen und Pfarrhöfe zu investieren. Die katholische Kirche erhält ca. 500 Gotteshäuser, wovon ca. 140 Filialkirchen sind; dazu kommen noch die für den steirischen Kunstbesitz künstlerisch sehr bedeutenden Klosterbereiche.

Kirchenpolitisch ist es durchaus verständlich, daß die Filialkirchen, so wertvoll sie auch kunsthistorisch sein

mögen, nicht im Vordergrund des Interesses für die Seelsorger liegen, da dort meist nur einmal im Jahr eine Messe gelesen wird. Zentrum der Erhaltung sind die Pfarrkirchen und Pfarrhöfe.

Die Kirchen, meist wie die Pfarrhöfe im Zentrum des Ortes gelegen, werden zum Teil unter Beihilfe der öffentlichen Hand im Grund mustergültig erhalten und immer mehr mit den Erfordernissen der heutigen Zeit ausgestattet. Ein Faktum, bei dem der Fachmann oft vor Probleme gestellt ist. Einerseits, weil Gotteshaus und Funktion erhalten wird, andererseits, weil in unserer immer schneller agierenden Zeit, nach dem Krieg schon die nächste Restaurierungsperiode im Gange ist, die nicht immer im Sinne der historischen Substanzerhaltung gelegen sein muß. All die Maßnahmen im Zusammenhang mit den kulturellen Bedürfnissen der katholischen Kirche, vor allem die Erfordernisse der Neue Liturgie, werden auch in der Novelle des Denkmalschutzgesetzes 1978 berücksichtigt.

Daß es im Interesse der Kirchen liegt, neue Pfarrhäuser für ein menschenrechtliches Wirken der Priester zu bauen oder alte Pfarrhöfe zu sanieren, eine Maßnahme, die durchaus im Interesse der Denkmalpflege liegt, ergibt sich naturgemäß.

Ein realpolitisches Thema ist zweifelsohne die Frage der Subventionen, wobei die Kirche, die ja maßgeblich die Erhaltung trägt, seit Jahren vorbringt, daß die Belastung der Mehrwertsteuer bei weitem höher liegt, als all die Subventionen, die seitens öffentlicher Institutionen gewährt werden. Die Kirche fordert, wie die Besitzer bedeutender Schlösser, steuerliche Anerkennung.

Die Erhaltung von Kulturdenkmälern wurde jedoch im Grunde schon sehr lange durch finanzielle Beihilfen subventioniert.

Denken wir doch an all die Maßnahmen des Staates oder der Landwirtschaft seit dem 16. Jhdt., die uns bei Brand, Hochwasser oder Kriegskatastrophen, aus den Archiven bekannt sind. All diese Beihilfen wurden sicherlich zur Linderung der Not, aber auch politisch gesehen, zur Erhaltung des Steueraufkommens gewährt.

Auch für die kulturelle Bewahrung wurden seitens des Kaiserhauses bereits unter Franz Joseph I. über Ansuchen nach fachlicher Begründung Beihilfen gewährt.

Subventioniert wird, wie wir heute alle wissen, nahezu auf allen Gebieten; seien es die Staatsoper, Festspiele, die Blasmusikkapelle oder das Bankerl des Fremdenverkehrsvereines, das mit einem Taferl bestückt wird. Selbst eine Höhenburgruine könnte wiederum mit Zinnen und Türmen zur Burg werden, wenn nicht die Fachleute die Überzeu-

gung hätten, all diese Vorhaben vieler Vereine, die ja in guter Meinung handeln, in richtige Bahnen zu lenken; wichtig ist allein die Absicherung des historischen Bestandes.

Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Subventionen erfolgt durch den Kulturpolitiker auf Grund der zahlreichen Ansuchen und der Stellungnahme der jeweiligen Fachgutachter, die mit der Wiederherstellung und Sicherung der Objekte betraut sind.

Bei all den Entscheidungen kann auch der Fall eintreten, daß die Erhaltung der Denkmale nicht im Vordergrund der kulturpolitischen Interessen stehen. Dies ist ja auch oft auf Bundes- oder Gemeindeebene der Fall.

Zum sachpolitischen Kreis gehört die im vergangenen Jahrzehnt oft aufgeworfene Frage der Verländerung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Dieser Wunsch der Übergabe von Bundeskompetenzen wurde meines Wissens hauptsächlich von den wohlhabenden westlichen Bundesländern vorgetragen, die argumentieren, der Bund solle vor allem in finanzieller Hinsicht im Verhältnis zu den Ländern zu wenig für die Erhaltung der Denkmale.

Im Grunde ist dies eine erstaunliche Entwicklung, wenn man bedenkt, wie etwa die österreichischen Denkmalpfleger bei den jeweiligen internationalen Treffen von den deutschen Fachleuten, die ja den Ländern unterstehen, um die Zentralinstitution des Bundes beneidet werden. Der Grund für diese Bejahung des Zentralismus, wie etwa in Frankreich vorhanden, ist vor allem in fachlich-methodischer Hinsicht gegeben. Es ist die einheitliche Arbeit all der Landeskonservatoren mit Unterstützung der Zentrale des Bundesdenkmalamtes, der Werkstätten mit Forschung und Praxis und auch der internationalen Erfahrung vorhanden.

Zu den politischen Grundfragen der Denkmalerhaltung gehört auch noch der steuerpolitische Aspekt. Eine Untersuchung der UNESCO ergab zum Beispiel, daß auf über 70% der gesamten Fremdenverkehrsprospekte Kulturdenkmale sowie alte Ortsbilder die Titelseite einnehmen. Diese von Werbeanagern benutzte Tatsache läßt schlüssig annehmen, daß wir den Fremden (ebenso wie wir nach Italien fahren um zu schauen) im wesentlichen unsere Kulturlandschaft mit den alten Städten, Märkten, Kirchen und Schlössern zu bieten haben. Dieses Interesse schlägt sich zweifelsohne auch in der Zahlungsbilanz und im Steueraufkommen des Staates nieder.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Steuereinnahme und außerdem der Arbeitsbeschaffung unserer Zeit ist die Tatsache, daß bei der Sanierung oder Restaurierung eines Bauwerkes mit einer minimalen Beihilfe und fachlicher

Beratung, vor allem von Privateigentümern, hohe Beträge investiert und umgesetzt werden. Naturgemäß ist daher der Wunsch der staatlichen Denkmalpflege, wie auch der katholischen Kirche, der Schloß- und Althausbesitzer gegeben, zur Erhaltung des ihnen anvertrauten Kulturgutes, das manchmal auch kaum Gebrauchswert oder Funktion hat, an den Finanzminister heranzutreten, um von diesem durch Steuererleichterungen Hilfe zu erhalten.

Im politischen Zusammenhang sei noch festgestellt, so meine ich, daß das im 1. Weltkrieg aus dringlichen Gründen geschaffene Mieterschutzgesetz ohne Zweifel diametral gegen die Interessen der Denkmalerhaltung wirkt. Dies zeigen die weitgehend abgewohnten Häuser unserer Städte und Märkte. Aber gerade auf diesem Sektor sind heute neue, vor allem aus wirtschaftspolitischen Gründen entstandene Tendenzen vorhanden, wie dies eben das Althausanierungsgesetz, das Wohnungsverbesserungsgesetz beweisen. Wir hoffen, daß all diese Gesetzgebungen, denen ja weitere folgen werden, zur Erhaltung des Althausbestandes und allenfalls auch der Schloßbauten, die zum Teil schon von Wohngemeinschaften übernommen werden, beitragen können.

Das Thema Politik und Denkmalpflege ließe sich noch sehr lange, in all den komplizierten Zusammenhängen weiterführen. Wichtig erscheint mir jedoch, ohne zu übertreiben, der wesentliche Aspekt des Schutzes und der Pflege von Denkmälern von der Altstadt bis zum Bauernhaus, von der Badwandbrücke bis zur archäologischen Grabung deshalb, weil die Identität des Steirers und jedes Österreicher weitgehend durch unsere Kulturlandschaft geprägt wird. In dieser Umgebung sind wir aufgewachsen und leben wir. Wir haben daher für uns und unsere Nachfolger eine Verpflichtung übernommen, die wir in der sich stets verändernden Umwelt erfüllen müssen ●

NATUR-, LANDSCHAFTS- ORTSBILDSCHUTZ, POLITIK, ARCHITEKTUR

Die Landschaft als ästhetisches Objekt ist die Erfindung von Städten und die Idee, sie unter Schutz zu stellen, stammt auch nicht von der Landbevölkerung. Dieselben Menschen aber, die nach dem Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz gerufen haben, also jene Städte, die um ihre Erholungsräume bangen, zerstören sie durch rücksichtslose Ausbeutung und gedankenlosen Konsum (Zweitwohnungen, Ferienhäuser, Zersiedelungen) sukzessive selbst. Eine Katze, die sich in den Schwanz beißt und eine Problematik, die gleichermaßen den Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz betrifft.

Ich möchte einerseits, weil der Natur- und Landschaftsschutz geradezu zum Synonym für Ablehnung und Gestaltungstyrannie geworden ist, andererseits, weil ich mich im Zuge meiner Arbeit als Amtssachverständige für Hochbauangelegenheiten in Schutzgebieten immer wieder mit diesem Thema auseinandersetze, den Schwerpunkt meiner Betrachtungen auf Probleme des Natur- und Landschaftsschutzes legen, und den Ortsbildschutz gesondert behandeln, weil er sich in vielem davon unterscheidet.

In Landschaftsschutzgebieten wird — im Vergleich zu jenen Bereichen, die dem Natur- oder Ortsbildschutz unterliegen —, zahlenmäßig mehr gebaut. Das erklärt sich einerseits aus der Tatsache, daß drei Viertel aller geschützten Flächen in der Steiermark dem Landschaftsschutz unterliegen und andererseits daraus, daß in dem verbleibenden Viertel, welches unter Naturschutz steht, teilweise andere, auf jeden Fall aber viel strengere Kriterien gelten.

Die gesetzliche Basis für den Natur- und Landschaftsschutz ist das Steiermärkische Naturschutzgesetz 1976, für den Ortsbildschutz gilt das Steiermärkische Ortsbildgesetz 1977.

42% der Gesamtfläche der Steiermark stehen seit 1956 unter Natur- und Landschaftsschutz.

23 steirische Ortschaften haben sich bisher entschlossen, ihre schönsten baulichen Bereiche unter Ortsbildschutz zu stellen, und

33 steirische Orte arbeiten gegenwärtig

an den Vorbereitungen für die Ausweisung solcher Schutzzonen.

Was aber im Natur- und Landschaftsschutz seit 30 Jahren mit mehr oder weniger großen Schwierigkeiten abläuft, geschieht in Angelegenheit des Ortsbildschutzes aus freiem Antrieb der Gemeinden.

Dafür gibt es mehrere Erklärungen, die es erfordern, sich kurz mit der Entstehungsgeschichte und den ursprünglichen Beweggründen für die Schaffung beider Gesetze zu befassen.

Entstehung und ursprüngliche Funktion des Natur- und Landschaftsschutzes

Die aus Spezialregelungen für das Forst-, Jagd- und Fischereiwesen entstandenen gesetzlichen Anfänge des Österreichischen Naturschutzes finden sich im 19. Jahrhundert. Sie bezogen sich auf das Vorkommen besonderer Tier- und Pflanzenarten sowie die Erhaltung von Naturdenkmälern.

Im Jahre 1939 löste das Reichsnaturschutzgesetz alle österreichischen Landesgesetze ab, und die Steiermark erhielt damit ihr erstes, umfassendes Naturschutzgesetz, das bis zum Jahr 1976 — erweitert durch eine Verordnung aus dem Jahre 1956 — in Geltung stand.

Die Anfänge des Natur- und Landschaftsschutzes in der Steiermark fielen also in eine von starken politischen Ideologien geprägte Zeit, was auch im Fachlichen seinen Niederschlag fand. Heimatkunst und Heimatschutz tauchten zu jener Zeit in verstärktem Maß auf, und was ursprünglich als Ausdruck dieser Zeit mit dem Wunsch begann, altes bäuerliches Kulturgut, also auch Bauten und deren Umfeld, zu erhalten, geriet rasch zu einer klischeehaft-formalistischen Vorstellung davon, wie Neubauten im ländlichen Bereich aussehen müßten, damit sie „in die Landschaft passen“.

Hand in Hand mit der Entdeckung und Konservierung von nationalem Kulturgut wurden dann auch bald Gestaltungsvorschriften publiziert, die heute, in einer Periode großer formaler Unsicherheit, leider wieder durch Planer- und Amtsstuben geistern,

wenn auch in etwas modifizierter Form. Seit seinen Anfängen ist somit der Natur- und Landschaftsschutz mit einer emotionalen Komponente belastet, und seine problematische Vergangenheit hängt ihm immer noch nach. Dazu kommt, daß sich Funktion und Aufgaben, vor allem des Landschaftsschutzes, im Lauf der Zeit und als Folge wirtschaftlicher Veränderungen stark gewandelt haben, ein Faktum, welchem in den gesetzlichen Bestimmungen bis 1976 nie Rechnung getragen worden ist.

In der Phase des ersten Konjunkturanstieges und des Wiederaufbaues funktierten Sachverständige und Juristen des Naturschutzes hauptsächlich als Pioniere der heute gesetzlich verankerten Raumordnung, wenn sie auch das Verordnen von Gestaltungsrezepten immer noch als eine ihrer vordringlichen Aufgaben ansahen. Das mag u. a. damit zu erklären sein, daß ursprünglich fast nur naturkundlich ausgebildete Sachverständige im Naturschutz tätig waren, für die — spätestens, als der große Bauboom einsetzte — die Flucht in Gestaltungsnormen nur allzu verlockend war.

Die Flut von Widmungs- und Bauanträgen als Ausdruck steigenden Wohlstandes bewirkte, daß nach und nach zur Bewältigung dieser Arbeit auch Techniker als behördliche Sachverständige eingesetzt wurden. Nicht immer jedoch sind diese Techniker aus den Reihen der Architekten oder Hochbauer gekommen, sodaß mitunter immer noch ehemalige Amtssachverständige für Straßen- oder Wasserbau als Amtssachverständige für Natur- und Landschaftsschutz über Gestaltungsfragen im Hochbau urteilen und damit ein neuerliches Aufkommen genormter Beurteilungskriterien begünstigen.

Mit der Landschaftsschutzverordnung 1956 — auf dem Reichsnaturschutzgesetz 1939 basierend — erhielt die Steiermark, zusätzlich zu den naturgeschützten Bereichen, auch ihre Landschaftsschutzgebiete, deren teilweise problematischen Grenzverläufe heute noch Gültigkeit haben.

Bis zum Jahr 1976, also 20 Jahre lang, bis endlich ein praktikables Naturschutzgesetz erlassen wurde, diente

diese Verordnung als rechtliche Grundlage für die ungeheuer große Zahl an Widmungs- und Baubewilligungen der Naturschutzbehörde, eine Verordnung, deren Bestimmungen mehr oder weniger nach Belieben von den maßgeblichen Kräften unseres Bundeslandes übergangen oder befolgt wurden.

Trotzdem konnten damals viele Großbauvorhaben, die katastrophale Auswirkungen auf Natur und Landschaft gehabt hätten, verhindert werden. Ein Faktum, in dessen Natur es liegt, nicht wahrgenommen werden zu können,

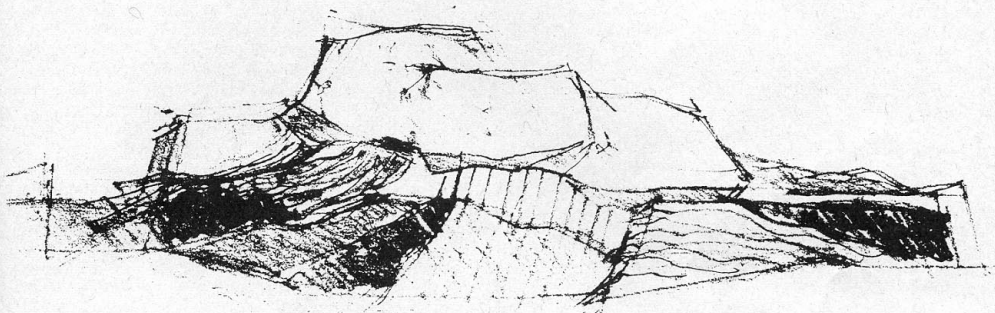
Es sollte allerdings erwähnt werden, daß man — klug geworden aus den Erfahrungen im Natur- und Landschaftsschutz — sowohl bei der Gestaltung dieses relativ neuen Gesetzes, als auch bei dessen Benennung, sehr behutsam vorgegangen ist.

So wurde das belastende und belastende Wort „Schutz“ bei der Namensgebung bewußt vermieden und es ist im Fall des Ortsbildgesetzes sogar gelungen, diesem so etwas wie „antiautoritäre Züge“ zu verleihen, insofern, als es den Gemeinden freigestellt ist, sich durch Ausweisung von Ortsbildzonen

Potential der Ziviltechniker gemeinsam mit den Interessen der Landesregierung eingesetzt wird.

Rechtliche Ursachen für Schwierigkeiten im Natur- und Landschaftsschutz

Da in Abwandlung des zentralen Themas „Architektur und Politik“ zum Thema „Landschaftsschutz und Architektur“ später noch einiges zu sagen sein wird, sollen zuerst jene Schwachstellen des geltenden Gesetzes angeführt werden, die wiederholt zu politi-



Günther Domenig,
„Haus D“
1982

sodaß sich die Gemüter immer noch an jenen wenigen Relikten aus dieser Zeit erhitzen, die damals absolut nicht zu verhindern waren (wie z. B. die zu großen Appartementhäuser in manchen Bereichen der Obersteiermark).

Zum Vergleich einiges über das Ortsbildgesetz

Ein wirklich spürbares Bewußtsein für Fragen des Umweltschutzes beginnt sich erst seit kurzem abzuzeichnen.

Vielleicht sind dieses neue Bewußtsein und die Tatsache, daß dem Ortsbildschutz eine „politische Vergangenheit“ erspart geblieben ist, Gründe dafür, warum die Handhabung des Ortsbildgesetzes 1977 vergleichsweise so wenig Schwierigkeiten bereitet.

diesem Gesetz zu unterwerfen oder nicht.

Die Entscheidung hierüber liegt ausschließlich im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden, wobei jedoch Hilfestellungen der Landesregierung vorgesehen bzw. zu erwarten sind (Ortsbildkommission, Beratungen, Förderungen).

Der Erfolg des Ortsbildschutzes, dessen Schwerpunkt nicht nur im Erhalten sondern ganz maßgeblich im Gestalten von geschützten Bereichen liegt, ist — verglichen mit anderen Bundesländern — ungewöhnlich groß, wozu sicherlich auch der Umstand beiträgt, daß der Ortsbildsachverständige in der Regel aus den Reihen der freischaffenden Architekten kommt, also kein Beamter ist, und auf diese Weise das geistige

schen Interventionen führen, und deren Beseitigung zu größerer Transparenz und Verständlichkeit der Materie beitragen könnte:

• Verankerung der Raumordnung im Naturschutzgesetz

Obwohl die Naturschutzbehörde durch die Möglichkeit, zu den Entwürfen der Flächenwidmungspläne Stellung zu nehmen, in die Raumordnung eingebunden ist, sieht das Naturschutzgesetz nach wie vor die Erlassung eigener, von der örtlichen Bauinstanz unabhängiger Widmungsbescheide in Schutzgebieten vor, die über die grundsätzliche Frage der Widmung entscheiden. Da jedoch eine Rückkopplung des Naturschutzes mit Gemein-

den, die noch keinen rechtskräftigen Flächenwidmungsplan haben — und das sind noch viele — oder mit solchen, die bereits an der Abänderung desselben arbeiten, aus organisatorischen Gründen nicht in jedem Fall erfolgen kann, kommt es in der Folge häufig zu einander präjudizierenden bzw. widersprechenden Entscheidungen zwischen örtlicher Baubehörde und dem Naturschutz in ein und derselben Widmungsangelegenheit: eine Tatsache, die die davon Betroffenen ratlos, und die Angelegenheiten zu Fällen für den Politiker macht.

Durch entsprechende Bezugnahmen auf die Raumordnung im Naturschutzgesetz könnten beide Punkte geregelt und die Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden.

Die gesetzliche Pflicht der Naturschutzbehörde Widmungsbescheide zu erlassen wäre z. B. dahingehend zu novellieren, daß stattdessen Widmungsrahmenbescheide erlassen werden, in welchen nur über jene Maßnahmen abgesprochen wird, die bei zukünftigen Baueingriffen für den umgebenden Natur- und Landschaftsraum relevant sind, wie z. B. Geländeveränderungen, Gebäudehöhen, Gliederung, Farbcharakter usw. Widmungsrahmenbescheide der Naturschutzbehörde könnten sich dann erübrigen, wenn Bebauungspläne vorhanden sind, die unter Mitsprache des Natur- und Landschaftsschutzes entstanden sind.

• Neuordnung der Schutzgebiete

Die Tatsache, daß so mancher nicht mehr schützenswerte Bereich immer noch unter Natur- und Landschaftsschutz steht, ist vielen zu Recht unverständlich und erschwert die Arbeit der Naturschutzbehörde.

Es gibt Landschaftsteile, die in den Anfängen des wirtschaftlichen Aufschwunges nach dem Krieg der großen Tourismus-Euphorie erlegen sind, und deren einst reizvolles naturräumliches Potential — zum Teil unter Ausschaltung des Natur- und Landschaftsschutzes — durch Spekulationsbauten entsteht und zersiedelt wurde.

Es wäre also eine Neuordnung der Schutzgebiete dringend notwendig. Diese Neuordnung sollte jedoch nicht — wie es derzeit die politische Absicht zu sein scheint — auf eine bloße Reduzierung der Schutzgebiete abzielen, sondern damit verbunden auch eine Differenzierung nach Kriterien der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Gebiete erfolgen, sodaß ein sensibleres gesetzliches Instrument als bisher zur Verfügung steht. Es könnte damit eine Art „abgestimmter Schutz“ aufgrund von Qualitätsunterschieden der einzelnen Landschaftsbereiche ermöglicht werden.

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Mehrzahl der Gemeinden den Schutz

immer noch als Last empfindet: gerade jene Gemeinden, vor allem Fremdenverkehrsgemeinden, die dem Baudruck bisher nur bedingt standhalten konnten, haben in so manchem Sachverständigen für Natur- und Landschaftsschutz einen Gesprächspartner gefunden, der ihnen in erster Linie beratend zur Seite steht und bei der Lösung ihrer Probleme behilflich ist.

Ein gutes Beispiel dafür sind die im Bezirk Liezen vom dortigen techn. Amtssachverständigen für Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz eingeführten Bausprechtag, die in bestimmten Zeitabständen in verschiedenen Gemeinden der einzelnen Kleinregionen abgehalten werden. Damit wird Bauherren und Bauwilligen die Möglichkeit gegeben, mit allen, an ihrem Verfahren beteiligten Sachverständigen und Behördenvertretern, rechtzeitig Kontakt für Auskünfte und Beratung aufzunehmen.

• Neubegrenzung der Schutzgebiete

Die Grenzen der Schutzgebiete verlaufen vielfach entlang von Straßen, Bachläufen, Gemeindegrenzen usw., d. h. im großen und ganzen so, wie sie 1956 verlaubar wurden.

In der Praxis hat sich schon längst herausgestellt, daß dadurch ungerechte und fachlich geradezu absurde Situationen entstehen können.

So kommt es häufig vor, daß in ein- und demselben Landschaftsraum, diesseits von Straße, Bach oder Gemeindegrenze nur mit den Bewilligungen zweier Behörden (örtliche Baubehörde und Naturschutzbehörde) unter Einhaltung all ihrer Auflagen gebaut werden darf, während auf der gegenüberliegenden Seite nur mehr eine Behörde, nämlich die örtliche Baubehörde, zuständig ist.

Bei einer zukünftigen Neubegrenzung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete wird man sich in erster Linie an geschlossenen Landschaftsräumen in Verbindung mit den Baulandausweisungen der jeweiligen Flächenwidmungspläne orientieren müssen.

Landschaftsschutz und Architektur

Neben der Mitsprache bei Straßenprojekten, Wasserbauten, Lift- und Abfahrtsstrecken, Kies- und Schottergruben, Starkstromleitungen, Reklametafeln und bei all den anderen Vorhaben, die Natur- und Landschaft verändern, bildet die Begutachtung von Hochbauten einen Schwerpunkt der Sachverständigentätigkeit im Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz.

Wenn auch die Bezeichnung Architektur für das Gros der Bauwerke, die in Schutzgebieten errichtet werden, auf den ersten Blick zu anspruchsvoll klingt, so muß doch von der Maxime

ausgegangen werden, daß alles Architektur ist, was eine bestehende natürliche oder bauliche Situation verändert, also auch jedes wie immer gestaltete Gebäude.

Der gesamte Themenkreis Baugestaltung und Architektur in Schutzgebieten ist aus bereits erwähnten Gründen mit einer Hypothek belastet, die sich solange nicht abbauen lassen wird, als gewisse Klischees und Gestaltungsnormen, wie z. B. Steildachideologien oder stilistische Details, zu den ausschlaggebenden Beurteilungskriterien bei den Sachverständigen zählen.

Nicht um derartige Details soll es im Natur- und Landschaftsschutz gehen, sondern immer nur um die Frage der Herstellung von ästhetischen Bezügen zu typologischen, topologischen, strukturellen und farbcharakteristischen Gegebenheiten. Natürlich kann da auch einmal eine bestimmte Dachneigung oder -form wichtig werden (vor allem im Ortsbild und im Ensemble), aber nicht grundsätzlich und in jedem Fall.

Baulich richtiges Verhalten in einem determinierten Umfeld ist in erster Linie das Ergebnis einer in ästhetischer und funktioneller Hinsicht bestmöglichen Koordinierung von einander zu überlagernden Dingen. Und gerade weil die heutigen Aufgaben um so vieles komplexer und vielschichtiger geworden sind, kann unter der so oft geforderten Fortführung einer Tradition bestenfalls das grundsätzliche Verständnis für die Motivationen, die zur Entstehung von Formen und Details alter Bauten geführt haben, gemeint sein, bzw. für die Art und Weise, wie mit den damals zur Verfügung stehenden Mitteln auf regionale Gegebenheiten wie Klima, Boden und ähnliches, baulich reagiert worden ist.

Keinesfalls ist Tradition zu verwechseln mit der unreflektierten Übernahme einzelner Details und Formen.

Weil aber das klischeehafte Denken im Bewußtsein vieler Bauherren, Planer und Behörden stark verankert ist, hat sich in den letzten Jahren jener überladene Heimastil entwickeln können, hinter dessen älplerischer Penetranz sich vom Wohnhaus bis zum touristischen Spekulationsbauwerk oft gerade das verschandelt, was kein reines Gewissen hat.

Die fatale Begleiterscheinung dieses Stils ist, daß sich, von Fremdenverkehrsexperten bis zu Politikern und Bürgermeistern, alle darüber einig sind, es sei damit nun alles in bester Ordnung.

Der Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz soll davon gar nicht angenommen werden, denn seine Auffassung, daß die Entdeckung des „Steirischen Selbstbewußtseins“ beim Bauen besser sei, als der noch bis vor kurzem herrschende Zustand totaler gestalterischer Anarchie ist nicht ganz unbe-

gründet; schließlich geht nun die Tendenz bei Durchschnittsbauten ganz von selber dahin, sich auch in Maßstäblichkeit und Gliederung eher an der steirischen Volksarchitektur, als, wie bisher, am aufgeblähten Kitsch à la Tirol oder sonst wo zu orientieren.

Verfänglich wird dieses Denkverhalten jedoch spätestens dann, und das gilt vor allem für uns Sachverständige im behördlichen Verfahren, wenn es darum geht, zeitgemäße Architektur zu beurteilen, die dem Maß nimmt an Beispielen aus der Vergangenheit, sondern ihren Ausdruck in einer freien Formensprache findet.

Diese vergleichsweise wenigen, aber sehr interessanten Architekturleistungen stoßen bei Behörden und in der Öffentlichkeit auf Ablehnung und Mißtrauen, vielleicht aus Angst vor dem Ungewohnten und wegen der Tatsache, daß sie sich keinem der gängigen „Baustile“ zuordnen lassen. Einfalllos häßliche Durchschnittsbauten jedoch, wie sie zu tausenden den ländlichen Raum verunstalten, werden anstandslos akzeptiert, einfach deshalb, weil sie ins gewohnte Bild passen, und sie keinem mehr besonders auffallen. Für schöpferische Menschen, und dazu sollten Planer und Architekten gezählt werden, gibt es viele Möglichkeiten, auf bestimmte landschaftliche, bauliche oder topografische Gegebenheiten, auf den „genius loci“ einer Landschaft, eines Ortes, zu reagieren: die Anpassung durch Übernahme der Form ist da nur eine davon, die einfachste.

Wichtig und ausschlaggebend für eine Beurteilung im Naturschutzverfahren sollte daher allein die Erfüllung der Forderung sein, daß einer bestimmten Situation durch das Neue nichts von ihrem Spezifischen genommen werden darf, sondern sie dadurch bereichert werden soll; und das wiederum hängt in erster Linie mit der Entwicklung der Baumassen, mit der Weiterführung regionaltypischer Strukturen, der Wahl der Baustoffe und dem Farbcharakter der Umgebung zusammen.

Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten, mit welchen die Realisierung zeitgemäßer Architektur — und das nicht

nur bei uns — verbunden ist, sind in der Steiermark in den letzten Jahren einige Bauwerke entstanden, die Bewegung in die baukünstlerisch erstarrte Situation gebracht haben, und die die Diskussion über Baukultur und Architektur wieder ein wenig aufleben ließen (siehe Friedrich Achleitner: „Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert“, Band II, Kärnten, Steiermark, Burgenland).

Jene Sachverständigen — und darauf will ich hinaus — die sich im behördlichen Verfahren primär mit Fragen der Baugestaltung befassen, sollten es noch mehr als bisher als eine ihrer besonderen Aufgaben ansehen, baukulturell wichtige Projekte als solche zu erkennen und deren Realisierung mit Hilfe fachlich fundierter Aussagen zu fördern.

Durch die Auswahl und Einsetzung entsprechend ausgebildeter und engagierter Sachverständiger — in den Gemeinden z. B. durch die Beiziehung von Ziviltechnikern für Architektur — könnte von behördlicher Seite viel dazu beigetragen werden, dem gegenwärtig von Nostalgie und Kitsch getragenen Bauklima neue Impulse zu geben.

Natur-, Landschaftsschutz und Politik

Politik ist, neben allem anderen, auch all das, was mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen die Handlungsfreiheit einzelner im Hinblick auf das Wohl der Allgemeinheit regelt.

Insofern sind Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz politische Instrumente.

Zum Politikum entwickeln sich die Dinge meistens dann, wenn sich der eine oder andere Bürger durch für ihn unverständliche gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Entscheidungen der Willkür der Obrigkeit ausgesetzt fühlt.

Das Naheliegende ist dann der Weg zum Politiker, was zwar nicht übermäßig oft, so doch oft genug politische Weisungen zur Folge hat.

Diese nützen zwar dem einen, dem geholfen wird, nicht aber all den anderen, die sich wohl oder übel an die ge-

setzlichen Bestimmungen halten müssen, weil sie nicht intervenieren wollen oder können und sich in der Folge über Sonderregelungen für einzelne ärgern oder wundern.

Die Frage nach dem politischen Nutzen solcher Sonderregelungen soll hier nicht diskutiert werden, nur soviel steht fest, daß jener Personenkreis, der sich über die Bevorzugung eines einzelnen wundert, in der Regel größer ist, als der Kreis der Bevorzugten.

Anders zu beurteilen und für alle verständlich sind Hilfestellungen für sozial Schwache — aber um solche geht es ja nicht immer.

Für behördliche Sachverständige wirkt es fast immer Probleme auf, in Gebieten zu arbeiten, in welchen einmal oder öfter fachliche Angelegenheiten durch politische Weisungen geregelt worden sind: ihr Bemühen um eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den Bürgermeistern erfährt durch Eingriffe, die gesetzlich und fachlich nicht nachvollziehbar sind, zuweilen arge Rückschläge. Schließlich werden sie als Vertreter der Landesstellen, von den mit den Details nicht so vertrauten Gemeindegliedern — direkt oder indirekt — für Sonderregelungen verantwortlich gemacht.

Die Arbeit im Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutz fällt daher oft in jenen Gemeinden leichter, deren Geschichte von Bürgermeistern gelenkt werden, deren Hauptaugenmerk — aus welchen Gründen immer — primär auf das Gemeinwohl gerichtet ist und erst in zweiter Linie den mitunter doch recht persönlichen Wunschorstellungen einzelner gilt.

Die meisten der guten und brauchbaren Problemlösungen werden zwischen Behörden, Gemeinden und Bauherren in Form von Kompromissen erarbeitet, und alle, die sich darum bemühen, werden mit einem Gefühl der Befriedigung und des Erfolges belohnt. Regelungen, die diesen sehr positiven Prozeß ausschalten oder abkürzen, halten sich, wie schon gesagt, in Angelegenheiten des Natur-, Landschafts- und Ortsbildschutzes sehr in Grenzen, so daß mehr darüber nicht zu sagen ist ●

RAUMORDNUNG UND PLANUNGSPOLITIK

Über **Planung** heißt es etwas sarkastisch:

Planung ist die Ersetzung des Zufalles durch den Irrtum. Dem Zufall sind wir aber schutzlos ausgeliefert, während wir als Planende immerhin die Möglichkeit haben, vom größeren zum kleineren Irrtum vorzuschreiten. Demnach wird auch das **Zufällige**, das Ungeplante, wie auch das Unplanbare weiterhin die **Planungspolitik** wesentlich beherrschen. Hiebei wird man den Politiker und Planer als Experten bezeichnen können, der sowohl mit dem **Vorsehbaren** als auch mit dem **Zufälligen** mit größerer „Vertrautheit“ umgehen kann als andere.

Diesem Ziel näher zu kommen soll nun auch folgender Beitrag dienen.

In fast allen Raumordnungsgesetzgebungen findet sich an vorderster Stelle eine sehr sinnvolle ideale Definition über den Begriff der **Raumordnung**, so auch in unserem RO-Landesgesetz von 1974.

§ 1/2 Raumordnung im Sinne dieses Gesetzes ist die planmäßige, vorausschauende Gestaltung eines Gebietes, um die nachhaltige und bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraumes im Interesse des Gemeinwohles zu gewährleisten. Dabei ist, ausgehend von den gegebenen Strukturverhältnissen, auf die natürlichen Gegebenheiten, auf die Erfordernisse des Umweltschutzes sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung und die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft Bedacht zu nehmen.

Aus diesen und anderen Definitionen lassen sich sehr klar einige wesentliche Erkenntnisse und Zielsetzungen erkennen.

Z. B.:

1. Zum Wohl des **Ganzen** (z. B. Gebiet, Gesellschaft), aber auch des einzelnen in der Ganzheit benötigt es **mehr** als nur die **Summe** von unverbündlichen **Einzeloptimierungen**.

2. Bei jeder raumwirksamen Einzelmaßnahme ist sowohl die Frage nach der **Zweckmäßigkeit** im weitesten Sinn als auch der **Umweltverträglichkeit** — ebenfalls im weitesten Sinn — zu stellen.

aus der Sicht eines Planers

Auf diese beiden Aspekte möchte ich mich in meinen weiteren Ausführungen etwas konzentrieren. Bevor ich mir jedoch erlaube einige unbequeme Thesen über das Verhalten von politischen Entscheidungsträgern in der Planung zu servieren, möchte ich Sie noch mit 2 Ergebnissen der sogenannten „Denk- und Verhaltensforschung“ konfrontieren.

Forscher der Universität Giessen gingen der Frage nach, ob der Denkkapazität des Menschen imstande ist, komplexere Probleme ausreichend zu lösen. Ohne auf das wie der Forschungsmethode einzugehen, die Ergebnisse:

So wie sie es in der Schule gelernt hatten, dachten die Testgruppen allesamt „einspurig-linear“, d. h. in Wirkungsketten und nicht, wie erforderlich, in Wirkungsnetzen: sie hatten jeweils nur die unmittelbaren Folgen ihrer Eingriffe im Auge; statt auch deren mögliche Nebeneffekte miteinzukalkulieren — für eine Gesellschaft, die sich in eine dynamische Änderung begibt, eine „tödliche“ Unfähigkeit.

Die Testgruppen verkannten nicht nur die typischen Eigenschaften komplizierter Sozial- und Ökosysteme, und sie zeigten sich außerstande, das einmal gewonnene Bild der Modellwelt den veränderten Umständen anzupassen.

Sie sammelten keine Informationen mehr und waren nicht bereit, das einmal entworfene Bild, die einmal getroffene Entscheidung ausreichend zu korrigieren.

Die einzelnen Planungsmaßnahmen, die getroffen wurden, verselbständigten sich und nahmen dann oft zusätzlich die Stelle des eigentlichen Problems ein.

Die Denkforscher kamen u. a. zu dem Schluß, daß die **Krisen von heute einen ihrer wesentlichsten Ursprünge in den Denkfehlern der Vergangenheit haben**.

Eine andere Untersuchung, die sich mit psychischen Einflüssen auf das Denken befaßt, kommt in etwa zu nachfolgenden Schlüssen:

Der Mensch handelt keineswegs so rational wie er glaubt oder vorgibt. Viele Entscheidungen, ob im Privatleben oder in der Politik, werden von unbe-

wußten Faktoren diktiert, auch der vermeintlich vernünftig handelnde Mensch läßt sich von verborgenen Gefühlen leiten. Häufig ist das, was als mehr oder wenig freier rationaler Entschluß angesehen wird, nur die nachträgliche rationale Rechtfertigung für einen Gefühlsentscheid.

Nichts gegen **Gefühlsentscheide**, nichts gegen unsere immer noch geringe **Fähigkeit vernetzte Zusammenhänge** ausreichend zu durchschauen. Wir sollten uns, glaube ich, aber über die begrenzten Fähigkeiten dieser beiden Dimensionen unseres Wesens bei allen bedeutenden Entscheiden im klaren sein.

Nun zu den keineswegs vollständigen, unbequemen Thesen, etwas pointiert formuliert und garniert mit einigen erlebten Fallbeispielen.

Damit ich aber nicht mißverstanden werde:

Ich bin einerseits keineswegs Pessimist oder Zyniker, noch möchte ich andererseits eine soziale Gruppe wie den politischen oder planerischen Entscheidungsträger generell oder speziell beleidigen. Die nachfolgenden Thesen sollen lediglich helfen raumplanungspolitische Entscheidungen besser vorzubereiten und zu treffen.

These 1: Improvisation von Krise zu Krise.

Für die Lösung eines Planungsproblems ist es zwar grundsätzlich nicht wesentlich, ob eine Lösung improvisiert oder kontinuierlich geplant ist, wesentlich ist, daß die Lösung für das Problem die **entsprechendste** ist. Dies läßt sich jedoch nur erreichen, wenn für die wichtigsten Probleme einigermaßen systematisch Lösungskapazität bereitgestellt wird.

Beispiel:

— wie viele Planungssitzungen, Kommissionen, Bauverhandlungen finden statt ohne ausreichende Unterlagen, mit zuwenig kompetenten Sachverständigen etc.

— wie viele Planungen sind nur rasche Notlösungen von mal zu mal.

These 2: Politische Entscheidungsträger von Planungen sind ständig überlastet — haben zuwenig Zeit für Planung.

Sie alle kennen auch die Worte: „Das Dringliche ist der Feind des Wichtigen“.

Für Überlastung brauche ich Ihnen sicherlich keine Beispiele bringen — für die Folgen die sich daraus ergeben, finden Sie sicher selbst auch genügend.

These 3: Die überragenden Ziele sind opportunistische, wie

- a) Überleben
- b) mehr Macht etc.

Planerische Lösungen werden oft nicht primär danach ausgewählt, ob sie die Probleme nachhaltig lösen, sondern vor allem danach, ob sie die eigene Position gefährden oder fördern. Dies trifft leider auch sehr stark für Auftragnehmer wie Sachverständige und

Auftraggeber nicht formuliert werden konnten!

Beispiel: Eine wesentliche Verkehrsinfrastruktur in Graz wurde erst untersucht, nachdem mittels anderer (ungelesener) Gutachten die politische Entscheidung hierfür gefallen ist.

These 5: Entscheidungsträger befinden sich in einer ständigen Kampfsituation. Meinungen und Absichten offen darzulegen ist hiebei (oft) ein Nachteil.

These 6: Entscheidungsträger (insbesondere in großen Organisationen)

- entscheiden träge
- wollen, können oder dürfen nicht

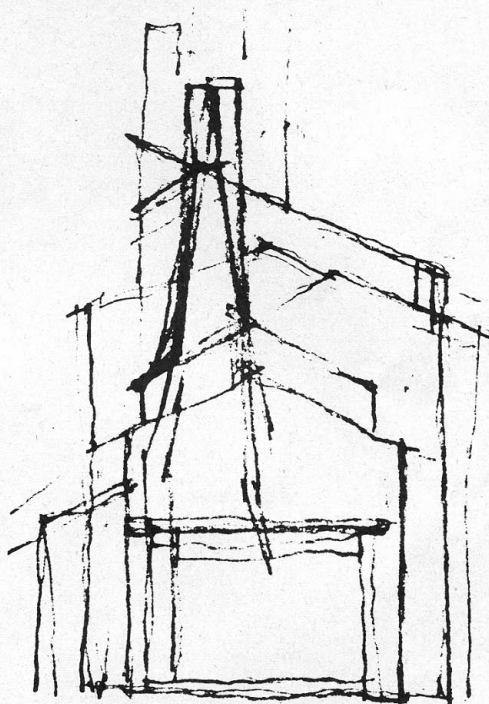
Beispiel:

a) Bürgerinitiativen sammeln Stimmen für oder gegen etwas ohne ausreichende Belege

b) politische Gremien oder Einzelpersonen entscheiden sich oder bekennen sich zu einer Lösung bevor sie ausreichende Unterlagen studiert haben.

These 9: Tatsächliche Alternativen werden nicht berücksichtigt. Häufig kommen tatsächliche Alternativen nicht zum Zug, weil

- man nicht an sie denkt
- weil sie schon vom Gegner belegt sind



Marlies Binder,
„Keramikwerkstätte“
1981

Planer zu, insbesondere wenn sie in starker Abhängigkeit vom gleichen Auftraggeber stehen.

These 4: Planung wird gebraucht für das

a) Verdrängen von Ungewißheit
b) als taktische Waffe gegen Gegner
Ich habe schon viele Gutachten in Händen von Entscheidungsträgern gesehen, die nicht einmal das Inhaltsverzeichnis gelesen haben, noch die Zusammenfassung. Das Gutachten wird zwar beschlossen, entschieden und gehandelt wird ganz anders.

(Daß Gutachten nicht gelesen werden, liegt häufig auch an ihrer **Unleserlichkeit** für den Entscheidungsträger, d. h. an der schlechten Aufbereitung für diesen.)

Vielfach klären Gutachten nicht die entscheidenden Fragen, weil diese vom

längerfristig denken, entscheiden oder handeln.

Beispiel: Bundesbahnen.

These 7: Wichtige Entscheide fallen zufällig, rasch, unkontrolliert; um unwichtige wird gekämpft.

Beispiel: Aussage eines Spitzenfunktionärs: Wenn wir über die neue Dachdeckung einer Milchhütte entscheiden, wird lange diskutiert, denn jeder glaubt etwas vom Problem zu verstehen. Wenn es um eine neue komplizierte Produktionsanlage — Kosten 10 Mio. S — geht wird rasch und unreflektiert entschieden, da niemand oder nur wenige die nötigen Entscheidungskriterien kennen.

These 8: Zuerst wird die Entscheidung getroffen, dann sucht man die Argumente dafür und verdrängt oder bekämpft die Gegenargumente.

— weil sie grundsätzlichere Änderungen erfordern

— (z. B. nicht techn. lösbar, sondern nur durch Verhaltensänderung, wie z. B. Müllvermeidung etc.)

— weil sie keinen oder geringen Gewinn für den Problemlöser abwerfen

— weil man damit Betroffenheit erzeugt.

Genug dieser unbequemen Thesen, die jeder von uns ja noch um zahlreiche erweitern könnte — tun wir dies jeder in seinem Bereich. Ich möchte auch noch einen kleinen konstruktiven Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung in der Raumplanung leisten und Ihnen als eine Hilfe das Planungsinstrument der **Zweckmäßigkeits- und Umweltverträglichkeitsprüfung** vorstellen.

Zweckmäßigkeit- und Umweltverträglichkeitsprüfung — Hilfe oder Hindernis?

In der Umweltpolitik der letzten Jahre wird international immer stärker der Begriff bzw. das Planungsinstrument der **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** verwendet.

Die UVP kommt aus den Vereinigten Staaten, wo infolge der damals bereits hohen Umweltschäden bzw. Sensibilität der Bevölkerung 1970 ein entsprechendes Gesetz in Kraft getreten ist (National Environmental Policy Act). Dieses Gesetz trägt auch allen **US-Bundesbehörden** ein systematisches, interdisziplinäres Vorgehen auf, das die integrierte Anwendung der Natur- und Gesellschaftswissenschaft und der Fertigkeiten der Umweltgestaltung bei Planungen und Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Umwelt haben, sicherstellt.

Im Environmental Impact Statement-Verfahren sollen insbesondere folgende 5 Punkte geklärt werden:

- Die Umweltauswirkungen der geplanten Maßnahmen
- Nachteilige Umweltauswirkungen, die bei Realisierung des Projektes nicht zu vermeiden sind
- Alternativen zu geplanten Maßnahmen
- Das Verhältnis zwischen lokalen und kurzfristigen Inanspruchnahmen und der Erhaltung langfristiger Funktionsfähigkeit
- Ausmaß der irreversiblen Bindung von Ressourcen.

Auch die **EG-Kommission** begründet die Notwendigkeit der UVP wie folgt: „Mit geeigneten Umweltverträglichkeitsprüfungen von Vorhaben zum frühestmöglichen Planungsstadium sollen die Erfordernisse erfüllt werden. Die zielen darauf ab, durch Zusammenarbeit zwischen den Projektträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit möglichst vollständige Angaben über die wichtigsten Auswirkungen eines Vorhabens auf die Umwelt vorzubereiten, den Umfang dieser Auswirkungen abzuschätzen, möglichst andere Lösungsvorschläge für das vorgeschlagene Vorhaben zu untersuchen und letztlich die zur Verminderung der nachteiligen Auswirkungen erforderlichen Maßnahmen vorzusehen. Dieses Vorgehen sollte in den allgemeinen Rahmen bereits bestehender Genehmigungsverfahren eingefügt werden.“

Es steht außer Zweifel, daß auch Österreich auf die UVP nicht verzichten wird können. In zahlreichen Einzelfällen (Kraftwerke, Straßen, Industrieanlagenbau etc.) wurden bereits von umsichtigen Behörden, oft auch erst auf Druck der Bevölkerung, Umweltverträglichkeitsprüfungen dem Genehmigungsverfahren zugrunde gelegt, obwohl noch kein dezidiertes Gesetzesauftrag hiezu bestand!

Dr. Ernst Bobek vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz schwebt nachfolgendes Modell einer UVP vor:

— Der Projektant legt eine Projektbeschreibung samt UV-Erklärung vor, aus der die Auswirkungen auf die Umwelt hervorgehen.

— Die Behörde prüft die Unterlagen und unterzieht sie einem öffentlichen Anhörungsverfahren.

— Die Behörde spricht gutachtlich aus, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen das Projekt vertretbar ist oder nicht, wobei die Wissenschaft in diesem Prozeß nicht zum Selbstzweck betrieben werden soll.

Wenn man sich näher mit diesen und anderen praktizierten Vorschlägen befaßt, fragt man sich, warum dieses Verfahren der UVP nicht bereits breiten Eingang in die Genehmigungspraxis erlangt hat.

Haupthindernis hiezu dürften wohl die „verfüzten“ Zuständigkeiten verschiedener Behörden sein und die Hemmung, ein Projekt, soweit dies möglich ist, vor der Realisierung auf alle Konsequenzen hin zu durchdenken. Eine weitere Ursache besteht meiner Meinung nach in der Monopolstellung über die verschiedene Betreiber, insbesondere großer Projekte, verfügen, handelt es sich doch bei diesen meist um öffentliche oder halböffentliche Träger, wie Bundes- oder Landesdienststellen (Straßenbau, Wasserbau etc.) oder Elektroversorgungsunternehmen etc.

Von mancher Seite werden Argumente gegen die UVP vorgebracht, z. B.:

— **Die UVP ist nicht erforderlich, da die bisherigen behördlichen Verfahren die Umweltauswirkungen entsprechend berücksichtigen.**

Diesem Argument ist entgegenzuhalten, daß i. A. kein (in zeitlicher, sachlicher, räumlicher und sozialer Hinsicht) umfassendes Prüfungsverfahren zur Durchführung kommt. Die grundsätzliche Sinnhaftigkeit eines Projektes, Alternativvarianten inklusive der sog. Nullvariante (kein Projekt) etc. werden in den Genehmigungsverfahren nicht behandelt, sondern es wird meist nur — oft ohne Öffentlichkeit — über ein eingereichtes Projekt entschieden!

— **Der kostenmäßige, administrative und zeitliche Aufwand sei zu hoch.**

Zahlreiche Projekte verzögern sich heute, weil diese entweder oft in ihrer Grundkonzeption veraltet oder ohne ausreichende öffentliche Auswirkungsdarstellung „durchgezogen“ werden sollen. Es gehört sogar zur Strategie zahlreicher Projektbetreiber, Widerstände durch angeblich sachliche, politische oder ökonomische Dringlichkeiten zu durchbrechen. Jeder von uns kennt derartige Bauwerke in seiner näheren Umgebung. Allein die Kosten für entsprechende UV-Untersuchun-

gen betragen meist nur einen geringen Prozentsatz der übrigen Projektierungskosten, der Nutzen liegt meist weit über den Erwartungen, wie zahlreiche Nachuntersuchungen gezeigt haben. Schäden zu reparieren, soweit dies überhaupt möglich ist, verschlingt viel mehr Aufwand, auch in administrativer Hinsicht, als ein entsprechendes vorsorgliches und umfassendes Genehmigungsverfahren.

— **Die UVP kommt zu spät, wird erst auf Druck der Bevölkerung in Auftrag gegeben, oder dient nur als Alibifunktion für bereits getroffene Entscheidungen.**

Diese Argumente werden erst dann vollständig zu entkräften sein, wenn sich der Umgang mit diesem Planungs- und Rechtsinstrument stärker eingebürgert haben wird, entsprechend kunstvoll gehandhabt und politisch kontrolliert zur Anwendung kommt. Leider hat jedes derartige Instrument meist erst dann seine höchste Perfektion erreicht, wenn der Problemdruck bereits sehr groß ist.

Zusammenfassend kann aufgrund weltweiter Erfahrungen sicherlich gesagt werden:

Die UVP stellt eine Hilfe dar für eine demokratische, dem jeweiligen Wissensstand einer Gesellschaft entsprechenden räumlichen und technologischen Entwicklung, unter bestmöglicher Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen unserer Umwelt.

Die UVP stellt ein Hindernis dar für jene, die bisher und weiterhin in über großem Ausmaß, oft auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt, ihre sektoralen Ziele kurzfristig erreichen wollen ●

STADTTEILPLANUNG UND POLITIK

Stadtteilplanung und Politik oder anders gesagt, Erkenntnisse und Erfahrungen aus 8 Jahren Bezirksentwicklungsarbeit in Andritz: Zunächst eine Betrachtung über die Entwicklung des Bezirkes. Ausgangspunkt Dezember 1975 Andritz hat 1.800 Hektar (flächengrößter Bezirk von Graz) an Grundfläche, die von ca. 15.000 Menschen bewohnt werden. Die Katastralgemeinden bestehen aus Weinitzen, St. Veit und eben Andritz. 3 Großbetriebe, die Papierfabrik Arland, die Maschinenfabrik Andritz (1852 von Körösi gegründet, heute ca. 2.000 Beschäftigte) und die Ziegelei waren Hauptursache der Siedlungstätigkeit. Seither entwickelte sich Andritz zu einem Wohnbezirk unterschiedlicher Wohnqualität. Bebauungsdichten von 0,1 — 2,5.

1869 hatte Andritz 1.767 Einwohner und ca. 117 Häuser. 1951 schon 8.592 Einwohner und ca. 1057 Häuser. 1975 bewohnten gar schon 15.000 Einwohner Andritz in ca. 3.000 Häuser. Eine fast zu rasche Entwicklung. Die Bewohner bestehen aus 20% Kinder, 43% sind Erwerbstätige. Soweit die Bestandsaufnahme.

2.300 Arbeiter und 3.300 Angestellte stehen gegenüber 1.300 Selbständigen. Eingebunden ist Andritz im Norden mit einem Landschaftsschutzgebiet, im Süden durch den Rainerkogel und die Grabenstraße.

5.000 Fahrzeuge durchqueren täglich den Bezirk.

Durch ein Nadelöhr, nämlich die Reichsstraße (Maut) wird das Verkehrsnetz des Bezirkes in den Stadtgürtel der Grabenstraße eingebunden. Nicht Gemeindestraßen, sondern Landesstraßen erschließen den Bezirk. Neben dem bezirkseigenen Verkehr wird Andritz von ca. 3.000 Fahrzeugen von Nordosten, also aus Richtung Weiz, und von ca. 2.000 Fahrzeugen aus Nordwesten, Richtung Stattegg, innerhalb von 24. Std., durchfahren.

Daraus entstanden folgende Probleme:

- a) Zu viel Verkehr, fehlende Gehsteige, Ampeln, Radwege und Schulwegsicherung.
- b) Dichteste Bebauung im ländlichen Raum. Dazu noch fehlende Spielplätze,

ze, fehlender Naherholungsraum, Gefährdung der Grünzonen, fehlende Infrastruktur (Kanal, Wasser, Strom etc.).

d) Wenig Bildungsmöglichkeiten, es fehlte damals das Stukitzbad, öffentliche Spielplätze sowie ausreichende Schulen (heute noch) und Kindergärten etc.

Kurzresümee: Häuser fraßen sich planlos in die Landschaft, ohne auf Naturraum koordinierend einzugehen!

Mit diesen Problemen beschäftigte sich als erste Initiative die Pfarre Andritz und zeigte diese in ihrem Pfarrblatt auf (1. Sprachrohr im Bezirk). Die Bezirksämter mit den Bezirksvorstehern an der Spitze, reagierten auf diese Hinweise kaum oder nur zögernd. Die Parteien (SPÖ, ÖVP und FPÖ) im Bezirk Andritz, hatten zwar ihren Bezirksverantwortlichen, den ersten, zweiten und dritten Bezirksvorsteher, jeder hatte aber eher im Sinn, die Interessen seiner Partei im Bezirk zu vertreten. Die Kompetenzen eines Bezirksvorstehers sind gering und kaum jemanden bekannt. Wenige Bürger wissen, welche Aufgaben ein Bezirksvorsteher wirklich hat, außerdem hat sich herumgesprochen, daß die **rechtliche Stellung des Bezirksvorstehers** nicht oder niemals ausreicht, Wünsche oder Anregungen der Bürger realisieren zu können.

1. Selbsthilfeaktion: Also versuchten die Bürger, die Probleme direkt an die zuständigen Politiker der Stadtverwaltung heranzutragen. Natürlich tauchte da der Wunsch nach einem kompetenten Bezirksvorsteher, nach einer kompetenten Bezirksverwaltung oder einem Verwaltungsbeamten auf, der die Probleme im Bezirk auflistet und möglicherweise in einer Bezirksversammlung gemeinsam mit den zuständigen Fachpolitikern und Fachreferenten und den interessierten Bürgern bespricht oder diskutiert. Die Probleme im Bezirk häuften sich derart und der Unmut in der Bevölkerung wuchs.

Die Aktionsgemeinschaft entsteht

Deshalb gründeten wir eine überparteiliche Aktionsgemeinschaft, (wir, das sind die sogenannten Aktivbürger) mit dem Ziel, der Zerstörung unseres Naherholungsraumes Einhalt zu gebieten

und auf eine geregelte, geordnete sinnvolle Entwicklung des Bezirkes Einfluß zu nehmen und so optimale Wohnbedingungen zu erhalten, oder zu schaffen. Eigene Vorstellungen sollten erarbeitet werden, die zuständigen Behörden unterstützt und zuwiderhandelnde oder zuwiderlaufende Planungen verhindert werden bzw. auch diskutiert werden. Dies gilt im besonderen für drei Bereiche, nämlich **das Wohnen, die Umwelt, den Verkehr und die Infrastruktur** sowie auch die **Bildung**. Dies geschah in der Zeit, als die Aktion Ortsidee, unter der Leitung von D. I. Dieter Schoeller, voll im Gange war. D. I. Dieter Schoeller selbst war es, den wir dann um Rat fragten, der uns Tips und Anregungen gab, die Probleme die wir in Andritz hatten, richtig zu artikulieren und weiterzugeben verstand. Ich erinnere mich noch genau an eine Bürgerversammlung, in der unter D. I. Dieter Dreibholz, gemeinsam mit Horst Pailer und D. I. Helmut Strobl über Ordnung und Probleme der Andritzer diskutiert wurde.

Demokratisierungsprozeß

Wie aber war nun der Alltag der Aktivbürger, wie vollzog sich nun unser Vorhaben innerhalb der Aktionsgemeinschaft? (Eine große Hilfe für alle Bürger war durch das Amt für Bürgerinitiativen der Stadt Graz gefunden. Und durch diese Einrichtungen war der Zugang zu den Politikern gegeben.)

Diese Fragen möchte ich näher erläutern. **Ein Entwicklungskonzept** oder einen Bebauungsplan für Andritz gab es nicht. Grundlage der Bebauung von Grundstücken bildete für jedes Bauvorhaben nach wie vor, nur die Steirische Bauordnung sowie das Raumordnungsgesetz. Bauen konnte man fast überall, wo eine freie Wiese war.

Hilfe an die Verwaltung.

Bei Bauverhandlungen versuchte sich, die Aktionsgemeinschaft für Andritz (AGfA) einzuschalten, damit das Bauvorhaben für Bürger verständlich gemacht werde. Außerdem machte der gewohnte Verhandlungsvorgang es oft schwer, all die Taten und technischen Eigenschaften eines Bauvorhabens wirklich zu verstehen. Dadurch war und ist es auch leichter, über Wünsche und Anregungen rascher Einigung zwischen den Parteien, nicht im Sinne von politischen Parteien, zu erzielen, dadurch wuchs das gegenseitige Vertrauen zwischen den Bürgern und der Verwaltungsbehörde.

Kontrolle durch den Bürger.

Ständiges auf der Hut sein im Bezirk machte sich bezahlt und bestätigte unsere Arbeit innerhalb der Aktionsgemeinschaft. Als beispielsweise Bäume gefällt wurden, meldeten sich die Bürger bei uns und beklagten sich darüber.

In Kürze waren wir eine zentrale Stelle für alle Bezirksprobleme geworden. Wir haben uns alle Probleme, die an uns herangetragen wurden aufgelistet, nach Prioritäten gereiht und neuerlich in einem Konzept den zuständigen Politikern oder Referenten der Stadt Graz herangetragen.

1. Erfolgreiche Aktion der Bürger

Die erste große und auch erfolgreiche Aktion unserer Bürgerinitiative oder besser gesagt unserer Bürgermitbestimmungsgruppe entstand, als die letzte unverbaute Wiese in einem dichtest bebauten Gebiet von Andritz mit drei Hochhäusern bebaut werden sollte. Für etwa 3.000 bis 5.000 Bewohner war nämlich diese Wiese der einzige Tummel- bzw. Spielplatz. 1.000 Unterschriften und Interventionen bei den Politikern waren notwendig, um besonders auf dieses Problem aufmerksam machen zu können. Durch dieses persönliche und energische Auftreten und unter Beiziehung der Presse gelang es uns, eine Bürgerversammlung, die von der Stadt Graz einberufen wurde, herbeizuführen. Es gelang uns dadurch, das Bauvorhaben von drei 8-geschoßigen Häusern auf zwei 6-geschoßige und eine Tiefgarage zu reduzieren, wobei die Restfläche für einen öffentlichen Spielplatz zugesichert wurde. Und das, obwohl eine rechtskräftige Widmung vorhanden war. Wieder fragt man sich, wo gibt es eine vorausschauende Bezirksplanung? Nahezu gleichzeitig konnten wir einen weiteren Spielplatz für diesen Bezirk erwirken, indem ein Straßenstützpunkt der Stadtgemeinde Graz über unseren Vorschlag auf einen stadtnäheren Grundstücksbereich verlegt wurde.

Ein Bezirksbad wird wieder zurückerobert.

Ähnlich hartnäckig wie im vorangegangenen Beispiel mußten wir vorgehen, als es um die Aktivierung des alten Stukitzbades ging. Die Stadtgemeinde Graz hatte nämlich im Sinn, dieses ehemalige beliebte Bad, das sogar einer Wohnanlage hätte weichen sollen, ohne Vorwärmanlage und ohne Sauna zu errichten. Aber die bessere Orts- und Sachkenntnis unserer Aktionsgemeinschaft machte es möglich, in zehn Verhandlungen mit dem Bürgermeister und den zuständigen Referenten die Wiederrichtung dieses Bades zu erwirken. Heute bescheinigt uns die Verwaltungsbehörde, daß dieses Bad und die Sauna für Damen und Herren eingerichtet, sehr hohe Besucherzahlen aufweist und damit der Beweis erbracht wurde, wie recht wir hatten. Mit diesen erfolgreichen Aktionen wurde die Aktionsgemeinschaft ein fester Begriff im Bezirk und das Vertrauen in die Mitarbeiter bestätigt. Auch die Möglichkeiten, daß durch uns Probleme tatsächlich gelöst werden, förderte die Zusammenarbeit mit der Be-

völkerung ungemain. Wir waren gleichsam Wegbereiter für viele neue Initiativen geworden. Zum Beispiel gelang es einem Bürger, mit 3.000 Unterschriften die Wiederinstallierung einer Polizeiwachstube in Andritz mit Erfolg zu erwirken.

Wir machten all jenen Mut, die sich ratlos, ja hilflos fühlten.

Das Bezirksentwicklungskonzept „Was Andritz braucht“.

Nun gingen wir daran, unsere Erfahrungen umzusetzen und versuchten ein eigenes Bezirksentwicklungskonzept zu erstellen. Begonnen hatten wir mit einer Ausstellung im Jugendzentrum, in der wir die erarbeiteten Probleme nach den Bereichen Verkehr, Wohnen im Bezirk auflisteten, aufzeigten und sehr anschaulich darstellten.

Fast 500 Andritzer besuchten innerhalb von 14 Tagen diese Ausstellung. Die Bürgermeister und ihre Stellvertreter, wie auch der Stadtsenat und Verantwortliche der Stadtverwaltung interessierte diese Ausstellung.

Danach war eine erhöhte Bereitschaft von den Verantwortlichen der Stadt und der Bürger da, mitzuarbeiten an diesem sogenannten Bezirksentwicklungskonzept. Wir nannten es „Was Andritz braucht“.

Reaktion der Politiker

Uns zu Hilfe kam, daß die Stadtgemeinde selbst nun eine Bebauungsstudie von Andritz in Auftrag gab. Ende 1978 entstanden noch die Stellungnahmen zum Stadtentwicklungskonzept. Das, was unser Bezirk brauchte, haben wir in den Bereichen Flächenwidmung, Soziales, Sport, Kultur, Verkehr, Umwelt und Naturschutz, weiters in die Ver- und Entsorgung und in den Bereichen der Bezirksverwaltung bearbeitet und dargestellt. Das Entwicklungskonzept, das Erste dieser Art in ganz Österreich, welches von Bürgern erarbeitet wurde, haben wir allen zuständigen Politikern und Personen der Stadtverwaltung übergeben. Seither kontrollieren wir kritisch alle Vorgänge im Bezirk, wirken auch mit Hilfe des Amtes für Bürgerinitiativen auf die Stadtplanung konstruktiv ein und erarbeiten, von den Politikern eingeladen, auch neuerliche Lösungsvorschläge. Seitdem es die Aktionsgemeinschaft für Andritz gibt, fühlen sich die Bewohner von Andritz umsorgt und fühlen sich zufriedener.

Zielvorstellungen

Wenn es um die Zielvorstellungen der Stadtteilplanung gehen soll, so sehe ich zwei wesentliche Bereiche, die zur Deckung zu bringen sind. Da ist zunächst das Eingehen auf den Bestand aller Bereiche des Wohnens sowie der Infrastruktur, weiters die vielschichtigen Lebensgewohnheiten der Menschen, der Bestand an Betrieben etc. sowie die Landschaft als unseren Nah-

erholungsbereich. Auf der anderen Seite sollen nun das Planungskonzept für eine vorhandene Besiedelung ergänzend und in weiterer Folge befruchtend für den Bezirk wirken und ausgerichtet sein. Orts- und Sachkenntnis, die Auseinandersetzung mit den menschlichen Bedürfnissen und eine umsichtige Bereitschaft veränderbar zu bleiben, sind weitere Voraussetzungen für ein Konzept.

Die verantwortlichen Beamten und Politiker sind in dieser Frage meist überfordert oder anders ausgesprochen: um diese Voraussetzungen, die ich hier erwähnt habe erfüllen zu können, ist wesentlich mehr Personal notwendig und erfordert einen höheren Aufwand an bezirkseigenen Personen in der Verwaltung. (Bewußtseinsspenden für gute Planung fördern.) Ein Bezirk, der aus der Geschichte gewachsen ist, der sich selbständig entwickelte, ohne ein geordnetes Konzept der Bebauung, bringt mit sich, daß eine Eigengesetzlichkeit sich entwickelt, die nur schwer in den Griff zu bekommen ist. Wenn ca. 18.000 Menschen ihren Wohnanteil in diesem Bezirk gefunden haben, wenn Sie sich zum großen Teil ein eigenes Heim erschuf — „im wahrsten Sinne des Wortes“ — haben, dann ist ein Entwicklungskonzept lediglich für die Restflächen, die Flächen also zwischen den schon bebauten Wohnstätten in den bewohnten Bereichen denkbar oder man versucht umzuschichten, vor allem dort, wo Sanierungsgebiete vorhanden sind, doch diese lösen sich, wie die Praxis zeigt, oft von selbst auf, werden erneuert oder abgerissen.

Aufgaben der Stadtplanung und Politiker

Meiner Meinung nach bestehen die Aufgaben der Stadtplanung vor allem darin, daß der Bezirk eine Bezirksverwaltung erhält, die es ermöglicht, die Anliegen aller Bewohner zu erkennen, zu ergründen und die auch mit eigenen Kompetenzen auszustatten ist.

Direkte Wahl des Bezirksvorstehers

Die Direktwahl des Bezirksvorstehers könnte ein erster Schritt sein, wenn nicht, dann müßten sich in den Parteien weitere Personen (Fachleute) heranzubilden, die sich besonders mit den Bezirksfragen und mit der Bezirkspolitik auseinandersetzen und das Interesse für die Sorgen der Bewohner aufbringen. Gerade das Umweltbewußtsein und die Sparsamkeit sind neue Impulse für eine Zusammenarbeit und für die Entwicklungsarbeit.

Vertrauen zu Politikern stärken

Vertrauen zu den politischen Verantwortlichen muß eher gestärkt werden und kann nur dadurch gefunden werden, wenn eine engere Beziehung zwischen den Bürgern und den Verantwortlichen im Bezirk hergestellt wird. Die Aufrichtigkeit sowie das ehrliche

Anliegen kann ja nicht immer von **allen Verantwortlichen** abgelesen werden. Meist sind trotz der persönlichen Befähigung und Eignung die Referenzen der einzelnen Ressorts von der **Zeit her überfordert**.

Durchsetzen von Problemen

Bei persönlichen Gesprächen zwischen der Aktionsgemeinschaft Andritz und den Verantwortlichen im Bezirk und in der Stadt wurde mehr und mehr deutlich, wie wenig Möglichkeiten **der Durchsetzung** alle Verwaltungsbeamten, bezogen auf den Bezirk, **letztlich**

ben einem Konzept die begleitende Kontrolle über deren Realisierungen vorhanden ist.

Koordinieren (nicht verhindern)

Das Problem der fehlenden Koordination zwischen den einzelnen Planungsbereichen der Stadtverwaltung muß eher früher als später bereinigt werden. Bei Bauverhandlungen zum Beispiel werden Umweltbedingungen und Forderungen der Umweltschützer viel zu wenig beachtet. So entstehen Siedlungen und Häuser in Bereichen der Landschaft, wo eine Durchlüftung des Bezir-

schlossenheit der Kommunalpolitiker nunmehr die Hoffnung gegeben ist, daß in Zukunft ein stärkerer Einsatz für eine Bezirksentwicklung zu erwarten ist. Wir alle haben viel gelernt aber ohne einer **ausreichenden Planung** kann kein noch so demokratisierter Bezirk vernünftig heranwachsen. Deshalb bemüht sich die AGfA auch intensiv um die Erstellung eines (als Modellfall gedachten) Bezirksentwicklungskonzeptes gemäß dem Gemeinderatsbeschluß vom 14. 11. 1983 (stek).

Lage und Umraum, Naturraum und Klima, Bevölkerung und Wirtschaft, die



Ernst Gieselbrecht
„Haus im Hang“
1979

haben.

Der Ruf nach **Verselbständigung und Selbstverwaltung** im Bezirk ist bekannt. Doch muß der Bezirk selbst in diese Selbstverwirklichung hineinwachsen. Der Versuch von oben her, den Bezirk nachträglich verändern zu wollen, kann, glaube ich, nicht gelingen. Rechtzeitige und ständige Information für die betroffenen Bürger im Bezirk ist notwendig. Die Frage, was kann ein Grundeigentümer mit seinem Grundstück anfangen, ist eine oft gestellte Frage und gibt man ihm Antwort oder konkrete Hinweise, dann ist er auch für eine sinnvolle Bebauung.

Begleitende Kontrolle

Behutsames Vorgehen in allen Bereichen des Bezirkes bezogen auf Straßen, Altbau, Wegerrichtung und Wohnungsplanung ist nur möglich, wenn ne-

kes notwendig wäre, durch die Bebauung aber unterbunden wird. Die Fragen des Kleinklimas, wie sie im letzten „Politikum“ behandelt wurden, spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der in Graz vorherrschende Smog ist gerade über dem Bezirk Andritz oft am stärksten (Messungen der Stadtverwaltung haben dies bewiesen).

Auch die mangelnde Entsorgung von Schmutz- und Fäkalwässern, die durch desolate Gerinne und Sammelgruben entstanden sind, bewirken eine große Gefahr der Verschmutzung von Bächen und vor allem des Grundwassers.

In Andritz befindet sich ja das wichtigste Wasserwerk für die Stadt Graz.

Amt für Bürgerinitiative

Abschließend möchte ich sagen, daß durch die Installierung des Amtes für Bürgerinitiativen und durch die Aufge-

Besiedelung und die Bebauung, der Verkehr (ob privat oder öffentlich) sowie vor allem die **Gemeinschaftseinrichtungen** sind die Grundlagen einer zielführenden Planung für eine Stadt. Wenn versucht wird, mit allen Betroffenen diese Grundlagen in Zukunft mehr zu beachten und sie zur Voraussetzung neuer Entwicklungsplanung macht, dann wird unser Lebensraum eine gute Basis für das Wohnen und für eine gesunde Gesellschaft. Die Gesellschaft in der wir leben, darf keine Ghettoisierung der Generationen zulassen. Die Verantwortlichen in der Stadt haben die Aufgabe zu sorgen, daß eine ausreichende Grundlage zur Vermögensschlingung in den Wohnungen und damit in der Stadt gefunden wird. Die Familie als wertvollster Bestandteil unserer Gesellschaft, ist das Maß unserer Stadtentwicklung ●

PLANUNGSSPRECHTAGE AN ORT UND STELLE

Der Verwaltungsbezirk Liezen im Norden und Nordwesten der Steiermark hat ein Flächenausmaß von 3.270 km². Auf dieser Fläche liegen 51 Gemeinden mit insgesamt über 80.000 Einwohnern.

Aufgrund der topographischen Situation erkennt man im wesentlichen 4 in sich nahezu abgeschlossene Landschaftsteile:

1. Das breite Ennstal vom Schladinger Raum bis in den Admonter Raum mit den in die Enns mündenden Seitentälern.

2. Das Gesäuse und daran anschließend das nach Norden verlaufende enge Ennstal mit dem vom Osten her einmündenden Salztal.

3. Das Ausseerland.

4. Das Palental.

Es ist darüber hinaus aber deutlich erkennbar, daß der Gesamtbezirk entsprechend der Fließrichtung der Enns von Westen nach Osten orientiert ist. Dadurch sind auch im Zuge der Regionalplanung die 7 Kleinregionen der Lage nach mitbestanden. Es sind dies die KR. Schlading, die KR. Gröbming, die KR. Bad Aussee, die KR. Irtding, die KR. Liezen und die KR. St. Gallen. Die örtliche Raumplanung ist in den Gemeinden fast abgeschlossen, d. h. daß sämtliche Flächenwidmungspläne bis auf wenige Ausnahmen vom Gemeinderat beschlossen sind und zur Genehmigung bei der Landesregierung vorliegen.

Wie in allen anderen Kultur- und Landschaftsräumen war auch im Bezirk Liezen jahrhundertlang eine wenig beeinflusste und stabile Haus- und Siedlungsform vorhanden. Eine Kulturräumgrenze in Bezug auf Hausformen finden wir in der Gegend von Haus im Ennstal. Westlich dieser Grenze, also im Gebiet Schlading — Ramsau war bis ins 20. Jahrhundert hinein die Hausform aus dem Westalpenbereich mit dem flachgeneigten Pletztendach überwiegend. Östlich dieser Grenze war das steilgeneigte Sparrendach üblich. Diese Hausformen weisen schon wegen ihrer Entstehungsgeschichte entscheidende Unterschiede auf, jedoch sind sie in sich durchaus eigenartig. So finden wir ähnlich wie die oben erwähnten Landschaftsteile auch verschiedene traditionelle Hausfor-

men:

Westliches Ennstal: Flachgeneigtes Legschindeldach, Geschosse meist zur Gänze gezimmert.

Ennstal: Steildach, Erdgeschoß meist gemauert, Obergeschoß gezimmert.

Ausseerland: Steildach, Erdgeschoß und Obergeschoß gezimmert und senkrechte Holzverschalung über beide Geschosse.

Salztal: Steildach, schmaler, langer und meist erdgeschoßiger Bau.

Dieser Ausflug in die historische und bis weit in unser Jahrhundert herein überlieferte und gültige Baugestaltung soll uns vor Augen führen, wie der „Beheimatete“ gebaut und gestaltet hat. Das bewußt ein REGIONALES BAUEN üblich war und daß mit einem tiefen Heimatbezug gestaltet wurde, dafür sind die Bauwerke eindeutige Zeugen. Es ist nicht nur die langlebige Schönheit dieser Objekte, die uns jetzt größtenteils wieder beeindruckt, sondern es sind auch andere Faktoren maßgebend und nachahmenswert, die seinerzeit ernsthafte Berücksichtigung fanden:

Die Wahl des Grundstückes

Die Lage und die Form des Hauses auf dem Grundstück

Die Anordnung der Räume

Die Berücksichtigung der vorhandenen Energie

Die Wahl der Baumaterialien usw.

Dadurch wurden die Gebäude ein unaufdringlicher Teil der Landschaft. Die Harmonie zwischen der gebauten und der nahezu natürlichen Umwelt war gegeben. Immer wieder wurden gute Ideen aufgenommen und verarbeitet — gute Ideen verstärken übrigens das Gemeinsame. Eine solche Idee war z. B. im Ausseerland, daß man das sogen. „Brückl“, das ist der vorgebaute hölzerne Windfang vor dem Hauseingang, in eine Art Veranda mit Einfachverglasungen umgewandelt hat. Diese Veranda wurde dann auch meist über das Erdgeschoß und Obergeschoß gezogen. Nicht nur Neubauten, sondern auch Veränderungen der Bausubstanzen wurden also zweckentsprechend vorgenommen und man war sich bewußt, daß in die Umgebung gebaut wird und daß man dem „Anderen“ Respekt zollen muß.

Das Chaos des 2. Weltkrieges brachte

für das Bageschehen große und zum Teil nicht bewältigbare Probleme. Der Baudruck wurde so groß, daß viel mehr gebaut als geplant wurde. Entscheidende Erfahrungen, Regeln und Werte wurden nicht mehr erkannt oder vergessen. Die üblichen und eher natürlichen Gesetzmäßigkeiten für das Bauen wurden nicht mehr beachtet. Es entstand daher ein Bautyp, der nahezu für alle Hochbauten fälschlicherweise Gültigkeit erlangte und das nicht nur im Bezirk Liezen, sondern vom Bodensee bis zum Neusiedler See und darüber hinaus. Die Phase dieses Bageschehens begann Ende der 50er Jahre, also vor ca. 25 Jahren:

Die Almhütte war gleich wie das Hotel, die Schule gleich wie das Verwaltungsgebäude, die Bank gleich wie das Wohnhaus usw. DER BAUTYP war das mißverständliche „Alpenhaus“ mit dem schlecht proportionierten Baukörper und dem flachgeneigten Satteldach. Der „Stil“ wurde meist von allen an einem Bau Beteiligten aus Bequemlichkeit angenommen:

Vom Bauherrn, vom Planer, vom Bauführer, vom Sachverständigen, von der Behörde...

Aus dem REGIONALES BAUEN wurde ein INTERNATIONALES BAUEN, wobei das letztere durch die erschreckende Monotonie der meisten Bauten gekennzeichnet war und leider zum Teil noch ist.

Eine „Verarmung“ der Schönheit folgte.

Aus der vielfach vorhandenen Meinung des alles MACHBAREN ist im Laufe der Jahre der Zeitpunkt der BESINNUNG gekommen. Es sind daraus Ende der 60er Jahre bis in die 70er Jahre in der Steiermark eine Reihe viele neuer Gesetze entstanden, die das Bageschehen für den Einzelnen wesentlich beeinflusste. Aufgrund der Fülle der neuen Gesetze war und ist es für den „Normalbürger“ als Bauherr äußerst schwierig zu einem Bauwerk zu kommen, welches allen Anforderungen entspricht. Das Erreichen einer richtigen BAUGESINNUNG wurde trotz der Gesetzesvorgabe äußerst schwierig, weil das bisherige Bageschehen halt anders abgelaufen ist. Der Betroffene brauchte daher eine Beratung im Sinne einer durchführba-

ren DEZENTRALISIERUNG mit entsprechender Bürgernähe. Daraus wurde der Gedanke zur Einführung der PLANUNGSSPRECHTAGE IM BEZIRK LIEZEN geboren:

ENTSTEHUNG UND BETEILIGUNG

Anlässlich einer Sitzung der Raumordnungsgemeinschaft des Gerichtsbezirks Schladming im November 1977 wurde die Einführung eines Planungssprechtages beschlossen. Mit Anfang 1978 begann diese Serviceeinrichtung zu laufen und der fixierte Planungssprechtag ist derzeit ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil zumindest für das Hochbaugeschehen der 7 Gemeinden, Schladming, Haus / Ennstal, Ramsau, Rohrmoos-Untertal, Pichl-Preunegg, Aich und Gössenberg. Im April 1979 wurde ein solcher Planungssprechtag für die 3 Gemeinden der Raumordnungsgemeinschaft St. Gallen, Altenmarkt bei St. Gallen, Weibenbach / Enns installiert und seit September 1979 werden diese Beratungstage für die 5 Gemeinden der Raumordnungsgemeinschaft Admont, Ardnung, Hall, Weng und Johnsbach abgehalten. In variiert Form gibt es auch Beratungen in den Gemeinden Bad Mitterndorf, Pichl bei Aussee, Bad Aussee, Grundsee, Altaussee, Wörschach, Stainach, Trieben, Donnersbachwald, Pürgg / Trautenfels, Landl, Gams, Palfau, Oppenberg. In einigen anderen Gemeinden werden fallweise Beratungen durchgeführt.

SINN UND ZWECK

Die für das Baugeschehen zu beachtenden und einzuhaltenen Gesetze müssen sinnvoll koordiniert und durchgeführt werden. Vor allem soll dem Bauwerber die Bewältigung der Probleme, die sich für ihn aus der Raumordnung, aus der Bauordnung, aus dem Naturschutz, aus dem Ortsbildschutz usw. ergeben, durch die zuständigen Sachverständigen und Behörden erleichtert werden. Diese Erleichterung wird hauptsächlich dadurch erreicht, indem der Bauwerber an Ort und Stelle für seinen Bauwunsch die fachkundige Beratung erhält.

Dabei ist es wichtig, daß noch keine fertigen und detaillierten Projektspläne vorliegen, denn diese bringen oft Schwierigkeiten mit sich, die schwer zu beseitigen sind. Der fertige Plan ist meist „Bestandteil“ des Bewilligungswerbers und dieser kommt vom einseitig fixierten Gedankengut schwer los, auch wenn einleuchtende und sinnvolle Änderungen vorgeschlagen werden. Bis zur endgültigen Einführung des ersten Planungssprechtages in einer Kleinregion oder Raumordnungsgemeinschaft vergeht meist eine geraume Zeit, denn in der Gemeinde und bei der Baubehörde muß die Bereitschaft für

diese Aktion erst wachsen. An konkreten Beispielen erkennt dann die Gemeinde, daß nicht sie alleine die gesamte „Verantwortung“ für das Baugeschehen in ihrem Hoheitsgebiet zu tragen braucht. Es ist ja nach der derzeitigen Gesetzeslage so, daß die Baubehörde wohl die endgültige Baubewilligung für ein Bauvorhaben erteilt, es müssen jedoch auch alle anderen für den Bau notwendigen Bewilligungen (z. B. naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung) eingeholt werden. Die für den Bau notwendigen Schritte sind meist vielfältiger Art und es ist öfters geschehen, daß spät nach erteilter Widmungs- und Baubewilligung durch die Baubehörde die anderen Bewilligungen zu erlangen waren und dies hat selbstverständlich den Unmut aller Beteiligten hervorgerufen. Die wahre Gesetzesflut der letzten Jahre (z. B. Stmk. Bauordnung 1968, Stmk. Raumordnungsgesetz 1974, Stmk. Naturschutzgesetz 1976, Stmk. Ortsbildgesetz 1977, Stmk. Garagenordnung 1979) bringt für den Einzelnen, wenn er nicht gerade Fachmann ist (wer ist das heute schon?), eine Unüberschaubarkeit, die zumindest einen Leitfaden benötigt. Als ein solcher Leitfaden sind die „PLANUNGSSPRECHTAGE“ gedacht und es wurde die Bezeichnung deshalb so gewählt, weil an diesem Tag die Maßnahmen zur Vorbereitungsbehandlung werden.

Ist der Wille für die Durchführung eines solchen Sprechtages in der Gemeinde gereift, so steht diesem nichts mehr im Wege, denn die Gemeinde ist dafür die unübergehbare Basis. Und gerade eine Hilfestellung an der Basis ohne Beigeschmack eines Diktates, ist Voraussetzung für das Gelingen dieses Vorhabens. Durch die Beratungen erfolgt nicht nur die Information für das Was und Wie eines Bauwerkes, sondern es bleibt auch die Planungs- u. Gestaltungsfreiheit für den Betroffenen weitgehend erhalten. Die Berücksichtigung der Umgebung (Natur — Umwelt) ist hier wohl selbstverständlich. Die Rücksichtnahme ist gerade im Bezirk Liezen von besonderer Bedeutung, denn der Gesamtbezirk ist auf ca. ¼ seiner Größe mit Landschafts- und Naturschutzgebieten überdeckt.

Dieser Schutzgedanke stellt ein besonderes Prädikat für Natur und Landschaft in Verbindung mit den von Menschenhand geschaffenen Einheiten (Städte, Märkte, Dörfer, Weiler usw.) in diesem Bezirk dar. Es muß daher die gemeinschaftliche Bewahrung und Erhaltung dieser Region in seiner Eigenart und Vielfalt unter Berücksichtigung der verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten ein Gebot für alle sein. Die Einführung des Planungssprechtages ist als ein Beitrag dafür gedacht.

ORT, TEILNEHMER, KOSTEN, ZEITPUNKT, ABLAUF

Es hat sich als sinnvoll erwiesen, den Planungssprechtag im Zentrum einer Raumordnungsgemeinschaft oder Kleinregion abzuhalten (z. B. Schladming, St. Gallen, Admont, Bad Aussee) weil hier die Erreichbarkeiten noch günstig gegeben sind. Die Beteiligten sind außerdem in vertrauter Umgebung und das Unbehagen vor dem Marsch zur Behörde bleibt aus.

Teilnehmer:

Vertreter der Raumordnungsgemeinschaft oder Gemeinde (Gemeindemantendar).

Der örtliche Raumplaner (Kosten auf die Nebengebühren aufteilen; diese sind minimal, da der Ortsplaner ohnehin „Anwesenheitspflichten“ in der Gemeinde hat).

Vertreter der Baubezirksleitung (Ref. Hochbau, Landesbeamter).

Der Bausachverständige der Gemeinde (Kosten auf die Kommissionsgebühren aufteilen, die dann gleich bleiben, da sich die tatsächliche Kommissionsdauer verringert).

Sonstige Sachverständige (z. B. Ortsbildsachverständiger, Wildbach- und Lawinarsachverständiger, Energie-sachverständiger, der durch die Energieberatungsstelle des Landes kostenlos bestellt werden kann) und selbstverständlich:

Der Bewilligungswerber (Bauherr) mit dem Objektplaner oder Baumeister.

Die Sprechstage werden öffentlich kundgemacht (Gemeindezeitung, Postwurfsendung oder ähnl.) und terminlich voraus fixiert. Meist finden sie monatlich oder auch alle 2 Monate statt, je nach der zu erwartenden Bautätigkeit.

Am Vormittag eines Sprechtages werden die einzelnen Widmungs- und Bauwünsche vorgebracht und protokollarisch festgehalten. Am Nachmittag werden diese Wünsche dann an Ort und Stelle behandelt. Danach wird ein endgültiges Protokoll verfaßt, welches für die nachfolgenden Widmungs- und Bauverhandlungen als Verfahrenshilfe dient. Zusätzlich werden auch fallweise Skizzen dem Protokoll beigegeben.

Es kann festgestellt werden, daß sich die Planungssprechtage bewährt haben. Die rege Beteiligung durch die Bauwerber und Planer läßt erkennen, daß die Gemeinden und die Initiatoren den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Schwellenangst zum „NEUEN“ wurde überwunden, wobei ein RÜCKGRIFF auf traditionelle Werte nicht mehr als RÜCKSCHRITT angesehen wird.

Vertrauen wurde gebildet! Das gemeinsame Vorgehen zur Erhaltung von Natur und Landschaft für die Sicherung einer lebensgerechten Umwelt wurde erkannt!

Auch für die Planungssprechstage gilt die zu beachtende Regel:

LÄNGER UND MEHR PLANEN, DAFÜR SCHNELLER BAUEN ●

NATURRAUM ALS KIRCHE

Die architektonische Gestaltung der Festgottesdienstplätze für den Steirischen Katholikentag 1981 und den Österreichischen Katholikentag 1983 erbrachte eine Reihe von Erfahrungen, die hier kurz beschrieben werden sollen.

Einen Kirchenraum auf freien Plätzen für große Gottesdienstgemeinden zu schaffen, ist ein Architekturthema, welches wieder Bedeutung bekam, seit die katholische Kirche erneut das Ereignishafte festlicher Eucharistiefeier wertschätzt.

Ganz allgemein stellt sich die Aufgabe einen sakralen Raum zu bilden inmitten des weit ausgebreiteten, profanen Raumes, Kirchenraum unter freiem Himmel zu gestalten und zwar so, daß während des Gottesdienstes „Zeit“ und „Raum“ sakral erfahren werden können. Im wesentlichen ist schon jede kleine Dorfkirche sakrale Mitte in dem sie umgebenden profanen Raum und in ihr wird die Zeit, in der sich die Gemeinde, Volk und Priester in gemeinsamer Liturgie um den Altar versammelt, zum Höhepunkt in der alltäglichen Zeit. In dieser einfachen, intensiven Weise müssen Liturgie und Architektur auch dann wirken, wenn die Gemeinde aus vielen Tausenden sich bildet und der Gottesdienst auf freiem Feld gefeiert wird.

Zunächst waren in Graz wie auch in Wien geeignete Plätze zu finden. Die große Zahl der zu erwartenden Teilnehmer, die liturgischen Forderungen, der festliche Charakter der beiden Gottesdienste und viele organisatorische Notwendigkeiten waren dabei maßgebend. Auch war seitens der Kirche gewünscht, daß die Gottesdienste keinen Massencharakter haben sollten, wohl aber das Erlebnis der gemeinsamen Feier. Wie schwierig es ist, all dem zu entsprechen, zeigte die lange, intensive Suche in den beiden Städten.

Mit der Wahl des Grazer Stadtparks, beziehungsweise des Wiener Donauparks, konnte schließlich diesen Vorbedingungen mehr als entsprochen werden. Beide Anlagen haben schon von vornherein etwas Feiertägliches an sich. Sie sind im Leben der Bevölkerung bedeutsame, „glückliche“ Naturräume. Solche Orte werden, im Unterschied etwa zur anonymen, unbegrenz-

ten Ebene eines Flugfeldes oder zum Oval eines Sportstadions nie eine ausschließlich auf vordergründige Zwecke ausgerichtete Szene abgeben.

Nun war in beiden Situationen ein weiterer, großzügig gegliederter Parkraum als „Abendmahlsaal“ festlich zu bereiten. Sosehr der christliche Sakralbau universelle Bezüge des Menschen zu Natur und Raum symbolisiert, so ist er doch vor allem Zeichen und Raum eines geschichtlichen Ereignisses. Wenn Naturraum zur Kirche werden soll, muß in ihm diese Dimension des Christentums Gestalt annehmen.

Mitte des Gottesdienstes ist der Altar. Trotz der sehr unterschiedlichen Größenverhältnisse war auf beiden Plätzen die Gestaltung der Altarbereiche im wesentlichen ähnlich: Der Altar auf einem hügelartig aus der Ebene sich erhebendem Podium wurde von Balustraden überwölbt und dahinter war ein weithin sichtbares Kreuz errichtet, von dem unverkennbar die Bestimmung des Naturraumes als Kirchenraum ausging. Durch das große Kreuz wurde nicht nur die räumlich zentrale, sondern auch die religiöse Bedeutung des Altares deutlich.

GRAZ:

Eine 15.000 m² große Wiese im Grazer Stadtpark, ein Vorfeld der ehemaligen Stadtbefestigung, diente als Festgottesdienstplatz. Zwei gleich große, von hohen, alten Bäumen umgebene Flächen treffen sich im rechten Winkel, wodurch sich ein zentraler Bereich für die Anordnung des Altares mit dem 20 m hohen Holzkreuz anbot. Die Auflösung der beiden Kreuzbalken in je fünf Stäbe nimmt dem großen Kreuz uniformierende Dominanz und lastende Schwere. Die einzelnen Holzstäbe des Kreuzes werden an den Stellen der Wundmale Christi durch Stahlbünde zusammengehalten, an diesen sind Verankerungen angebracht, mit denen das Kreuz zum Boden hin verspannt ist.

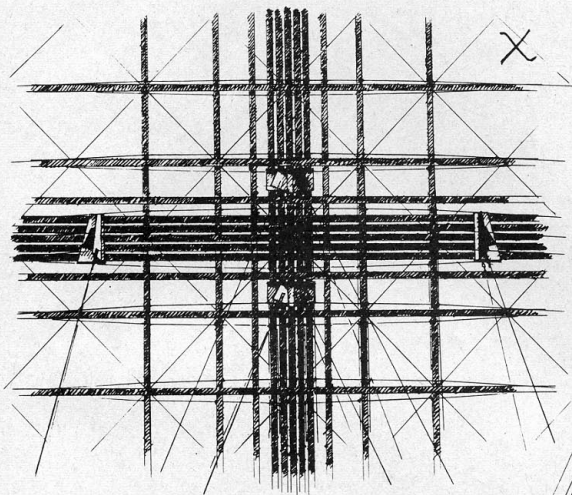
WIEN:

Zur Verwirklichung einer großzügigen Konzeption des Festgottesdienstplatzes hatte die etwa 100.000 m² große, dreiarmlige Wiesenfläche im Donaupark alle Voraussetzungen. Hier war es möglich ohne Beeinträchtigung das Altarpodium und das große Kreuz im innersten Bezirk des Platzes zu errichten. Das große Kreuz in Wien ist der Versuch, aus einer Fläche, Symbol für das Universum, das Zeichen der Liebe und Treue Gottes zu seiner Schöpfung, zum Menschen, das Zeichen der Hoffnung und des Glaubens des Christen herauszubilden. In einer Ebene kreuzen sich Stahlstäbe im rechten Winkel. Von außen nach innen werden die Abstände der Stäbe in vertikaler wie horizontaler Richtung immer enger, bis in der Mitte der Fläche die Form des lateinischen Kreuzes entsteht — Verdichtung nicht bloß als gestaltete Form, sondern als Ausdruck eines wesentlichen Inhaltes. Ein System von Seilverspannungen ermöglicht die Zartheit und scheinbare Schwerelosigkeit der hoch aufragenden Konstruktion. An den Stellen der Wundmale sind auch hier Seile angebracht, die das 40 m hohe Kreuz am Boden verankern. Deutlicher als in Graz wurde in Wien der Platzrand in Beziehung zur Mitte gesetzt. Abgeleitet von den Apostelkreuzen eines Kirchenraumes wurden rund um den Platz 12 Holzkreuze, die zu Beginn der Gottesdienste geschmückt wurden, errichtet.

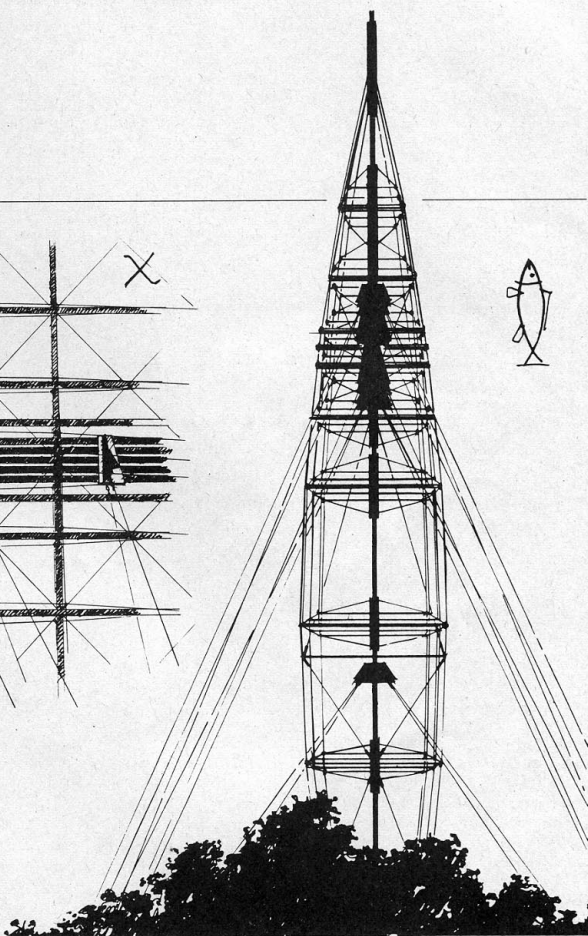
Theologische Begründung und die Suche nach sinnbildlicher Form haben von Anfang an zusammengewirkt. Beide Kreuze sollten nicht allein — was wir leichter verstehen — Ausdruck des Leids sein, sondern zugleich Zeichen der Auferstehung und Hoffnung. Weil das Kreuz für das Christentum ein Zeichen ist, das den nur dekorativen und funktionellen Gebrauch verbietet, mußten beide Kreuze mit Sorgfalt ausgeführt werden, auch wenn von vornherein nicht daran gedacht war, daß sie nach den Katholikentagen an ihren Aufstellungsorten verbleiben.

Das Gelingen eines Werkes ist eng ver-

bunden mit seinem Entstehungspro-
zeß. Die Zusammenarbeit der Vertre-
ter des Auftraggebers, der für die Li-
turgie und die Organisation der Katho-
likentage Verantwortlichen, der Tech-
niker, der Künstler, der Vertreter der
ausführenden Firmen, der Arbeiter
und der vielen freiwilligen Helfer ergab
in Graz und Wien so etwas wie eine
„Bauhütte“, eine das übliche Verhält-
nis Auftraggeber — Planer — Ausfüh-
rende weit überschreitende Ge-
meinschaft ●



Ansichten des großes Stahlkreuzes im Donaupark — Wien



Biographie

Lebensgeschichten sind immer auch Spiegelbilder ihrer Zeit; zuweilen geben sie zusätzlich Einblicke in das Verhalten und in die Denkweisen bestimmter Personengruppen, sofern sich die Hauptpersonen als repräsentativ für eine gesellschaftliche Gruppe erweisen. Wer an den Einstellungen führender Funktionäre der Ostblockstaaten zwischen den Kriegen und darauf bis in die 70er Jahre interessiert ist, sollte zu dem Buch **Arnold Kolman: Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen. Eine Autobiographie**, Fischer Taschenbuch 3464, Frankfurt a. M. 1982, DM 14,80 greifen.

1892 in Prag geboren, wurde Kolman 1910 mit den sozialistischen Ideen bekannt, geriet im Ersten Weltkrieg in russische Kriegsgefangenschaft und übernahm nach Beendigung des Bürgerkrieges das Referat für den deutschsprachigen Raum; er wurde aus Deutschland in die Sowjetunion abgeschoben, überlebte die stalinistischen Säuberungen und schloß sich den exilierten Tschechen an; nach Kriegsende wurde er in Prag Chief der Propagandabteilung des ZK der KPC und Professor an der Karls-Universität; seine Kritik an der Regierung Gottwald brachte ihm Verhaftung und vier Jahre im berüchtigten Moskauer Gefängnis Ljubanka ein; wiederum kehrte er nach Prag an die Akademie der Wissenschaften zurück, lebte in den sechziger Jahren abwechselnd in Prag und Moskau und brach erst 1968 endgültig mit seinem lebenslangen Glauben an die Lehre des realen Sozialismus. 1976 erhielt er die Erlaubnis zur Ausreise aus der UdSSR und starb im Alter von 86 Jahren in Schweden. — Von besonderem Interesse ist es, die Denkmale der hohen Funktionäre der kommunistischen Regime kennenzulernen, die — etwa in der Zeit der Stalin'schen Säuberungen — von einer sonderbaren Mischung von Naivität und Systemvertrauen gekennzeichnet waren; um diese Fragen kreist auch ein ergänzendes Gespräch Kolmans mit dem Herausgeber František Janouch: „Wie habe ihr so leben können?“. Bemerkenswert ist die sorgfältige Edition des Bandes, der auch Dokumente zu Kolmans Leben, ein biographisches Personenregister, einen chronologischen Lebenslauf und ein Publikationsverzeichnis enthält.

M.P.

Soziologie

Die unter verschiedenen Aspekten stattfindende Neuentdeckung Max Webers, nicht zuletzt gefordert durch die Herausgabe seines Gesamtwerkes, rückt auch Versuche zu einer Neubewertung seiner Wirkungs geschichte in den Blickpunkt des Interesses. „Bausteine zu einer Rezeptionsgeschichte überwindend der letzten Jahrzehnte“ will auch

Arnold Zingerle: Max Webers historische Soziologie. Aspekte und Materialien zur Wirkungs geschichte. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981 bieten. Zunächst widmet sich der Autor der Weber-Rezeption in drei maßgeblichen Richtungen des soziologischen Denkens, nämlich in marxistischen, in systemtheoretisch-funktionalistischen und in handlungstheoretischen Ansätzen; sodann geht es ihm um Grundzüge und Probleme der Rezeption ausgewählter Themen der historischen Soziologie Webers: um seine Wirtschaft-, Rechts- und Herrschaftssoziologie, um die Musiksoziologie und die vergleichenden Studien zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen, während er die ohnehin vielfach bearbeiteten theoretisch-soziologischen und methodologischen Schriften sowie die Diskussion um die Protestantismus-Studie aus seinen Betrachtungen ausklammert. Zingerle hebt hervor, daß es verschiedene Gründe gibt, statt auf Weber zurückzugreifen: weil er ein Maß vorbietet für Forschung, die auf Wirklichkeit und auf Probleme, die ihren Sitz in der Wirklichkeit haben, gerichtet sei und nicht auf sich selbst; weil er in modellhafter Weise Geschichte unter Fragestellungen, die in der Problematik des Menschen in der modernen Gesellschaft wurzeln, zur Anschauung bringe; weil es sich somit lohne, auch auf dem Wege systematischer Interpretation auf Weber zurückzukommen.

M.P.

Atomkrieg

Das Buch ist mittlerweile berühmte, das Problem mit nichts geringer geworden:

Jonathan Schell: Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkrieges, Piper Verlag, München-Zürich 1982.

Die Leistung des Buches liegt in der Schilderung der Konsequenzen eines Atomkrieges; es führt vor Augen, was atomare Bedrohung bedeutet und wie man sich einen Holocaust vorzustellen hätte, sollte auch nur ein Teil des vorhandenen Atomwaffenpotentials von 20.000 Megatonnen TNT jeweils zum Einsatz kommen. Schell, als Journalist für den „New Yorker“ tätig, hat fünf Jahre recherchiert, um seiner gründlichen Darstellungen zu diesem Thema zu entfalten; was in sprachlich weitaus spröder wissenschaftlichen Werken kaum zum Ausdruck kommt, bringt er zum Greifen nahe: die historische einmalige Möglichkeit der Menschheit, ihre Zivilisation zum Erlöschen zu bringen. — Weit weniger beeindruckend stellen sich jedoch Schells Analysen über die vermeintliche Unlogik der Abschreckungs doktrin dar: Sie funktioniert nur, wenn der Gegner überzeugt werden könne, daß auch nach dem Erschlag der Vergeltungsschlag realisiert würde; dieser aber sei sinnlos, weil es kein Volk mehr zu verteidigen gelte, sondern allenfalls die andere „Halbte“ der Zivilisation ausgelöscht werden könne; damit entfalle jeder vernünftige Grund für einen Vergeltungsschlag, sodaß auch die Abschreckung nicht funktioniere. Eine solche Vorstellung geht freilich an der zentralen Logik der Abschreckung vorbei, die sich im Kopf des potentiellen Aggressors so darstellt, daß, auch wenn die Wahrscheinlichkeit der Vergeltung gering sein mag, der Schaden unermäßig groß sein kann, sollte das Unwahrscheinliche doch eintreten. Gerade die Möglichkeit, daß eine „sinnlose Vergeltung“ doch durchgeführt wird, nimmt ihr die Sinnlosigkeit, weil sie in der Kalkulation des potentiellen Aggressors in Rechnung gestellt werden muß — und die durch „sinnvoll“ (im Spiel der Abschreckung wohl gemeint, nicht als langfristige Überlebensstrategie der Menschheit). — Ganz und gar nicht beeindruckend schließlich sind die quasipolitischen Analysen — denn politische will der Autor nicht anstellen —, die Schell am Ende seines Buches entwickelt: Um der Vernichtung zu entgehen, müsse sich die Welt verpflichten, „internationale Streitigkeiten friedlich zu regeln“ und die atomare wie die konventionelle Rüstung zu verschnitten. „Wir müssen unsere Waffen niederlegen, auf Souveränität verzichten und ein politisches System finden, mit dessen Hilfe sich internationale Streitigkeiten friedlich belegen lassen.“ Dieser Sprung in den politischen Utopismus ist gewagt. „Alles in allem stellt sich uns keine geringere Aufgabe, als die Politik neu zu erfinden, die Welt neu zu erfinden.“ In der Tat: Aber was machen wir bis dahin? Vielleicht nützen doch die Abrüstungsgespräche, die Paktsysteme, die Machtbalancen zur Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und zur Verringerung des Risikos, auf dem der derzeitige „Friede“ beruht — um die beeindruckenden Kriegsschilderungen Schells nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

M.P.

Dienstleistungsgesellschaft

Ob die heraufziehende Dienstleistungsgesellschaft eine Bedrohung oder eine Entlastung des Menschen mit sich bringt, ist das Thema des Buches von

Peter Gross: Die Verheißungen der Dienstleistungsgesellschaft. Soziale Befreiung oder Sozialerlass? Westdeutscher Verlag, Opladen 1983.

Es gibt ein optimistisches Modell der Dienstleistungen geprägten Gesellschaft, wie es in den Arbeiten von Fourasté oder Bell entworfen wurde; hiemit verbindet sich eine Befreiung des Individuums durch die Maschine, eine neue Qualität der Arbeit, eine Freisetzung für die Erbringung von Dienstleistungen. Diese wieder, insbesondere die direkten, personenbezogenen Dienstleistungen (wie etwa Gesundheitsbetreuung, Bildung, Beratung), enthalten deswegen ein Humanisierungs po-

tential, weil der Konsument an der Erbringung der Leistung beteiligt ist: Ein zeitlicher und räumlicher Kontakt von Produzent und Konsument, die Kommunikation zwischen den „Marktpartnern“, ist Vorbedingung einer solchen Leistungserstellung.

Nun gibt es allerdings statistische Probleme beim Nachweise eines expandierenden tertiären Sektors, wie sie Gershuny dargelegt hat. Vor allem aber erhebt sich die Frage, ob die Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs nicht allein auf die Schwächung vorindustrieller Hilffssysteme beruht, auf Kommerzialisierung und Vermarktung, auf der Bürokratisierung der ehemals nicht „marktförmig“ praktizierten Solidarität: Möglicherweise handelt es sich beim Trend zur Dienstleistungsgesellschaft insofern um ein statistisches Artefakt, als er durch die Substitution bisher unentgeltlich erbrachter Hilfe durch kommerzielle und öffentliche zustandekommt. Ein hoher Anteil an Dienstleistungen würde sich damit als Kennzeichen „armer“ Gesellschaften darstellen, verbindet sich doch mit der Professionalisierung zumeist auch eine Entmündung durch die Experten der Dienstleistungsproduktion (Illich).

Nun wird allerdings häufig die Hoffnung geäußert, daß sich bei personenbezogenen Dienstleistungen Ideologien im Umgang mit dem Klienten entwickeln (bei Geistlichen, Ärzten, Lehrern, Sozialarbeitern), welche auch in die unpersönlichen Dienstleistungsbranchen Einzug halten (bei Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Ingenieuren, Architekten). Wenn allerdings die dabei vorausgesetzte Kommunikation gleichfalls zum Gegenstand der „Ausbildung“ wird, könnten in einer professionalisierten Gesprächspraxis auch die letzten Reste von „Unmittelbarkeit“ untergehen. Immerhin gibt es Indizien dafür, daß der Abstand zwischen Produzent und Klient auch in allen Dienstleistungsbereichen unüberbrückbar ist, daß insbesondere unter dem Druck der erwerbswirtschaftlichen oder öffentlichen Leistungserbringung rationalisierte und anonymisierte Beziehungen vordringen.

Das sozialpolitisch zu behandelnde Elend hat sich verschoben: von der naturalen und materiellen Not zu psychischen und sozialen Problemen; gerade dabei — nämlich bei der sozialpolitischen Bedarfsbestimmung — muß eine Theorie der Sozialpolitik nach Gross' Meinung ansetzen. Es verbreitet sich eine neue Glaubenstheorie, daß die Problemlagen nur durch institutionisierende und organisierte Dienstleistungssysteme zu bewältigen sind. Je weiter die Bedürftigkeit gefaßt wird (medizinisch, psychosomatisch, gesamtgesellschaftlich), desto endloser wird die Kette von Problemen, desto größer werden die Defizite der Sozialpolitik, desto schwieriger wird die Definition einer „Normallage“ ohne sozialpolitisch relevante Bedürftigkeit. Mit der „Horizontenerweiterung“ der Bedarfsdefinition wächst aber auch die Definitions-macht der Profession und expandieren die Ansprüche der Klienten; Resultat ist nicht zuletzt eine Tendenz der Überdiagnose. Es gibt keine Kriterien der Bedarfsbestimmung, und die entscheidende Frage, welche Risiken welchen Beurteilungen- oder Kommunikationsgemeinschaften überlassen werden, ist ungelöst. „Das Beispiel der Sozialpolitik veranschaulicht“, so Groß abschließend, „daß die sozialpolitische Version der Dienstleistungsgesellschaft, nämlich die sich über eine immer weitere Zunahme sozialer Dienstleistungen automatisch einfindende therapeutische Gesellschaft eine nicht nur zwiespältige, sondern eine unhaltbare und gefährliche Illusion ist.“

M.P.

Sozialstaat

Die Expansion des Wohlfahrtsstaates ist — angesichts der finanziellen Engpässe in den öffentlichen Kassen — weitgehend an ein Ende gekommen; nicht zuletzt die Eigendynamik der sozialpolitischen Mechanismen hat zu einer finanziellen Überforderung des Staates beigetragen. Auf welchen strukturellen Ursachen diese Entwicklungen beruhen, wird auf eine sehr leicht lesbare Weise in dem Buchlein:

Philipp Herder-Dornheim: Der Sozialstaat in der Rationalitätsfallen. Grundfragen der sozialen Steuerung, Kohlhammer, Berlin-Köln-Mainz 1982

dargestellt. — Als „Rationalitätsfallen“ bezeichnet Herder-Dornheim das Auseinanderfallen von individueller und kollektiver Rationalität; diese individuell vernünftig ist, schadet der Gemeinschaft. Eine derartige Situation kommt insbesondere dann zustande, wenn Leistung und Gegenleistung entkoppelt werden: Bei öffentlichen Gütern dominieren die Trittbrettfahrer, in der öffentlichen Verwaltung die „Drückberger“. Zwar gibt es eine Reihe von möglichen Überwindungsstrategien: kleine Gruppen (und damit verstärkte soziale Kontrolle), Solidaritätsappelle („moral suasion“), ungleiche Verteilung oder selektive Anreize (durch die Koppelung von öffentlichen und privaten Gütern). Am wichtigsten aber ist der sozialstaatliche „Zwang“, der ja nicht gegen den Willen der Individuen ausgeübt wird, sondern sicherstellt, daß alle ihren Beitrag zur Kollektivgüterproduktion leisten. Nun schlägt der Mechanismus, der bei „privatem“ Angebot zunächst zum Defizit an Kollektivgütern geführt hat, um: Sowohl Anbieter als auch Nachfrager tragen zur Überproduktion und Überkonsum bei: Die Anbieter (Bürokraten) deshalb, weil sie auch Nutzenmaximierer und ihre Aufstiegsinteressen mit der Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst und mit kollektiven Höherstufungen verbunden sind, und weil sie deshalb Umsatzmaximierer, Letztbieten, die Nachfrager deswegen, weil es rational ist, bei einem Gratsangebot an bestimmten Gütern mehr herauszuholen und den eigenen „Konsum“ möglichst rasch zu steigern. Die Rücksteuerung durch individuellen Konsumverzicht, durch Widerspruch und durch Wahlen funktioniert nicht; allein die „Mercklichkeit der Abgaben“ kann steuernd wirken.

Die Falle jedoch ist, daß es Rationalitätsfallenketten gibt: Man taumelt immer wieder in die Widersprüche des Systems. Durch Trittbrettfahren kommt die öffentliche Leistung nicht zustande; bei sozialstaatlichem Zwang entsteht die expansive Eigendynamik; die steigenden Kosten führen zu noch intensiveren Versuchen, sich die Abgaben „zu-zückzuholen“, der Abstimmungsmechanismus, eingeführt, um die Expansion einzudämmen, führt zum Wettbewerb der Politiker, die versprechen, neue Leistungen zu erbringen, aber „andere“ Gruppen mit den Kosten zu belasten; Verbände geraten ebenfalls in Konkurrenzzwänge, sodaß sie an Terrain verlieren, fordern sie nicht gleich viel wie die anderen zugunsten ihrer Mitglieder: Keiner kann zurückstecken.

Herder-Dornheim weist auf die Politiker lauter: Sie sollen erklären, daß künftig die Steuerung der Sozialausgaben nicht mehr Sache der Politiker, sondern jene der Selbstverwaltungseinrichtungen sei; und daß für quantitative Expansion keinerlei Spielraum mehr bestehe, wodurch ein Druck auf die entsprechenden Institutionen ausgeübt wird, „unternehmerisch“ zu handeln, d. h. bei Eratüßschreitungen entweder Effizienzsteigerungen vorzunehmen oder Selbstbeteiligungen zu erleben.

M.P.

Staatsversionen

Im Zuge der allseits beschworenen und so schwer digest zu machenden Tendenzwende bietet der allzu müchigende Staatsversionen ein solches liebliches Angriffs-punkt liberalistischer Kritik. In dem Band von

James D. Davidson: Die Quetsche. Der Niedergang des Mittelstandes, Philosophia Verlag, München-Wien 1982 wird die mittlerweile nicht mehr so neue Ansicht, daß der breite Mittelstand von einem geldgierigen und beureungs-süchtigen Staat ausgebeutet werde, anhand verschiedener Lebensbereiche illustriert. Von der geldgierigen und Steuerquetsche, der Qualitäts-, Unter-schäftigungs- und Bürokratiequetsche, von der Quetsche im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau, im Rechtswesen und bei der Energieversorgung ist dabei die Rede. Der hohe Staatsanteil ist nach Ansicht des Autors, der Vorsitzender der „National Taxpayers Union“ in den USA ist, schuld an der wirtschaftlichen Krise, am Niedergang des Mittelstandes, an dem Unnütze-gegend dem Staat. Um aus der Misere zu geraten, brauchen wir a) Wissen und Entschlußfreudigkeit, b) überhaupt eine neue Lebensphilosophie, c) d. h. im wesentlichen die Anerkennung der menschlichen Natur und ihrer Selbstsüchtigkeit, kurz gesagt: d) den „Markt“. Was man tun kann, um diesem Ziel näher zu kommen, ist im Schlußteil aufgezählt: Risiken übernehmen, Steuern senken, das Haushaltsbudget des Staates im Gleichgewicht halten, die Monopolstellung verschiedener Berufsgruppen brechen (auch jene der Ärzte), einen freien Wohnungsmarkt installieren, öffentliche Pensionszahlungen streichen, nur Beamte auf Zeit zulassen u. dgl. mehr. Kein neues, sondern ein radikal-liberalistisches Programm — mit all seinen prospektiven Begleiterscheinungen.

Psychologie

Damit der Mensch nicht zum „Gegenstand“ der Betrachtung wird und auch zumindest ansatzweise in die Psychologie hineinlungt kann, sollte er über Ausgangs-

punkte, Methoden und Ziele psychologischer Handlungsweisen allgemein informiert sein. Das alltägliche Zusammentreffen mit anderen Menschen, seien sie nun fremd oder nicht fremd, das Leben mit ihnen muß nicht aus der Vernunft erlernt werden; eine Erleuchtung beim Umgang mit anderen — aber vor allem mit sich selber (hier liegt der Schwerpunkt des besprochenen Buches) — kann die Kenntnis gewisser Entwicklungen schieben. Die Wissenschaft, immer auf der Suche, Gesetzmäßigkeiten und Formen zu finden für Erleben, Verhalten und deren Deutung, versteckt sich in diesem Buch hinter verständlichen Formulierungen, klaren Aussagen und Abgrenzungen — ist aber doch immer spürbar. Und das ist gut so.

W. F. Angermier ist mit seinem Werke eine Einführung in dieses Gebiet des Wissens, Ahnens und Forschens gelungen, die es auch dem nicht Vorgebildeten ermöglicht, wichtige Einblicke zu gewinnen. Die damit zusammenhängenden Gebiete Streß, Selbsthilfe und ihre Grenzen, in Verbindung gesetzt mit der Behandlung der zentralen Frage „Was kann die Psychologie und wo sind ihre Grenzen?“, stecken den Rahmen des Buches ab. Angermier erinnert stark an Vester und dessen „Vernetzungstheorie“, vor allem wenn er die Kapitel „Das Lernen“, „Denken, Erinnern und Vergessen“ behandelt, er geht auf die Entwicklungstheorien von Freud, Sullivan, Piaget und Kohlberg ein und gibt — in Verbindung mit den anderen Fachinhalten — ein Stück angewandte Psychologie an den Leser weiter. Angermier ist gerne Psychologe: Er gibt Fachwissen und Verständnis, und der Leser hat ein bißchen Leszeit und viel Verarbeitungszeit zu geben, die Kombination daraus hilft sicher, andere Menschen — und auch sich selber — besser zu verstehen, ihr Tun, ihr Lassen, das eigene Tun, das eigene Lassen.

W. F. Angermier: **Psychologie für den Alltag**, Econ-Verlag, Düsseldorf und Wien, 1983.

Zukunft

Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Gefährdung der Gesundheit — Schlagzeilen, die das Nachdenken über die Welt von heute und morgen geradezu herausfordern. Der Forscher René Dubos, Entdecker und Produzent der ersten Antibiotika, Anfang 1982 gestorben, war Professor für Bakteriologie und Medizin an mehreren amerikanischen Universitäten; seine Arbeiten beschäftigten sich immer wieder mit der Rolle des Menschen in der Evolutionstheorie, mit Ökologie, Ökonomie, Sozialwissenschaft und Philosophie. Er schrieb dieses Buch wohl nicht als Abhandlung von der Natur des Lebens, von Merkmalen oder Aktivitäten einzelner Organismen, sondern von den Lebenserfahrungen während des menschlichen Abenteuers. Er will die Erfahrungen vermitteln, indem er feststellt, was er weiß und was er an einigen Orten und bei Begegnungen fühlte, die für ihn von besonderem Interesse waren oder die einige Aspekte seiner eigenen Existenz berührten. Für Dubos wird der Homo sapiens erst durch menschliche Kontakte, und nur durch sie, zu einem wahrhaft menschlichen Wesen. In einer Rückbesinnung auf die wahren Werte des Lebens ist der Mensch in der Lage, sich eine Welt zu schaffen, die nicht nur von Göttern und Propheten bestimmt ist, sondern der Raum genug bietet zur Entfaltung und Befriedigung seiner wirklichen Wünsche und Bedürfnisse. Denn: Soziale Evolution ist das Ergebnis bewußter menschlicher Entscheidungen, die bei Fehlentwicklungen auch rückgängig gemacht werden können.

Der Mensch kann die zukünftige Entwicklung abschätzen und beeinflussen. Was er mitwirkt, muß Trend nicht Schicksal sein — im Gegenteil!

Die Welt ist so veränderbar, daß ein Einklang von Ökologie und Ökonomie das Leben wieder zu einem Fest wird — das kann nur ein Humanist schreiben! Wir alle sollten ihm dafür dankbar sein!

René Dubos: Ökonomie, Ökologie und ein neuer Optimismus, Econ Verlag, Düsseldorf und Wien 1983.

Österreichische Fachzeitschriften zum Thema Städtebau, Architektur, Umwelt, Design

UM BAU

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Österreichische Gesellschaft für Architektur, Liechtensteinststraße 46, 1090 Wien, Redaktionssekretariat: Schönlaterngasse 7/7, 1010 Wien, Tel. 0222/523905

UM BAU erscheint mindestens zweimal jährlich. UM BAU ist kein Architekturbilderbuch. UM BAU beschränkt sich nicht nur auf die zeichnerische und bildliche Darstellung von Architektur, sondern will Hintergründe und Zusammenhänge darstellen.

UM BAU greift Tendenzen einer analytisch-theoretischen Betrachtung der Architektur und ihrer Geschichte auf und will zu deren Artikulation beitragen.

UM BAU nimmt Stellung zu aktuellen Fragen der Architektur und der Stadtgestaltung.

UM BAU wird den Mitgliedern der Österreichischen Gesellschaft für Architektur zugestellt und ist auch in einschlägigen Buchhandlungen oder auf Bestellung über das Sekretariat erhältlich.

Transparenz

Manuskripte für Architektur, Theorie, Umraum, Kunst, Redaktion und für den Inhalt verantwortlich, Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Gunther Feuerstein, A-1040 Wien, Wiedner Hauptstraße 40, Tel. 0222/57307.

fachjournal wetterweber

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: WERBA, Werbe- und Verlags-g.m.b.H., A-1180 Wien, Sulzergasse 25, Tel. 0222/476292.

architektur aktuell

Unabhängiges österreichisches Architektur-Fach-Journal. Eigentümer und Verleger: Fachjournalverlagsgesellschaft m.b.H. Herausgeber, Redaktions- und Verlagsleiter: Oskar Schmid, A-1130 Wien, Maxingstraße 28a, Tel. 0222/829298.

der aufbau

Fachzeitschrift der Stadtbauabteilung Wien für Planen, Bauen, Wohnen und Umweltschutz. Herausgeber und Verleger: Compress Verlagsg.m.b.H., A-1140 Wien, Jungellgasse 4, Tel. 0222/827480 im Auftrag der Stadt Wien. Chefredakteur: Dr. Helmut Krebs. A-1095 Wien, Kinderspitalgasse 5, Tel. 0222/42800 DW 2924.

bauforum

Fachzeitschrift für Architektur, Bau, Energie. Herausgeber, Eigentümer und Verleger: „bauforum“. Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H. Redaktion: Vorsitzender: Dietrich M. Hoepfner, A-1190 Wien, Weimarer Straße 9, Tel. 0222/344109.

UMRIS

Zeitschrift für Architektur, Architektenfotografie, Handwerk, Wohnkultur, Design — und die kritische Auseinandersetzung mit diesen Bereichen. Herausgeber: IFI/Institut für Informationsentwicklung / Center for Understanding Media. A-1010 Wien, Grünangergasse 1. Medieninhaber: Section N, Umweltgestaltung, A-1010 Wien, Schulerstraße 16, Tel.: 0222/523288. Redaktion Peter Noer. Erscheinungsweise: 4 mal jährlich.

Architekturführer

Friedrich Achleitner

Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert.

Ein Führer in drei Bänden, Band 2: Kärnten, Steiermark, Burgenland, 511 Seiten, zahlreiche Fotos und Abbildungen, Residenz-Verlag Salzburg / Wien 1983.

Wie anders als in höchsten Tönen kann man ein Werk preisen, das sich derart gewissenhaft, sachkundig und umfangreich präsentiert. Was für den Band 1 gesagt wurde (vgl. TRANSPARENT 7/8 1980) gilt natürlich auch für den Band Kärnten, Steiermark und Burgenland: eine großartige Enzyklopädie der Architektur mit nicht zu überbietendem Informationsinhalt, ein Lexikon des Bauens in unserem Jahrhundert.

Die Auswahl ist subjektiv — und man kann darüber diskutieren — aber sie ist auf jeden Fall gut, eben weil subjektiv — und die Frage nach den sogenannten „Kriterien“ führt sich abstrudeln — ich akzeptiere als einziges wahres Kriterium: was Achleitner gefällt. Das genügt.

Mir gefällt nicht alles. Gerade am Anfang unseres Jahrhunderts ist manches dabei, das wohl kaum erwünschenswert, geschweige denn besuchenswert ist. Warum manchmal bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgegangen wird, ist auch nicht ganz einsichtig. Die Texte gehen auch in diesem Band über Beschreibungen weit hinaus und sind sehr persönliche Kommentare des Autors — die oft genug auch loben, tadeln, ja selbst abkanzeln: der Kritiker Achleitner schlägt durch. G. Feuerstein, aus TRANSPARENT 1983/Nr. 11/12 ●

GESPENSTER

Anmerkungen über den Umgang mit „entarteten“ Werken oder der Angst.

Aus einem Achtern-Busch sprang ein Gespenst hervor und mitten hinein in die österreichische Wirklichkeit, alsbald zensuriert und verboten. Das Werk eines bekannten Filmemachers war es: Provokant, engagiert, weite Teile der Öffentlichkeit verwirrend oder schockierend, ohne daß sie es überhaupt zu Gesicht bekam.

Künstlerisch vielleicht eher mittelmäßig (wobei man sich allerdings nur an Teilen des Drehbuchs etwas orientieren konnte) d. h. ihm fehlte doch jene letzte große Qualität mancher Filme unserer Zeit, die uns buchstäblich den Atem geraubt haben, wie etwa der Christusfilm von Pasolini, „Die weiße Rose“ oder gar Stanley Kubriks Kriegsanklage „Wege zum Ruhm“. Der Achtern-Busch-Film wurde wegen „Gotteslästerung“, genauer gesagt wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ verboten; den Kubrik-Film traf das Verbot in manchen NATO-Staaten vermutlich wegen „Kriegslästerung“, vielleicht auch wegen „Verletzung militärischer Gefühle“, weil er die Hinrichtung französischer Soldaten wegen „Feiheit vor dem Feind“ in beispielloser Gestaltungskraft aufzeigte. LAW und ORDER? Einmal zum Schutz der Religion, einmal zum Schutz der Generäle? Aber mit welchen Maßstäben messen wir eigentlich?

Nun steht aber unser „Gespenst“ noch immer in der österreichischen (vor allem in der steirischen) Wirklichkeit, voll innerer und äußerer Widersprüche, gespickt mit Leserbriefen wie ein Stachelschwein.

Dieses „Gespenst“ erregt noch immer Anstoß, erweckt Ärgernis in den Medien, mehr als alle Kriegs- und Pornofilme und alle Raketen und Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit zusammen genommen.

Diese Feststellung ist auch und im redlichen Bewußtsein der Tatsache zu treffen, daß dieses Busch-Gespenst sich auf eine zweifellos unkonventionelle Weise mit der Sache Christi befaßt.

Erregend fügen sich daher die von einem „Gespenst“ aufgeworfenen Fra-

gen in unser leidlich stumpf gewordenes Gewissen und bewegen das Bewußtsein des ebenso sensiblen wie geschichtsbewußt gebliebenen Österreichers.

Nun: „Hofberichterstattung“ ist eine ebenso schlechte Antwort auf diese Fragen wie fundamentlose Kritik. Schon darum ist es bedauerlich, wenn von einer sogenannten „linken Schickeria“ die Rede ist, die den Achtern-Busch-Film angeblich begünstige. Was soll in diesem Zusammenhang die undifferenzierte Unterteilung in „Links“ und „Rechts“? Christus ist vermutlich wegen „subversiver antipharisäischer Betätigung“ doch eher von „rechts“ wegen mit Nägeln am Kreuz befestigt worden.

Es geht auch längst nicht mehr um den Film des Herrn Achtern-Busch allein, sondern um die Methoden, mit denen man Geistiges bloß wegen seiner angeblichen „Entartung“ noch immer bekämpfen möchte.

Für unsere vielfach gezeichnete Generation erhebt sich daher die Frage nach jenen anderen Gespenstern des letzten halben österreichischen Jahrhunderts, die letztlich den Maßstab abgeben müssen auch für die Bewertung eines Achtern-Busch-Gespenstes und anderer Schreckfiguren. Somit aber wird neben einer notwendigen Bestandsanalyse auch ein persönliches Bekenntnis notwendig:

Wir fuhren lange Zeit mit einer bösartigen Geisterbahn durch eine deformierte Geschichte: Bürgerkrieg vor dem Kinderzimmer, weniger verstanden als angstvoll erlebt (1934). Strenge Schulbefragungen an jedem Montagmorgen über die Erfüllung der sogenannten „Sonntagspflicht“ (bis 1938). Fast schon genug für einen sensiblen jungen Menschen?

Doch die Geisterbahn fuhr weiter: Zuschauen-Müssen beim Feuertod des jüdischen Bethauses am Grazer Grieskai oder beim Verbrennen „entarteter“ Bücher. Ein mißratener Geist zerstörte damals gewaltsam geistiges Schaffen, dem er nichts entgegenzusetzen hatte: Stefan Zweig, Kurt Tucholsky, Thomas Mann, Arthur

Koestler usw. Die Bücher des Letzteren wurden sogar 2 Mal den Flammen ausgeliefert: 1933 auf den Scheiterhaufen in vielen deutschen NS-Städten, 1952 in der DDR.¹⁾ Wie groß muß die Angst der Mächtigen vor dem Geist sein!?

Dabei hat „Bücherverbrennung“ durchaus Tradition auch in der Steiermark: Zur Zeit der Gegenreformation etwa ließ Kaiser Ferdinand II. viele evangelische Schriften verbrennen. In seinem Grazer Mausoleum gibt es eine kunstvolle Darstellung jener gespenstischen Intoleranz.²⁾

Wie unernt und gewichtlos nimmt sich daneben der Aufmarsch von acht Grazer Polizisten gegen ein Filmgespenst im Jahre 1983 aus.³⁾

Doch an der nächsten Station unserer Geisterbahn wartete schon die sogenannte Hitlerjugend mit ihren befehlsgerechten Führern auf uns. In Ledermänteln, versteht sich. Manche haben uns sehr gequält und viele haben uns gedemütigt.

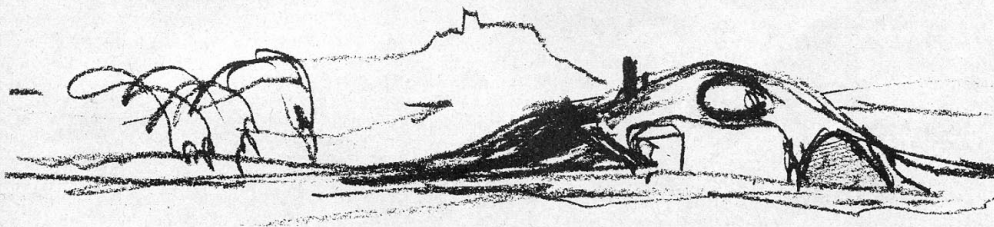
Doch damals schon wußten wir von noch viel bösartigeren Gespenstertaten: Von „Untermenschen“, die man töten, von „unwertem Leben“, das man auslöschen mußte.

Und als zu dieser Zeit etwa Pater Maximilian Kolbe im Konzentrationslager seinen Märtyrertod starb, lieferte der Herr Pfarrer Tiso, Ministerpräsident der Slowakei von Hitlers Gnaden, hunderte und mehr slowakische Juden an eben diese Konzentrationslager und damit dem sicheren Tod aus. Und irgendwo wagt man heute noch einen Zusammenhang zu denken zwischen der Sonntagsmesse-Inquisition im Jahre 1938 und anderen Formen der Intoleranz. Die Angst vor diesen Gespenstern, die wird uns wohl niemals verlassen. Und wir fürchten uns heute vor dem Schweigen in Österreichs Schulen und Kirchen. Die Gespenster eines vorgeblich christlichen Europas sind bis heute noch nicht alle beim Namen genannt worden. Vielleicht aber ist in dieser historischen Realität auch die tiefe Angst nationaler Kreise mit „gesundem Volksempfinden“ vor einem Achtern-Busch-Gespenst begründet? Zu lange vielleicht auch ist jene national akzentuierte, manchmal auch kirchlich vertretene These vom „gesunden Volksempfinden“ (Natur-

recht?) und damit auch die Distanz von Kirchen vor der Freude des Menschen an geformter Sexualität unbewältigt geblieben. Die Wurzeln zu solcher Gesinnung sind nicht nur im Mittelalter, sondern auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich zu erkennen: „Völkisches Selbstbewußtsein und Ehrgefühl“ steht dabei „einem Herabsinken auf negerhafte Stufe“ nur dann entgegen, wenn „Mann und Frau sich in ihrer Geschlechtlichkeit bewußt auf den Boden der Notwendigkeit unseres Volkstums stellen“, ⁴⁾ so schreibt bereits 1925 Herwig Hartner in seiner be-

spenster auf: Auf die ebenso kurze wie bedrängende Zeit der russischen Besatzer folgten arrogante britische Besetzungsoffiziere, die kurz zuvor noch die systematische Bordkanonenjagd durch tieffliegende Flugzeuge auch auf alle Zivilisten befohlen hatten: So lag man mehr als einmal entsetzt im Straßengraben, etwa der Triester Straße: vor einem das zerstörte Fahrrad, rechts davon ein totes Pferd und auf der anderen Seite eine Frau. Man brauchte keine Kinogespenster damals, anno 1945. Und zur Ablenkung gab es auch noch Hunger und Kälte und die

Kreuzestodes Christi als erlebte Trauer und gelebte Sorge respektiert und nicht mißachtet werden. Gespenster sind schließlich sogar durch die Kirchengeschichte gewandert... Und werden heute nicht an jedem Tag in Beirut allein mehr Verstöße gegen die christliche Menschenwürde begangen, als durch einen Achtern-Busch-Film? Die vielen Leserbriefe zum Thema „Beirut“ fehlen allerdings... Nun, als gelehrter Österreicher ist man es gewöhnt, auch heute noch mit Zensuren und Demütigungen zu leben, mit den wenigen öffentlichen und den vie-



Eilfried Huth,
„Haus Weinburg“
1982

rüchtigten Abhandlung über „Erotik und Rasse“.

Verwischen sich damals schon die Grenzen zwischen redlich gemeinter Moraltheorie und völkischer Reinheit oder was immer damit gemeint ist? Hier fragt man recht traurig, aber doch sehr aufmerksam nach dem Geschichtsbewußtsein mancher „Gespensterjäger“ im Jahre 1984. Und gehört es nicht zu den Grunderkenntnissen der Tiefenpsychologie, daß man Alpträume und Gespenster beim Namen nennen muß, um von ihnen erlöst zu werden? Der greise Kardinal von Wien ist heute vielleicht ein hoher österreichischer Würdenträger, der seine Weisheit und seinen Mut zu einem solchen Sagen einsetzt, oder: „der“ Kirchschläger.

Nach dem Krieg tauchten neue Ge-

schieer trostlose Gewißheit, daß es anderen Menschen noch viel schlimmer erging.

Von Osteuropa, von den Menschen „DRÜBEN“, wurde damals wie heute wenig geredet. Desinformation, mangelnder Mut und Bequemlichkeit führten bald dazu, das harte Leben und Sterben der Brüder und Schwestern in Osteuropa ebenso zu verdrängen wie Auschwitz oder Buchenwald. Denn durch die liebevolle Beschäftigung mit künstlichen Film- und anderen Gespenstern und deren Verbot haben wir offenbar von den wirklichen Gespenstern unserer Zeit gründlich abgelenkt. Der im Land Steiermark manchmal geortete und kritisierte angebliche „grämliche Purismus“ mancher Christen sollte gerade in einer Zeit des täglich tausendfach nachvollzogenen

len nicht-öffentlichen. (Halt nur ein bißchen Gesinnungsdruck, da und dort...). Doch sollte jede Einschränkung der Freiheit an den bösen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gemessen und an der Wirklichkeit der Gegenwart orientiert werden müssen.

Nach dem großen Krieg haben uns in den späten 40er Jahren keine Ideologen und auch nicht die Amtskirchen die Möglichkeiten für die Gestaltung eines (christlichen) Lebens gezeigt. Es waren vielmehr jene geradeso umfassend gebildeten wie zutiefst toleranten und frommen Priestergestalten vom Format etwa eines Anton Fastl oder eines „Vater“ Ludwig Reichenpfader in Graz; oder eines Msgr. Strobl, eines Prof. Otto Mauer in Wien. Sie haben uns von manchen Gespenstern befreit und damit auch die Grundlage gelegt

für die Unterscheidung zwischen vermeintlichen und echten Gespenstern. Manchmal konnten sie uns auch lehren, wie man mit Gespenstern ohne Verzweiflung leben könnte. Das behutsame Aufzeigen der neuen großen, als entartet diffamierten Musik eines Gustav Mahler, Alban Berg, Paul Hindemith oder Béla Bartók verband sich damals u. a. mit Hinweisen auf die „Hoffnung“ eines Charles Peguy, auf die wir so lange gewartet hatten. Und dies alles entfaltete sich in unseren vom Krieg verstümmelten Herzen weit über alle römischen Enzykliken und alle Parteiprogramme hinaus.

Ob unserer Generation der „Kino-Gespensterkrieg“ dieser Tage deswegen so komisch und so unwichtig vorkommt, weil uns damals schon — und heute durch unsere bereits erwachsenen Kinder — auch ein wenig Gnade für das Erkennen des rechten Maßes geschenkt wurde und damit die Unterscheidung zwischen Gestaltung und Bürokratie: Als wichtiges Mittel des Widerstandes gegen die gespenstischen Verstumelungen unserer vielfach bedrohten Welt?

Diese Behauptung muß gewagt, — auch dann gewagt werden, — wenn heute etwa prominente, farbenfrohe Festredner — vielleicht aus Sorge über die Grenzen eigener Amtsgewalt — „die Tristessten sogenannter moderner Intellektueller“ beklagen. Welche tristen Intellektuellen sind wohl gemeint? Friedrich Heer? Manés Sperber? Pavel Kohout? Hilde Spiel? Heinrich Böll? Reiner Kunze? Oder?

Aber warum wird auch heute noch immer, in allen weltanschaulichen Lagern, das Urteil über einen sensiblen „Ketzler“ leichtfertiger und härter gefällt, als über einen „Heiden“, mit dem man die liebgewordene Macht teilen möchte?

Ist also etwa die grausliche politische Ehe einer bloß pragmatisch ersonnenen „national“ plus „sozialistischen“ Bundesregierung nicht mehr ideologischer Ambitionen wert, als ein Film von Herrn Achtern-Busch? Oder ist nicht — um ganz aktuell zu argumentieren — die frivole Familienpolitik dieser Regierung und ihres Frl. Minister um einiges gespenstischer als künstliche Scheingegner?

Verknüpfen sich hier vielleicht noch immer — unbewußt oder heimlich — die Fäden der Macht, gleichgültig ob sie „Links“ oder „Rechts“ gesponnen werden? Oder sichert nicht doch vielmehr die Freiheit des Denkens und Sagens dieser zitierten „tristen kritischen Geister“ erst auch unsere Freiheit, indem die echten „Gespenster“ furchtlos benannt werden? Freilich haben diese Geister stets mehr riskiert, als mancher Etablierte.

Die Kreuzkirche von Dresden kommt einem in den Sinn. Jene Kirche also, in der am 13. Februar 1982 im Gedenken an die vernichtende Bombennacht von 1945 die erste große Friedensdemonstration der DDR überhaupt mitzuerleben war. „Schwerter zu Pflugscharen“ stand auf dem Aufnähern der Arme der 5000 jungen Menschen, ein Text, der am nächsten Tage schon von den kommunistischen Behörden verfolgt wurde. Wer dabei war, kann es bezeugen.¹⁾

Trotz dieser Vorbilder philosophieren manche Gespensterjäger und kluge Leitartikler heute und hierzulande noch immer über ein „klärendes Bischofswort“ zur rechten Zeit.

In Österreich wurde dieses Wort nicht gesprochen, weder hinter noch vor dem Achtern-Busch. Jedoch der evangelische Bischof im kommunistisch regierten Dresden war an jenem Abend dem Gebot der Stunde gewachsen, und zwar unter harten politischen Bedingungen und voll Verantwortung. Angesichts der ihm anvertrauten Menschen schielte er nicht auf Taktik. Für eine ganze Nacht lang wurde durch sein wichtiges Wort das Gespenst eines freudlosen, autoritären Staates gebannt. Die 5000 in der Kirche und die 6000 jungen Leute, die aus Platzmangel vor der Kirche warten mußten, sie gingen getröstet heim durch ein klärendes Wort zur rechten Zeit. — Ob das künstliche Grazer Filmgespenst angesichts der grausigen letzten 50 Jahre noch einen Stellenwert hat?

Um das rechte Maß geht es, wenn man sich schon mit Gespenstern anlegt: Das Maß von Humanismus und Christentum, undogmatisch definiert und gelebt, dieses Maß wird erst die Chancen zur Bewahrung von Menschenwürde heute und künftig möglich machen.

Und nicht die Verbote von geistigen Denkprozessen.

Das aber bedeutet für unser Leben: Toleranz und Wissen, Leid und Mitleid, Vertrauen und Mißtrauen, Mut und Demut, Kunstfertigkeit an Stelle von Dilletantismus, Arbeiten im Weinberg und nicht am Fließband des Machtmißbrauches, qualifizierte Ohnmacht, nicht stupide Macht — und viel Liebe. Der Mißbrauch von Maßstab und Macht zählt nicht zuletzt zu jenen Lebensformen, die der Prophet Hesekiel (in der gewaltigen Übersetzung von Stefan Heym) dem HERRN zur gerechten Beurteilung in die Hand gibt: „Da erhebt sich der Ahasver und richtet sich auf zu dunkler Größe und liest in einem Tone vor, der dem Herrn Superintendenden das Blut in den Adern gefrieren läßt: „Siehe, ich will an die schlechten Hirten und will meine Herde von ihnen fordern; ich will ein Ende damit machen, daß sie Hirten sind, und sie sollen sich nicht mehr selbst weiden; ich will meine Schafe erretten aus ihrem Rachen, daß sie sie nicht mehr fressen sollen.“⁶⁾

Gemessen mit dem rechten Maßstab werden künstliche Filmgespenster verschwindend klein.

Die echten Gespenster unserer Zeit aber sind groß und furchterregend.

P.S.: Gejagt wurde unser Filmgespenst offiziell nur von Leuten mit deutlich „männerbündischem“ Hintergrund. Bemerkenswert!

Denn eine einzige liebeskundige, fröhliche, mütterliche, schöne Frau degradiert heute allein schon durch ihre tiefer ruhende Erfahrung Film und Jäger zu bloß aufgeregten Statisten im großen Drama des Lebens.

Literaturangaben

- 1) Koestler, Arthur: Abschaum der Erde. Seite 544 ff, Wien, München, Zürich 1971.
- 2) Dehio-Graz (bearbeitet von Horst Schweigert), S. 28, 29, „Tugenden und kath. Taten Kaiser Ferdinand des II.“, Wien 1979.
- 3) Sud-Ost Tagespost vom 20. 11. 1983.
- 4) Hartner, Herwig: Erotik und Rasse. S. 147 bzw. S. 157, München 1925.
- 5) Widmann, Helmo / Panzer, Friedrich: DRÜBEN — Gebautes und Erzähltes aus Osteuropa, S. 97ff., Graz 1983.
- 6) Heym, Stefan: Ahasver, S. 308, München 1981.